

13./I. 1915

Wien, 13. Jänner.

Der Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern Graf Berchtold, welcher Seine kaiserliche und königlich apostolische Majestät schon vor längerer Zeit gebeten hatte, ihn in Gnaden seines Amtes zu entheben, hat diese Bitte nunmehr an Allerhöchster Stelle erneuert.

Se. Majestät der Kaiser und König hat die gewichtigen persönlichen Gründe, welche den Minister des Aeußern zu seinem Rücktritt bewogen haben, gewürdigt und allergnädigst geruht, dessen Bitte zu willfahren.

Als Nachfolger des Grafen Berchtold wird der königlich ungarische Minister am Allerhöchsten Hoflager Baron Stephan Burian zum Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern ernannt werden.

13./I. 1915

Die englische Antwortnote an Amerika.

N. Haag, 12. Jänner. „Nieuwe Courant“ kritisiert die englische Antwortnote und findet, daß sie keinen sehr befriedigenden Eindruck macht. Das Blatt weist auf die Unbestimmtheit der Antwort, namentlich in der Lebensmittelfrage, hin und meint, eine solche Antwort sei kaum befriedigend zu nennen, wenigstens dann nicht, wenn der vom Reuterschen Bureau übermittelte Auszug der Antwortnote einigermaßen vollständig sei. Nicht minder unbestimmt, sagt das Blatt, ist der in der Antwort gebrauchte Ausdruck „Feind“. Wir wissen nicht, ob die feindlichen Armeen oder die ganze Bevölkerung des kriegführenden Landes gemeint sind. Der gänzliche Mangel eines Maßstabes, um zwischen den für den Feind und wirklich für die Neutralen bestimmten Gütern zu unterscheiden, macht den Wert dieser Unterscheidung gleich Null und öffnet allerhand Willkür die Tür. Das Blatt hofft, daß der Text der Antwortnote Ergänzungen und Verbesserungen zu dem Telegramm des Reuterschen Bureaus bringen werde.

N. London, 12. Jänner. In der Antwort der englischen Regierung auf die Note der Vereinigten Staaten von Amerika wird, wie die Blätter weiter melden, noch ausgeführt:

Die englische Regierung stimmt dem von der Regierung der Vereinigten Staaten ausgesprochenen Prinzip zu, daß ein Kriegführender nur dann in den Handel zwischen den neutralen Ländern eingreifen soll, wenn es notwendig erscheint, um seine nationale Sicherheit zu schützen. Die Regierung wird sich bemühen, innerhalb der Grenze dieses Prinzips zu bleiben. Doch behält sich England vor, in den Handel mit Konterbande, die für Feindesland bestimmt ist, einzugreifen und erklärt sich bereit, einen Schadenersatz zu leisten, so oft beabsichtigterweise gegen dieses Prinzip verstoßen wird. Gegenwärtig stehen vier Ladungen Kupfer und Aluminium, die nach Schweden bestimmt sind, in Frage. Diese Ladungen sind nach unumstößlichen Beweisen, die sich in den Händen der englischen Regierung befinden, letzten Endes für Deutschland bestimmt, obwohl Schweden als Endziel angegeben ist. Die englische Regierung erfuhr auch von besonderen Instruktionen, Gummi unter anderer Benennung aus den Vereinigten Staaten zu verschiffen, um es der Aufmerksamkeit zu entziehen. Das ist auch mehrfach bereits geschehen. Solche Fälle können nur im Wege der Durchsuchung der Schiffe in den Häfen aufgedeckt und bewiesen werden. Obwohl in der Note der Vereinigten Staaten nicht davon die Rede ist, wurde dennoch vielfach eingewendet, daß das Ausfuhrverbot für Gummi die Handelsinteressen der Vereinigten Staaten schädige. Es ist für die englische Regierung schwer, die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten zu erlauben, solange Gummi von kriegführenden Ländern für Kriegszwecke gebraucht und auffallend große Mengen nach neutralen Ländern verfrachtet werden. Großbritannien kann die Ausfuhr nur gestatten, wenn der Regierung das Recht zugestanden würde, die Gummiladungen aus den Vereinigten Staaten Prisen gerichten zu unterwerfen, so oft sie glaubt, daß sie für Feindesland bestimmt sind. Die englische Regierung hat mit den Gummieporturen eine provisorische Vereinbarung abgeschlossen, der zufolge unter gewissen Voraussetzungen die Ausfuhr erlaubt ist.

Seit dem Ausbruche des Krieges hat die Regierung der Vereinigten Staaten ihre frühere Gepflogenheit geändert und die Veröffentlichung der Schiffsmanifeste bis 30 Tage nach der Abfahrt der Schiffe von den Häfen der Vereinigten Staaten aufgehoben. Das hat die englische Regierung gezwungen, mehr Schiffe zurückzuhalten und zu untersuchen, als sonst nötig gewesen wäre. Die englische Regierung wünscht nicht, die allgemeinen Grundsätze des internationalen Rechtes, auf denen die Note der Vereinigten Staaten begründet ist, anzufechten, sondern sich auf Eingriffe in den Konterbandehandel nach feindlichen Ländern zu beschränken, und ist bereit, so oft eine Ladung aus den Vereinigten Staaten aufgehalten wird, den Grund anzugeben. Die englische Regierung würde gerne auf Vorschläge eingehen, durch die Irrtümer vermieden und in Fällen eines ungerechtfertigten Schadens eine rasche Vergütung gesichert werden könnte.

Bezüglich des Lebensmittelhandels besagt die englische Antwort auf die Note der Vereinigten Staaten, was die Lebensmittel betrifft, ist die englische Regierung bereit, zuzugeben, daß Lebensmittel nicht festgehalten und vor ein Prisengericht gebracht werden sollen, vorausgesetzt, daß sie nicht für eine bewaffnete Macht oder für die Regierung des Feindes bestimmt sind. Wir glauben, daß diese Regel bisher befolgt wurde. Aber wenn die Regierung der Vereinigten Staaten Fälle des Gegenteiles anzuführen hat, sind wir bereit, sie zu prüfen. Es ist unsere gegenwärtige Absicht, an dieser Regel festzuhalten, obwohl wir nicht eine unbegrenzte und bedingungslos Verpflichtung eingehen können angesichts des Aufgebens der bisher befolgten Regeln der Zivilisation und Menschlichkeit durch unsere Gegner und angesichts der Ungewißheit, bis zu welchem Grade diese Regeln künftig von ihnen verletzt werden könnten.

10. / 1. 1915.

Eröffnung des norwegischen Parlaments.**Die Thronrede.**

Christiania, 12. Januar.

Das Storting wurde heute in feierlicher Weise eröffnet. In der Thronrede wird ausgeführt:

Die Beziehungen zu den Mächten sind freundschaftlich. Die Bestrebungen der Regierung sind darauf ausgegangen, das Land außerhalb des Weltkrieges zu halten und die Gefahren und Schwierigkeiten abzuwenden, welche die Lage für die Sicherheit und die Erwerbszweige des Landes mit sich brachte. Ferner erwähnt die Thronrede die Neutralitätserklärung Norwegens, die Übereinkunft zwischen Norwegen und Schweden vom 8. August sowie die Dreikönigszusammenkunft in Malmö und die dort festgestellte Einigkeit. Das neuerliche Zusammentreten der Spitzbergenkonferenz sei bis nach dem Kriege verschoben.

Dem Storting werden einige Gesetzentwürfe über außerordentliche Maßnahmen zur Stärkung der Land- und Seeverteidigung vorgelegt werden. Das Gleichgewicht des Budgets könne ohne bedeutende neue Steuererhöhungen nicht aufrechterhalten werden. Ferner werden Gesetzentwürfe, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Behandlung der Frage der Getreideversorgung des Landes und betreffend die Schaffung eines Staatsmonopols für die Einfuhr von Getreide und Mehl, angekündigt.

13./I. 1915.

Kriegsheher in Italien.

Im „Matino“ veröffentlicht Edoardo Scarfoglio, der Mann der Matilde Serao, wie neulich kurzpraktisch berichtet, einen Leitartikel, der Italiens Stellung zu Deutschland beleuchtet. Scarfoglio, der bis jetzt durchaus nicht deutschfreundlich war, verhöhnt in diesem Artikel den in Italien herrschenden Belgierkultus und die Freunde eines Krieges zugunsten unserer Feinde. Er sagt:

Die Sprache, die man jetzt über die Belgier in Italien führe, wäre nicht das Produkt eines gesunden Realismus, sondern das eines alkoholischen Deliriums. Scarfoglio schildert dann die unüberwindliche Kraft Deutschlands, welche wie ein Wall von Stahl und Eisen Hunderten von Feinden troge, und spricht seine Ueberzeugung aus, daß Deutschland siegen wird. Ueberall, wo Deutschland kämpfe, in der Luft, unter Wasser, auf den Meeren des Südens und Nordens, in den fernen Kolonien oder auf deutscher Erde, in den Sümpfen des Ostens oder in den Schützengräben des Westens, überall legen die Deutschen die fruchtbarste Energie und unbegreifliche Tapferkeit an den Tag, und gegen ein solches Volk, so sagt der Artikel weiter, wollen Narren und Verbrecher in Italien uns aufheben. Dieser unser angeblicher Feind hat Belgien und acht Provinzen Frankreichs besetzt, er hat die Russen in zwei furchtbaren Schlachten zu Boden geschmettert und deren Feldheer fast vollständig vernichtet. Die Deutschen haben 1200 Km. lange strategische Eisenbahnen auf französischem Grund und Boden gebaut, um ihren Offensivmarsch wieder aufzunehmen, und nach der Erklärung der „Times“ haben die Deutschen noch vier Millionen Mann Reserven, die fast alle der berühmten Landwehr angehören. Und weshalb sollen wir uns eigentlich in dieses furchtbare Abenteuer gegen ein Volk stürzen, das uns niemals etwas Böses zugefügt hat, das in 30 Jahren unser Bundesgenosse war und dem wir unsere Erfolge des Jahres 1869, Venedig und Rom zu danken haben. Scarfoglio erinnert dann Italien daran, daß es in seinem Interesse läge, die Slawen in gehöriger Entfernung vom Adriatischen Meere zu halten und gemeinsam mit Oesterreich Großpolitik zu treiben. Wir sind fest überzeugt, daß innerhalb weniger Monate Rußland und Frankreich überhaupt aus dem Konflikt ausscheiden werden. Schon zeigen sich in Rußland Symptome von Friedensstimmungen, und genau dasselbe wird mit Notwendigkeit in Frankreich eintreten. Je mehr die Illusionen von einer französischen Offensivschwunden werden und je mehr die Franzosen die Unmöglichkeit eines Marsches nach Berlin einsehen werden, desto schneller und offener wird die Wahrheit sich Bahn brechen, die Wahrheit nämlich, daß dieser ganze schreckensvolle Krieg mit seinen fürchterlichen Opfern an Menschenleben und Volkswohlfahrt nur allein den Endzweck habe, um Englands Weltreich von der deutschen Konkurrenz zu befreien. Wenn dieser Gedanke sich in Frankreich einmal Bahn gebrochen hat, so wird er auf eine verhängnisvolle Weise den französischen Kampfesifer lähmen. Ehe der Sommer kommen wird, wird

dieser unerhörte Konflikt auf seine natürlichen Grenzen beschränkt sein, nämlich auf ein deutsch-englisches Duell.

Scarfoglio schließt dann mit einem Hinweis auf ein kommendes besseres Verständnis zwischen Italien und Oesterreich, welche aus Gründen der gewaltigen Weltprobleme ihren alten Groll vergessen und begraben sollen und sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen möchten. Dieses wäre das große Ziel, auf welches man das Interesse aller Italiener hinweisen müsse. Aber sie zu erhitzen und durch ständige Lügen irre zu leiten, wäre ein Verbrechen, da Italiens Eingreifen keine andere Folge haben würde, als diese große Menschenschlächterei noch um ein paar Monate zu verlängern.

14. I. 1915.

Se. Majestät der Kaiser hat, wie die heutigen Amtsblätter in Wien und Budapest verlautbaren, nachstehende Allerhöchste Handschreiben erlassen:

Lieber Graf Berchtold!

In Würdigung der Motive, die Sie veranlassen, Mir Ihre Bitte um Enthebung vom Amte des Ministers Meines Hauses und des Aeußern zu unterbreiten, genehmige Ich in Gnaden die von Ihnen erbetene Enthebung.

Bei diesem Anlasse spreche Ich Ihnen für die in Vernehmung dieses Amtes Mir, Meinem Hause und der Monarchie im Frieden, wie auch während des jetzigen großen Krieges mit aufopfernder Hingebung geleisteten ausgezeichneten Dienste, sowie für die während Ihrer früheren diplomatischen Laufbahn entfaltete hervorragende Tätigkeit Meinen wärmsten Dank und Meine volle Anerkennung aus.

Ich sehe Sie mit Bedauern aus dem Amte scheiden und verleihe Ihnen als Zeichen Meiner fortwährenden Gewogenheit die Brillanten zu der Großkreuze Meines St. Stephan-Ordens.

Wien, am 13. Jänner 1915.

Franz Joseph m. p.

Lieber Freiherr v. Burian!

Ich ernenne Sie zum Minister Meines Hauses und des Aeußern und betraue Sie mit dem Voritze im gemeinsamen Ministerrate.

Wien, am 13. Jänner 1915.

Franz Joseph m. p.

Berchtold m. p.

Budapest, 14. Jänner. Das Amtsblatt veröffentlicht außer den Handschreiben an den Grafen Berchtold und den Baron Burian noch folgende Handschreiben:

Lieber Graf Tisza!

Indem Ich gleichzeitig den Minister Meines Hauses und des Aeußern Grafen Leopold Berchtold über sein

eigenes Ansuchen von dieser Stelle enthebe, ernenne Ich zu seinem Nachfolger Meinen ungarischen Minister um Meine Person Baron Stephan Burian und betraue ihn mit dem Voritze im gemeinsamen Ministerrate, wovon Ich Sie hiemit verständige.

Gegeben zu Wien, den 13. Jänner 1915.

Franz Joseph m. p.

Tisza m. p.

Das Ministerium a latere.

Lieber Baron Burian!

Ueber Unterbreitung Meines ungarischen Ministerpräsidenten enthebe Ich Sie in Gnaden auf Ihr eigenes Ansuchen von der Stellung eines ungarischen Ministers um Meine Person unter voller Anerkennung Ihrer auch in dieser Eigenschaft geleisteten Dienste.

Gegeben zu Wien, den 13. Jänner 1915.

Franz Joseph m. p.

Tisza m. p.

Lieber Graf Tisza!

Ueber Ihre Unterbreitung enthebe Ich Meinen ungarischen Minister um Meine Person Baron Stephan Burian auf sein eigenes Ansuchen von dieser Stellung und betraue Sie mit der provisorischen Führung des ungarischen Ministeriums um Meine Person.

Gegeben zu Wien, den 13. Jänner 1915.

Franz Joseph m. p.

Tisza m. p.

Die amerikanische Note und die englische Antwort.

Da die amerikanische Note an England über die Belästigung des neutralen Handels und die teils ausweichende, teils abschlägige Antwort Englands noch für geraume Zeit den Gegenstand von Erörterungen und Verhandlungen abgeben werden, lassen wir nachstehend die beiden Schriftstücke nach der Uebersetzung der „Köln. Ztg.“ im Wortlaut folgen:

Die Note der Vereinigten Staaten.

Amerikanische Gesandtschaft, London,
den 28. Dezember 1914.

Infolge telegraphischer Weisungen meiner Regierung beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die gegenwärtige Lage des amerikanischen auswärtigen Handels, die eine Folge der häufigen Beschlagnahme und Zurückhaltung von für neutrale europäische Häfen bestimmten amerikanischen Ladungen ist, so ernsthaft geworden ist, daß sie eine freimütige Darlegung der Ansichten meiner Regierung erforderlich macht, damit die Regierung Seiner Majestät bezüglich der Haltung der Vereinigten Staaten mit Bezug auf die Politik, die von Seiner Majestät Behörden während des gegenwärtigen Krieges befolgt wurde, vollständig informiert ist. Ich bin demzufolge beauftragt worden, Ihnen die folgende Erklärung abzugeben und Sie gleichzeitig zu versichern, daß sie im freundschaftlichsten Geiste und in dem Glauben gemacht wird, daß Freundschaft besser der Fortdauer herzlicher Beziehungen zwischen den zwei Ländern dienen wird als ein Stillschweigen, das fälschlich als eine Zustimmung zu einem Vorgehen angesehen werden könnte, das meine Regierung nur als einen

Eingriff in die Rechte amerikanischer Bürger betrachten kann.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit wachsender Besorgnis beobachtet, welche große Anzahl von Schiffen mit amerikanischen Waren, die für neutrale Häfen in Europa bestimmt

waren, auf hoher See beschlagnahmt und in britische Häfen gebracht wurde. In den ersten Tagen des Krieges nahm die Regierung an, daß die Politik, die die britische Regierung übte, dem unerwarteten Ausbruch der Feindseligkeiten zuzuschreiben war sowie der Notwendigkeit einer sofortigen Aktion, um zu vermeiden, daß Konterbande den Feind erreiche. Aus diesem Grund war sie nicht geneigt, die Politik scharf zu beurteilen oder stark gegen sie zu protestieren, obgleich sie für den amerikanischen Handel mit neutralen Ländern offensichtlich sehr schädlich war. Die amerikanische Regierung, die zuversichtlich auf die große Rücksicht, die Großbritannien in der Vergangenheit so oft in bezug auf die Rechte anderer Nationen genommen hat, rechnete, wartete vertrauensvoll auf eine Abänderung dieses Vorgehens, das dem neutralen Handel die Freiheit absprach, worauf er nach dem Völkerrecht Anspruch hat.

Diese Erwartung schien um so mehr begründet, als das Auswärtige Amt im Anfang des Monats November erklärte, daß die britische Regierung die Garantien, die von der norwegischen, der schwedischen und der dänischen Regierung mit Bezug auf die Nichtausfuhr von Konterbande geleistet wurden, als genügend betrachte, wenn diese an mit Namen genannte Personen im Gebiete dieser Regierungen konsigniert würde und daß der britischen Flotte und den britischen Zollbehörden Auftrag gegeben sei, den Eingriff in neutrale Schiffe, die solche Ladungen — die in dieser Weise an Neutrale konsigniert sind — befördern, einzuschränken, nachdem die Schiffspapiere und Ladungen nachgeprüft wären.

Es ist sehr bedauerlich, daß, obgleich nahezu fünf Monate seit dem Ausbruch des Krieges vergangen sind, die britische Regierung ihre Politik nicht merklich geändert hat und Schiffe und Ladungen, die in friedlicher Ausübung rechtmäßigen Handels — den die Kriegführenden eher schützen als unterbrechen sollten — zwischen neutralen Häfen verkehren, in nicht weniger schädigender Weise behandelt. Der größere Schutz gegen Zurückhaltung und Beschlagnahme, der vertrauensvoll für die Konsignation der Ladungen an bestimmte Konsignatäre, anstatt „an Order“, erwartet wurde, ist noch ausgeblieben.

Es ist unnötig, Seiner Majestät Regierung, die gewöhnlich die Beförderin der Freiheit der Meere und des Rechtes auf den Handel ist, auseinanderzusetzen, daß Frieden und nicht Krieg die normale Verfassung zwischen Nationen ist, und daß der Handel zwischen Ländern, die keine Kriegführenden sind, nicht durch die, die sich im Kriege befinden, beeinträchtigt werden sollte, es sei denn, daß solche Beeinträchtigung offensichtlich eine dringende Notwendigkeit ist, um die nationale Sicherheit zu schützen, und dann nur, soweit dies unbedingt notwendig ist.

Die amerikanische Regierung sieht sich, ohne Mangel an Würdigung der gegenwärtigen Natur des jetzigen Krieges, in dem sich Großbritannien befindet, und ohne selbstsüchtige Wünsche zur Erlangung unrechtmäßiger Handelsvorteile, widerstrebend genötigt, den Schluß zu ziehen, daß die augenblickliche Politik Seiner Majestät Regierung gegen neutrale Schiffe und Ladungen

über die offensichtliche Notwendigkeit eines Kriegführenden hinausgeht

und eine Einschränkung der Rechte amerikanischer Bürger auf hoher See bedeutet, die nicht durch die Regeln der internationalen Geseze gerechtfertigt oder von dem Geseze der Selbsterhaltung gefordert wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtigt nicht, zurzeit in Erörterungen über die Richtigkeit des Einschlusses gewisser Artikel in die Listen absoluter und bedingter Konterbande, die durch Seine Majestät proklamiert wurden, einzutreten. Obgleich einige von ihnen Einwendungen unterliegen könnten, ist der Hauptgrund der vorliegenden Klage die Behandlung von Ladungen beider Klassen von Waren, die für neutrale Häfen bestimmt sind.

Waren, die als absolute Konterbande aufgeführt sind, die von Amerika verladen werden und nach neutralen Häfen konsigniert sind, sind beschlagnahmt und zurückgehalten worden mit der Begründung, daß die Länder, für die sie bestimmt waren, die Ausfuhr solcher Waren nicht verboten hätten. Während solche Zurückhaltungen nach der Meinung der amerikanischen Regierung unberechtigt sind, sind die amerikanischen Kupferexporteure weiter verwirrt durch die scheinbare Unentschiedenheit der britischen Behörden in der Anwendung ihrer eigenen Regeln bei neutralen Ladungen; zum Beispiel wurde eine Ladung Kupfer von Amerika an einen bestimmten Konsignatar in Schweden zurückgehalten, weil — wie von Großbritannien erklärt wurde — Schweden kein Ausfuhrverbot auf Kupfer gelegt hatte. Andererseits verbot Italien nicht nur den Export von Kupfer, sondern es erließ, wie der amerikanischen Regierung mitgeteilt wurde, auch ein Dekret, wonach

Die unmerkliche Rolle und die unglückliche Antwort.

Ladungen an italienische Konsignatäre oder an Order, die in italienischen Häfen eintreffen, nicht exportiert oder übergeladen werden können; die einzige Ausnahme macht Italien für Kupfer, das in transit nach einem andern Lande durchgeführt wird. Trotz dieser Dekrete hat das britische Foreign Office es jedoch abgelehnt, zu bestätigen, daß Kupferladungen, die nach Italien konsigniert sind, auf hoher See nicht belästigt werden. Die Beschlagnahmen sind derart zahlreich und die Verzögerungen so erjedoch abgelehnt, zu bestätigen, daß Kupfer nach Italien zu schicken. Dampferlinien lehnen es ab, Kupfer anzunehmen, und Versicherungsgesellschaften weigern sich, Policen für Kupfer auszustellen. Mit einem Wort:

der rechtmäßige Handel wird erheblich gestört

durch die Unsicherheit in der Behandlung, die er durch die britischen Behörden erfährt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß sie durchaus berechtigt ist, eine Anfrage an die britische Regierung bezüglich der Art und Weise, in der diese die begonnene Politik durchzuführen beabsichtigt, zu richten, damit die amerikanische Regierung die erforderlichen Schritte beschließen kann, die nötig sind, um unsre Bürger, die sich mit dem Außenhandel befassen, in ihren Rechten und vor ernsthaften Verlusten zu schützen, denen sie dadurch unterliegen, daß sie nicht wissen, welchen Gefahren ihre Ladungen ausgesetzt sind.

Was die bedingte Konterbande betrifft, so meint die amerikanische Regierung, daß die Politik Großbritanniens in dieser Hinsicht ebenfalls zu internationaler Besorgnis Anlaß gibt, zum Beispiel wird ihre Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß eine Anzahl beschlagnahmter amerikanischer Ladungen von Lebensmitteln und andern Waren, die in allen Ländern allgemeine Gebrauchsartikel, bedingte Konterbande ist. Obgleich angenommen werden mußte, daß die Ware eine harmlose Benützung finden würde, da sie für neutrales Gebiet bestimmt war, nahmen die britischen Behörden diese Beschlagnahmen und Zurückhaltungen vor, ohne daß sie, soweit die Regierung der Vereinigten Staaten darüber unterrichtet ist, im Besitz von Tatsachen waren, die redlicher Weise zu dem Glauben Anlaß geben könnten, daß die Ladungen in Wirklichkeit eine feindliche Bestimmung in der völkerrechtlichen Auffassung dieses Wortes hatten.

Einfache Vermutungen sind kein Beweis, und zweifelhafte Fälle sollen zugunsten des neutralen Handels und nicht gegen ihn ausgelegt werden. Die Wirkung auf den Handel in diesen Waren zwischen neutralen Nationen, die durch die unterbrochenen Reisen und zurückgehaltenen Ladungen hervorgerufen wird, wird nicht ganz durch die Zurückvergiung des erlittenen Schadens an die Besitzer, nachdem die Untersuchung eine feindliche Bestimmung nicht hat feststellen können, wieder gut gemacht. Der amerikanische Handel mit neutralen Ländern wird in seiner Gesamtheit geschädigt durch die vorhandenen Gefahren und durch die wiederholte Abhaltung der Waren von festen Märkten.

Es scheint auch, daß Ladungen dieser Art durch die britischen Behörden beschlagnahmt worden sind, infolge des Glaubens, daß — obgleich dieses ursprünglich durch die Verlager nicht beabsichtigt war — die Ladungen schließlich das Gebiet der Feinde von Großbritannien erreichen werden. Jedoch ist dieser Glaube oft nur auf eine einfache Befürchtung zurückzuführen, im Hinblick auf die Bestimmungen, die durch die neutralen Länder, für die sie bestimmt sind, mit Bezug auf die in den Ladungen enthaltenen Waren erlassen wurden.

Daß eine Konsignation von Waren, die als bedingte Konterbande proklamiert wurden und für einen neutralen Hafen bestimmt sind, eine gesetzliche Mutmaßung einer feindlichen Bestimmung hervorruft, erscheint in direktem Widerspruch zu dem früher von Großbritannien gehaltenen Grundsatz, der von Lord Salisbury während des südafrikanischen Krieges wie folgt formuliert wurde:

„Lebensmittel, obgleich sie eine feindliche Bestimmung haben, können nur als Kriegskonterbande betrachtet werden, wenn sie für die feindlichen Kräfte bestimmt sind. Es genügt nicht, daß sie für sie gebraucht werden können. Es muß erwiesen werden, daß dieses in der Tat ihre Bestimmung ist im Augenblick, wo sie beschlagnahmt werden.“

Mit dieser Erklärung bezüglich bedingter Konterbande sind die Ansichten der amerikanischen Regierung vollständig im Einklang, und auf diesen historischen Grundsatz, der von Großbritannien sowohl als kriegsführende als auch neutrale Partei konsequent gehandhabt wurde, waren die amerikanischen Verlager berechtigt, zu rechnen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erkennt rückhaltlos das volle Recht des Kriegsführenden an, auf hoher See die Schiffe amerikanischer

Bürger oder neutraler Staaten, die amerikanische Waren führen, anzuhalten und durchzusuchen und sie zurückzuhalten, wenn ein genügender Beweis vorliegt, um den Glauben zu rechtfertigen, daß sich in der Ladung Konterbande befindet. Aber die Regierung Sr. Majestät muß sich an Hand ihrer eigenen Erfahrungen in der Vergangenheit gegenwärtigen, daß die amerikanische Regierung nicht ohne Protest es zulassen kann, daß amerikanische Schiffe oder amerikanische Ladungen

in britische Häfen gebracht

und dort zurückgehalten werden zu allgemeiner Untersuchung nach Konterbande, oder auf Grund von Voraussetzungen, die durch kommunale Gesetze freiert werden, die klar im Widerspruch mit den internationalen Gesetzen und Gebräuchen stehen.

Die amerikanische Regierung glaubt und hofft ernsthaft, daß die Regierung Seiner Majestät zu derselben Ueberzeugung kommen wird, daß ein Verhalten, das mehr in Uebereinstimmung mit den von Großbritannien während vieler Jahre stark bekräftigten Regeln der internationalen Gebräuche ist, letzten Endes besser sowohl den Interessen der Kriegsführenden als auch denjenigen der Neutralen gerecht wird.

Nicht nur für die Handelsinteressen der Vereinigten Staaten ist die Lage bedauerlich, sondern auch viele der großen Industrien dieses Landes leiden, da ihr Erzeugnisse von lange bestehenden Märkten in europäischen Ländern abgehalten werden, die, obgleich sie neutral sind, an eine der kriegsführenden Nationen grenzen. Die Produzenten und Exporteure, Schiffsahrts- und Versicherungsgesellschaften drängen, und nicht ohne Grund, auf Aufhebung der Bedrohung des transatlantischen Handels, die

allmählich, aber sicher ihre Geschäfte vernichtet,

und sie mit finanziellem Untergang bedroht.

Die Regierung der Vereinigten Staaten, die noch auf den hohen Gerechtigkeitsinn der britischen Nation rechnet, der im Verkehr zwischen den beiden Ländern im Laufe vieler Jahre ununterbrochener Freundschaft so oft zum Ausdruck gekommen ist, spricht zuversichtlich die Hoffnung aus, daß die Regierung Seiner Majestät die Hemmungen und Schwierigkeiten, die ihre jetzige Politik dem Handel zwischen den Vereinigten Staaten und den neutralen Ländern Europas in den Weg gelegt hat, verstehen und ihren Behörden Weisung erteilen wird, von jedem unnötigen Eingreifen in die Handelsfreiheit der Nationen, die Leidtragende, aber nicht Beteiligte im gegenwärtigen Konflikt sind, abzuweichen, und daß sie in ihrer Behandlung neutraler Schiffe und Ladungen mehr in Uebereinstimmung mit den Regeln bezüglich der maritimen Beziehungen zwischen Kriegsführenden und Neutralen vorgehen wird, die die Sanktion der zivilisierten Welt erhalten haben und die Großbritannien in andern Kriegen so stark und erfolgreich befürwortet hat.

15. 11. 1915.

Sie unmittelbar Note und die englische Note.

Zum Schluß sollte die Regierung Sr. Majestät dringend darauf aufmerksam gemacht werden, daß die gegenwärtige Lage des auswärtigen Handels mit neutralen Ländern derart ist, daß — wenn sie nicht besser wird — dadurch ein Gefühl hervorgerufen werden dürfte, das im Gegensatz zu den Händen, das so lange zwischen dem amerikanischen und dem britischen Volke geherrscht hat. Diese Lage wird bereits mehr und mehr

Gegenstand öffentlicher Kritik und Klage.

Es besteht ein zunehmender Glaube, der zweifelsohne nicht ganz unberechtigt ist, daß die gegenwärtige britische Politik gegenüber dem amerikanischen Handel für die Depression in gewissen Industrien, die in europäischen Märkten abhängig sind, verantwortlich ist. Die Aufmerksamkeit der britischen Regierung wird auf diese möglichen Folgen ihrer gegenwärtigen Politik gelenkt, um zu zeigen, wie weitgehend die Schäden für das Gewerbeleben der Vereinigten Staaten sind, und um Nachdruck darauf zu legen, wie wichtig die Beseitigung der Ursachen der Klagen ist.

Hochachtungsvoll

(gez.) Walter Dines Page.

The Right Honourable Sir Edward Grey,
Bt., K. G. & Co.

Die Antwort der englischen Regierung.

Als Antwort auf die Note des amerikanischen Botschafters sendete Sir Edward Grey am 7. Jänner dem Botschafter folgende Antwort:

Euer Excellenz!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 28. Dezember zu bestätigen. Sie wird sorgfältig geprüft, und die Punkte, die darin aufgeworfen sind,

werden betrachtet, und als Ergebnis hiervon wird Euer Excellenz eine Antwort zugestellt werden, die im einzelnen mit den aufgeworfenen Fragen und den Punkten sich beschäftigt, auf welche die Regierung der Vereinigten Staaten unsere Aufmerksamkeit gelenkt hat. Diese Betrachtung und die Vorbereitung der Antwort werden aber notwendigerweise einige Zeit in Anspruch nehmen, und ich wünsche Ihnen daher ohne Verzug einige vorläufige Beobachtungen mitzuteilen, von denen ich vertraue, daß sie helfen werden, Klarheit zu schaffen und einige Mißverständnisse auszuräumen, die vorhanden zu sein scheinen.

Lassen Sie mich Ihnen zugleich sagen, daß wir durchaus den höchst freundschaftlichen Geist der Note anerkennen, auf den Euer Excellenz Bezug nehmen, und daß wir wünschen, in demselben Geiste und in der Ueberzeugung zu antworten, daß, wie Euer Excellenz feststellen, Freimut am besten dazu dienen wird, die herzlichsten Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten.

Die Regierung Sr. Majestät stimmt von Herzen dem Grundsatz zu, der von der Regierung der Vereinigten Staaten verkündet wird, daß ein kriegsführender Staat, wenn es sich um den Handel zwischen Neutralen handelt, sich nicht einmischen sollte, außer wenn solche Einmischung notwendig ist.

um die nationale Sicherheit des kriegsführenden zu schützen

und dann nur in dem Maße, in welchem dies notwendig ist. Wir werden uns bestreben, unser Vorgehen innerhalb der Grenzen dieses Grundsatzes zu halten unter der Voraussetzung, daß es unser Recht einbegreift, einzuschreiten, wenn solches Einschreiten geschieht nicht gegenüber dem Bona fide-Handel zwischen den Vereinigten Staaten und einem andern neutralen Lande, sondern gegenüber dem Handel in Konterbande, die für des Feindes Land bestimmt ist. Und wir sind bereit, wo immer unser Vorgehen ungewohnter Weise diesen Grundsatz verletzt, die Sache wieder gut zu machen.

Wir glauben, daß viel Mißverständnisse bestehen in bezug auf die Ausdehnung, in der wir in Wirklichkeit uns in den Handelsverkehr eingemischt haben. Die Note Ew. Excellenz scheint die Regierung Sr. Majestät verantwortlich zu halten für die gegenwärtige Lage des Handels mit neutralen Ländern. Und es wird behauptet, daß durch das Vorgehen der Regierung Sr. Majestät den Erzeugnissen der großen Industrien der Vereinigten Staaten seit lange bestehende Märkte in europäischen Ländern entzogen worden sind, die, obwohl neutral, doch mit dem Kriegsgebiet zusammenhängen. Solch eine Wirkung liegt weit von der Absicht der Regierung Sr. Majestät, und sie würde es außerordentlich bedauern, wenn die Wirkung durch ihr Vorgehen verschuldet wäre.

Ich bin nicht in der Lage gewesen, vollständige oder schlüssige Zahlen zu erhalten, die den

Stand des Handels.

mit diesen neutralen Ländern aus der jüngsten Zeit anzeigen, und ich kann daher nur bitten, daß man weiter-

um die Frage prüfen sollte, ob der Handel der Vereinigten Staaten mit diesen neutralen Ländern wirklich so ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Die einzigen Zahlen über den Gesamtumfang des Handels, die ich gesehen habe, sind diejenigen für die Ausfuhr von New-York im Monat November 1914, und sie lauten folgendermaßen, verglichen mit den Zahlen im November 1913:

Ausfuhr von New-York nach	November 1913	November 1914
Dänemark	558,000	7,101,000
Schweden	377,000	2,858,000
Norwegen	477,000	2,318,000
Italien	2,971,000	4,781,000
Holland	4,389,000	3,960,000

Es ist richtig, daß die Ausfuhren in Baumwolle gefallen sein können, wofür die Zahlen von New-York ja keinen Anhalt geben, aber die Regierung Sr. Majestät ist sehr bedacht gewesen, sich in den Handel mit Baumwolle nicht einzumischen, und sein Maß auf der Freiliste ist gewissenhaft beachtet worden.

Wir wünschen nicht, zu viel Gewicht auf unvollständige Statistiken zu legen; die obigen Zahlen sind nicht als schlüssig gegeben, und wir sind bereit, jeden weiteren Aufschluß über den Stand des Handels mit jenen neutralen Ländern zu prüfen, der auf ein andersartiges Ergebnis hinweisen oder zeigen könnte, daß es das Vorgehen der Regierung Sr. Majestät im besonderen und nicht das Vorhandensein des Kriegszustandes und die daraus folgende Verminderung der Kaufkraft und des Handels sind, die für die schädlichen Wirkungen auf den Handel mit den neutralen Ländern verantwortlich sind.

Daß das Vorhandensein eines Kriegszustandes in derartig großem Maße wie heutzutage, einen sehr schädigenden Einfluß auf gewisse Großindustrien gehabt hat, wie zum Beispiel Baumwolle, ist offenkundig, aber es ist zu beachten, daß dies die Folge ist der allgemein verminderten Kaufkraft in solchen Ländern wie Frankreich, Deutschland und England eher als die Folge einer Einmischung in den Handel mit neutralen Ländern. Was Baumwolle angeht, so mag daran erinnert sein, daß die britische Regierung vermittels der Liverpools Baumwollbörse besonders mithalf an dem Wiederaufleben des Baumwollgeschäftes nicht nur in Großbritannien, sondern auch in vielen neutralen Ländern.

Die Note Ew. Excellenz nimmt besonders Bezug auf die Zurückhaltung von Kupfer.

Die Zahlen, die den amtlichen Angaben für die Ausfuhr von Kupfer aus den Vereinigten Staaten nach Italien entnommen sind, und zwar für die Monate, während welcher der Krieg im Gange war, bis zum Ende der ersten drei Wochen im Dezember, lauten folgendermaßen:

1913: 7,271,000 Pf. St., 1914: 35,347,000 Pf. St.

Bei solchen Zahlen ist die Vermutung sehr stark, daß die große Menge des Kupfers, die nach diesen Ländern konsigniert war, in der jüngsten Zeit nicht

15. / 1915

Die amerikanische Note und die englische Antwort.

für ihren eigenen Gebrauch bestimmt war, sondern für den einer kriegsführenden Macht, die nicht unmittelbar einführen kann. Es ist daher eine zwingende Notwendigkeit für die Sicherheit dieses Landes, solange es im Kriege ist, daß die Regierung Sr. Majestät alles tut, was in ihrer Kraft steht, um den Teil dieser Kupfereinfuhr zu hindern, der nicht wirklich für neutrale Länder bestimmt ist.

Euer Exzellenz führen keine bestimmte Verschiffung von Kupfer nach Schweden an, die mit Beschlagnahme belegt worden sei. Es sind jedoch vier Ladungen nach Schweden an Kupfer und Aluminium gegenwärtig vorhanden, die, obwohl Schweden als ihr endgültiger Bestimmungsort angegeben worden ist, nach positiver Kenntnis, die sich im Besitz der Regierung Sr. Majestät befindet, letzten Endes für Deutschland bestimmt sind.

Ich kann nicht glauben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bei solchen Zahlen und in solchen Fällen, wie die eben erwähnten, das gute Recht der Regierung Sr. Majestät in Frage stellen sollte, verdächtige Ladungen einem Preisengericht zuzuführen, und wir sind überzeugt, daß es weder dem Wunsche der Regierung noch dem des Volkes der Vereinigten Staaten entsprechen kann, das internationale Recht zu pressen zugunsten privater Interessen und dadurch Großbritannien zu hindern, solche berechtigten Mittel zu diesem Zweck zu ergreifen, wie sie in seiner Macht stehen.

Was nun die

Beschlagnahme von Lebensmitteln angeht, auf die Ew. Exzellenz Bezug nehmen, so ist die Regierung Seiner Majestät bereit zuzugeben, daß Lebensmittel nicht beschlagnahmt und vor ein Preisengericht gebracht werden sollten, ohne daß die Vermutung besteht, daß sie bestimmt sind für die Streitkräfte des Feindes oder die feindliche Regierung. Wir glauben, daß diese Regel in der Praxis bisher befolgt worden ist. Wenn aber die Regierung der Vereinigten Staaten Beispiele für das Gegenteil besitzt, so sind wir bereit, sie zu prüfen, und es ist unsere gegenwärtige Absicht, uns an die Regel zu halten, obwohl wir kein unbegrenztes und unbedingtes Versprechen hierfür geben können angesichts der Abwehr derjenigen, gegen die wir kämpfen, von bisher angenommenen Regeln der Zivilisation und Menschlichkeit und der Unsicherheit über das Maß, bis zu welchem solche Regeln von ihnen in Zukunft verletzt werden können.

Vom 4. August bis 3. Jänner hat die Zahl der Dampfer, die aus den Vereinigten Staaten nach Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden und Italien abgingen, 773 betragen. Von diesen hatten 45 konsignierte und andre Ladungen an Bord, die einem Preisengericht vorgeführt worden sind, während von den Schiffen selbst nur acht in das Preisengericht kamen. Eines von ihnen ist inzwischen wieder freigelassen worden. Es ist jedoch wesentlich unter den heutigen Verhältnissen, daß da, wo wirklich Grund vorliegt, das Vorhandensein von Konterbande zu argwöhnen, die Schiffe

in einen Hafen zur Untersuchung gebracht

werden. Auf andre Weise kann das Untersuchungsrecht nicht ausgeübt werden, und ohne diese Praxis müßte man es gänzlich fallen lassen.

Wir sind unterrichtet worden, daß besondere Anweisungen gegeben sind, Kautschuk aus den Vereinigten Staaten unter einer andern Bezeichnung zu verschiffen, um es der Beobachtung zu entziehen; und solche Fälle sind mehrere male vorgekommen. Nur durch die Untersuchung in einem Hafen können lerartige Fälle, wenn Verdacht vorliegt, entdeckt und bewiesen werden.

Ein hypothetischer Fall.

Die Notwendigkeit der Untersuchung in einem Hafen möge auch in bezug auf Baumwolle durch einen noch nicht vorgekommenen hypothetischen Fall veranschaulicht werden. Baumwolle ist in Ew. Exzellenz Note nicht besonders erwähnt; aber ich habe gesehen, daß in den Vereinigten Staaten öffentlich erklärt wurde, das Verhalten der Regierung Sr. Majestät sei in bezug auf Baumwolle zweifelhaft und müsse daher für den Tiefstand des Baumwollhandels verantwortlich gemacht werden. Es hat aber niemals irgendein Grund für diese Annahme vorgelegen. Sr. Majestät Regierung hat niemals Baumwolle in das Verzeichnis der Konterbande eingereiht. Sie hat dieselbe, solange der Krieg dauert zu den freien Gütern gerechnet, und hat bei jeder Gelegenheit, wenn über diesen Punkt befragt, ihre Absicht kundgegeben, an dieser Behandlung der Sache festzuhalten. Aber es ist uns zu Ohren gekommen, daß, gerade weil wir unsere Absicht erklärten, uns nicht mit Baumwolle abzugeben, die mit Baumwolle befrachteten Schiffe besonders gern zur Beförderung verborgener Konterbande ausgesucht wurden.

Wir wurden davor gewarnt, daß Kupfer in den Baumwollballen verborgen sein könnte. Was für Verdachtsgründe wir auch gehabt haben mögen, so sind doch diese für uns kein Grund gewesen, um irgendein mit Baumwolle befrachtetes Schiff zurückzuhalten. Aber sollten wir Kunde bekommen, die uns triftigen Grund gäbe, im Falle irgendeines besondern Schiffes anzunehmen, daß in den Baumwollballen Kupfer oder andre Konterbande verborgen wäre, so würde das einzige Mittel, den Fall zu prüfen, darin bestehen, daß man die Ballen untersuchte und wöge. Dieses Mittel könnte bloß angewandt werden, indem man das Schiff in einen Hafen brächte. In einem solchen Falle, oder auch in irgendeinem andern würde die Sache, wenn die Untersuchung das Vorgehen Sr. Majestät Regierung rechtfertigte, vor ein Preisengericht gebracht und in der gewöhnlichen Weise behandelt werden.

Daß die Entscheidungen britischer Preisengerichtshöfe bisher für die Neutralen nicht ungünstig gewesen sind, wird durch die in dem Miramichifall getroffene Entscheidung bewiesen. Dieser Fall, der gegen die Krone entschieden wurde, legte dar, daß der amerikanische Verschiffer entschädigt werden mußte, auch wenn er eine Fracht eif verkauft hatte, und wenn das Verlustrisiko nach der Verschiffung der Fracht ihn gar nichts mehr anging.

*Die unwillkürliche Note und die unglückliche
Uebersetzung.*

Die Beschlagnahme von Kautschuk.

Es ist weiterhin Seiner Majestät Regierung vorgelegt worden, obwohl diese Angelegenheit in Euer Excellenz Note nicht berührt wird, daß unsre auf die Ausfuhr gewisser Artikel und besonders von Kautschuk gerichteten Beschlagnahmemaßregeln in Handelsinteressen der Vereinigten Staaten eingriffen. Es ist natürlich schwer für Sr. Majestät Regierung, die Kautschukausfuhr von britischen Besitzungen nach den Vereinigten Staaten zu einer Zeit zu gestatten, da Kautschuk für die kriegsführenden Staaten zur Weiterführung des Krieges unentbehrlich ist und da sich seit dem Krieg tatsächlich ein neuer Handelszweig entwickelt hat, der in der Ausfuhr verdächtig großer Kautschukmengen von den Vereinigten Staaten nach neutralen Ländern besteht. Es wäre unmöglich, die Kautschukausfuhr aus Großbritannien zu gestatten, wenn nicht die Berechtigung Sr. Majestät Regierung anerkannt würde, einem Krisengericht aus den Vereinigten Staaten ausgeführte Kautschukladungen zu unterbreiten, von denen angenommen wird, daß sie für ein feindliches Land bestimmt seien, und wenn nicht zu diesem Zweck eine vernünftige Bewegungsfreiheit bewilligt würde. Uebrigens hat Sr. Majestät Regierung jetzt ein vorläufiges Uebereinkommen mit den Kautschukexporteuren Großbritanniens getroffen, das die Erteilung von Bewilligungen vorsieht, die unter geeigneten Sicherheitsmaßnahmen für die Kautschukausfuhr nach den Vereinigten Staaten gewährt werden sollen.

Wir stehen vor der stetig wachsenden Gefahr, daß neutrale Länder, die an feindliche angrenzen, sich in einem bisher noch nicht dagewesenen Umfang

als Zufuhrquellen für die Streitkräfte unsrer Gegner und für die Rohstoffe der Waffenindustrie entwickeln. Die Ziffern des Einfuhrhandels zeigen eine starke Neigung nach dieser Richtung. Aber wir haben keine Klage vorzubringen über die Haltung der Regierungen solcher Länder, welche, soweit wir wissen, sich innerhalb der Grenzen der Neutralität gehalten haben. Wir versuchen im Interesse unsrer eigenen nationalen Verteidigung, der Gefahr zu begegnen, indem wir tatsächlich für den Feind bestimmte Güter beschlagnahmen, ohne aber diejenigen zu behelligen, die bona fide neutral sind.

Verzögerte Veröffentlichung von
Manifesten.

Seit dem Ausbruch des Krieges ist die Regierung der Vereinigten Staaten von ihrer früheren Übung abgewichen und hat verboten, daß die Manifeste früher als 30 Tage nach der Abfahrt der Schiffe aus den Häfen der Vereinigten Staaten veröffentlicht werden dürften. Wir haben keinen Rechtsgrund (locus standi) für Beschwerden über diese Uenderung und haben uns nicht beschwert. Aber ein Ergebnis der Uenderung besteht darin, daß die Schwierigkeit, das Vorhandensein von Konterbande festzustellen, erhöht wird. Es wird dadurch im Interesse unsrer nationalen Sicherheit die Untersuchung und Zurückhaltung von mehr Schiffen erforderlich, als es, wenn man bei der frühern Übung verblieben wäre, der Fall gewesen wäre.

Indem ich mir eine eingehendere Antwort vorbehalten möchte, schließe ich mit der Erklärung, daß Sr. Majestät Regierung jene allgemeinen Grundsätze des Völkerrechtes, auf denen, wie sie annimmt, die Note der Vereinigten Staaten beruht, nicht zu bestreiten wünscht, und daß sie ihre Handlungsweise auf das Vorgehen wider die für den Gegner bestimmte Konterbande beschränken will.

Sr. Majestät Regierung ist geneigt, wenn eine von den Vereinigten Staaten kommende Ladung zurückgehalten wird, die Gründe, welche eine derartige Zurückhaltung veranlaßt haben, darzulegen. Sie würde willig einem Abkommen beitreten, durch das Irrtümer vermieden werden könnten, und durch das schnelle Abhilfe gesichert würde, wenn den neutralen Besitzern eines Schiffes oder einer Ladung unrecht geschehen ist. Denn sie wünscht dringend sowohl im Interesse der Vereinigten Staaten wie anderer neutraler Länder, daß Englands Vorgehen nicht die normale Einfuhr und nicht den Verbrauch aus den Vereinigten Staaten kommender Waren durch neutrale Länder schädigt.

Ich habe usw.

(gez.) E. Grey.

15. / 1. 1915.

Eine Erklärung des Botschafters Prinzen Fürstenberg über Take Jonescu.

Wien, 15. Januar.

Deutsche Blätter veröffentlichen folgende Erklärung: Das Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau ist ermächtigt, folgende Erklärung des k. und k. Botschafters in Madrid Prinzen Fürstenberg zu veröffentlichen:

„Ich habe niemals während meiner Wirksamkeit als österreichisch-ungarischer Gesandter in Bukarest dem damaligen rumänischen Minister des Innern, Take Jonescu, eine Depesche des von ihm angegebenen

Inhaltes gezeigt und konnte dies um so weniger tun, als eine solche nie an mich erging.

Take Jonescu war auch nie in der Lage, mich davon abzuhalten, eine Depesche meiner Regierung dem einzig hierzu kompetenten Minister des Aeußern zur Kenntnis zu bringen.

Ich möchte übrigens feststellen, daß Take Jonescu während seiner letzten Ministerzeit mir mehrmals die bündigste Versicherung abgab, daß er Rumäniens Heil einzig im Anschluß an die Centralmächte erblickte, da seinem Vaterlande nur von Rußland her Gefahr drohe.

Karl Prinz zu Fürstenberg.“

15. / I. 1915.

Eine Rede des englischen Botschafters Buchanan.

Wien, 15. Januar.

Sir George Buchanan, der englische Botschafter in Petersburg, nahm Veranlassung, bei Gelegenheit der Neujahrfeier, die von der englischen Kolonie in Petersburg begangen wurde, eine Rede vom Stapel zu lassen. Der Botschafter sagte unter anderem:

Der sechste Kriegsmonat beginnt, und wir Engländer können in der Beziehung stolz sein auf den Anteil, den unser Vaterland am Kriege genommen hat. Ein kleiner und unbedeutender Teil des Publikums in Rußland blickt auf das, was wir geleistet haben, mit anderen Augen. Einige gut bekannte Germanophilen, die früher englischfeindliche Ideen verbreitet haben, sind jetzt bemüht, Mißtrauen unter den Verbündeten zu erregen. Wir werden beschuldigt, aus rein egoistischen Gründen Rußland in den Krieg gestoßen zu haben und die russische Armee ganz allein die ganze Schwere des Krieges tragen zu lassen, damit wir unsere Kräfte sparen und später den Löwenanteil an uns reißen.

Diese Herren fragen in Petrograd, Moskau und Odessa: Wo ist die englische Flotte? und wo sind die englischen Armeen und was leisten sie? Ich will ihnen antworten, was die englische Flotte geleistet hat. Sie hat mit Unterstützung die verbündeten Flotten die deutsche Flotte aus den offenen Meeren vertrieben. Ihren ersten großen, wenn auch unblutigen Sieg hat sie an dem Tage errungen, als die deutsche Flotte sich selbst im Kieler Kanal einsperrte und jedes deutsche Handelsschiff genötigt war, sich in einem neutralen Hafen zu verbergen.

Buchanan brachte dann eine Aufzählung all der „großen Taten“, die die englische Flotte durch Raperung der Handelsschiffe, Besiegung deutscher Kreuzer usw. geleistet haben soll, darunter auch sagenhafte „Selbentaten bei Helgoland“.

Er fuhr fort: „Daß es nicht zu noch größeren Taten gekommen ist, ist Schuld der Deutschen, die ihre Flotte hinter einer unzulänglichen Linie von Forts versteckt halten. Die große englische Flotte muß sich damit begnügen, auf der Wacht zu stehen bis zu dem Moment, wo die deutschen Dreadnoughts ins Meer hinausgehen und versuchen, mit uns um die Herrschaft zur See zu kämpfen.“

Wenn unsere Kritiker — sie bilden glücklicherweise nicht die wahre Stimmung des russischen Volkes — meinen Worten nicht glauben sollten, so werden sie vielleicht die Angaben, die aus deutscher Quelle kommen, überzeugend finden.

Bis zum Kriege betrachteten die Deutschen die Engländer als eine sterbende Rasse, als einen Staat, der unter der ersten Drohung der deutschen Waffen zerfallen würde. Jetzt, wo sie unseren Soldaten bei Mons, an der Marne, der Wisne und der Yser gegenüber gestanden haben, und zwar in Augenblicken, wo die numerische Ueberlegenheit auf ihrer Seite war und sie vom Kaiser den Befehl erhalten hatten, unsere Linien um jeden Preis zu durchbrechen, jetzt wo sie es begriffen haben, was die Seemacht Englands bedeutet: jetzt haben sie uns zum Hauptgegenstand ihres Hasses gemacht.

An uns, an die Engländer, richtet ihr Dichter „die Hymne des Hasses“; über uns, die Engländer, gießen die deutschen Professoren die volle Schale ihrer Empörung aus. Dieses hat darin seinen Grund, daß das britische Reich sie daran hindert, die Welt an sich zu reißen, von der sie geträumt und der zuliebe sie die göttlichen und menschlichen Gebote verlegt haben. Wer kann — frage ich — einen anschaulicheren Beweis für die Dienste liefern, die die Engländer den Verbündeten erwiesen haben?“

Darauf wandte sich Buchanan einer begeisterten Schilderung der französischen, belgischen und englischen Waffenbrüderschaft, ferner einer Beschmeichelung der „vom ruhmreichen Höchstkommandierenden so glänzend geführten russischen Armee“, die sich in edler Weise selbst opfere, indem sie einen Teil der Truppen vom Westen abgezogen habe, zu. „Indem die russische Armee die Kräfte des Feindes ermüdet und nach und nach schwächt, wird sie sich in nächster Zukunft den Weg nach Schlesien bahnen.“

16./1. 1915.

Englands Politik gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

In der Monatsversammlung des Industriellen Klubs behandelte Paul Dehn aus Berlin das Thema „Englands Politik gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland“. England — führte der Vortragende aus — beansprucht für sich die ausschließliche Oberseeherrschaft. Was sie bedeutet, empfinden gegenwärtig die neutralen Staaten. Es ist ein anerkanntes Recht der Neutralen, mit allen, auch mit den kriegsführenden Staaten, Handel zu treiben. Dieses Recht ist England unbequem, weil es seinem Kriegszweck, der Aushungerung der beiden mitteleuropäischen Reiche, im Wege steht. England erklärt fast alle Waren als Kontorbande und will die Mengen der Lebensmittel und Rohstoffe bestimmen, die den neutralen Staaten zugeführt werden dürfen, damit diese nichts an die kriegsführenden Mächte abgeben können. Leider haben sich die Neutralen schon zu viel gefallen lassen und sind zu schwach oder wie die Vereinigten Staaten zu schwächlich. Bei längerer Dauer des Krieges wird man sich zwar in Mitteleuropa manche Beschränkungen auferlegen müssen, aber von einer Aushungerung kann keine Rede sein. Sollten einzelne Waren besonders hoch im Preise steigen, so würden für ihre Beschaffung nicht zuletzt englische Händler und Schmuggler sorgen, die überall erscheinen, wo hoher Gewinn in Aussicht steht.

Der Vortragende, Bergrat v. Gutmann, führte aus, daß Englands äußere Politik allen anderen Mächten voraus die Unberrückbarkeit ihres Zieles hat, das sich einzig und allein nach Hebung von Industrie, Handel und Gewerbe richtet. England steht auf dem Standpunkt, daß sein offensives System der „Verteidigung“ sich nicht nur auf den jeweiligen Besitzstand erstreckt, sondern, den Weltmarkt als Monopol betrachtend, auf alles, was ihm nicht gehört und was die Zukunft an Zuwachs bringt. Wenn Deutschland seine Stellung auf dem Weltmarkt erworben hat, so ist dieselbe nunmehr sein legitimer Besitzstand, kraft der Anzahl und des Kulturzustandes seiner Bevölkerung, seiner geographischen Lage seiner Rohstoffverhältnisse, seiner poli-

tischen Stellung, überhaupt seiner Konkurrenzfähigkeit. Deutschland hat seine Stellung auf dem Weltmarkt zwar unter dem Schutze von Flotte und Armee, gefördert durch seinen Kolonialbesitz, doch keineswegs mit militärischen Waffen, erobert, sondern durch die Errungenschaften deutscher Wissenschaft, besonders deutscher Technik und durch die Großzügigkeit des deutschen Kaufmannstandes. England muß durch den Krieg viel verlieren und es hat schon viel verloren. Einen Beweis dafür bietet die Tatsache, daß England darauf angewiesen ist, zwei Drittel seiner Industrieprodukte zu exportieren und neun Eistel seines Getreidebedarfes einzuführen, der 27 Milliarden Mark betragende Ausfall des englischen Außenhandels bereits in den ersten vier Kriegsmonaten von dem auf die Ausfuhr 1½ Milliarden Mark entfallen, ferner, abgesehen von den enormen Kriegskosten, die großen Verluste der Flotte und ihrer Einbuße an Prestige. Vor allem jedoch hat England an internationalem Ansehen verloren. Es wird Aufgabe des nächsten Friedensschlusses sein, vor England Garantien dafür zu erlangen, daß es ein für allemal auf seine einträgliche Rolle des Friedensstifters in Europa verzichte. Ganz Europa wird diese Forderung unterstützen.

16. / I. 1915.

Kriegskalender.

4. Jänner: Während der Weihnachtszeit haben unsere Truppen 37 Offiziere und 12.698 Mann gefangen. — Neuerliche Beschießung von Belgrad. — Südlich Gorlice nahmen unsere Truppen eine für die weitere Ereignisse wichtige Höhenlinie. — Angriffe der Deutschen östlich der Rawka. — Die Franzosen nehmen nach heftigen Kämpfen im Elsaß das Dorf Steinbach, das sie wieder verlieren. Heftige Kämpfe bei Thann und Sennheim. — Depeschenwechsel zwischen unserem Kaiser und dem Papst wegen Austausch der kriegsuntauglichen Gefangenen. — Neue Operationen der Besatzung der „Emden“. — Clemenceau fordert japanische Hilfe. — Zwei Reservistenjahrgänge der Kolonialtruppen in Frankreich werden entlassen. — Aufstand gegen Essad Pascha. — Die Deutschen beginnen wieder die Beschießung von Soissons.

5. Jänner: Fortschritt der deutschen Angriffe an der Bzura, bei Koslow-Biskupi und nordöstlich Polimow. — Die Deutschen stehen 25 Kilometer vor Warschau. — Die britischen Kriegsschiffe „Dor“ und „Goliath“ beschießen am 15. Dezember Dar-es-Salam, die Stadt erleidet großen Schaden. — Die Aufständischen in Albanien verlangen die Auslieferung des serbischen und französischen Gesandten.

6. Jänner: Nördlich und südlich der Weichsel auf unserer Front Geschützkampf. — Vorstöße der Russen in den Karpathen. — Bei Sonain und im Argonnenwald Vorstöße der Deutschen. — Im Sucha-Abschnitt westlich der Weichsel machen die Deutschen 1400 Gefangene und erbeuten 9 Maschinengewehre. — Zwei deutsche Flieger werfen über dem englischen Lager bei Lüderichsbucht Bomben ab. — Amerika baut neue Unterseeboote. — Seegefecht bei Sinope im Schwarzen Meer. — Ultimatum der Vereinigten Staaten an Mexiko. — Streik der portugiesischen Opposition. — Der Burenaufstand beginnt wieder.

7. Jänner: Am Dunajec und in Russisch-Polen teilweise Geschützkampf. Unsere im Karpathenvorlande der südlichen Bukowina vorgeschobenen Truppen werden näher an die Hauptpässe zurückgenommen. — In den Kämpfen bei Lodz und Polog gehen zehn russische Aeroplane verloren und acht russische Generale werden verwundet. — Engländer und Franzosen zerschließen die französischen und belgischen Ortschaften hinter der deutschen Front. — Im Argonnenwald werden die Feinde unter den schwersten Verlusten aus den tags zuvor eroberten deutschen Stellungen geworfen. — Westlich Sennheims werden die Franzosen beim Sturm auf die Höhe 425 zurückgeschlagen. — Die russische Flotte beschießt Sinopé. — Türkische Kriegsschiffe beschießen russische Truppen bei Mafriali. — Revolte auf den Philippinen. — Drei österreichisch-ungarische Flieger werfen über die See zehn Bomben ab. — Der Glasgower Dampfer „Astarte“ sinkt. — Oberst Marix überumpelt das schlechtbewachte Lager der Regierungstruppen.

8. Jänner: In den Ostbestiden wird ein von starken russischen Kräften angelegter Vorstoß zurückgeschlagen. — Ein Nachtangriff auf Wotovac wird von unseren Vorpostenlinien abgewiesen. — In den Vogesen besetzen die Deutschen neuerdings Steinbach. — Fortschritte der Deutschen in den Argonnen. Abgewiesene französische Angriffe bei Sennheim und Dieboldshausen. — Westlich der Rawka fangen die Deutschen 1600 Russen und erbeuten 5 Maschinengewehre. — Beim Untergang der „Formidable“ sind mehr als 500 Mann umgekommen. — Die Türken besetzen Kotur in Aserbeidschan. — Japan verkauft die gesamte Geschützbente von Tsingtau an England. — Das französische Kriegsministerium übersiedelt nach Paris.

9. Jänner: Ein Nachtangriff der Russen auf Zalkhezin wird blutig abgewiesen. — Die Deutschen weisen französische Angriffe bei Soissons ab. Die Deutschen machen bei einem Sturmangriff in den Argonnen 1200 Gefangene, bei Ober-Burnhaupt 190 Gefangene. — Seit Ausbruch des Krieges sind 32 Fischereidampfer aus Grimsby verloren gegangen. — Im Bezirk des 9. deutschen Armeekorps stellt die ärztliche Untersuchung 200.000 dienstfähige Männer fest. — Starke Kämpfe in Südafrika. — Die Russen behalten den Nachlaß der in Rußland verstorbenen Deutschen, Oesterreicher und Ungarn. — Die galizische Adelsdeputation bei unserem Kaiser. — Heldentaten der „Emden II.“ — Aenderung des rumänischen Wehrgesetzes, beträchtliche Standeserhöhung der Armee. — Deutsche Luftfahrzeuge über Dünkirchen und Bourneß. — Die englischen Dampfer „Esfriede“ und „Cytinum“ sinken.

17. / I. 1915

Kriegskalender.

10. Jänner: Versuche der Russen, die Nida zu passieren, misslingen. — Zwei Aufklärungsbataillone der Russen in der Bukowina werden von unseren Truppen gesprengt. — Geschützkampf östlich Trebinje. — Die Deutschen weisen russische Vorstöße südlich Mlava ab. — Große Verluste der Franzosen bei Soissons, Berthes und Neuport. — Die Deutschen nehmen bei Ober-Burnhaupt 420 Franzosen gefangen und erbeuten ein Maschinengewehr. — Niederlage der Engländer in Ostafrika, 3600 Mann englische Verluste. — Deutsche Angriffe in Kamerun. — Die albanischen Aufständischen brennen die Güter Essad Paschas nieder.

11. Jänner: In Russisch-Polen und an der unteren Nida werden die Angriffe der Russen unter starken Verlusten abgewiesen. Eine unserer Aufklärungspatrouillen dringt bis zur Wohnung des feindlichen Regimentskommandanten vor und kehrt mit 1 Offizier und 6 Mann Gefangenen zurück. — Ein deutsches Flugzeugeschwader von 16 Fahrzeugen fliegt nach London, kehrt wegen Nebels um und wirft über Calais und Dünkirchen erfolgreich 50 Bomben ab. — Die Russen räumen Persien. — Fortschritte der Deutschen in Flandern und Nordfrankreich. — Das russische Gardekorps wird von Russisch-Polen zurückgezogen. — Ein in Eluis niedergehendes französisches Flugzeug wird von den Deutschen genommen.

17./I. 1915.

Erregte Debatte im französischen Senate.

R. Lyon, 16. Jänner. „Nouveliste“ meldet über die Sitzung des französischen Senats: Nach der Rede Dubost trat das Haus in die Erörterung der Tagesordnung ein, auf der ein Gesetzentwurf betreffend den Unterricht in den höheren Lehranstalten stand.

Senator Delahaye verlangte die Vertagung der Debatte über diesen Gegenstand sowie über alle anderen Entwürfe. Das Wort haben augenblicklich die Kanonen.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Peytral entgegnete, daß das Parlament seine Aufgabe als gesetzgebender kontrollierender Faktor durchführen müsse.

Ministerpräsident Viviani erklärte, die Regierung teile die Auffassung des Finanzausschusses und verlange eine volle Kontrolle durch das Parlament. Er bedauere den durch den Vorschlag Delahayes entstandenen Zwischenfall. Die Einigkeit des Landes könne auch mit der Kontrolle des Parlaments bestehen.

Delahaye erwiderte, er müsse gegen die Worte Vivianis protestieren und die Frage stellen: „Wollen Sie in der gegenwärtigen Zeit Ihre unnützen Debatten wieder beginnen und sich nutzlosen parlamentarischen Schwärzereien hingeben? Sie wissen, daß das Land nicht mit Ihnen ist. Die parlamentarische Kontrolle ist nur eine Phrase.“

Senator Hervey schloß sich dem Proteste Delahayes an und erklärte, daß das von der Regierung für die Session des Parlaments angenommene Arbeitsprogramm die im Felde stehenden Parlamentarier an ihrer Pflichterfüllung bei der Armee verhindere. Er sei zu Kriegsdiensten einberufen worden und reiche daher seine Demission als Senator ein.

Auf Drängen seiner Freunde zog Hervey schließlich seine Demission zurück und kam statt dessen um einen Urlaub bis zum Ende des Krieges ein. Damit war der Zwischenfall beigelegt.

Das Haus vertagte sich sodann bis Donnerstag.

Ob Delahayes Vertagungsantrag angenommen wurde, ist aus dem Berichte nicht zu ersehen, da die Zensur die betreffende Stelle unterdrückt hat.

17. / I. 1915.

Teilweise Freilassung österreichisch-ungarischer und deutscher Zivilinternierter in England.

Wien, 16. Januar.

Nicht wenig hat zur Erregung über die Behandlung unserer Landsleute in England beigetragen, daß man nicht wußte, nach welchen Grundsätzen die englische Regierung bei der Internierung und bei der zwangsweisen Zurückhaltung der Untertanen feindlicher Staaten vorgeht. Interniert scheinen außer den irgendwie Verdächtigen nur diejenigen zu sein, die subsidiarlos sind. Ganz unklar aber ist, wer von den auf freiem Fuße befindlichen in England bleiben muß und wer fort darf. Nunmehr gibt, wie ein Londoner Telegramm des I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureaus unterm Heutigen meldet, die dortige amerikanische Botschaft bekannt, daß die englische Regierung gegen die Rückkehr eines bestimmten Teiles der Oesterreicher, Ungarn und Reichsdeutschen in ihre Heimat nichts einzuwenden habe.

Durch diese Bekanntmachung werden allerdings keineswegs alle Zweifel behoben, ja sie würde nur bereits Bekanntes wiederholen, wenn man sie nicht dahin interpretiert, daß sie sich auch auf diejenigen bezieht, die, auf der Seereise nach oder von Hause begriffen, von den Schiffen heruntergeholt und, soweit sie nicht alte Leute waren, als Kriegsgefangene behandelt wurden. Es dürfen also von Oesterreichern und Ungarn nach Hause zurückkehren: alle Personen weiblichen Geschlechtes, dann Ärzte und Geistliche und alle Personen männlichen Geschlechtes, die unter 18 und über 50 Jahre alt sind, und solche, die dienstuntauglich sind, was wohl heißt, daß sie ihre Dienstuntauglichkeit klar zeigende Gebrechen aufweisen. Hossentlich sind auch Vorkehrungen getroffen, daß sie nicht nur wegfahren dürfen, sondern auch, selbst wenn sie mittellos sind, wegfahren können.

Nachstehend das Telegramm des Telegraphen-Korrespondenzbureaus:

London, 16. Januar.

Die amerikanische Botschaft gibt bekannt: „Deutsche, österreichische und ungarische Frauen jeden Alters, deutsche Männer unter 17 und über 55 Jahre, Oesterreicher und Ungarn unter 18 und über 50 Jahre, und solche, die für den Wasserdienst untauglich sind, ferner deutsche, österreichische und ungarische Ärzte und Geistliche haben die Möglichkeit, nach Hause zurückzukehren, wenn sie Gesuche an das Home-Office richten.“

Ermöglichung der Rückkehr aus England.

London, 16. Jänner. Die amerikanische Botschaft gibt bekannt:

Deutsche, österreichische und ungarische Frauen jeden Alters, deutsche Männer unter 17 und über 55 Jahre,

Oesterreicher und Ungarn unter 18 und über 50 Jahre, die für den Waffendienst untauglich sind,

ferner deutsche, österreichische und ungarische Aerzte und Geistliche haben die Möglichkeit, nach Hause zurückzukehren, wenn sie Gesuche an das Home-Office richten.

17. / 1. 1915.

Kriegschronik.

- 10. Januar:**
 Neue Versuche der Russen, die Nida zu überschreiten, wurden zurückgewiesen; in den Nachbarabschnitten heftiger Geschützkampf.
 Erfolgreiches Vorgehen der Deutschen in den Argonnen.
 16 deutsche Flugzeuge über Dünkirchen.
- 11. Januar:**
 Ein dritter Versuch der Russen, die Nida zu überschreiten, bricht unter Artilleriefeuer zusammen.
 Südlich der Weichsel heftiger Geschützkampf.
 Die Russen ziehen sich in den Karpathen gegen den Uzfoterpaß zurück.
- 12. Januar:**
 Erster Schlachttag bei Soissons:
 Die Höhen bei Crouy und Cuffies werden im Sturm den Franzosen abgenommen. 1700 Franzosen gefangen; 4 Geschütze, mehrere Maschinengewehre erobert.
 Ein französischer Angriff bei Berthes ist gescheitert.
 Deutsche Erfolge in den Argonnen.
 Erfolgreiche russische Vorstöße finden in Nordpolen statt.
 Schwere russische Verluste vor Przemyśl.
 Neue Artilleriekämpfe werden von der Nida gemeldet.
- 13. Januar:**
 Zweiter Schlachttag bei Soissons:
 Die Höhen bei Bregny in Anwesenheit des Kaisers durch Sturmangriff vom Feind gesäubert. 1150 Gefangene; 4 Geschütze, 4 Maschinengewehre erbeutet.
 Ein französischer Angriff bei La Bassée gescheitert.
 Ministerwechsel in Oesterreich-Ungarn. Graf Berchtold durch Baron Burian ersetzt.
 Neue russische Vorstöße an der Nida mißglücken.
 Die Türken nehmen Tâbris ein.
- 14. Januar:**
 Dritter Schlachttag bei Soissons:
 In glänzenden Sturmangriffen werden nacheinander die Orte Cuffies, Crouy, Buch-le-Bong und Messy von unseren Truppen genommen. Vom 12.—14. Januar 5200 Franzosen gefangen, 4—5000 gefallen; 35 Geschütze erbeutet.
 Mißerfolg der Franzosen östlich Berthes.
 Russische Angriffe bei Gumbinnen und Böhen abgewiesen.
 Fortgesetzte Offensive westlich der Weichsel.
 Türkische Erfolge in Persien und auf der Sinai-Halbinsel.
 Deutsche Unterseeboote vor Dover.
- 15. Januar:**
 Englische Erregung über den Ankauf des Sapogdampfers „Dacia“ durch einen Amerikaner.
 Ein französisches Unterseeboot vor den Dardanellen vernichtet.
 An der Nordwestgrenze Indiens finden Kämpfe statt.
 Die deutsche Kriegsanleihe steigt über den Nennwert.
- 16. Januar:**
 Feindliche Angriffe bei Uras abgewiesen.
 Ein neuer Angriff bei St. Mihiel abgewiesen.
 Wieder zwei Deutsche in Casablanca zum Tode verurteilt.
 Der Reichsschatzsekretär Kühn tritt krankheits halber von seinem Posten zurück. Sein Nachfolger wird der Direktor der Deutschen Bank, Prof. Dr. Helfferich.
 Amtliche Meldung, wonach vom 3.—5. November bei Tanga das englische Landungskorps von 8000 Mann durch 2000 Deutsche völlig geschlagen und unter großen Verlusten zur Rückkehr auf die Schiffe gezwungen wurde.

17. / 1. 1915.

Kriegskalender.

8. Januar: Vergeblicher Angriff der Franzosen auf Burnhaupt. Die Deutschen machen mehr als 400 Gefangene.

9. Januar: Abweisung eines nächtlichen Angriffes der Russen auf die Höhen nordöstlich von Zalkicyn. — Nordöstlich von Soissons werden Angriffe der Franzosen zurückgewiesen. — Deutsche Luftschiffe werfen auf Dünkirchen und Furnes Bomben ab. — Feldmarschall Lord Methuen wird zum Oberkommandanten von Malta ernannt.

10. Januar: Versuche der Russen, die Flußniederung der Nida zu passieren, werden unter schweren Verlusten des Feindes abgewiesen. — Kurzer Geschützkampf bei unseren östlich von Trebinje an die Grenze vorgeschobenen Stellungen. — Ein Geschwader von sechzehn deutschen Flugzeugen erscheint in der Nähe der Themsemündung und wirft auf dem Rückflug über Dover und Dünkirchen Bomben ab. — In Tanga an der deutsch-ostafrikanischen Küste werden 8000 dort gelandete Engländer und Kinder von den Deutschen in eine Falle gelockt und mit einem Verlust von 3000 Mann vollständig geschlagen. — Die deutsche Ordensprovinz der Jesuiten protestiert gegen die Kriegsbreden des Vater Vaughan, die für den deutschen Kaiser und das deutsche Volk schwer verletzend sind.

11. Januar: Ein neuerlicher Versuch der Russen, die Nida zu passieren, bricht in unserem Artilleriefeuer zusammen. — In den Kämpfen in den Argonnen haben die Deutschen seit 8. Januar 1600 Mann gefangenengenommen. — Deutsche Unterseeboote unternehmen nachts einen Angriff auf die Befestigungen von Dover.

12. Januar: Die Deutschen säubern nördlich von Soissons die Höhen von Cuffies und Crony und machen hierbei 1700 Gefangene. — Die türkische Schwarze Meer-Flotte beschließt den Hafen von Mafriaji südlich von Batum und zerstört dessen Befestigungen. — Geseiterte Landungsversuche der Engländer bei Alexandrette. — Die Engländer besetzen in Deutsch-

Westafrika den Hauptübergang über den Oranjesfluß und rücken nach dem nördlichen Ufer vor. — Die französische Kammer tritt zusammen.

13. Januar: Demission des Grafen Berchtold und Ernennung Baron Burians zum österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern. — Offiziell wird festgestellt, daß seit dem Untergang der „Zenta“ am 16. August keines der österreichisch-ungarischen Schiffe, Boote und Luftfahrzeuge auch nur die geringste Beschädigung durch feindliches Feuer erlitten hat und kein einziger Mann der Flotte auch nur verwundet worden ist. — Bei Verdun gewinnen die Deutschen täglich Gelände und kreisen allmählich die Festung ein. — Eine deutsche „Taube“ erscheint über der Themsemündung. — Die türkischen Truppen besetzen Lâbris und Salmas in Aserbeidschan. — Der frühere bulgarische Minister des Aeußern Chenadiew trifft in besonderer Mission in Rom ein.

14. Januar: Heftiger Geschützkampf am Dunajec. — Warschau wird von deutschen Flugzeugen bombardiert. — Die Deutschen säubern nordöstlich von Soissons die Höhen von Bregny vom Feinde und nehmen 1130 Mann gefangen. — Serbien ordnet in den neuen Gebieten eine neue Aushebung der Waffenfähigen im Alter von 16 bis 60 Jahren an. — Die Regierung von Kanada hat die Mobilmachung des dritten kanadischen Kontingents angeordnet.

15. Januar: Nördlich und nordöstlich von Soissons ist das nördliche Aisne-Ufer von den Franzosen endgültig geräumt. In den dreitägigen Kämpfen machten die Deutschen 5200 Gefangene und erbeuteten 35 Geschütze. 4000 bis 5000 tote Franzosen wurden auf dem Kampffelde aufgefunden. — Angriffe der Franzosen nordwestlich von Arras werden zurückgewiesen. — Erfolgreiche Gefechte der Deutschen in den Argonnen. — Das französische Unterseeboot „Saphir“ wird bei dem Versuch, sich dem Einang der Dardanellen zu nähern, zum Sinken gebracht.

Fremdenblatt

187 I. 1915.

Depeschenwechsel zwischen Baron Burian und Herrn v. Bethmann Hollweg.

Der Minister des Aeußern Baron Burian hat anläßlich seines Amtsantrittes an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg folgendes Telegramm gerichtet:

Durch die Gnade Seiner Majestät meines allergnädigsten Herrn auf den Posten des Ministers des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern berufen, beehre ich mich, Euer Exzellenz in dieser Eigenschaft zu begrüßen.

Die beiden verbündeten Mächte haben nunmehr auch in erster historischer Zeit den Wert des Bundes- und Freundschaftsverhältnisses erprobt, das, auf altbewährter Treue und auf enger Interessengemeinschaft beruhend, die unberrückbare Grundlage ihrer Politik bilden muß.

Ich bitte Euer Exzellenz mir in Ausübung meines verantwortlichen Amtes dieselbe tatkräftige Unterstützung zuteil werden zu lassen, welche Hochdieselben meinen Amtsvorgängern bei der Pflege inniger und vertrauensvoller Beziehungen zur kaiserlich deutschen Regierung angedeihen ließen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat hierauf mit folgendem Telegramm geantwortet:

Eure Exzellenz bitte ich, für die freundlichen Worte der Begrüßung meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen. Eure Exzellenz mögen sich meiner vertrauensvollsten Zusammenarbeit und meiner rückhaltlosen Unterstützung bei der Lösung der ernstesten und verantwortlichen Aufgaben versichert halten zu der Sie die Gnade Ihres allergnädigsten Herrn berufen hat. In der unerschütterlichen Einigkeit der in treuer Freundschaft verbündeten Mächte erblicke ich eine sichere Gewähr für den glücklichen Ausgang des uns aufgezwungenen Kampfes.

21./1. 1915

**Besuch des Erzherzogs Karl Franz Josef
bei Kaiser Wilhelm.**

Se. k. u. k. Hoheit der Herr Erzherzog Karl Franz Josef von Oesterreich-Ungarn hat sich gestern abends mit einem Hofsonderzuge nach Berlin begeben, von wo er nach mehrstündigem Aufenthalt heute nachmittags in das deutsche Hauptquartier fährt, um Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser einen Besuch abzustatten.

Im Gefolge des Herrn Erzherzogs befinden sich: Kammervorsteher G.M. Zdenko Prinz Lobkowitz, Erster Stallmeister Rittmeister Rudolf Graf von der Straten, Dienstkämmerer Rittmeister Ernst Graf von Thun und Hohenstein, Stabsarzt Regierungsrat Dr. Fischer und Hofreisekassier Hofrechnungsrat Zdenko Mares.

21. / I. 1915.

**Die Reise des Baron Burian in das
deutsche Hauptquartier.**

Der Minister des Aeußern Freiherr v. Burian tritt Freitag den 22. d. seine angekündigte Reise in das deutsche Hauptquartier an, wo er Sonntag den 24. d. eintrifft.

21. / I. 1915

**Die Reise des Baron Burian in das
deutsche Hauptquartier.**

Minister des Aeußern Freiherr v. Burian begibt sich in Begleitung des Legationsrates Grafen Hohos heute abends über Berlin ins deutsche Hauptquartier, wo er am 24. d. von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser empfangen werden wird.

Sr. Majestät der Kaiser empfing heute vormittags den Minister des Aeußern Baron Burian in längerer Audienz.

21./1. 1915.

Das Schicksal des Generalkonsuls Paumgartner und des Vizekonsuls Fillunger.

Wien, 21. Januar.

Aus Rußland ist die Mitteilung hieher gelangt, daß der bisherige österreichische Generalkonsul in Odessa, Herr Paumgartner und der Vizekonsul Herr Fillunger, die betanntlich in Odessa eingekerkert wurden, nach Petersburg gebracht worden seien.

Der bisherige türkische Generalkonsul in Odessa, Kiamil Bey, dessen Mitteilungen über seine Erlebnisse in Rußland wir im heutigen Morgenblatt veröffentlicht haben, bezweifelt, daß diese Meldung richtig ist und gibt der Ansicht Ausdruck, daß, wenn sie sich bestätigen sollte, die Herren Paumgartner und Fillunger in das berühmte Gefängnis der Peters-Pauls-Festung gebracht worden seien.

Kiamil Bey, der im Hotel Imperial abgestiegen ist, bleibt noch einige Tage in Wien und begibt sich dann nach Konstantinopel.

Brutale Behandlung des österreichisch-ungarischen und des türkischen Generalkonsuls in Odessa.

Unterredung mit dem bisherigen türkischen Generalkonsul Kiamil Bey.

Wien, 20. Januar.

Der türkische Generalkonsul in Odessa, Kiamil Bey, ist soeben nach furchtbaren Erfahrungen aus Rußland in Wien eingetroffen, wo ihn der türkische Botschafter, Hilmi Pascha, wiederholt empfangen hat, um sich über die schweren Erlebnisse, deren Opfer der türkische Generalkonsul in Odessa war, Bericht erstatten zu lassen. Was Kiamil Bey von der Behandlung, die ihm und seiner Familie in Odessa zuteil wurde, erzählt, beweist, daß man sich in Rußland in barbarischer Weise über die Regeln des Völkerrechtes hinwegsetzt. Der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Odessa, Johann Baumgartner, und der österreichisch-ungarische Vizekonsul daselbst, Hans Füllunger, werden noch heute im Gefängnis von Odessa zurückgehalten. Kiamil Bey hat einem Mitarbeiter unseres Blattes über seine Erlebnisse und im Zusammenhange damit auch über das Schicksal der Mitglieder des österreichisch-ungarischen Generalkonsulats die nachfolgenden Mitteilungen gemacht:

Freitag den 30. Oktober feierten wir das Beiramfest. Einige Schiffe unserer Flotte hatten am Tag vorher Odessa bombardiert, nachdem unsere Flotte, wie Ihnen bekannt ist, von der russischen Schwarzen-See-Flotte provoziert worden war. Der Krieg zwischen der Türkei und Rußland war noch nicht erklärt. Nach völkerrechtlichem Brauche hätte allen türkischen Konsuln Zeit gelassen werden müssen, um unter sicherem Geleite Rußland verlassen zu können. Einige unserer Konsuln waren bereits aus Rußland abgereist, da sie sahen, welche Ereignisse sich vorbereiteten. Ich und mein Kollege in Sebastopol mußten arg blüßen. Der Hauptgrimm richtete sich gegen mich wegen des Eindruckes, den das Bombardement von Odessa hervorgerufen hatte, dem ein russisches Kriegsschiff zum Opfer fiel und durch das eine Zuckersabrik und eine elektrische Fabrik in Brand geschossen worden waren.

Gendarmen kamen in mein Haus, an ihrer Spitze der Kommandant der Gendarmerie, ein Oberst. Man beschuldigte mich der Spionage, auf keiner anderen Grundlage, als daß ich an meine Regierung, wie es meine Pflicht war und die Pflicht eines jeden Konsuls ist, Bericht über die uns interessierenden Vorgänge erstattet hatte. Die Gendarmen durchwühlten alle meine Papiere, nahmen mir die Schlüssel der Konsulatskasse und mein Chiffrenbuch weg, schnitten mir das Telephon ab, damit ich nicht mit der Außenwelt verkehren könne, durchsuchten die Wäsche meiner Frau und ließen mich nicht mehr aus dem Auge. Ein Polizeioffizier beobachtete uns, wenn wir in das Speisezimmer gingen, beobachtete uns durchs Schlüsselloch sogar im Schlafzimmer. Vergebens hat ich, an die türkische Botschaft nach Petersburg telegraphieren zu dürfen, vergebens rief ich die Hilfe des Dogen des Konsulatskorps in Odessa, des rumänischen Generalkonsuls Mavrojani, vergebens auch die Hilfe des französischen Konsuls an.

Nach vier Tagen brachte man mich ins Gefängnis. Eine furchtbare Existenz, in der ich 24 Tage verharrte. In einem elenden Loch, einem käfigartigen steinernen Verließ, das an die unterirdischen Gefängnisse neben dem Dogenpalast in Benedig erinnert, wurde ich untergebracht. Von oben kam durch eine Oeffnung etwas Licht und Luft. Einmal im Tag durfte ich eine Viertelstunde lang im Hofe ein wenig spazieren. Ich mußte meinen Käfig immer selbst reinigen.

Einmal wurde ich bei meiner täglichen Promenade im Gefängnishof des österreichischen Generalkonsuls Baumgartner und des Vizekonsuls Füllunger aus der Ferne gewahrt. Beide hatten schon ein Vierteljahr vor mir dieses schreckliche Haus bezogen, denn der Krieg zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn währte ja schon seit mehr als drei Monaten. Herr Füllunger hatte sich, bevor er das Gefängnis bezog, während einer zehntägigen Ueberwachung im österreichisch-ungarischen Konsulat die dabei ausgestandenen Qualen dermaßen zu Herzen genommen, daß er einen Selbstmordversuch machte. Er verletzete sich mit den Scherben eines Glases dermaßen an empfindlichen Stellen des Halses, daß er viel Blut verlor und ohnmächtig wurde; nur die Dazwischenkunft eines Dienstboien des Konsulats verhütete das Aeußerste.

Frau Baumgartner war es nicht gestattet, ihren Gatten im Gefängnis zu besuchen; meine Frau durfte einmal in der Woche zu mir kommen, aber nur unter zwei Gittlern mit mir sprechen. Sie, unsere Kinder und unser Gesinde wurden im Konsulatsgebäude unter weiterer strengster Bewachung gehalten.

Nachdem ein Appell meiner Frau an den Zivil- und an den Militärgouverneur von Odessa vergeblich geblieben war, konnte sich endlich meine Regierung mit Erfolg an den italienischen Botschafter Marquis Carlotti in Petersburg wenden, der den Schutz der ottomanischen Staatsangehörigen in Rußland übernommen hatte. Ich durfte nun am 28. November mit meiner Familie,

meinem Vizekonsul Tahir Bey, der auch ins Gefängnis gebracht worden war, und meinen Dienstleuten nach Petersburg reisen, natürlich unter strengster Bewachung. In der Station Tschertak wurde mein Waggon von einer Kompanie Soldaten zerniert und vor unser Coupé eine Wache mit aufgezplantem Bajonett gestellt.

In Petersburg galt mein erster Besuch der italienischen Botschaft. Ich kann nicht genug rühmen, in wie edler und tatkräftiger Weise mir der Botschafter Marquis Carlotti, ein in jeder Richtung ausgezeichnete Mann, beigeprungen ist. Ich wollte im Hotel Astoria absteigen. Als der Besitzer des Hotels hörte, daß ich Türke sei, lehnte er es ab, mich zu beherbergen. Auch die Intervention des italienischen Botschaftsrates Prinz Uliata di Montemale nützte nichts. Schließlich mußte der Hotelier nachgeben, nachdem in Folge der Bemühungen des Prinzen Uliata ein Auftrag von hoher Seite an ihn ergangen war. Sehr bald besuchte mich Marquis Carlotti. Er las mir jeden meiner Wünsche vom Auge ab und bemühte sich aufs opferwilligste um mich.

Nun erfuhr ich, daß er lange vorher für mich interveniert hatte, daß man ihm aber wiederholt den Bescheid gegeben hatte, ich hätte Odessa schon verlassen. Auch bei Sasonow bemühte er sich, um meine Heimreise zu ermöglichen. 24 Tage wartete ich auf die Erlaubnis hierfür. Was auf der einen Seite Sasonow und das Ministerium des Aeußern gaben, nahmen auf der anderen Seite das Ministerium des Innern und das großfürstliche Oberkommando. Es dauerte fast einen Monat, bevor ich Petersburg verlassen konnte. Ich wurde über Finnland transportiert und kam nach einer Schlittenfahrt von dreißig Kilometer zu einer Station in Schweden. Von dort reisten wir über Stockholm nach Berlin.

Generalkonsul Baumgartner und Vizekonsul Füllunger schmachten noch immer im Gefängnis.

Ich bin von Rußland mit dem Eindrucke geschieden, daß es ein Land der wildesten Barbarei ist. Ich bemerkte noch, daß ich es dem besondern Schutze, den ich in Petersburg fand, zu danken hatte, daß ich meine Rückreise über Finnland machen konnte und nicht, wie dies von der Polizeibehörde projektiert war, über Wladivostok reisen mußte.

Kiamil Bey legt Wert darauf, zu erfahren, wo Frau Baumgartner sich jetzt befindet. Er möchte nicht abreißen, ohne sie gesehen zu haben. Die russische Regierung hat sie gezwungen, Rußland zu verlassen, obwohl sie gebeten hatte, sie nicht von ihrem Gatten zu trennen.

Die Waffenlieferungen der Vereinigten Staaten.

(Tel. des I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 21. Jänner. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie über London bekannt wird, erweckte in der Sitzung des Komitees des amerikanischen Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten der Vorsitzende Flood unter Berufung auf die Denkschrift der deutschen Regierung den Eindruck, als habe sich Deutschland mit den amerikanischen Lieferungen von Kriegskonterbande an seine Gegner abgefunden. Dies ist ein großes Mißverständnis.

Die von Flood angeführte Denkschrift räumt nur ein, daß nach den geltenden Grundsätzen des Völkerrechtes Deutschland gegen Kriegslieferungen neutraler Privatpersonen an seine Feinde keine Handhabe zu einem rechtsförmlichen Einspruch besitzt, so daß, wie es am Schluß der Denkschrift heißt, die Vereinigten Staaten zur Duldung solcher Lieferungen „an sich befugt“ sind. Selbstverständlich sind aber die Vereinigten Staaten nach den völkerrechtlichen Grundsätzen gleichermaßen befugt, den ganzen Konterbandehandel mit allen kriegführenden Staaten durch den Erlaß eines Waffenausfuhrverbotes zu unterdrücken, zumal der international unerlaubte Waffenhandel mit England und Frankreich einen Umfang angenommen hat, der die Neutralität zwar nicht der amerikanischen Regierung, wohl aber des amerikanischen Volkes tatsächlich in Frage stellt. Eine solche Maßnahme läge um so näher, als England nicht einmal den international erlaubten Handel Amerikas mit Deutschland zuläßt, vielmehr auch die für die Volkswirtschaft Deutschlands bestimmten Waren in der rücksichtslosesten Weise beschlagnahmt, so daß der ganze Handel Amerikas mit den kriegführenden auf eine einseitige Begünstigung unsrer Gegner hinausläuft. Ferner, und dies wiegt für uns am schwersten, wird die Versorgung unsrer Gegner mit amerikanischen Waffen zu einer der stärksten Ursachen für die Verlängerung des Krieges. Sie steht deshalb im Widerspruch mit den wiederholten Versicherungen der Vereinigten Staaten, daß sie eine baldige Wiederherstellung des Friedens wünschen und dazu mitwirken wollen.

22./1. 1915.

Die Beschlüsse der sozialistischen Friedenskonferenz.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 21. Januar.

Wie dem „Vorwärts“ aus Kopenhagen berichtet wird, nahm die sozialdemokratische Friedenskonferenz in Kopenhagen folgende Resolution an:

Die sozialdemokratische Konferenz in Kopenhagen, die Vertreter aus Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark umfaßt, hat, ebenso wie vorher schon die Sozialdemokratie der Schweiz und Italiens sich veranlaßt gefühlt, sich zu versammeln, um sich über die herrschenden Zustände zu beraten, der Stimmung innerhalb der Arbeiterklassen ihrer Länder Ausdruck zu geben, und um die internationale Solidarität während der gegenwärtigen Krise aufrechtzuerhalten.

Nach Annahme der Resolution legt die Konferenz folgenden Protest gegen die Verhaftung von fünf russischen Dumamitgliedern ein: Die sozialdemokratische Konferenz in Kopenhagen

erfährt, daß fünf Mitglieder der russischen Duma, welche zusammengetreten sind, um einen Bericht für diese Konferenz auszuarbeiten, aus diesem Anlaß verhaftet worden sind. Die Konferenz spricht ihre Sympathie für diese fünf Genossen aus und erhebt den schärfsten Protest gegen eine solche Handlungsweise gegenüber den gesetzlichen Vertretern der Arbeiterklasse.

Weiter beschloß die Konferenz: „Der Sozialdemokratie in den neutralen Ländern wird anheimgegeben, in ihren Parlamenten oder auf eine andere geeignete Weise sich an ihre Regierungen mit dem Ersuchen zu wenden, in Erwägung ziehen zu wollen, wie weit dieselben einzeln oder gemeinsam mit Aussicht auf Erfolg den kriegsführenden Mächten ihre Vermittlung zur Erzielung eines baldigen und dauernden Friedens anbieten dürfen.“

Die Reise des Erzherzog-Thronfolgers.

Die Begrüßung in Deutschland.

Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef, der vor seiner Abreise nach Deutschland und ins deutsche Hauptquartier gestern nachmittag noch mit Minister des Aeußern Baron Buri an eine längere Unterredung gehabt hatte, ist heute in Berlin angekommen, um nach kurzem Aufenthalte ins deutsche Hauptquartier weiterzureisen. Alle Förmlichkeiten des Empfanges waren selbstverständlich mit Rücksicht auf die Zeilage unterblieben. Nach einem Besuch bei seinem Altersgenossen Prinz August Wilhelm, dem drittjüngsten Bruder des deutschen Kronprinzen, und einem Empfange bei der deutschen Kaiserin reiste der Herr Erzherzog-Thronfolger nachmittag ins Hauptquartier, mit herzlichsten Kundgebungen der Bevölkerung bei der Abfahrt begrüßt.

In der gesamten Oeffentlichkeit der beiden verbündeten Reiche wird die politische Bedeutung dieses Besuches gewürdigt. Sehr bemerkenswert ist u. a. eine magyarische Stimme der „Pesti Hirlap“ schreibt: „Die ungeheuren Stürme des Weltkrieges zeigen, wie sehr das Bundesverhältnis Deutschlands und Oesterreich-Ungarns durch mehrere Jahrzehnte des Friedens zu einer unzerreißbaren Gemeinsamkeit gewachsen ist, sich entwickelt und gestärkt hat. Selbst das ist eine vergebliche Einbildung, daß mit dem Kriege selbst der Zweck des Bündnisses sich endgültig erfüllt habe, daß hiemit die Lebenskraft des Bündnisses aufgebraucht sei. Das ungeheure Feuer des Krieges ist gerade der Hochofen, welcher die schlackenreinen Bande zu dem nach dem Kriege folgenden neuen Friedensbündnis noch stärker macht.“

Berlin, 21. Jänner.

Vom Hotel „Alton“, welches zu Ehren des hohen Gastes die österreichisch-ungarische Kriegsflagge gehißt hatte, machte Erzherzog Karl Franz Josef einen kurzen Spaziergang und stattete sodann dem Prinzen August Wilhelm einen Besuch ab. Der Herr Erzherzog begab sich hierauf in das Schloß Bellevue, wo er von der Kaiserin empfangen wurde und fuhr dann mit Gefolge in die österreichisch-ungarische Botschaft, wo Botschafter Prinz zu Hohenlohe zu Ehren des hohen Gastes ein Dejeuner gab. Nach dem Dejeuner reiste der Herr Erzherzog in das Große Hauptquartier ab.

Beim Verlassen Berlins wurde Herr Erzherzog Karl Franz Josef von einer zahlreichen vor dem Potsdamer Bahnhofe angesammelten Menschenmenge mit stürmischen Ovationen begrüßt. Als der Zug sich in Bewegung setzte, brach die Menge in Hochrufe und Rufe „Hoch Oesterreich-Ungarn!“ „Hoch Deutschland!“ aus. Der Herr Erzherzog, der am offenen Waggonfenster stand, dankte für die Ovationen durch Salutieren.

23. / 1. 1915.

Kriegskalender.

12. Jänner: Graf Berchtold demissioniert, Baron Burian wird zum Minister des Aeußern ernannt. — Ein russischer Angriff an der Nida wird von unseren Truppen unter schweren Verlusten für die Russen zurückgeschlagen. Fluchtartiger Rückzug der Russen aus einem von uns beschossenen, vom Feinde besetzten Meierhof. — Die Russen ziehen sich näher an den Ufjalerpaß zurück. — Fortschritte der deutschen Angriffe westlich der Weichsel. — Deutsche Erfolge in den Argonnen, seit 8. Jänner 3500 Gefangene. — Die griechische Regierung verbietet die Landung von sechs russischen Transportschiffen mit Munition für Serbien. — Die Engländer besetzen die Walfischbai, das Kabelhaus und den Brunnen von Sandfontein. — Absturz eines französischen Militärzweideckers bei Yonne. — Die französischen Generale Pau, Castelnau und Gallieni reisen ins russische Hauptquartier nach Polen.

13. Jänner: Alle Vorstöße der Russen an der Nida werden von unseren Truppen zurückgewiesen. — Heftiger Artilleriekampf bei Nieuport, Erfolge hier, bei La Bassée, La Boisselle und Crony; die Deutschen machen 1700 Gefangene und vier Geschütze und mehrere Maschinengewehre. — Assentierung von Krüppeln in Rußland. — England beschlagnahmt zwei dafelbst hergestellte norwegische Panzerschiffe. — Schwere wirtschaftliche Krise in Japan. — Große Truppentransporte nach Aegypten, englische Befestigungen am Suezkanal. — Nahe vom rumänischen Donauufer sinkt ein russischer Dampfer mit Kriegsmaterial für Serbien. — Vorrücken der türkischen Truppen in Aserbeidschan, Besetzung von Tabris und Salmas. — Englisch-französische Blockade des Hafens von Debeagatsch.

14. Jänner: An der Nida weisen unsere Truppen alle russischen Angriffe zurück. — Bei Gumbinnen und Löhmen nehmen die Deutschen mehrere hundert Russen gefangen. — Großer Sieg der Deutschen bei Soissons. 5250 französische Gefangene, 37 erbeutete Geschütze. — In Serbien werden in den neuen Gebieten die Männer von 16 bis 60 Jahren rekrutiert. — Die kanadische Regierung ordnet die Mobilisierung des dritten kanadischen Kontingents an.

15. Jänner: Heftiger Geschützkampf am Dunajec, Erfolge unserer Artillerie. — Fortschritte der Deutschen an der Weichsel und an der Nawa. — Französische Vorstöße bei Verun, Ailly, Notre Dame de Lorette werden blutig zurückgewiesen. — Die Verluste der Russen vor Przemyśl hatten sich seit der zweiten Belagerung auf 100.000 erhöht. — Der Sapa-Dampfer „Dacia“ wird nach Amerika verkauft. — Die Engländer beschließen von einem Fort am Tyne durch Ungeklärtheit eine Farm in Marsden. — Deutsche Flieger über Soutrend. — Amerika beschließt den Bau von jährlich zwei Schlachtschiffen, 6 Zerstörern und 17 Unterseebooten. — In Griechenland werden zwei weitere Reserveklassen einberufen. — Das französische Unterseeboot „Saphir“ sinkt am Eingange der Dardanellen. — Drei schwedische Dampfer sinken im Böttinischen Meerbusen.

16. Jänner: Artillerieerfolge unserer Truppen am Dunajec. — Artilleriekämpfe bei Nieuport, Zerstörung von La Boisselle durch die Deutschen, zurückgewiesene französische Angriffe auf Ailly. — Deutsche Männer unter 17 und über 55 Jahre, Oesterreicher und Ungarn unter 18 und über 50 Jahre können aus England in ihre Heimat zurückkehren. — Die englischen Dampfer „Massilia“ und „Guhoch“ stoßen zusammen, letzterer sinkt. — Südafrikanische Truppen besetzen Swatopmund.

Eine Rede des Papstes über den Krieg.

Rom, 22. Januar.

Der Papst hielt heute vormittag ein Konsistorium ab, in welchem er an die versammelten Kardinäle eine Ansprache richtete, in der er ausführte, er habe ein Konsistorium einberufen, um mit der gebührenden Feierlichkeit für die vakanten Diözesen, unter welchen sich einige von Bedeutung befinden, Vorjorge zu treffen. Vor allem aber, erklärte der Heilige Vater, können wir, indem wir euch, ehrwürdige Brüder, hier versammelt sehen, die ihr mit Rücksicht auf das ganz besondere einigende Band, welches euch mit uns verknüpft und die ihr mit Recht die Gedanken und Sorgen mit uns teilt, nicht umhin, neuerlich euren Herzen etwas von jener Beklemmung einzulösen, von der ihr unseren Geist bedrückt wisst.

Leider folgt Monat auf Monat, ohne daß auch nur entfernt die Hoffnung auftaucht, daß der überaus unheilvolle Krieg oder vielmehr das Blutbad bald aufhören sollte. Ist es uns auch nicht gegeben, das Ende dieser so schweren Geißel zu beschleunigen, so können wir doch wenigstens ihre schmerzlichen Folgen lindern. Zu diesem Behufe haben wir uns tatsächlich, wie ihr wohl wisst, bis jetzt, soweit wir konnten, bemüht, und werden auch in Zukunft nicht ermangeln uns zu bemühen, soweit es das Bedürfnis erfordert. Heute mehr zu tun, ist durch das Apostolische Amt nicht gewährt. Es obliegt zweifellos insbesondere dem Bischof von Rom, der von Gott zum obersten Ausleger und Hüter des ewigen Gesetzes eingesetzt wurde, zu verkünden, daß es niemandem gestattet ist, aus welchem Grunde immer die Gerechtigkeit zu verletzen. Und wir verkünden es ohne Umschweife, indem wir laut jede Ungerechtigkeit, von welcher Seite sie auch immer begangen sein möchte, beklagen. Aber es wäre gewiß weder angezeigt noch nützlich, die Autorität des Papstes in die Konflikte der Kriegführenden selbst hineinzuzerren.

Jeder, der überlegt urteilt, kann nicht umhin, einzusehen, daß der Heilige Stuhl in diesem gewaltigen Kampfe, in wie großer Sorge er sich auch befindet, sich vollkommen unparteiisch verhalten muß. Da der Pontifex Romanus der Statthalter Jesu Christi ist, der für alle Menschen und für jeden Einzelnen stark, muß er mit dem gleichen Gefühle der Liebe alle Kämpfer umfassen. Da er ferner der gemeinsame Vater der Katholiken ist, hat er unter den Kriegführenden beider Lager eine große Zahl von Kindern, um deren Heil er sich in gleicher Weise und ohne Unterschied bekümmern muß. Es ist daher notwendig, daß er in ihnen nicht die Sonderinteressen sehe, die sie trennen, sondern das gemeinsame Band des Glaubens, das sie zu Brüdern macht. Wenn er anders handelte, würde er nicht nur in keiner Weise der Sache des Friedens nützen, sondern — was noch schlimmer ist — Abneigung und Haß gegen die Religion säen und die Ruhe und innere Eintracht der Kirche schweren Erschütterungen aussetzen. Wenn wir nun auch zu keiner der beiden Parteien halten, gilt doch beiden unsere gleiche Sorge, während wir die Phasen dieses Krieges mit banger Angst verfolgen, die um so größer ist, als man fürchten muß, daß die Heftigkeit des Angriffes zuweilen jedes Maß überschreite.

Wie natürlich aber wendet sich unser Gedanke am beharrlichsten dorthin, wo unter den Söhnen die tiefste Liebe und Verehrung zum gemeinsamen Vater der Gläubigen zu bemerken ist, und davon gibt auch, soweit er sich auf das belgische Volk bezieht, der Brief Zeugnis, den wir an den Kardinal-Erzbischof von Mecheln gerichtet haben. Wir appellieren darin an die Gefühle der Menschlichkeit jener, die die Grenzen der gegnerischen Nationen überschritten haben, um sie zu beschwören, daß die von ihnen besetzten Gebiete nicht mehr verwüstet werden, als dies unbedingt durch Gründe der militärischen Besetzung geboten ist, und, was noch wichtiger erscheint, daß nicht ohne wirkliche Notwendigkeit die Gefühle der Einwohner bezüglich dessen, was ihnen am teuersten ist, wie bezüglich der Gotteshäuser, der Diener Gottes, der Rechte der Religion und des Glaubens verletzt werden.

Was jene anbelangt, die ihre Heimat vom Feinde besetzt sehen, so begreifen wir vollkommen, wie schwer es ihnen fallen muß, einer Fremdherrschaft unterworfen zu sein, doch wünschen wir nicht, daß das Verlangen, ihre Unabhängigkeit wieder zu erlangen, sie insbesondere dazu triebe, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu hindern und dadurch ihre Lage noch bedeutend zu verschlimmern.

Im übrigen, meine ehrwürdigen Brüder, dürfen wir nicht durch die Tatsache, daß Bangen und Sorgen in solchem Maße und in solcher Schwere uns bedrückt, unseren Geist entmutigen lassen, im Gegenteil, je dunkler sich die Zukunft anläßt, mit um so größerer Zuversicht wollen wir uns dem Thron der Gnade nahen, um Barmherzigkeit und Gnade zu erbitten und angemessene Erleichterung zu finden.

Der Papst schloß, indem er die Notwendigkeit hervorhob, sich in inständigen und demütigen Gebeten an den Herrn zu wenden, sich den Umständen vor Augen haltend, daß es nicht ohne den göttlichen Willen geschah, wenn der Friede die Welt verließ. Gott läßt zu, daß die menschlichen Geschöpfe, die alle ihre Gedanken auf irdische Dinge gerichtet hatten, einander durch gegenseitige Verheerungen bestrafen. Andere Ereignisse treten hinzu, die Menschen zu nötigen, sich unter der mächtigen Hand Gottes zu beugen, wie jenes der jüngstvergangenen Tage, von dem wir alle wissen, wie entsetzlich und trauervoll es gewesen ist.

Der Papst empfiehlt daher private und öffentliche Gebete und fordert auf, an den zwei feierlichen Sühngottesdiensten teilzunehmen, von denen der für ganz Europa auf den 7. Februar und der für die übrige katholische Welt auf den 21. März angeordnet wurde. Der Papst kündigt an, er werde dem ersten Sühnamt in der Basilika zu Sankt Peter beiwohnen, und schließt mit dem Wunsche, es möge durch die Fürbitte der heiligen Jungfrau der Welt beschieden sein, daß der Friede in Christo wiederkehre und hinfort unter den Menschen seinen ständigen Wohnsitz nehme.

Großes Hauptquartier, 22. Jänner.

Erzherzog Karl Franz Josef traf heute vormittag im deutschen Großen Hauptquartier ein. Seine Ankunft erfolgte um 9 Uhr vormittags auf dem Bahnhof, wo der deutsche Kaiser den Erzherzog-Thronfolger erwartete und nach überaus herzlicher Begrüßung in dessen Absteigquartier geleitete. Der Erzherzog wohnt in einer kleinen Villa, in welcher auch bereits der König von Sachsen logierte. Die Begleitung des Erzherzogs besteht aus Obersthofmeister Generalmajor Prinz Jdenko Lobkowitz, Stallmeister des Kaisers Graf van der Straaten, Dienstkammerer Graf Thun-Hohenstein, Leibarzt Regierungsrat Dr. Fischer und Chef des Hofreisepartements Hofrechnungsrat Marešch. Vor dem Quartier des Thronfolgers war ein Doppelposten des ersten Husarenregiments gestellt, dessen Chef der Erzherzog ist. Der Thronfolger zeichnete beide Soldaten durch eine Ansprache aus.

Um 1 Uhr nachmittags fand eine Frühstückstafel beim Kaiser statt, an der außer dem Kaiser und dem Erzherzog die Prinzen Friedrich Leopold und Waldemar, der Kronprinz von Sachsen, der eigens von der Front gekommen war, sowie der sächsische Militärbevollmächtigte Generalleutnant Freiherr v. Leulhart teilnahmen. Ferner nahmen an dem Frühstück teil: Feldmarschalleutnant Graf Stürgkh, Militärattaché Freiherr v. Bienerth und das Gefolge des Erzherzogs. Der Thronfolger

trug die Oberstenuniform seines Husarenregiments mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse und dem Schwarzen Adlerorden.

Am Nachmittag besuchte der Erzherzog die Prinzen Friedrich Leopold und Waldemar und empfing dann die Militärbevollmächtigten von Sachsen, Bayern und Württemberg. Um 8 Uhr fand eine Abendtafel beim Kaiser statt.

Morgen Samstag besucht der Erzherzog den deutschen Kronprinzen in dessen Quartier, worauf er abends die Rückreise nach Wien antritt.

Julius Sirsch.

24./I. 1915

Kriegskalender.

14. Januar: Die Buren unter Maritz, Kompp und Schoemann greifen eine britische Hauptabteilung an und zwingen sie zum Rückzug.

16. Januar: Die Türkei protestiert gegen die Völkerrechtsbrüche der Russen und droht mit Repressalien. — Südafrikanische Truppen besetzen Swakopmund. — In Kopenhagen tritt die internationale sozialistische Friedenskonferenz zusammen, an der Vertreter Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Hollands teilnehmen.

17. Januar: Nach den Berichten des deutschen Hauptquartiers werden die feindlichen Verluste während der französischen Offensive auf mindestens 150.000 Mann geschätzt, worunter sich 26.000 Tote und 17.860 unverwundete Gefangene befinden.

18. Januar: Westlich von Balcizyn räumen die Russen in einer Ausdehnung von sechs Kilometer ihre vordersten Stellungen und gehen auf die nächsten Höhenlinien zurück. — In Frankreich werden die Mannschaften der Territorialtruppen der Jahrgänge 1887 und 1888 entlassen. — Ein Versuch der Russen im Kaukasus, den Flügel eines türkischen Armeekorps zu umgehen, ist gescheitert. — Die Sozialisten in Italien beschließen, für den 21. Februar in ganz Italien Versammlungen zur Stärkung der Propaganda für die Neutralität einzuberufen.

19. Januar: Bei Jakobent in der südlichen Bukowina wird ein russischer Vorstoß unter schweren Verlusten des Gegners zurückgeschlagen. — Bei Madzanow, Biezun und Sierpe werden die Russen unter schweren Verlusten von den Deutschen zurückgeschlagen. — Deutsche Luftschiffe erscheinen an der englischen

Ostküste und werfen auf Yarmouth, Sheringham, Cromer und Kings Lynn Bomben ab, die großen Schaden anrichten. Gegen 200 Personen werden verwundet, mehr als 60 getötet. — Neun starke Burenabteilungen befinden sich auf dem Vormarsch gegen Pretoria. — Die portugiesische Kammer bewilligt 72 Millionen Franken zur Anschaffung von Kriegsmaterial. — Bei Korna am Schatt-el-Arab erleidet englische Kavallerie eine Niederlage.

20. Januar: Eine von den Russen eingebaute Kriegsbrücke über den Dunajec wird von unseren Truppen zerstört. — Thronfolger Erzherzog Karl Franz Josef begibt sich über Berlin in das deutsche Hauptquartier. — Die österreichischen und ungarischen Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1878 bis 1886 werden für den 1. und 15. Februar, beziehungsweise 15. Februar und 1. März einberufen.

21. Januar: An Stelle des Generals v. Falkenhahn wird General Bild v. Hohenborn zum preussischen Kriegsminister ernannt. — Soissons wird von der Zivilbevölkerung geräumt. — Die russischen Angriffe im Kaukasus werden auf der ganzen Linie aufgehalten. — Englische Truppen werden bei Korna von den Türken vollständig geschlagen.

22. Januar: Der Minister des Neußern Baron Burian begibt sich in das deutsche Hauptquartier. — In der Nordsee wird der englische Dampfer „Dunward“ von einem deutschen Unterseeboot versenkt. — Die russischen Hauptkräfte im Kaukasus ziehen sich vor den Türken zurück und werden von diesen verfolgt. — Persien erklärt der russischen Regierung, daß es den Anschluß persischer Stämme an die türkischen Truppen nicht verhindern könne.

25. / 1. 1915.

Rückkehr des Erzherzog-Thronfolgers aus dem deutschen Hauptquartier.

Se. I. u. I. Hoheit der Erzherzog-Thronfolger **Karl Franz Josef** ist gestern um 10 Uhr abends mit seinem Gefolge, dem Kammervorsteher **SM. Prinzen Zdenko Loblkowitz**, dem Ersten Stallmeister **Rittmeister Rudolf Grafen Vonder Straten**, dem Regierungsrat **Dr. Fischer**, dem Dienstkämmerer **Rittmeister Grafen Thun-Hohenstein** und dem Hofreisklassier **Hofrechnungsrat Zdenko Mareš** aus dem deutschen Hauptquartier hierher zurückgekehrt.

Se. I. u. I. Hoheit Herr Erzherzog **Karl Franz Josef** wurde heute um halb 8 Uhr vormittags von Seiner Majestät dem Kaiser in Audienz empfangen, die über eine Stunde währte.

* * *

Aus dem deutschen Hauptquartier wird uns gemeldet:

Se. I. u. I. Hoheit Herr Erzherzog-Thronfolger **Karl Franz Josef** hat den zweiten Tag seines Aufenthaltes im deutschen Hauptquartier dazu benützt, dem deutschen Kronprinzen, der in der Nähe des Hauptquartiers im Felde steht, einen Besuch abzustatten.

Die Wachposten, die vor der Wohnung des Herrn Erzherzogs aufgestellt waren, wurden dem **Krefelder Husaren-Regiment** entnommen, dessen Chef der Erzherzog ist.

Auf dem Rückwege hielt sich der Herr Erzherzog eine halbe Stunde in **Augsburg** auf und machte eine Spazierfahrt durch die Stadt.

Dem Generalmajor **Prinzen von Lobkowitz**, dem **Rittmeister Grafen Vonder Straten** und dem **Rittmeister Grafen Thun-Hohenstein** wurde von Kaiser **Wilhelm** das **Eiserne Kreuz** zweiter Klasse verliehen.

* * *

Ein Aufruf des internationalen Friedensbüros in Bern.

In einer am 6 und 7. d. in Bern stattgehabten außerordentlichen Sitzung des Rates des internationalen Friedensbüros wurde ein Aufruf an die Intellektuellen aller Länder beschlossen, dessen Hauptstellen lauten:

An die geistigen Führer aller Nationen!

Ein halbes Jahr des Krieges ist nun über das alte Europa dahingegangen. Noch immer türmt sich aus den Leibern der erschlagenen Jugend aller Völker Hügel auf Hügel, wandeln sich die Stätten der Arbeit und der Kultur weiter zu Schutt und Ruinen. Millionen, die vor wenigen Monaten noch in Fleiß und Gesundheit die Werte des Friedens betrieben und in Glück und Zufriedenheit geschafft haben, sind dem Leben entrissen worden, siehen als Kranke oder Krüppel dahin oder dämmern in Elend und Verzweiflung. Die Hoffnungen, die die Menschheit vor wenigen Jahren erfüllten, als sie die Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts überschritt, scheinen vergessen zu sein. In Haß und Erbitterung getaucht, ist ihr Sinnen nur auf Vernichtung gerichtet, auf rücksichtsloses Zertrümmern alles dessen, was ihr noch gestern als heilige Attribute einer fortgeschrittenen Zeit erschienen ist.

Und dennoch! Mitten durch diese blutige Finsternis zieht sich ein leichter Schimmer, ein leises Hoffen, der noch verschwommene Gedanke, daß ein Tag erscheinen wird, wo all dieser Jammer beendet, wo die Vernunft wieder zur Herrschaft, die Menschheit wieder zum Bewußtsein ihrer selbst gelangt sein wird.

Wir wissen heute noch nicht, wann dieser Tag kommen wird. Aber daß er kommen muß, das wissen wir.

Den Gedanken an diesen Tag wachzuhalten ist heute in noch höherem Sinne Menschlichkeit als das Heilen der geschlagenen Wunden. Ihn vorzubereiten ist die heiligste Pflicht, die Menschen in dieser Zeit des Fieberwahns obliegt.

Und euch, ihr Männer des Wissens und des Könnens, ihr geistigen Führer der Menschheit, die ihr berufen seid, die Fahne der Kultur hochzuhalten und sie, wie es eure Vorgänger getan, auch in den finsternen Zeiten rein zu halten, euch obliegt diese Pflicht! Diese heilige, diese unendlich bedeutungsvolle Pflicht, die in solcher Schwere höchstens in Jahrhunderten einmal auferlegt wird.

Nicht daß es eures Amtes wäre, für die Beendigung des Krieges einzutreten, zum Frieden zu mahnen. Das liegt nicht in eurer Gewalt. Es liegt in der Macht der Menschheit, Kriege zu vermeiden; aber den einmal entseßelten Krieg vorzeitig abzukürzen liegt jenseits ihrer Kraft. Euch bleibt nichts anderes übrig, als euch rein zu halten von den Schladen des Hasses. Ihr sollt heute nicht rechten und hadern, nicht anklagen und beschuldigen. Wenn euer Herz noch so voll davon ist, schweigt! Wollt ihr aber reden, so müßt ihr die Gedanken der Gemeinschaft vertreten, in der ihr gelebt habt und in der eure Arbeit, eure Wissenschaft, eure Kunst groß geworden sind. Der Tag muß ja kommen, an dem diese Gemeinschaft wieder aufgenommen wird. Dann wird alle jene, die sie jetzt verleugnet oder gar geschmäht haben, ein Gefühl der Beschämung beschleichen. Erspart es euch und eurem Volke. Bleibt eurer Friedensarbeit treu, damit ihr fähig seid, an dem Werke der Verbindung mitzuarbeiten, das eurer nach dem Kriege harret! Seid die Brückenköpfe, die intakt erhalten bleiben müssen, damit die Brücken, die heute allerorten gesprengt wurden, wiederhergestellt werden können.

Bern, Ende Jänner 1915.

B. Berlin, 26. Jänner. Eine Bekanntmachung des preussischen Staatsministeriums bemerkt zu der Beschlagnahme des Brotgetreides:

Die bisherigen Maßnahmen haben nicht ausgereicht, um den sparsamen Verbrauch der vorhandenen Brotgetreidevorräte zu sichern und deren Verbrauch als Viehfutter zu verhindern. Es blieben zwei Wege übrig: entweder eine außerordentliche Erhöhung der Getreidepreise, welche dem deutschen Volke das Brot stark verteuert hätte, oder die Beschlagnahme aller Getreidevorräte und deren Verteilung an die Kommunalverbände proportional der Bevölkerungsziffer. Die Regierungen wählten den zweiten Weg. Infolgedessen haben wir die Sicherheit, daß der feindliche Plan, Deutschland auszuhungern, vereitelt ist. Die dadurch gewährleistete ausreichende Broternährung bis zur Erntezeit macht uns auch im Wirtschaftskampfe unbesieglich. Wie unsere Truppen draußen, wollen auch wir Daheimgebliebenen den großen Kampf um des Reiches Existenz und Ehre siegreich durchhalten.

Kriegskalender.

17. Jänner: Musterung der Jahrgänge 1875 bis 1881 des gebienten Landsturmes in Ungarn. — Am Dunajec und südlich Tarnow Geschützkampf. — Die Verluste der Verbündeten anlässlich der misslungenen allgemeinen französischen Offensive betragen mindestens 150.000 Mann. — Der britische Dampfer „Canara“ scheitert. — Amerika kauft die Japanschiffe „Constantia“, „Georgia“ und das österreichische Schiff „Teresa“ an.

18. Jänner: Erfolge unserer Artillerie bei Zalliegn. Die Russen räumen ihre Stellungen in einer Ausdehnung von acht Kilometern und lassen viele Gewehre und Munition zurück. — Die Deutschen weisen russische Angriffe bei Radzanow zurück. — Große französische Verluste im Argonnerwald. — Russische Patrouillen in Zivilkleidung oder österreichisch-ungarische Uniformen werden gefangen.

19. Jänner: Bei Jakobeh in der südlichen Bukowina weisen unsere Truppen einen russischen Vorstoß unter schweren Verlusten für den Gegner ab. — Bei Radzanow, Biezun und Sempas werfen die Deutschen die Russen unter schweren Verlusten zurück und machen mehrere hundert Gefangene. — Artilleriekämpfe auf der westlichen Front. — Einberufung der gemusterten Landsturmpflichtigen in Oesterreich für den 1. und 15. Februar, in Ungarn für den 15. Februar und 1. März.

24.11.1915

Brief eines Wienerers in Südamerika.

Der Sohn unseres Genossen Jakob Reumann wirkt seit einigen Jahren in einer Buchhandlung in Südamerika. Diese Tage ist von ihm an die Eltern endlich ausführlichere Nachricht angelangt, aus der mancherlei auch die Deffentlichkeit interessieren wird. Fritz Reumann schreibt:

Concepcion, 15. November 1914.

Endlich, nach so langen Monaten, ist es möglich, an Euch Nachricht gelangen zu lassen, wenigitens hoffe ich, daß Euch dieser Brief erreicht. Wie viel Furchtbares, Schreckliches und doch wieder erhebend Schönes ist geschehen, seitdem wir uns das leztmal schrieben!

Zuerst, gleich nach Kriegsausbruch, wollte man schier verzagen hier; so viele Feinde gegen die beiden verbündeten Reiche; auch kamen noch die fürchterlichen Lügenmeldungen der Havas und Neuter, mit denen man hier überschüttet wird, dazu. Als Beispiel will ich Euch nur einiges anführen; ich habe vieles gesammelt von Zeitungen z., um für später ein Andenken zu haben.

Dreimal hat die Havas bis jetzt den Kaiser Franz Josef sterben lassen, in Deutschland fast alle Prinzen mit Ausnahme des Kaisers. Von der ganzen österreichisch-ungarischen Armee wären, wenn alle Verluste, die die Havas brachte, gestimmt hätten, bis jetzt zusammengerechnet keine tausend Mann mehr über. In Deutschland und Oesterreich Hungerstnot. Die Verbündeten auf allen Linien siegreich. Deutschland und Oesterreich bitten um Frieden. Die Slaven in Oesterreich meutern auf allen Linien und gehen zum Feind über. Die Tschechenführer Kramarsch, Klovac u. s. w. standrechtlich erschossen u. s. f.; man könnte Bände darüber schreiben.

Auch die zuerst spärlich, jetzt immer öfter eintreffende deutsche Post mit Briefen und Zeitungen hat manchem Zagen den letzten Zweifel genommen.

Wir haben hier in Chile zwei deutsche Zeitungen, die in Santiago erscheinen und die die eintreffenden Telegramme an alle größeren deutschen Kolonien sofort wieder telegraphisch weitergeben. Es ist rührend, zu sehen, wie täglich um 1/2 7 Uhr abends im Deutschen Verein oft mehrere Hunderte von Menschen auf die Telegramme warten, die um diese Stunde meistens eintreffen. Atemlose Spannung herrscht, wenn diese dann vorgelesen und affiziert werden. Donnernde Hurras werden ausgebracht, wenn von deutschen oder österreichischen Siegen gemeldet wird, und mancher wischt sich heimlich eine Freudenträne aus den Augen.

Viele Tausende von Pesos sind für das deutsche und österreichische Rote Kreuz und für den Kriegsfonds gesammelt worden und täglich laufen noch neue Beiträge ein. Gern und opferwillig gibt jeder, was er nur irgendwie entbehren kann, um die Schmerzen unserer Brüder drüben lindern zu helfen.

Alle Männer, ob verheiratet oder nicht, ob dienstpflichtig oder nicht, haben sich bis zum 45. Lebensjahr freiwillig den Konsulaten gestellt, unter ihnen auch ich, und zum aktiven Heeresdienst ihre Dienste angeboten, unter ihnen viele, die über das vorgeschriebene Alter längst hinaus waren. Es ist allerdings nicht abzusehen, wie und wann hinüberzukommen ist, und wir werden hier alle mit den Händen im Schoße den Schlachten unserer Brüder wahrscheinlich untätig zusehen müssen.

Mächtig hat der Krieg auch in das Wirtschaftsleben Chiles eingegriffen. Chile ist sehr vom Import abhängig, da es keine eigene Industrie besitzt. Auch für die Landwirtschaft ist bisher wenig getan worden, was sich jetzt rächt. Bisher wurde das Hauptaugenmerk auf die Ausfuhr von Erzen und Mineralen gelegt. Da nun Kupfer und Salpeter z. Kriegsfonterbande geworden sind und der chilenischen Regierung selbst Schiffe zum Abtransport nach neutralen Staaten fehlen, liegt dieser Industriezweig vollständig darnieder, was einen Ausfall an Einnahmen für die Regierung von vielen Millionen bedeutet. Dieser Umstand hat natürlich ungünstig auch auf den Wohlstand des einzelnen eingewirkt, so daß auch im Geschäftsleben nur das Nötwendigste seine Käufer findet. Die Folge davon ist, daß alle Angestellten auch in ihren Gehältern gekürzt werden mußten und die meisten Geschäftshäuser gezwungen waren, auch solche zum Teil zu entlassen. Also gibt es auch hier manche Not zu lindern.

Der Völkerfrühling dämmert herauf, aus der blutigen Saat wird die Erkenntnis reifen, daß bisher der Rüstungen Ziel Kämpfe waren, die zur Bereicherung, Freude und zum Wohlstand eines unbeteiligten Dritten führten. Es wird dies der letzte Kampf sein, der zwischen Kulturvölkern geführt wird; die Völker werden zu der Einsicht kommen, daß unsere Erde groß genug für alle Menschenkinder ist und daß in Arbeit und friedlichem Wettbewerb allein das Glück des Volkes liegt. Wir leben in einer großen Zeit, vielleicht der größten, die bisher die Geschichte kennt und kennen wird; die vielen und schweren Opfer werden nicht umsonst sein.

Auch an uns ist der eherne Flügelschlag der Geschichte ganz nahe vorübergerauscht. Bei der Insel Santa Maria in dreißig Kilometer Luftlinie von Concepcion fand eine Seeschlacht zwischen englischen und deutschen Kreuzern statt, bei welcher die Deutschen Sieger blieben und drei englische Kreuzer in den Grund schossen, eine Tat, die hier unter den Chilenen großen Eindruck machte.

Mir selbst geht es soweit gut, nur verzehre ich mich in Unruhe um Euch, da ich fast vier Monate ohne Nachricht bin. Es ist möglich, nach hier zu schreiben über Italien oder Dänemark. Den Verkehr zu Wasser mit Deutschland bis an unsere Küste halten dänische Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie Gotenburg ausrecht. Italienische Dampfer verkehren bis Buenos Aires, von wo aus die Post per Bahn über die Anden nach hier geht. Die Briefe müssen offen zur Post gegeben werden, wie ich es mit den meinigen auch tue, da sie der Zensur unterliegen. Erkundigt Euch doch, wie es zu machen ist, jede Postanstalt muß ja darüber Auskunft geben können.

Indem ich Euch noch bitte, mich von der schrecklichen Ungewißheit dadurch, daß Ihr bald schreibt, zu befreien, bin ich mit vielen Küßen Euer treuer Sohn

Fritz.

28. 7. 1915.

Die Behandlung der Franzosen und Engländer in Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 27. Januar.

Das „Neue Pester Journal“ erhielt von mehreren hier lebenden Französinen und Engländerinnen eine Zuschrift, worin sie eine in diesem Blatte veröffentlichte Meldung des „Matin“ als einem exaltierten Gehirn entsprungen und als eine der Wahrheit durchaus widerstrebende Uebertreibung bezeichnen. In der Zuschrift heißt es weiter:

Wir alle, die hier leben und unseren gewohnten Beschäftigungen nachgehen, ohne von den Behörden oder dem Publikum irgendwie behelligt zu werden, protestieren gegen die wenig glaubwürdigen Angaben jenes Artikels. Wir können im Gegenteil nur das uns gegenüber beobachtete Entgegenkommen loben. Wir bitten Sie, diese Zeilen, welche auch dem „Matin“ zugegangen sind, in Ihrem Blatte zu veröffentlichen. Die Zuschrift ist von zahlreichen Französinen, darunter von Barlonne, Boucher, Bilhede, Duhant (aus dem Elsaß), Geluis, Gruan, Gran, Sagnier, Riberaux, Compagnon und den Engländerinnen Lindfield und Roggers gezeichnet.

28. I. 1915.

Rußland verweigert die Freigabe der in Festungsbezirken tätig gewesenen Konsuln.

Wien, 28. Januar.

Aus einer russischen Quelle kommt die Nachricht, daß die Verhandlungen über den Austausch der deutschen und russischen Kriegsgefangenen abgebrochen seien. Als Grund wird angegeben, Deutschland verlange die Befreiung sämtlicher Konsuln, Rußland lehne dagegen die Freigabe der Konsuln, die in Festungsbezirken tätig waren, ab. Rußland setzt sich also souverän über jedes Völkerrecht hinweg, das keinen Unterschied zwischen Konsuln, die in Festungsbezirken, und solchen, die in offenen Städten tätig waren, kennt. Rußland will weiter die Vertreter Oesterreich-Ungarns, die in Odessa und Kiew ihr Vaterland vertreten zu müssen so unglücklich waren, in den hinlänglich bekannten Kertern Petersburgs schmachten lassen, Rußland will weiter die Inhaftierten und Kriegsgefangenen mit den Schrecken des sibirischen Winters betannt machen. Man weiß in Petersburg genau, daß es den russischen Kriegsgefangenen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn vielfach besser geht als zu Hause, und läßt infolge dessen der Barbarei und dem Haß gegen die beiden Centralmächte die Zügel schießen, hält sich an den armen Gefangenen dafür schadlos, daß man den Weg nach Berlin und Wien nicht gefunden hat.

Man hört überhaupt wenig mehr von dem Austausch der invaliden Kriegsgefangenen, den Papst Benedikt XV. angeregt hat. Die Entente hat kein Interesse daran, daß die Leute nach Hause kommen, die mehr über die Ereignisse wissen, als den Regierungen lieb sein kann, die vielleicht die Stimmung im Lande wesentlich ändern könnten. Die Gefangenen sind bei den Centralmächten gut aufgehoben, man braucht sie nicht zu füttern und hat außerdem das Vergnügen, die deutschen, österreichischen und ungarischen Kriegs- und Zivilgefangenen nach Herzenslust quälen zu können. Man sieht an diesem Beispiel wieder, wo die wirkliche Kultur zu suchen ist. Interessant ist aber auch die Frage, ob die berufenen Instanzen nicht imstande sind, solchen Völkerrechtswidrigkeiten Einhalt zu tun.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Zürich, 28. Januar.

Laut „Rusliza Wjedomosti“ sind die Verhandlungen über den Austausch der deutschen und russischen Kriegsgefangenen abgebrochen.

Deutschland verlange die Befreiung sämtlicher Konsuln, Rußland lehne die Freigabe der Konsuln, die in Festungsbezirken tätig waren, ab.

Bernunft fängt wieder an zu sprechen.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Auch in der bürgerlichen Presse Frankreichs beginnt die Besinnung zu schimmern. Man darf sie freilich nicht dort suchen, wo die Routiniers des Leitartikels Fieberhitzige vortäuschen, noch auch in den schauenden Krasimeiereien akademischer Kompetenzen und Impotenzen. Aber sie wagt sich wieder hervor in den Neußerungen erfahrener Geschäftsleute, die verärgert sehen und es auch schon auszusprechen riskieren, daß all das tobende Drohen mit ewiger Todfeindschaft, womit die zu Hause gebliebenen Zeilenmairailleure den Landsleuten an der Front sekundieren, doch gar keinen Sinn habe, da es nun in der bürgerlichen Prostitution einmal so eingerichtet ist, daß man vom Schimpfen, vom Umbringen, ja nicht einmal von Kriegslieferungen ewig leben kann. Die Vernunft beginnt also in den crassen Zeitungen still wieder einzuziehen und wenn sie auch vorläufig aus Hinterhaus beschränkt ist, so ist es schon etwas, daß sie überhaupt unterkommt. Im „Temps“ vom 15. d. finden wir die Zuschrift eines Herrn Petitcollin, die gegen einen am 10. Dezember 1914 erschienenen Artikel über die obligatorischen Ursprungszeichen für deutsche und österreichische Erzeugnisse polemisiert. Wenn man diese Zuschrift liest, merkt man den beruhigenden Einfluß, den fünf weitere Kriegswochen auf das von lautmännischen Erwägungen beherrschte Denken ausgeübt haben. Herr Petitcollin setzt zunächst auseinander, wie schwierig, unübersteigbar schwierig die Durchführung aller allgemeinen Bestimmungen über Ursprungsmarken ist, und fährt dann fort: „Abgesehen von anderen bedauerlichen Wirkungen wäre ein solches Gesetz ein Mittel gewaltiger und unentgeltlicher Reklame für Deutschland. Welches sind die Ursachen des Einstromens und der so großen Verbreitung deutscher Erzeugnisse in Frankreich und auf der ganzen Welt? Sie sind zahlreich — die Methode, die Zähigkeit, der Kredit, der unermüdliche Eifer ihrer Reisenden, die Hilfe der öffentlichen Gewalten, eine materielle und moralische Unterstützung durch die Regierung. Haben wir aber den Mut, zu denken und zu sagen, daß viele österreichische und deutsche Erzeugnisse von guter Qualität sind? Wir haben nie den Geschmack der Wiener bestritten und der Scherz mit dem „billig und schlecht“ (im Originaltext deutsch. D. Red.), der ehemals die Produkte von jenseits des Rheins kennzeichnen sollte, ist nicht mehr am Plage. Wir werden nicht immer im Kriege miteinander sein und nach geschlossenem Frieden werden sich die Erregungen und Borgefühle beruhigen. Die Sorge für die Interessen, die Befriedigung der Wünsche, das sehr große Freiheitsbedürfnis des Käufers und Verkäufers werden die Suche nach vorteilhaften und notwendigen Objekten unvermeidlich machen. Oft hat der französische Händler, der seiner Kundschaft deutsche Artikel anbietet, sie zu dieser Ehre erst nach einer strengen Prüfung und nach fruchtloser Nachforschung in Frankreich zugelassen. Eben dadurch ist der Gegenstand notwendig, verkäuflich, erwünscht geworden. Warum also dem Fabrikanten durch Vorschritt eines Ursprungszeichens Reklame machen? Wir können annehmen, daß die deutschen Fabrikanten den starken Wunsch haben, sich nicht zu verstecken, sondern zu zeigen. Helfen wir ihnen dabei nicht!“

Der „Temps“ ist noch nicht so weit, dem Einsender beizupflichten, meint vielmehr, die antideutschen Gefühle würden nach dem Kriege fortdauern und das Publikum vom Kauf deutscher Waren abhalten. Interessanter als seine Meinung ist aber jedenfalls die ruhige, furchtlose Sachlichkeit, womit Herr Petitcollin die Frage angefaßt hat. Man darf wohl annehmen, daß er sich dabei nicht allein weiß.

28. J. 1915.

Wien, 28. Januar.

Aus Lemberg ist heute mehreren in Wien weilenden Flüchtlingen und auch der Direktion eines galizischen Finanzinstituts von verlässlicher Seite folgende wichtige Mitteilung zugegangen, die gleichlautend in dem in Lemberg erscheinenden „Słowo Polskie“ am 9. d. veröffentlicht wurde:

Am 12. d. wurde in Lemberg durch Straßenplakate verlautbart, daß die Russen aller Wahrscheinlichkeit nach bald genötigt sein werden, aus strategischen Rücksichten die Stadt Lemberg zeitweilig zu räumen.

Es ergehe demnach an die Bevölkerung die Aufforderung, sich gegebenenfalls ruhig zu verhalten und anlässlich der nur vorübergehenden Belegung der Stadt durch die Feinde keinerlei Demonstrationen zu veranstalten, zumal die Russen nach Lemberg zurückkehren und die Stadt dem Feinde unter keiner Bedingung für die Dauer gutwillig überlassen werden.

Deutsche und Oesterreicher in der Fremdenlegion.

Nötigung Internierter zum französischen Seeresdienst.

Ein Freund unseres Blattes stellt der Oesterreichischen Volkszeitung die getreue Uebersetzung eines in der bekannten Pariser Zeitung „Le Matin“ am 13. v. M. erschienenen Artikels zur Verfügung, der für die Behandlung der deutschen und oesterreichischen Zivilgefangenen in den französischen Konzentrationslagern bezeichnend ist.

Der „Matin“ behauptet in seinem Artikel, der den Titel trägt: „Eine ernste Frage. Zu viel Deutsche unter unseren Fahnen“ es hätten sich gleich bei Kriegsbeginn schon eine große Anzahl fremder Staatsangehöriger in die französische Armee einverleiben lassen. Der eine Teil, aus Elsaß-Lothringen bestehend, sei alsbald an die Front gegangen; aus den übrigen seien zwei Fremdenregimenter gebildet worden, deren Sammelplatz die Städte Orleans und Lyon sind. Man fand in diesen freiwilligen Anmeldungen zunächst ein „Lob der französischen Seele, die fähig war, eine derartige Begeisterung zu erregen“. Bald aber trat ein Wechsel ein; man findet, daß „dort, wo dereinst der Geist des Opfermutes nur der glühende Wunsch, das selbstgewählte Vaterland zu verteidigen, heute nur mehr eine niedrige Selbstsucht herrscht, deren Gefahren man schleunigst kennzeichnen müsse.“

„Die außerordentliche Kühnheit der Germanen“ hat diesen Wechsel verursacht. Als in den Konzentrationslagern der Entschluß unserer Regierung bekannt wurde, die Oesterreicher und die Ungarn, welche sich zum Eintritt in die Fremdenregimenter verpflichten würden, nicht mehr in die Feuerlinie zu senden, da wurde dieser von „loblichen Gefühlsgründen“ eingetragene Beschluß sogleich erörtert, studiert und ausgebeutet. Von diesem Tage begann es in den Rekrutierungsbureaus Anmeldungen von Oesterreichern und Deutschen zu regnen. Zunächst fanden sich Glende („miseroux“), welche das Leben im Regiment dem Leben im Konzentrationslager vorzuziehen fanden. Diese werfen durch ihre Haltung einen Mißkredit auf die französische Uniform; sie versuchen, sich von allen Nähen zu „drücken“. Wir haben ihren kläglichen Zug, ähnlich dem des „Hoses der Wunder“ (Freihätte der Pariser Gauner, wo Lahme gehend, Blinde sehend waren), gesehen, wie sie die ärztliche Visite umlagerten; wir haben gesehen, wie sich von einem Stande von 500 Mann 130 angebliche Kranke am Morgen meldeten. Niemals werden derlei Individuen einen militärischen Dienst leisten, und sie kommen teuer. Aber wenn ihre Anwesenheit bedauerlich ist, so ist sie es nicht so sehr wie die gewisser anderer.

Ein fremder Korporal, der sich dem Dienste in den Sammelplätzen gewidmet hatte, sah kürzlich zu seinem Staunen einen neuen Rekruten kommen: Seinen ehemaligen Dienstherrn, einen Oesterreicher, den Leiter eines Pariser Pelzgeschäftes. Der neue französische Soldat setzte seine Gründe seinem früheren Angestellten wie folgt, auseinander: „Zunächst,“ so sagte er, „ist man hier besser aufgehoben als im Konzentrationslager. Und dann hat mich ein ganz besonderes Interesse zum Eintritte bewogen. Sie wissen, daß mein Haus und meine Waren mit Beschlagnahme belegt worden sind. Mit dem Zeugnis, unter den Fahnen gedient zu haben, rechne ich darauf, die Aufhebung der Beschlagnahme zu erreichen.“ Schon am zweitnächsten Tage sandte der Oesterreicher dieses Zeugnis seinem Advokaten und bat ihn, die Aufhebung der Beschlagnahme zu veranlassen.

Der „Matin“ bemerkt dazu: „Dieser Fall ist durchaus nicht der einzige. Es wäre leicht, zahlreiche weitere anzuführen. Es ist schwer zu glauben, daß eine Anwandlung von Liebe für Frankreich plötzlich die Herzen der Deportierten derart entflammt hat, daß der Polizeikommissär täglich mehr als ein Duzend Internierter sieht, die ihn bitten, als Zeuge für ihren Eintritt in das Heer zu dienen.“

Man kann sicher sein, daß die Angehörigen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, welche sich derzeit in den französischen Konzentrationslagern befinden, gewiß nicht derlei Anwandlungen verspüren. Deutet ja doch der „Matin“ selbst offen die Gründe an, welche einzelne derselben zum Eintritt in die französischen Fremdenregimenter bewegen mögen: Das Leben im Konzentrationslager mag ihnen derart zur Hölle gemacht sein, daß ihnen das Kasernenleben in einem Fremdenregiment als Erlösung dünkt — und Frankreich raubt ihnen ihre Häuser, ihre Waren, das Ergebnis ihrer jahrelangen Arbeit, wenn sie nicht plötzlich „gute Franzosen“ werden. Ueberdies versichert die Regierung, sie im Falle ihres Eintritts nicht in die Front zu senden. Und der Eintritt ist gar leicht gemacht; denn der Polizeikommissär, der die Aufsicht über das Konzentrationslager hat, führt zu gleicher Zeit das Rekrutierungsbureau.

Welches ist das Schicksal der Unglücklichen, die sich durch solche Mittel „bekehren“ ließen. Der „Matin“ sagt es: Er beschuldigt die Männer, die sich den Fremdenregimentern einverleiben ließen, daß sie Dienste als Spione leisten — und verlangt Abhilfe dieser „furchtbaren“ Gefahr; und Abhilfe ist leicht: „Es würde genügen, sofort und unerbittlich jedes germanische Subjekt das sich für die Legion verpflichtet hat, nach Marokko zu schicken. Man tut es bereits zum Teile; man sollte es immer und unbedingt tun.“

„Man tut es bereits“; man schickt also bereits zum Teile die unglücklichen Opfer hinüber nach Afrika; man wird zweifellos alle übrigen, die sich betören ließen oder die den Qualen des Konzentrationslagers erlagen, ihren Leidensgenossen folgen lassen.

Es war also — schließt der Einsender — ein Gebot der Menschlichkeit, wenn Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich sich der Unglücklichen annehmen, die heute in den französischen Konzentrationslagern sich befinden. Und es wird eine heilige Pflicht der beiden Staaten sein mit allen Mitteln dahin zu sorgen, daß unsere Mitbürger nicht durch den Druck der Verzweiflung von französischen Werbemännern zu verhängnisvollen Schritten getrieben werden!

30.7. 1915.

39^b

Die Neutralität Spaniens.

Madrid, 29. Jänner. In der Kammer richtete Deputierter U r s a i z eine Interpellation an die Regierung über die Flottenstützpunkte, die an der spanischen Küste errichtet werden sollen. In seiner Antwort erklärte Ministerpräsident D a t o mit Befriedigung, daß alle Kriegführenden die Neutralität Spaniens achteten. Jede Kundgebung könne als Zeichen der Sympathie für einen der Kriegführenden aufgefaßt werden und könne der Regierung Schwierigkeiten bereiten. Dato bedauerte, daß gewisse Deputierte Sympathie für einen oder den anderen Kriegführenden ausdrückten.

Der Ministerpräsident fuhr fort: Wir müssen an die Zukunft denken und dürfen nicht auf die Größe des Landes verzichten. Wir wollen, daß bei Friedensschluß Spaniens Stimme gehört wird. Darum beobachten wir strengste Neutralität. Wenn Spanien ein Geschwader besitzen wird, wird es kein Faktor mehr sein, den man verachten kann. In gewissen Fällen ist Isolierung Baghaligkeit. Wir müssen deshalb in Anbetracht künftiger Ereignisse bereit sein. Unsere Flottenstützpunkte werden unserer Flotte als Zufluchtsorte dienen.

Kriegskalender.

20. Jänner. Erzherzog Karl Franz Josef begibt sich nach Berlin und ins deutsche Hauptquartier. — Unsere Truppen zerstören eine von den Russen eingebaute Kriegsbrücke über den Dunojec. — Zeppelin-Angriff auf die englische Ostküste: Ein Zeppelin wirft auf Dartmouth, Sheringham, Kingslinn und Sandringham Bomben ab. — In den Argonnen und bei Notre Dame de Lorette nehmen die Deutschen französische Schützengräben. Die Deutschen erobern Hirzstein im Oberelsaß. — Am Schatt-el-Arab wird ein englisches Kanonenboot von den Türken schwer beschädigt.

21. Jänner: In Polen Geschützkampf, Artillerieerfolge unserer Truppen. — Die Deutschen schlagen russische Angriffe westlich Kopuszno zurück, ihre Angriffe nordöstlich Borzimow schreiten fort. — General Wild v. Hohenborn wird zum deutschen Kriegsminister ernannt. — Soissons wird von den Einwohnern geräumt. — Aus Krasnojarsk in Sibirien entweichen 140 deutsche und österreichische Gefangene. — Deutsche Flieger in der Nähe von Paris. — Die portugiesische Kammer bewilligt 7,2 Millionen für Kriegsmaterial. — Die französische Regierung stiftet den Bau eines griechischen Dreadnoughts in St. Nazaire. — Baron Durian reist in das deutsche Hauptquartier. — Ein französischer Militär-Zweidecker stürzt ab. — Die russischen Angriffe an der kaukasischen Front werden von den Türken auf der ganzen Linie aufgehalten. — Der schwedische Dampfer „Drott“ sinkt.

22. Jänner: Unsere Artillerie erringt im Nida-Abschnitt und bei Checin große Erfolge. — Die deutschen Angriffe im Sucha-Abschnitt schreiten fort. — Schwere französische Verluste bei Croix des Carmes und in den Vogesen. — Offiziersrevolte in Lissabon. — Der russische Kreuzer „Askolb“ beschießt offene und unverteidigte Orte der syrischen Küste. — Ein deutsches Unterseeboot versenkt den englischen Dampfer „Derward“. — Ein englischer Zweidecker wirft Bomben auf holländisches Gebiet. — England droht mit der Beschlagnahme der „Dacia“, falls sie ausfährt. — Erfolge der Türken gegen Russen und Engländer. — Schweden lehnt die Durchfuhr von Kriegsmaterial für Rußland ab.

23. Jänner: Unsere Truppen erringen in der Bukowina Erfolge: Kirlibaba wird zurückerobert, die Russen erleiden schwere Verluste, ihre Offensive ist gescheitert. — Die deutschen Angriffe gegen den Sucha-Abschnitt schreiten fort. Aus Blinno und Golsk wurden die Russen vertrieben. — Am Argonnerwald erobern die Deutschen 4 Maschinengewehre und machen 248 Gefangene. — Bei Pont-a-Mousson nehmen die Deutschen in zwei Tagen den Franzosen 7 Geschütze und ein Maschinengewehr ab. — Die Militärattachés der neutralen Staaten begeben sich auf den östlichen Kriegsschauplatz. — Das amerikanische Repräsentantenhaus bewilligt eine halbe Milliarde für die amerikanische Armee. — Der englische Dampfer „Hydro“ kentert an der irischen Küste.

24. Jänner: Erzherzog Karl Franz Josef kehrt aus dem deutschen Hauptquartier zurück. — Bei Helgoland findet eine Seeschlacht zwischen deutschen und englischen Schlachtschiffen statt. — Südlich von Tarnow und aus mehreren Stellungen südlich der Passhöhen der Karpathen werden die Russen von unseren Truppen zurückgeworfen. — Die Deutschen werfen die Russen bei Borzimow unter schweren Verlusten zurück. — Englische Truppenmassen landen in Le Havre. — Zwischen Lodz und Lille verkehren deutsche Bahnzüge. — Die Seefahrt von und nach Archangelst wird eingestellt. — Die „Karlsruhe“ verproviantiert sich auf Haiti und geht wieder in See.

25. Jänner: In den Karpathen machen unsere Truppen bei Zurückweisung der russischen Angriffe im oberen Ungtale und bei Bezerzalas 1050 Gefangene. — Die Deutschen bringen den Russen nordöstlich Gumbinnen schwere Verluste bei. — Nördlich Verbun und nördlich Loul Artilleriekampf. — Rundmachung, daß zwischen dem 10. Februar und 3. April die 19- und 20jährigen und von den 24jährigen die bisher Waffenunfähigen und Superarbitrierten gemustert werden. — Deutscher Luftangriff auf Dünkirchen. — Ein englischer Flieger wird bei Zeebrügge von deutschen Fliegern verwundet. — Niederlage der Engländer bei Sandfontein. — Beschlagnahme aller Getreidevorräte in Deutschland durch die Regierung. — Der englische Fischerdampfer „Windjam“ sinkt.

26. Jänner: Westlich Tarnow hat unsere Artillerie gute Erfolge. — Im oberen Ung-, Latorcza- und Nagy Ag-Tale müssen die Russen wichtige Höhen räumen. — In Norden von Mloslawel erringen die Deutschen Erfolge gegen die Russen. — Erfolge der Deutschen bei La Bassée, schwere Verluste der Engländer. — Französische Angriffe in den Vogesen werden abgewiesen. — Das bewaffnete Handelsschiff „Biknor“ sinkt. — Die englischen Panzerkreuzer „Prinzeß Royal“ und „New Zealand“ begeben sich ins Död zur Ausbesserung der bei Helgoland erlittenen Schäden. — Der britische Kohlendampfer „Farn“ wird von der „Karlsruhe“ gekapert. — Französische Territorialtruppen werden nach Algerien geschickt. — Das gesamte portugiesische Kabinett demissioniert. — Bei Rügen wird der kleine deutsche Kreuzer „Gazelle“ durch einen feindlichen Torpedoschuß getroffen und leicht beschädigt. — Die Engländer wollen mit dem Kreuzer „Doris“ bei Alexandrette landen, werden aber von den türkischen Küstenbatterien zum Rückzug gezwungen.

30.7. 1915.

Berlin, 29. Januar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Am 25. d. flog ein deutsches Marine-Parjeval-Luftschiff nach dem russischen Kriegshafen Libau und kehrte nicht zurück.

Nach einer Meldung des russischen Marinegeneralstabes überflog am 25. d. ein deutsches Zeppelin-Luftschiff Libau und warf Bomben ab. Es wurde beschossen und stürzte in die See, wo es von russischen Fahrzeugen vernichtet wurde, während die Besatzung gefangen genommen wurde. Auf Obigem ergibt sich, daß es kein Zeppelin war.

31. I. 1915.

Die Lügen der Entente- presse über Oester- reich-Ungarn.

N. Konstantinopel, 29. Jänner. In einem bemerkenswerten Leitartikel wendet sich „Tarin“ gegen die von der Presse der Tripelentente, insbesondere von angeblich ernstlichen französischen Blättern, verbreiteten ungeheuerlichen Lügen über Oesterreich-Ungarn, das erschöpft sei, über Kundgebungen gegen den Krieg, die in Oesterreich-Ungarn stattfänden, und über angebliche Bemühungen Ungarns, einen Separatfrieden zu erreichen. Diese Lügen, sagt das Blatt, die den Zweck verfolgen, die gebrochene Moral Frankreichs zu heben, können ihre Wirkung nur verfehlen. „Tarin“ führt aus, daß Oesterreich-Ungarn, obwohl es nicht aus einem einzigen nationalen Block besteht, unter Nebeneinanderstellung so gleichgestimmter Interessen und so alter Bande geschaffen wurde, daß daraus eine Einheit hervorging, die durch den sechs Monate andauernden Krieg ihre Probe abgelegt hat, und all dies entgegen den Behauptungen derjenigen, welche glaubten, daß der Krieg eine Lockerung der die verschiedenen Nationalitäten vereinigenden Bande herbeiführen werde. Das Blatt zollt der Tapferkeit der österreichisch-ungarischen Armee Lob und verweist darauf, daß, wenn die österreichisch-ungarische

Armee Galizien räumen mußte, sie dies nach heroischen Kämpfen gegen eine der größten europäischen Armeen, nach dem Siege bei Krasnitz und mittels eines unter überaus geschickten Manövern durchgeführten Rückzuges tat, durch welche der Feind mehrere Wochen hindurch beschäftigt wurde. Die österreichisch-ungarische Armee, sagt der „Tarin“, die den Sieg von Limanowa errang und die einer der wichtigsten Faktoren in den Kämpfen in Polen war, ist eine Armee, die seit sechs Monaten ruhmvoll gekämpft hat und die ohne Zweifel eine sehr wichtige Rolle bei Lösung der Aufgabe spielen wird, den westlich der Weichsel noch andauernden Widerstand der Russen zu brechen.

Das Blatt erinnert sodann an die von den österreichisch-ungarischen Truppen während der Campagne in Serbien an den Tag gelegte Tapferkeit und betont, daß sich diese nicht wegen Mangels an Tapferkeit zurückziehen mußten, sondern infolge von Irrtümern in der Berechnung, die der menschlichen Natur anhaften. Oesterreich-Ungarn, die wohlorganisierte und zivilisierte Großmacht, besitzt unerschöpfliche moralische und materielle Hilfsquellen. Wir wissen sie zu schätzen, und zwar insbesondere wir. Wenn die Türkei, die so viele Schicksalsschläge überwunden hat, noch derartige Schätze an Kraft besitzt, daß man an ihr keine Anzeichen von Schwäche bemerkt, so ist Oesterreich-Ungarn ohne Zweifel viel stärker.

31. I. 1915

Kriegschronik.

24. Januar:

Seeschlacht in der Nordsee, Untergang des „Blücher“, eines englischen Kriegsschiffes und dreier englischer Torpedobootszerstörer.

Oesterreichisch-ungarische Erfolge in den Karpathen.

8 bis 10 deutsche Flieger werfen Dünkirchen mit 80 Bomben.

25. Januar:

Neue Angriffe am Hartmannsweiler-Kopf abgewiesen.

Angriffe gegen den Suchaabschnitt erfolgreich.

Die Russen bei Gumbinnen zurückgeworfen.

26. Januar:

Staatliche Beschlagnahme der Getreidevorräte.

Meuterei portugiesischer Offiziere.

Englische Niederlage bei Uppington gegen die Buren.

Untergang des englischen Hilfskreuzers „Biknor“.

Die Engländer bei La Bassée besiegt. 3 Offiziere, 110 Mann gefangen, ein Geschütz, drei Maschinengewehre erobert.

Beginn der erfolgreichen Kämpfe bei Craonne.

27. Januar:

Amnestie für Militärpersonen anlässlich Kaisers Geburtstag.

Bei Craonne werden die Franzosen auf einer Front von 1400 Mtr. von den Sachsen aus ihren Stellungen geworfen.

Ernennung v. Bülow's zum Generalfeldmarschall und v. Einem's zum Generalobersten. Generalleutnant Frhr. v. Freytag-Loringhoven zum Generalquartiermeister ernannt.

Rücktritt des portugiesischen Kabinetts.

Angriff eines feindlichen Unterseebootes auf die „Gazelle“ bei Rügen.

28. Januar:

Bei Craonne weitere Erfolge. Der Feind hatte in den drei Kampftagen von Craonne über 1500 Tote, 1100 Franzosen wurden gefangen, ein Pionierdepot und acht Maschinengewehre wurden erobert.

Schwere Verluste der Franzosen im Oberelsaß, fünf Maschinengewehre erobert.

Russischer Angriff bei Biegun abgeschlagen.

Die Russen von den Höhen des Uzsoker Passes (Karpathen) vertrieben.

Die Schifffahrt auf dem Suezkanal erfährt Einschränkungen.

29. Januar:

Dünkirchen erneut ausgiebig mit Bomben beworfen.

Die Russen östlich Lowitz bei Wolimow zurückgeworfen.

Ein Parseval-Luftschiff bei Libau abgestürzt.

Die Russen in Aserbeidschan von den Türken zurückgeworfen.

30. Januar:

Die Russen werden in der Bulowina zurückgedrängt.

Die Amerikaner in Europa protestieren gegen die Waffenausfuhr aus ihrem Vaterland.

In den Argonnen die Franzosen besiegt. 760 Gefangene. 12 Maschinengewehre und 10 Geschütze erobert.

Die „Karlsruhe“ versenkte drei weitere englische Handelsdampfer.

Die Oesterreicher erobern die Pashhöhen in den Karpathen zurück und melden 10 000 Gefangene während der letzten Woche.

Der Kaiser aus dem Westen nach Berlin zurückgekehrt.

341-1915.

Wird Rumänien neutral bleiben?

(Eindrücke unseres nach Bukarest entsandten Sonderberichterstatters.)

1.

Bukarest, 21. Januar.

Die Frage, die hier die gesamte politische Welt beschäftigt — und Bukarest ist eine Stadt, wo die Zahl der „Politiker“ kaum kleiner ist als die Zahl der Gesamteinwohner — ist die: Wird Rumänien in dem gegenwärtigen Weltkriege neutral bleiben? Ich schide diese Zeilen durch einen Bericht *troussaint* über die Grenze und hoffe, daß sie in Ihre Hände gelangen werden. Für ein pünktliches Eintreffen kann ich allerdings gar keine Bürgschaft übernehmen, denn es herrschen gegenwärtig ganz ungewöhnliche Verhältnisse, wobei schon der Hinweis genügt, daß auf einem Teil der ungarischen Bahnen der Kriegsfahrplan wieder eingeführt ist.

Ich glaube im voraus feststellen zu können, daß eine unbedingte Antwort auf die Frage nach Rumäniens Neutralität heute wohl niemand, auch nicht die Minister des Königs von Rumänien, erteilen könnte. Wenn es nach der Meinung der „Straße“ ginge, wenigstens hier in Bukarest, so müßte man allerdings zu dem Schlusse kommen, daß der Krieg Rumäniens gegen Oesterreich-Ungarn eine beschlossene Sache sei, und daß der Zeitpunkt des Eingreifens Rumäniens nahe bevorstehe. Daran, daß Rumänien anders als für den Dreiverband und gegen die Zentralmächte Partei ergreifen könnte, denkt hier heute kein Mensch mehr. Der Einfluß des Dreiverbandes hat auf der ganzen Linie die Oberhand gewonnen, und der „rollende Kubel, Frank und Sovereign“, deren Goldstrom sich gleicherweise über die Presse wie über einflußreiche Persönlichkeiten ergießt, hat dafür gesorgt, daß alle gegenteiligen Meinungen verstummen und daß die Freunde Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nicht mehr so laut ihre Stimmen zu erheben wagen, wie es wünschenswert wäre.

Welche verletzende und vergiftende Wirkung die hiesige Presse ausübt, davon macht man sich gar keinen Begriff. Sie steht fast ohne Ausnahme, sowohl die der liberalen Regierungspartei, wie die der konservativen und konservativ-demokratischen Opposition, im Solde der Tripelente. Man nennt hier ganz ungeniert die Namen der bestohlenen Zeitungen und Politiker, ohne daß dies deren Ansehen auch nur den geringsten Abbruch täte. Man merkt eben, daß Rumänien bereits an der Schwelle des Balkans liegt, wo der „Balksch“ für eine notwendige soziale Einrichtung gilt. In manchen Fällen genieren sich diese Herren auch durchaus nicht, von beiden Seiten Geld zu nehmen nach dem Grundsatz: Deine linke Hand soll nicht wissen, was deine rechte Hand — nimmt. Zu den größten Heißblättern gehören der „Adeverul“, der seinem Namen (Die Wahrheit) nur sehr wenig Ehre macht, das demselben Verlag gehörige Morgenblatt „Dimineata“ (Der Morgen), das Revolverblatt „Dreptatea“ (Das Recht), das Organ Filipescus die „Epoca“ usw. Etwas genäßigter sind der „Univerul“, die offiziöse „Viitorul“ (Die Zukunft) und die französisch geschriebenen Blätter „L'Independance Roumaine“ (offiziös) und „La Politique“, das Organ des konservativen Politikers Marghiloman. Das berüchtigte, vor einiger Zeit verachtete Heißblatt „Fackla“ soll demnächst mit dem Gelde des Dreiverbandes neu erscheinen. Dem in deutscher Sprache erscheinenden „Bukarester Tagblatt“ wird hier mit offener Feindschaft begegnet, und erst kürzlich sind dieser Zeitung sowie dem neugegründeten deutschfreundlichen rumänischen Blatt „Ziua“ (Der Tag) alle Fenster eingeschlagen worden.

Man könnte Bücher schreiben, wenn man alles zusammenfassen wollte, was in diesen Zeitungen an Lügen und Gehässigkeiten gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verspritzt wird. So brachten „Dimineata“ und „Adeverul“ soeben die Meldung, daß Oesterreich bereits jede Hoffnung auf den Sieg aufgegeben habe und daß Kaiser Franz Josef und die kaiserliche Familie sowie die Großbanken bereits anfangen, ihr Geld nach der Schweiz in Sicherheit zu bringen. Die „Epoca“ sucht durch einen fulminanten Zeitartikel eine Spionehetze zu inszenieren, noch dazu in einer Stadt, in der, wie in Bukarest, fast 50 000 Deutsche, Oesterreicher und Ungarn ansässig sind, die friedlich ihren Berufen nachgehen. Alle Lügen und Verleumdungen der Dreiverbandspresse werden natürlich mit Wonne nachgedruckt, um Deutschland und Oesterreich-Ungarn als die „Barbaren“ hinzustellen, die es gelte, im Dienst der „Kulturwelt“ zu vernichten. Die Blätter geben täglich große Plakate heraus, welche ihre wichtigsten Neuigkeiten angeben und an den Zeitungskiosken angeklebt werden. Diese Plakate künden mit Riesenlettern jeden wahren oder vermeintlichen Erfolg des Dreiverbandes an, während die Erfolge unserer tapferen Truppen an einer möglichst unauffindbaren Stelle verzeichnet werden. Die zahlreichen Zeitungsverkäufer kriechen alle die tendenziösen Spitzmarken unermüdetlich in das Publikum hinein.

Kein Wunder, daß das Tag für Tag so bearbeitete Publikum schließlich der Kraft dieser Heße erliegt. Zwar für Rumänien hat man hier keineswegs besondere Neigungen, und England ist so gut wie unbekannt. Dafür überwiegen die französischen Neigungen, namentlich bei der intellektuellen Kaste, welche vielfach ihre Studien in Paris gemacht hat. Natürlich ist auch viel Snobismus dabei, denn es gehört heute geradezu zum guten Ton, frankophil zu sein. Je äußerlicher in völkischer Beziehung die romanische Tünche des heutigen Rumänentums ist, um so eifriger sucht man

durch Nachahmung französischen Wesens sich als „lateinische Schwesterrasse“ zu legitimieren. Die kaufmännischen Kreise freilich machen kein Geht daraus, daß der ganze Handel Rumäniens, sowohl die Ein- wie die Ausfuhr, zu mehr als drei Vierteln auf die Zentralmächte, insbesondere auf Deutschland, angewiesen ist, und in diesen Kreisen hat sich trotz der systematischen Preßvergiftung ein nicht unbeträchtlicher Teil von Hochachtung und Neigung für Deutschland erhalten. Man würde in diesen Kreisen einen Krieg mit Deutschland sehr bedauern und behauptet, daß sich die Stimmung in Rumänien nur gegen Oesterreich-Ungarn, insbesondere gegen das letztere, richte, obwohl man sich doch ganz klar darüber sein muß, daß jede Feindseligkeit Rumäniens gegen Oesterreich-Ungarn auch auf die bewaffnete Abwehr des Deutschen Reiches stoßen muß.

Neben der Heßpresse hat die rumänische „Kulturliga“ das möglichste getan, um die Stimmung im Innern Rumäniens aufzupeitschen und gleichzeitig unter den Rumänen Oesterreich-Ungarns eine irredentistische Bewegung aufzuzüchten. Vor kurzem hat nun diese Liga, an deren Spitze der bekannte Professor Arion steht, wie überhaupt das rumänische Professoren-um in dieser Liga stark vertreten ist, das „Kultur“-Deckmäntelchen abgeworfen und sich in eine Nationalliga umgewandelt, o ihren politischen Charakter, der auf die Losreißung der von Rumänen bewohnten Landesteile von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielt, offen bekennend. Leider haben sich auch einige ungarländische rumänische Persönlichkeiten, wie der ungarische Reichstagsabgeordnete Pfarrer Lutaciu und der Dichter Goga, die offenbar des Ehrgeiz kitzelt, rumänische Wetterlész und Blumenthals zu werden, sich in das „Aktionskomitee“ der neuen Liga wählen lassen. Die ungarländische rumänische Nationalpartei hat darauf jedoch erfreulicherweise die einzig richtige Antwort gefunden, indem sie sich durch eine öffentliche Erklärung des Hermannstädter Parteiblattes „Telegraful Roman“ von der Kulturliga lossagte und die Lutaciu und Goga aus der ungarländischen rumänischen Nationalpartei ausschloß. Im Königreich Rumänien selbst aber ist der Einfluß der Kulturliga in jüngster Zeit eher noch gewachsen, und er hat in einem großen Teile der öffentlichen Meinung den Glauben zu erwecken verstanden, daß jetzt die Stunde geschlagen habe, um mit bewaffneter Hand an die „Befreiung“ der unter österreichisch-ungarischer Fremdherrschaft schmachtenden „drei Millionen Stammesgenossen“ in der Bukowina, in Siebenbürgen und im Banat zu schreiten. Daß Millionen rumänischer Stammesgenossen im geraubten Bessarabien noch unter russischer Herrschaft und selbst Tausende im Kreise Negotin gar unter serbischer Knute schmachten, daran denkt hier heute kein Mensch mehr.

Uebrigens ist es Tatsache, daß trotz aller pomphaften Phrasen von Demokratie und Volkswillen die Politik Rumäniens von einigen Duzend Politikern „gemacht“ wird. Diese herrschende Oligarchie, welche übrigens noch in mehrere Klügel gespalten ist, hat ihr Hauptquartier in dem bekannten Caféhause Capsa in der Hauptstraße Calea Victoriei, und dort ist es auch, wo die Presse täglich ihre Weisungen entgegennimmt, soweit sie diese nicht von Monsieur Blondel, dem französischen Gesandten, und seinen Dreiverbands-Kollegen unmittelbar erhält. Unter den namhafteren rumänischen Politikern sind namentlich die früheren Minister Take Jonescu und Nikola Filipescu als Kriegsheer gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn hervorgetreten. Dazu kommen ernsthaft militärische Vorbereitungen Rumäniens. Man spricht davon, daß Mitte Januar nach griechischem Kalender, also am 28. Januar unseres Kalenders, die allgemeine oder eine sehr umfangreiche teilweise Mobilmachung erfolgen werde. Zahlreiche Schulen und öffentliche Gebäude sind bereits zu Hilfslazaretten eingerichtet.

31./1. 1915

Wird Rumänien neutral bleiben?

Ein Kennzeichen für die Stimmung der Rumänen ist auch die Tatsache, daß bei dem Neujahrgottesdienst in der rumänischen Gesandtschaftskapelle in Paris (also am 13. Januar) der Geistliche der Kapelle nach dem Gottesdienst eine Rede gehalten hat, in der er den französischen Waffen den Sieg und dem rumänischen Volke seine vollkommene Einigung wünschte. Zum Schlusse stimmte der Chor der Kapelle die rumänische Königshymne und die Marseillaise an. Dem Gottesdienst wohnten außer dem rumänischen Gesandten und zahlreichen Mitgliedern der rumänischen Kolonie auch mehrere französische Persönlichkeiten bei.

Alle diese Momente konnten selbstverständlich nicht verfehlen, in der Geschäftswelt und namentlich in den Kreisen der in Rumänien anässigen Deutschen, Oesterreicher und Ungarn eine starke Beunruhigung hervorzurufen. Das in Braila erscheinende Blatt „Romania“ schreibt: Am Vorabend des neuen Jahres (griechischen) besuchte der Chef der konservativen Partei, Herr Alexander Marghiloman, das Möbelgeschäft Portois u. Fig, das bekanntlich eine Wiener Firma ist. Der Direktor fragte den Chef der Konservativen, ob in Wirklichkeit der Augenblick so nahe sei, wo Rumänien in Aktion treten werde, und ob in diesem Falle Rumänien, wie allgemein versichert wird, gegen die Zentralmächte kämpfen werde. Herr Marghiloman umging mit vieler Geschicklichkeit diese Frage. „Unter allen Umständen“, erlaubte sich der Direktor des Geschäfts zu bemerken, „wird hier seit Monaten in der Presse und in Straßendemonstrationen gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland agitiert.“ „Mein Herr“, unterbrach ihn Marghiloman, „Rumänien ist ein konstitutionelles Land, wo jeder die Freiheit hat, seine Ansichten auszudrücken. Die Leute schreien, das ist wahr. Aber glauben Sie, daß das genügt? Vergessen Sie nicht, daß man in Rumänien niemandem einen Knebel in den Mund stecken kann.“

Leider geht die von Herrn Marghiloman gerühmte Pressefreiheit Rumäniens so weit, daß sie auch vor den unerhörtesten Verunglimpfungen in Wort und Bild nicht zurückschreckt. So sah ich in einer Kunsthandlung in der belebtesten Hauptstraße Bukarests, eine große farbige Karikatur im Schaufenster ausgestellt und immer von Massen des Publikums belagert, auf der der König von Rumänien mit einem riesigen Hammer auf den blau-gelb-roten Farben der rumänischen Tricolore auf einen Kopf zielt, der einen sogenannten Kraftmesser in Bewegung setzt, während König Peter von Serbien mit gesenkter Keule in den serbischen Farben zuschauend daneben steht. Der Kopf, auf den der Rumänenkönig zum Schlage ausholt, aber ist der Kopf des greisen Kaisers Franz Josef. Zum Glück fallen derartige Geschmackslosigkeiten auf ihren Urheber zurück. Gr.

31. / I. 1915.

43^e

Protest Oesterreich-Ungarns gegen die Haltung Rußlands betreffs der rumänischen Legionen.

Wien, 30. Januar.

Wie die „Politische Korrespondenz“ erfährt, hat sich die österreichisch-ungarische Regierung durch die Behandlung, welche die rumänischen Legionen seitens der Russen erfahren, zu einem Protest veranlaßt gesehen, der in einer den Regierungen der verbündeten und der neutralen Staaten übermittelten Verbalnote Ausdruck gefunden hat.

In der Note wird daran erinnert, daß das österreichisch-ungarische Ministerium des Aeußern in einer Verbalnote bei den verbündeten und den neutralen Mächten dagegen Einsprache erhoben hat, daß der Charakter der polnischen Legionen als Kriegführender seitens Rußlands nicht anerkannt wird. Nach verlässlichen Mitteilungen wird den rumänischen Legionen die Anerkennung als Kriegführender seitens der russischen Truppen ebenfalls verweigert. Mitglieder dieser Legionen, die in die Hände der Russen fallen, werden gehängt. Dieses Vorgehen bildet eine flagrante Verletzung des Völkerrechtes.

Die Note weist darauf hin, daß die rumänischen Legionen, die aus österreichischen Untertanen rumänischer Nationalität gebildet werden, unter dem Kommando von k. u. k. Offizieren stehen, die selbst dem österreichisch-ungarischen Armeekommando untergeordnet sind. Die Mitglieder der rumänischen Legionen haben den Fahneneid geleistet und tragen als Abzeichen eine schwarz-gelbe Armbinde. Gleich den polnischen Legionen entsprechen auch die rumänischen Legionen nicht nur allen durch das Haager Reglement für Freiwilligenkorps vorgeschriebenen Bedingungen, sondern sie bilden einen Teil der Armee selbst. Die österreichisch-ungarische Regierung erhebt daher in aller Form Protest gegen die Haltung der russischen Regierung in bezug auf die rumänischen Legionen.

Pariser Straßenumtaufen. Der Krieg hat auch auf den Schildern der Pariser Straßen eine wahre Untwälzung herbeigebracht. Gleich im Anfang fiel die Avenue d'Allemagne, die Hauptstraße des volkreichen Stadtviertels La Villette, dem Deutschenhaß zum Opfer und erhielt bei der Neutaufe den Namen Avenue Jean Jaurès. Später kamen die Straßen Rue de Berlin, Rue de Hannover, Rue Wagner und Rue Meyerbeer daran. Die bescheidenen Einwendungen der Bewohner der von dieser Umtauferei betroffenen Straßenzüge, die von der plötzlichen Namensänderung Störungen der Briefbestellung befürchteten, verhallten natürlich ungehört. Die Liste der Straßen, die die Stadtverwaltung zur Namensänderung vorgemerkt hat, wird vielmehr immer länger. Neuerdings ist auch der Wunsch geäußert worden, die Rue Dewet umzutauften, weil Dewet das heute himmelschreiende Unrecht begangen hat, sich gegen die Engländer aufzulehnen. Ein giftiger Pariser Journalist hat angesichts dieses neuen Vorschlages der Pariser Straßennamenreiniger die Bemerkung nicht unterdrücken können: „Der arme Dewet erfreute sich der Auszeichnung, daß eine der Pariser Straßen seinen Namen erhielt, just deshalb, weil er gegen unsere gegenwärtigen Verbündeten Krieg führte. Heute wird er aus demselben Grunde dieser Ehre verlustig erklärt. Wie reimt sich das zusammen?“ Um bei den Russen nicht Aergernis zu erregen, wird sich wohl auch die Notwendigkeit ergeben, dem Boulevard Sebastopol und der Rue de Crimée neue Namen zu geben, da diese Namen Erinnerungen wecken, die für die russischen Verbündeten heute recht unstebsam sind und deshalb den Franzosen nicht mehr zeitgemäß erscheinen können.

2./11. 1915.

Kriegskalender.

1. Jänner. In den Karpathen werden die am Moszer-Passe kämpfenden Truppen etwas zurückgenommen. — Westlich des Ura- und Rawkaabschnittes schreitet der Kampf der Deutschen vorwärts. — Fortschritte der Deutschen in den Argonnen. Schwere Verluste der Franzosen nördlich Commercy. Bois Bruls von den Deutschen genommen. — Ein deutsches Unterseeboot bringt unweit Plymouth im Kanal das englische Linienerschiff „Formidable“ zum Sinken. — Bei Koblenz geht ein französischer Lenkballon nieder. — Einnahme von Ardagh an durch die türkische Kaukasusarmee. — Die Türken vereiteln einen Landungsversuch des russischen Kreuzers „Aspid“ bei Jassa. — Die Regierung von Transvaal kündigt an, daß sie die unter Waffen stehenden Streitkräfte zum Dienste gegen Deutsch-Südwestafrika verwenden wolle. — Die Australier besetzen Bougainville, die größte deutsche Insel der Salomongruppe. — Die Franzosen in Marokko erleiden nördlich Fez eine ernste Niederlage. — Anhaltung der italienischen Dampfer „Serbia“ und „Caprera“ durch englische und französische Kriegsschiffe.

2. Jänner. Erfolgloser Versuch der Russen, unsere Schlachtfront westlich und nordwestlich Gorlice zu durchbrechen. Unsere Truppen eroberten hierbei eine Höhe südlich Gorlice und vernichten ein feindliches Bataillon. — Die Deutschen nehmen den wichtigen Stützpunkt der russischen Hauptstellung bei Borzyncow westlich der Weichsel. Vorwärtsschreiten des deutschen Angriffs östlich der Rawka. — Vor Westende erscheint ein feindliches Geschwader. Artillerielämpfe auf der ganzen deutschen Westfront. Ein feindlicher Infanterieangriff nordwestlich Sankt Meneshoud wird unter schweren Verlusten für die Deutschen abgewiesen. — Angriff deutscher Flieger auf Furnes und Coudekerque. — Erfolgreiche Kämpfe der Türken bei Sarykamisch. Die von Tauscher auf russisches Gebiet vorgeführten Türken vernichten ein russisches Bataillon. — Das italienische Schlachtschiff „Sardegna“ ist in Durazzo eingelaufen.

3. Jänner. In den Kämpfen im Raume südlich Gorlice nehmen unsere Truppen eine wichtige Höhenlinie. Kleinere Gelechte im oberen Ungtal. — An der deutschen Westfront Artillerielämpfe. — Fortdauer des Kampfes zwischen ausländischen Albanern und Gissa Balcha in der Nähe von Durazzo. — Die kriegsführenden Mächte stimmen der Anregung des Papstes zu, die zum Waffendienst untauglichen Kriegsgefangenen auszutauschen. — Eine Proklamation des serbischen Kronprinzen in der Malabonien konstitutionelle Freiheiten versprochen werden ruft in Bulgarien Entrüstung hervor. — Viele Blätter fordern die Besetzung Maledoniens.

4. Jänner. Die Angriffe der Deutschen östlich der Ura bei Kozlow-Biskupi und südlich machen Fortschritte. Nordöstlich Polimow bringen die deutschen Truppen östlich der Rawka über Humin und die Höhen nördlich davon vor. — Die französische Flotte wird aus der Diantostrasse zurückgezogen. — Bei Sinope im Schwarzen Meer Zusammenstoß zweier türkischer Kreuzer mit einem aus 17 Einheiten bestehenden russischen Geschwader. Die ottomanischen Schiffe bleiben unbeschädigt. — In Aserbeidschan (Nordwestpersien) erzielen die Türken weitere Erfolge. Südlich Mianobas werden die Russen von einer anderen türkischen Armee geschlagen. — General Litwino wird zum Nachfolger des Generals Kennelamp ernannt. — Die ausländischen Albaner fordern in Durazzo die Aus-

lieferung der Gefandten Frankreichs und Serbiens und beschließen nach Verweigerung dieses Ansuchens die Stadt. Die italienischen Kriegsschiffe greifen mit Geschützen in den Kampf ein, worauf die Ausländischen den Angriff einstellen.

5. Jänner. Fortdauer der Kämpfe in den Karpathen. — In Polen stoßen die Deutschen nach Fortnahme mehrerer russischer Stützpunkte bis zum Suchow-Schnitte durch. — Die Franzosen beschließen die hinter der deutschen Front gelegenen Ortschaften im Westen. Bei Souain und im Argonner Walde bemächtigen sich die Deutschen mehrerer Schützengräben. Auf der Höhe westlich Senheim werden die Franzosen gemortet. Die amerikanische Flotte, die im Begriff war nach dem Stillen Ozean abzdampfen, wird von der Regierung im Atlantischen Ozean zurückgehalten. — England verbietet neutralen Fischerschiffen aus Spionen- und Wimenuricht das Anlaufen englischer Häfen.

6. Jänner. Die ungarländisch-rumänische Nationalpartei nimmt Stellung gegen die Kulturliga in Bukarest und betont ihre Loyalität gegenüber der Monarchie. — Die ausländischen Albaner stehen in der Ebene von Kroja im Kampfe mit den Truppen Essads. — Die russische Flotte versenkt einen italienischen Handelsdampfer. — Die Türken besetzen Urmiä (Nordpersien). — Ultimatum der Vereinigten Staaten an Mexiko. — Wiederaufleben des Burenaufstandes.

7. Jänner. Am Dunajec und in Russisch-Polen stellenweise Geschützlampf. Zurücknehmen unserer Sicherungstruppen in der südlichen Bukowina. Die Regierung richtet wegen der Behandlung unserer Kriegsgefangenen eine befristete Note Note an Rußland und Serbien. — Nördlich Arras erbitterte Kämpfe. Westlich Senheim drachen die französischen Angriffe zusammen. — Das Wolffsche Bureau meldet, daß General Joffre dienstlich bekanntgeben ließ, daß die Deutschen alle Gefangenen erschießen. — Ankunft eines griechischen Kreuzers in Durazzo. — An Stelle des zurückgetretenen englischen Admirals Mac Keir übernimmt Admiral Rundriotis das Kommando der griechischen Flotte. — Die englische und französische Regierung erklären, dem Einpruch Amerikas Folge gebend, Baumwolle nicht als Konterbande zu betrachten.

8. Jänner. In den Döbesiden wird ein starker russischer Vorstoß weit zurückgeschlagen. Westlich der Rawka schreiten die Angriffe der Deutschen fort. 1600 Russen wurden gefangen, 5 Maschinengewehre erbeutet. — Russischen Meldungen zufolge haben drei österreichische Aeroplane Bomben über Kielee abgeworfen. — Ein russischer Dampfer, der auf der Donau Kriegsmaterial für Serbien beförderte, soll gesunken sein. — Uebersiedlung des französischen Kriegsministeriums von Bourdeaux nach Paris. — Zwei italienische Dampfer werden in der Nähe der ligurischen Küste von einem französischen Torpedoboot beschossen. — Die Admiralität in London veröffentlicht die Liste der mit der „Formidable“ untergegangenen Seeleute; sie enthält über 500 Namen. — Der Beduinenstamm der Beni Saab und der kaukasische Scheich Scherifeddin schließen sich den türkischen Truppen an.

9. Jänner. Der Kaiser empfängt eine Huldigungsdeputation des polnischen Adels. — Ein Nachtangriff der Russen auf Ballezyn wird blutig abgewiesen. — Die Deutschen weisen einen Angriff bei Berthes ab. Bei einem Sturmangriff in den Argonnen nehmen sie 1200 Franzosen gefangen. — Deutsche Flieger bombardieren Armentieres. — Österreichisch-ungarische Flieger werfen über Bozorevac und Gradiska Bomben ab. — Großfürst Alexander Michailowitsch gefallen. — Entsendung eines italienischen Kriegsschiffes nach San Giovanni di Medua. — Griechenland erläßt ein Ausfuhrverbot für Getreide, Mehl, Rindvieh, Butter sowie für Gold und Eisen.

10. Jänner. Versuche der Russen, die Rida zu überkreuzen, mißlingen. Geschützlampf östlich Trebinje. — Die Deutschen weisen russische Vorstöße südlich Mlava ab. — Große Verluste der Franzosen bei Soisson, Berthes und Neuport. — Ein größeres deutsches Flugzeuggeschwader erreicht in der Nähe der Themsemündung und bombardiert auf dem Rückfluge Dover und Dänkirchen. — Unter dem Voritze des Königs Georg findet in London ein geheimer Kabinettsrat statt, in dem über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beraten wird. Es wird kein endgültiger Entschluß gefaßt. — Die Engländer landen in Tanga (Ostafrika) 8000 Mann, die von den Deutschen angegriffen und vollständig geschlagen werden. Englische Verluste: 3000 Mann.

11. Jänner. Zurückweisen der russischen Angriffe in Russisch-Polen und an der unteren Rida. Eine Ausklärungspatrouille dringt bis zur Wohnung des russischen Regimentskommandanten vor und kehrt mit einem Offizier und sechs Mann Gefangenen zurück. — Fortschritte der Deutschen in Flandern und Nordfrankreich. — Veröffentlichung der Antwort Endlands auf die Note in der Konterbandefrage. — Die Flotte gibt Italien Genugtuung für den Zwischenfall in Podesta. — Der bulgarische Hafen Debeagatsch soll durch die englisch-französische Flotte blockiert sein. — Zwei portugiesische Regimenter, die in Vissalon mit unbekanntem Bestimmungsort eingeschifft werden sollen, meutern.

Prinz Karl Ludwig

12. Jänner. Ein neuerlicher russischer Angriff an der Riva zurückgeschlagen. — Deutsche Erfolge in den Argonnen. Seit 8. Jänner 3500 Gefangene. — Die „Agenzia Stefani“ dementiert die Gerüchte über militärische Maßnahmen Italiens. — Der englische Kreuzer „Doris“ versucht bei Sariseki und Alexandrette vergeblich Truppen zu landen; er beschießt dann entgegen dem Völkerrecht offene Orte. — Die bulgarische Regierung protestiert gegen die Durchsuchung von in Debeagatsch einlaufenden bulgarischen Schiffe. Die Soldaten Frankreichs und Englands verprechen Abhilfe. — In Japan greift die Bewegung gegen eine weitere Teilnahme an dem Kriege immer mehr um sich.

13. Jänner. Demission des Grafen Verhöltd. Baron Durian wird Minister des Meeres. — Erfolge der Deutschen bei Neuport La Bassée La Boisselle und Crouy (1700 Gefangene, 4 Geschütze und mehrere Maschinengewehre). — Eins am

21. November bei Brzezin (bei Lodz) gefangen-genommene deutsche Sanitätskolonne wurde — wie man jetzt erfährt — unter Verletzung der Genfer Konvention von den Russen nach Sibirien verschickt.

14. Jänner. An der Riva weisen unsere Truppen alle russischen Angriffe zurück. — Bei Gumbinnen und Blyen nehmen die Deutschen mehrere hundert Russen gefangen. — Großer Sieg der Deutschen bei Sosion. 5250 französische Gefangene, 37 erbeutete Geschütze. — In Serbien werden in den neuen Gebieten die Männer von 16 bis 60 Jahren rekrutiert. — Kanada ordnet die Mobilisierung des 3. kanadischen Kontingents an.

15. Jänner. Erfolge unserer Artillerie am Dunajec. — Zurückweisung französischer Vorkühe bei Verdun Millly und Notre Dame de Lorette. Die Engländer beschließen von einem Fort am Tyne durch Ungeklärtheit eine Farm in Marsden. — Das französische Unterseeboot „Saphir“ sinkt am Eingang der Dardanellen. — Drei schwedische Dampfer sinken im Böttischen Meerbusen. — Amerika beschließt den Bau von 2 Schlachtschiffen, 6 Zerstörern und 17 Unterseebooten per Jahr. — Der Japandampfer „Dacia“ wird an einen amerikanischen Reeder verkauft.

16. Jänner. Weitere Erfolge unserer Artillerie am Dunajec. — Kleine Kämpfe in Flandern. — Französische und englische Kreditinstitute gewähren. Russland einen Kredit von 1½ Milliarden. — Schweizer Nachrichten zufolge leidet Frankreich bereits an Munitionsmangel für die schwere Artillerie; Amerika liefert Maschinen für die Herstellung von schwerer Munition. — Nach einer Meldung aus Sofia passieren täglich zahlreiche russische Transportschiffe mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln für Serbien die Donau. — Die offene Hafenstadt Swatopmund wird durch englisch-südafrikanische Truppen besetzt.

17. Jänner. In Polen, am Dunajec und im Raum südlich Tarnow Geschützkampf. — Die russischen Truppen im Ungtal werden durch die große Kälte dezimiert. — Die deutsche Heeresleitung meldet, daß die feindlichen Verluste in den letzten vier Wochen an gezählten Toten etwa 26.000 und an unverwundeten Gefangenen 17.600 betragen; im ganzen werden die feindlichen Verluste auf mindestens 150.000 geschätzt. — Die Russen bohren die in den Häfen der offenen Städte Szigmenne, Rize und Hope befindlichen, der dortigen Bevölkerung gehörenden Schiffe in den Grund. Die Türkei droht Repressalien an.

18. Jänner. Die Russen räumen östlich Zaliczyn in einer Ausdehnung von 6 Kilometern die vordersten Stellungen. — In Nordpolen scheitern Versuche der Russen, über den Wkra-Abschnitt bei Kazdanow vorzustoßen. — Erfolge der Deutschen bei La Boisselle und in den Argonnen. — Der neue deutsche Botschafter in Rom teilt, wie ungarische Blätter melden, mit, daß auch Deutschland Truppen gegen Serbien entsendet habe. — Das englische Patrouillenboot „Ghar“ ist samt Besatzung auf der Höhe von Deal gesunken.

19. Jänner. Bei Zabolony (Bukowina) wurde ein russischer Vorstoß blutig zurückgeschlagen. — Die Deutschen werfen die Russen bei Kazdanow, Biczun und Sierpe zurück. — Der italienische Dampfer „Varese“ sinkt bei Pola. — Die Vereinigten Staaten protestieren gegen die Verletzung der Neutralität amerikanischer Häfen durch japanische Kriegsschiffe.

20. Jänner. Reise des Thronfolgers zum Besuch des Kaisers Wilhelm ins deutsche Hauptquartier. — Erfolge unserer Artillerie am Dunajec. — Fortschreiten der deutschen Offensive nördlich Senheim, der Sitzstein genommen. — In der Nacht auf den zwanzigsten haben deutsche Marinelustschiffe über Har-mouth, Sherningsham, Cromer und Kings Lynn (Ortschaften Englands) Bomben mit Erfolg abgeworfen.

21. Jänner. Fortschreiten der Offensive im Gelände westlich der Weichsel. — An Stelle Falkenhayns wurde Generalleutnant Bild v. Hohenborn zum preussischen Kriegsminister ernannt. — Die russischen Angriffe auf der Front im Kaukasus wurden auf der ganzen Linie zum Stillstand gebracht. — Das deutsche Kriegsschiff „Arlsruhe“ hat in den letzten vierzehn Tagen elf Handelschiffe der Verbündeten versenkt. — Der deutsche Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ kaperte den englischen Dampfer „Bellevue“.

22. Jänner. Nördlich der Weichsel lebhafterer Geschützkampf. — In den Bogenen werfen die Deutschen den Feind von den Höhen des Hartmannsweilerkopfes. — In Lissabon revoltieren monarchistische Offiziere. — Der englische Dampfer „Dunward“ wird von einem deutschen Unterseeboot versenkt.

23. Jänner. Wiederoberung von Kizilsaba (Bukowina) und der den Ort beherrschenden Höhen. — Die Deutschen werfen die Russen aus Kinnos und Sojst heraus. — In Nordfrankreich werden zwei Angriffe des Feindes abgeschlagen. — Das Repräsentantenhaus der Union bewilligt 101 Millionen Dollar für die Armee.

24. Jänner. Bei Helgoland kommt es zu einer Seeschlacht zwischen Deutschen und Engländern, wobei die Engländer 1 Schlachtschiff und 2 Torpedobootzerstörer, die Deutschen den Panzerkreuzer „Blücher“ verkeren. — Erfolgreicher Angriff der Deutschen gegen den Suchs-Abschnitt bei Worzynom. — Holland beschließt die Errichtung einer Mission beim Vatikan.

25. Jänner: Die im oberen Ungtal und bei Beszergalas von den Russen angelegten Gegenangriffe blutig zurückgeschlagen. — Auch ein Versuch der Russen bei Kapoiloვა durchzudringen mißlingt. — Die Russen räumen einzelne Stellungen südlich Gumbinnen, nordöstlich von Gumbinnen werden ihre Angriffe abgeschlagen. — Die französischen Angriffe auf den Hartmannsweilerkopf werden von den Deutschen abgeschlagen. — Der deutsche Kreuzer „Gazelle“ wird bei Riga von einem Unterseeboot leicht beschädigt. — Sibirische Truppen treffen zur Verstärkung der Kaukasusarmee ein. — In Westkanada wurden Reiterregimenter gebildet, die für Ägypten bestimmt sind. — Infolge der

Prinz Ruland

Krise in Portugal wird die Abfahrt des Expeditionskorps nach Angola verschoben.

26. Jänner: Im oberen Ang-Batorza- und Nagy-Agtale mußten die Russen einige wichtige Höhen räumen. — Erfolgreiche Angriffe der Russen bei Gumbinnen. — In Ostpreußen heftige Artilleriekämpfe. — Erfolg der Deutschen gegen die Engländer bei La Bassée. — Das Petersburger Blatt „Rjetsch“ will wissen, daß der Emir von Afghanistan ermordet, der Thronfolger schwer verwundet worden sei.

27. Jänner. Der Uszokerpaß wieder in unserem Besitz. — Die seit 25. dauernden Kämpfe auf den Höhen von Craonne endeten mit einem großen Erfolg der Deutschen. Die Franzosen wurden aus ihrer Höhenstellung westlich La Creute Faise und östlich Gurtelise geworfen und auf den Südbhang des Höhenlandes gedrängt. — Bombenwürfe über Liban und Rücktritt des portugiesischen Kabinetts. General Castro mit der Neubildung betraut. — Verhaftung des Generalstabschefs der französischen Armee Desclaud.

28. Jänner. Das Nagy-Ag-Tal von den Russen geläubert. Toronya von unseren Truppen genommen. — Die deutsche Heeresleitung meldet, daß bei den Kämpfen bei Craonne über 1500 Franzosen getötet und 1100 gefangen genommen wurden. — Der deutsche Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ hat den französischen Segler „Anne de Bretagne“ im Südatlantischen Ozean in den Grund gebohrt. — Bildung des neuen portugiesischen Kabinetts mit Castro als Vorkommenden und provisorischen Minister des Außenw.

29. Jänner. Zurückweisung russischer Angriffe westlich des Uszoker Passes. Bei Wejerszallas und Wolowec die Kämpfe beendet, der Feind auf die Paßhöhen zurückgeworfen. — Der russische Angriff nordöstlich Gumbinnen scheitert, nordöstlich Balinow und Lowicz werfen die Deutschen den Feind aus seiner Vorstellung und bringen in die Hauptstellung ein. — Nach einer Meldung des Weißischen Bureau ist am 25. ein deutsches Barjesskustschiff bei Liban in die See gestürzt. — Die Etappenanlagen von Dänkirchen mit Bomben belegt. — Kronprinz Manuel von Portugal soll sich bei Croise an der spanisch-portugiesischen Grenze befinden.

30. Jänner. Wiederoberung der Paßhöhen in den Karpathen. 10.000 Russen gelangen. 6 Maschinengewehre erbeutet. — Russische Nachtangriffe in der Gegend Borzymow werden von den Deutschen zurückgeworfen. — Der italienische Handelsdampfer „Maria Luisa“ wird im Schwarzen Meer von der russischen Flotte in Grund geschossen. — Das deutsche Unterseeboot „U 21“ versenkt an der Westküste Englands 3 englische Dampfer.

31. Jänner. Am Dunajec und an der Nida lebhafteste Artillerietätigkeit. — In den Karpathen wird noch einige knapp nördlich der Paßhöhen liegende Stellungen gekämpft. — Die Deutschen schlagen bei Borzymow einen russischen Angriff zurück. — Nach einer Meldung des „Temps“ ist in der vergangenen Woche das französische Torpedoboot „219“ vor Neaport gesenkt.

2. / II. 1915.

Die österreichische Offensive gegen Serbien.

X Stockholm, 1. Febr. (Priv.-Tel., Str. Post.) Die Petersburger Zeitungen berichten von dem Einsetzen einer kräftigen österreichischen Offensive gegen Serbien. Heftige Kämpfe entwickelten sich bei Milowatsch und Gradiskale. Oesterreichische Geschütze nahmen das jenseitige Donauufer unter Feuer. Die Höhen bei Zapanik wurden von den Oesterreichern besetzt, die nunmehr Zekio beschießen.

a Kopenhagen, 1. Febr. (Priv.-Tel., Str. Post.) „Berlingske Tidende“ erfährt aus Athen über Paris: Griechische Blätter teilen mit, daß ein neuer österreichischer Versuch in Serbien einzurücken, die tatkräftige Unterstützung Serbiens durch das griechische Heer bewirken werde. Der griechische Gesandte in Paris erklärte, die Mitteilung sei zwar nicht offiziell bestätigt, Klinge aber wahrscheinlich.

Zürich, 1. Febr. (B. B. Nichtamtlich.) Nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ begibt sich Prinz Georg von Serbien zur Erholung von seiner Verwundung an die französische Mittelmeerküste.

2. II. 1915.

Wird Rumänien neutral bleiben?

(Bericht unseres nach Bukarest entsandten Spezialberichterstatters.)

2.

Bukarest, 23. Januar.

Obwohl es dem Dreiverband gelungen ist, mit Hilfe gefäuschter Politiker und bestochener Standalpresse die Bevölkerung Rumäniens gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verhexen und eine immerhin nicht ungefährliche Kriegsstimmung zu erzeugen, so machen sich doch bereits Anzeichen bemerkbar, welche der Hoffnung Raum geben, daß der Höhepunkt der Krise bereits überschritten ist, und daß sich, wenn auch langsam, eine Um- und Einfahrt anbahnt; freilich können unvorhergesehene Zwischenfälle jederzeit die ganze Lage über den Haufen werfen und plötzliche Ueberraschungen zeitigen. Wie es hier bei Ausbruch des Weltkrieges hergegangen ist, davon hat man in Deutschland glücklicherweise fast nichts zu erfahren bekommen. Bekanntlich stand Rumänien bei Kriegsausbruch in einem Bündnisverhältnis zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn, das erst während der letzten Balkankriege erneuert war. Als aber die Bündnispflicht auf Grund der Militärkonvention an Rumänien herantrat, wurde von den im Solde des Dreiverbandes stehenden Politikern und Presseorganen eine geradezu beispiellose Hege im ganzen Lande entfaltet, damit Rumänien mit fliegenden Fahnen in das Lager des Dreiverbandes übergehe. Die Propheten dieser neuesten Völkermoral waren die früheren Minister Take Jonescu und Nikola Filipescu sowie die Kulturliga mit ihrem heiterverzweigten Auhang. König Karol wurde offen mit der Abscheidung bedroht, wenn er es wagen sollte, als Hohenzoller seinen Bündnisverpflichtungen gegenüber den Zentralmächten nachzukommen, und es ist ein offenes Geheimnis, daß die nervenzerrüttenden Kämpfe und seelischen Erschütterungen jener Tage das Ende König Karls beschleunigt haben. Ein Kompromiß in dieser schwierigen Lage war für die rumänische Regierung der noch im Krouvat unter König Karol gefaßte Neutralitätsbeschluß.

Eine zweite Stürmperiode verzeichnete das politische Barometer hier nach der Räumung Lembergs. Die Rumänen, in ihrer übertriebenen Furcht vor der Heeresmacht des Zarenreiches, glaubten hierin bereits einen entscheidenden Sieg der russischen Waffen zu erkennen, nach dem die „russische Dampfwalze“ sich unaufhaltsam und zerschmetternd über die Zentralmächte dahinwälzen werde. Es bedurfte der ganzen Kaltblütigkeit des Königs und der Regierung, um dem Geschrei der Presse und der Gasse gegenüber an der beschlossenen Neutralität festzuhalten.

Im Vergleich zu den Stürmen jener Tage ist die augenblickliche Lage die einer verhältnismäßigen Stille. Es lassen sich sogar einige Anzeichen feststellen, welche auf eine Ernüchterung deuten. Die gefürchtete „russische Dampfwalze“ hat enttäuscht. Sie ist zum Stehen gebracht und sogar zum Rückzug gezwungen worden. Auch in Rumänien kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Russen heute nicht vor Berlin und Wien, wohl aber die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen im Herzen Polens und vor den Toren Warschaws stehen. Auch die so bombastisch angekündigte Offensive Joffres auf der Westfront ist jämmerlich zusammengebrochen. Das denkende rumänische Publikum ist daher gegenüber den Siegesberichten des Dreiverbandes skeptisch geworden.

Ferner befindet man sich hier stark im ungewissen über die Haltung Italiens. Während man bei Beginn des Krieges glaubte, daß Italien alsbald seinen Verbündeten in den Rücken fallen würde (in diesem Falle wäre Rumänien natürlich nicht zu halten gewesen!), sind jetzt fast sechs Monate vergangen, ohne daß Italien sich gerührt hätte. Verschiedene, allerdings nicht amtliche rumänische Abordnungen, welche sich nach Italien begeben hatten, um ein italienisch-rumänisches Einbernehmen über einen Eintritt beider Länder in „die Aktion“ (d. h. für einen Rückenangriff auf die Zentralmächte) herzustellen, sind erfolglos zurückgekehrt. Die letzte derartige rumänische Mission stand unter Führung des gewesenen Ministers Istrati, eines Parteigängers der Take Jonescu und Filipescu.

Man ist hier auch ernstlich beunruhigt über die Haltung Bulgariens. Man fürchtet, daß Bulgarien bei einer Verwicklung Rumäniens in den europäischen Konflikt für den Bukarester Frieden Rache nehmen könnte. Auch die Mission des bulgarischen Staatsmannes Chenadien in Rom verursacht hier ernsthaftes Kopfschmerzen. Man dringt daher hier eifrig in Serbien, daß es endlich die Bulgaren durch Zugeständnisse in Mazedonien zufriedenstelle, und ist nicht wenig verdrossen, daß die Serben davon noch immer nichts hören wollen. Ein Teil der rumänischen Politiker wäre bereit, den Bulgaren einen Teil der Dobrudscha mit den Städten Dobritsch und Baltschitsch wieder herauszugeben, wenn sich Rumänien dadurch die Bundesgenossenschaft oder wenigstens die sichere Neutralität Bulgariens erkaufen könnte. Wie die Dinge jetzt liegen, müßte Rumänien, wenn es gegen Oesterreich-Ungarn in Aktion treten wollte, erhebliche Teile seiner Armee gegen Bulgarien stehen lassen, wodurch natürlich die Aktionskraft Rumäniens gegen die Zentralmächte stark geschwächt würde. Den französischen Schwindelnachrichten über eine angebliche Wiederherstellung des Balkanbundes unter Führung Italiens sieht hier längst schon niemand mehr auf.

Die ruhiger und vernünftiger denkenden Kreise Rumäniens beginnen einzusehen, daß hinter dem Treiben der Kriegsheher vom Schlege der Take Jonescu und Filipescu neben anderen unläuterer Motiven namentlich auch innerpolitische Gründe stehen. Es ist wohl kein Zufall, daß alle diese Herren alle derselben Partei angehören, nämlich der konservativ-demokratischen, welche noch während der beiden Balkankriege und des Bukarester Friedensschlusses im Bunde mit den Konservativen an der Regierung war, wie denn auch die genannten Führer damals Minister im Kabinett Majorescu waren. Nach dem Sturz des Kabinetts Majorescu veranfaltete das liberale Kabinett Bratiama Neuwahlen, bei denen die Take-Jonescu-Partei nahezu zertrümmert wurde. Nun suchten Herr Take Jonescu und sein Freund Filipescu durch ihre chauvinistische Agitation ihrem gesunkenen Ansehen wieder aufzuhelfen. Nebenbei sucht Herr Take Jonescu — ein von krankhafter Eitelkeit und ruhelosem Ehrgeiz erfüllter Politiker — auch die gegenwärtig in den Händen des Herrn Alexander Marghiloman, eines ge-

mäßigten und den Zentralmächten nicht abgeneigten Staatsmannes, liegende Führung der konservativen Partei an sich zu reißen, weshalb es zu erbitterten Preßfehden zwischen den Organen der konservativen Partei und der Take-Jonescu-Presse kam.

Als Gesamtergebnis kann man wohl feststellen, daß Rumänien vorläufig seine abwartende Haltung nicht aufgeben wird. „La Politique“, das Organ des Chefs der Konservativen Marghiloman, macht sich daher auch über den „Times“-Korrespondenten in Sofia, Mr. Bourchier, lustig, der prophezeit hatte, daß Rumänien Mitte Februar marschieren werde. Ein guter Kenner Rumäniens sagte mir: „Ob Rumänien Krieg macht oder nicht, hängt nur von Hindenburg ab!“

4./II. 1915.

Die Volksausgabe des Notbuches.

Eine Volksausgabe des Notbuches, die in verschiedenen Sprachen veröffentlicht wird, enthält eine erläuternde Einleitung, die, von dem Verhältnis zu Serbien ausgehend, in großen Zügen die Entstehung des allgemeinen Krieges und insbesondere des Zusammenstoßes mit Rußland schildert. „Im Bunde mit der Selbstsucht Großbritanniens,“ so sagt diese Darstellung, „und der Revanchebegierde der französischen Republik hat die Petersburger Regierung kein Mittel verschmäht, um der Tripelentente die Vorherrschaft in Europa zu sichern und sich selbst freie Bahn für ihre kühnsten Pläne zu schaffen. Mit skrupelloser Hand ist Rußland bestrebt gewesen, die Fäden seiner Politik zu einem Netze über dem Haupt der Monarchie zu verdichten.“

5./II. 1915.

**Verbringung österreichischer und deutscher
Schiffe aus Genua nach Spezia.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Mailand, 3. Februar.

Um Platz im Hafen zu schaffen, hat die Genueser Hafenverwaltung beschlossen, mit Einwilligung der Regierung die seit Kriegsausbruch in Genua blockierten zwölf österreichischen und deutschen Dampfer aus dem Hafen zu entfernen. Die Dampfer sollen, nachdem sie abgerüstet sind und ihre Mannschaft an Land gegangen ist, mittels Schleppschiffen längs der Küste unter Begleitung von Kriegsschiffen nach Spezia gebracht werden.

5./I. 1915.

**Die beschlagnahmten Güter von Oesterreichern
und Deutschen in Frankreich.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 5. Februar.

Aus Basel wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Dem Pariser „Journal“ zufolge beziffert sich der Wert des Eigentums der Deutschen und Oesterreicher, das allein in Paris unter Sequester gestellt wurde, auf mehr als eine Milliarde. Im Geldschrank eines Herzogs, der deutscher Untertan sei und in Paris ein Haus in der Rue Jean Goujon bewohnte, sei eine Summe von fünfundzwanzig Millionen Francs gefunden worden, die beschlagnahmt worden ist. Das „Journal“ fragt: „Was wird man aber nach dem Krieg mit all diesem Geld machen, was wird aus all diesen Firmen werden?“ Das ist das Geheimnis von morgen.“

5. 11. 1915.

Der „Reichsanzeiger“ über die Seeblockade.

(Tel. des I. L. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 4. Februar. Der „Reichsanzeiger“ schreibt im Anhang zur Erklärung der Seeblockade folgendes:

Zur Erläuterung der Bekanntmachung wird den verbündeten, neutralen und feindlichen Mächten die nachstehende Denkschrift mitgeteilt:

„Denkschrift der kaiserlich deutschen Regierung über die Gegenmaßnahmen gegen die völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands zur Unterbindung des neutralen Seehandels mit Deutschland.

Seit Beginn des Krieges führt Großbritannien gegen Deutschland den Handelskrieg in einer Weise, die allen völkerrechtlichen Grundsätzenohnspricht. Wohl hat die britische Regierung in mehreren Verordnungen die Londoner Seekriegsrechtserklärung als für ihre Seestreitkräfte maßgebend bezeichnet; in Wirklichkeit hat sie sich aber von dieser Erklärung in den wesentlichsten Punkten losgesagt, obwohl ihre eigenen Bevollmächtigten auf der Londoner Seekriegsrechtskonferenz deren Beschlüsse als geltendes Völkerrecht anerkannt haben. Die britische Regierung setzt eine Reihe von Gegenständen auf die Liste der Konterbande, die nicht oder doch nur sehr mittelbar für kriegerische Zwecke verwendbar sind, daher nach der Londoner Erklärung, wie nach den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes überhaupt nicht als Konterbande bezeichnet werden dürfen. Sie hat ferner den Unterschied zwischen absoluter und relativer Konterbande tatsächlich beseitigt, indem sie alle für Deutschland bestimmten Gegenstände relativer Konterbande ohne Rücksicht auf den Hafen, in welchem sie ausgeladen werden sollen, und ohne Rücksicht auf die feindliche oder friedliche Verwendung der Wegnahme unterwirft. Sie scheut sich sogar nicht, die Pariser Seerechtsdeklaration zu verletzen, da ihre Seestreitkräfte von neutralen Schiffen deutsches Eigentum, das nicht Konterbande war, weggenommen haben.

Ueber ihre eigenen Verordnungen zur Londoner Erklärung hinausgehend, ließ sie weiter durch ihre Seestreitkräfte zahlreiche wehrfähige Deutsche von neutralen Schiffen wegführen und hat sie zu Kriegsgefangenen gemacht. Endlich hat sie die ganze Nordsee zum Kriegsschauplatz erklärt und der neutralen Schiffahrt die Durchfahrt durch das offene Meer zwischen Schottland und Norwegen wenn nicht unmöglich gemacht, so doch auf das äußerste erschwert und gefährdet, so daß sie gewissermaßen eine Blockade neutraler Küsten und neutraler Häfen gegen alles Völkerrecht eingeführt hat. Alle diese Maßnahmen verfolgen offensichtlich den Zweck, durch die völkerrechtswidrige Lahmlegung des legitimen neutralen Handels

nicht nur die Kriegführung, sondern auch die Volkswirtschaft Deutschlands zu treffen und letzten Endes auf dem Wege der Auszehrung das ganze deutsche Volk der Vernichtung preiszugeben. Die neutralen Mächte haben sich den Maßnahmen der britischen Regierung im großen und ganzen gefügt; insbesondere haben sie es nicht erreicht, daß die von ihren Schiffen völkerrechtswidrig weggenommenen deutschen Personen und Güter von der britischen Regierung herausgegeben worden sind. Auch schlossen sie sich in gewisser Richtung sogar den mit der Freiheit der Meere unvereinbaren englischen Maßnahmen an, indem sie offenbar unter dem Druck Englands die für friedliche Zwecke bestimmte Durchfuhr nach Deutschland auch ihrerseits durch Ausfuhr- und Durchfuhrverbote verhindern.

Vergebens machte die deutsche Regierung die neutralen Mächte darauf aufmerksam, daß sie sich die Frage vorlegen müsse, ob sie an den von ihr bisher streng beobachteten Bestimmungen der Londoner Erklärung noch länger festhalten könne, wenn Großbritannien das von ihm eingeschlagene Verfahren fortsetzen und die neutralen Mächte alle diese Neutralitätsverletzungen zuungunsten Deutschlands länger hinnehmen würden. Großbritannien beruft sich für seine völkerrechtswidrigen Maßnahmen auf Lebensinteressen, die für das britische Reich auf dem Spiel stehen, und die neutralen Mächte scheinen sich mit theoretischen Protesten abzufinden, also tatsächlich Lebensinteressen von Kriegführenden als hinreichende Entschuldigung für jede Art Kriegführung gelten zu lassen. Solche Lebensinteressen muß nun

5. / II. 1915

Der „Prüfungsausschuss“ über die
Kriegsblockade

mehr auch Deutschland für sich anrufen und sieht sich daher zu seinem Bedauern zu militärischen Maßnahmen gegen England gezwungen, die das englische Verkehrsbereich vergelten sollen. Wie England das Gebiet zwischen Schottland und Norwegen als Kriegsschauplatz bezeichnete, so bezeichnet Deutschland die Gewässer rings um Großbritannien und Irland mit Einschluß des gesamten englischen Kanals als Kriegsschauplatz und wird mit allen zu Gebote stehenden Kriegsmitteln der feindlichen Schifffahrt daselbst entgegentreten.

Zu diesem Zwecke wird es vom 18. Februar 1915 jedes feindliche Rauffahrtschiff, das sich auf den Kriegsschauplatz begibt, zu zerstören suchen, ohne daß es immer möglich sein wird, die dabei Personen und Gütern drohenden Gefahren abzuwenden. Die Neutralen werden daher gewarnt, solchen Schiffen weiterhin Mannschaften, Passagiere und Waren anzuvertrauen, sodann aber werden sie aufmerksam gemacht, daß es sich auch für ihre eigenen Schiffe dringend empfiehlt, das Einlaufen in dieses Gebiet zu vermeiden. Wenn auch die deutschen Seestreitkräfte die Anweisung haben, Gewalttätigkeiten gegen neutrale Schiffe, soweit sie als solche erkennbar sind, zu unterlassen, so kann doch angesichts des von der britischen Regierung angeordneten Mißbrauches neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten

des Krieges nicht immer verhütet werden, daß auch sie einem auf feindliche Schiffe berechneten Angriff zum Opfer fallen.

Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die Schifffahrt nördlich um die Schetlandsinseln, in dem östlichen Gebiete der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste nicht gefährdet ist.

Die deutsche Regierung kündigt diese Maßnahme so rechtzeitig an, daß die feindlichen wie die neutralen Schiffe Zeit behalten, die Dispositionen wegen Anlaufens der am Kriegsschauplatz liegenden Häfen danach einzurichten. Man darf erwarten, daß die neutralen Mächte die Lebensinteressen Deutschlands nicht weniger als die Englands berücksichtigen und dazu beitragen werden, ihre Angehörigen und deren Eigentum vom Kriegsschauplatz fernzuhalten. Dies darf um so mehr erwartet werden, als den neutralen Mächten auch daran liegen muß, den gegenwärtigen verheerenden Krieg sobald als möglich beendigt zu sehen.“

5. / 10. 1915.

Eine Erklärung des Königs von Rumänien. Mitteilungen des rumänischen Staatsmannes Marghiloman.

Wien, 4. Februar.

Der rumänische Staatsmann Alexander Marghiloman äußerte sich gegenüber einem Korrespondenten des Budapester Blattes „A Nap“ über die aktuellen Tagesfragen in nachstehender Weise:

„In dem gegenwärtigen Augenblicke kann niemand sagen, ob wir bis zum Schlusse in unserer bisherigen Neutralität werden verharren können. Was die Lage auf dem Schlachtfelde anbelangt, so wäre es voreilig, bezüglich des endgültigen Sieges Schlüsse zu ziehen. Eine einzige Sache ist sicher: daß die verbündeten deutsch-österreichisch-ungarischen Armeen in diesem blutigen Kriege eine riesenhafte Ueberlegenheit bewiesen haben. Ich ergreife diese Gelegenheit, um meine besondere Bewunderung der mächtigen deutschen Nation auszudrücken.“

Der Aktion der „Nationalen Liga“ ist keine allzu große Bedeutung beizumessen. Die Frage der Neutralität Rumäniens wird bei uns von klugen Staatsmännern behandelt. König Ferdinand, der mich kürzlich nach einer Audienz zur Tafel behielt, sagte mir im Gespräche bei Tisch, er lasse sich bezüglich der Frage der Neutralität des Landes auf keinerlei Art von nichtverantwortlichen Faktoren beeinflussen. König Ferdinand hat nur die Interessen Rumäniens im Auge und tut, was die Interessen des Landes verlangen. Genau so denkt auch der gegenwärtige Chef der rumänischen Regierung, Herr Bratianu, der mit großer Klugheit in der schwierigen Situation vorgeht.

Die im Ministerium des Aeußern in Wien vollzogene Aenderung in der Leitung der äußeren Politik Oesterreich-Ungarns hat in den hiesigen politischen Kreisen keine Erregung hervorgerufen. Wir kennen Baron Burian, der seinerzeit österreichisch-ungarischer Generalkonsul in Bukarest war. Meiner Ansicht nach ist der neue Minister des Aeußern ein Diplomat mit vieler Vorbereitung.“

Herr Marghiloman versicherte, daß die Beziehungen Rumäniens zu den Balkanstaaten befriedigende sind, aber, so hob Herr Marghiloman mit Nachdruck hervor, wir müssen mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Er-

eignisse nach allen Richtungen hin verfolgen. Was unsere Beziehungen zu Bulgarien betrifft, sind dieselben vollständig ungetrübt.

6./II. 1915.

Eine Schmähschrift der Akademie der Wissenschaften von Portugal gegen Deutschland.

Es wurde schon öfters berichtet, mit welcher offener Feindseligkeit die Südamerikaner, besonders die Brasilianer, während des Krieges gegen die Deutschen auftraten. Eine solche Stimmung wird begreiflich, wenn man portugiesische Zeitungen liest, die den französischen und englischen an Leidenschaftlichkeit und Zügen nicht nachstehen. Man hat, wie jetzt mit Sicherheit bekannt wird, auch die junge "Academia de Sciencias de Portugal", deren Gründer und erster Präsident der portugiesische Republik auch einen hohen amtlichen Rang besaß, gegen Deutschland Stellung genommen. In einer am 23. Oktober ausgegebenen Schmähschrift, die wegen ihres unendlich rohen und würdelosen Tones für die Bildung der Mitglieder dieser Akademie kennzeichnend ist, wendet sich diese "gelehrte Gesellschaft" an die "Kulturwelt", um in folgender Weise gegen die bekannte Kundgebung deutscher Gelehrter und Künstler zu protestieren. Wir geben das Schriftstück in deutscher Sprache wieder, um zu zeigen, wie weit die portugiesische Akademie in dem Meberzeugen, daß es ihr Mühe gekostet hat, diesen Schriftstück "das Gewand unserer barbarischen Sprache anzulegen".

Am die Akademien und Universitäten der gesitteten Völker, in Bezug auf die Kundgebung der deutschen Geistesmänner, die Portugiesische Akademie der Wissenschaften. Lissabon 1914.

Die Akademie der Wissenschaften von Portugal. Lissabon 1914. Geschätzte Mitbrüder! In der Verachtung der portugiesischen wissenschaftlichen, künstlerischen, gewerblichen und kaufmännischen Sörperschaften gegen die teutonischen Bestürzungen haben wir festgestellt, daß die Ursache dieser Verbrechen der Massenwahnsinn war, genährt durch die erbliche Belastung und durch die ererbte Umwelt. Doch nachdem die deutschen Geistesmänner diese selben Bestürzungen in jenem bejammernswerten Schriftstück, das sie allenthalben hinprubelsten, durch die verwegene und gräßliche Schwindellei au höchstfertigen versucht haben, taucht unterstellt eine andere Ursache der geistlichen Erbärmlichkeit auf: es ist die Intelligenzlosigkeit der besagten Geistesmänner. Ein Gelehrter und ein Künstler verbienen nur dann diese Bezeichnung, wenn bei ihnen die Regisipaffenheit und die Liebe zur Gerechtigkeit die Schöpferkraft vergebend, weil die Wissenschaft und die Kunst nur dann in Größe erglängen,

wenn sie sich durch die Ehre begeistern lassen und das Glück der Gerechtigkeit zum Ziele setzen. Mit dem Rauber eines Namens irgendwelche Schändlichkeit deckt, heißt diesen Namen in einen sinkenden Leben verwandeln, heißt in den Schuld unzähligen die ehrende Bedeutung einer Arbeit stellen, welche als schändlich vorangereicht war und es sein mußte. Von nun an gibt es keine akademischen Galmen mehr, noch Strafen des Rufmors; es gibt Jahrmarktsflittergold, es gibt messingene Seiligenscheine.

Neue Personen verzichteten darauf, die leuchtenden Apostel der Wahrheit und des Gefühles zu sein, weil sie sich von dem schlimmsten Ausmaß der Freuden liehen, nämlich dem: bewußterweise der Gänge und der Ungerechtigkeit zu dienen, vollständig verwachsen mit der grausamen und tödlichen Pflanze der militärischen Euche.

Jetzt bleibt den Akademien und Universitäten der ganzen Welt nichts übrig, als die Verührung mit allen wissenschaftlichen und künstlerischen Sörperschaften Deutschlands zu meiden, weil sie alle schon vollständig von der Fäulnis angetrieben sind, die, eierregend, aus dem besagten Schriftstück hervoreitet.

Dieses ist der Wunsch, den auch die Portugiesische Akademie der Wissenschaften ausdrückt, im Vertrauen auf Eure Liebe zur Gerechtigkeit und zur sittlichen Gerechtigkeit. Lissabon, 23. Oktober 1914.

Der erste Präsident: Leopoldo Braga. Von dieser Kundgebung der akademischen Portugiesen gegen Deutschland war Anatole France so begeistert, daß er dem Herrn Präsidenten Braga seine besondere Verehrung ausdrücken zu müssen glaubte: "Sie haben ganz trefflich den germanischen Wahnsinn charakterisiert... und diese verberbten Intelligenzen (d. h. die deutschen Gelehrten und Künstler), die nur dem Trug und dem Unrecht dienen, gedrandmarkt. Ich entbiete Ihnen und Ihren Kollegen meinen herzlichsten Gruß." Gleich nach dem Bekanntwerden dieser portugiesischen Schmähschrift antwortete Hugo Schuchardt in Graz, einer der größten Sprachforscher unserer Zeit und nicht zufällig auch korrespondierendes Mitglied der anderen, viel älteren portugiesischen "Academia das Sciencias de Lisboa" mit einem Flugblatt "An die Portugiesen" als deutschem Neujahrsgruß von 1915, dessen vornehmer Geist wohlstand von dem schimpfenden portugiesischen Phrasenschnalle absticht. Dieser Neujahrsgruß lautet:

Sie sind die Weltmeister aus dem Siegeslauf; Ihr schließt den Christen ungeahnte Zonen So auf der Erde wie am Himmel auf; Ihr brachtet Sklaven, Gold, Gewürz und Kronen Von den Gestaden Indiens auf; Ein unermeßlich Reich schien Euch gelohnt Und seine Unter steht im Meer verrent.

Nun weht, wo glorreich Eure Flagge wehte, Die Englands; und das Schiff im Königreich, Das Visibon zum Wappenschild erhobte, In Englands Schlepptau schwimmt es traurig heut. Aus Englands Gold bezieht die Kriegstrompete, Mit deren heiliger Klang Ihr uns bedraut. Warum schickt Ihr nicht gleich mit gutem Mei? Wogu die giftig hohe Redner?

Ihr kennt uns nicht; Ihr wißt nicht, was uns leuer. So blüht auf jenes Schiff, vom Schaum umsprüht; Es stehen Seiden dort am Todesstener Und weihn dem Vaterland ihr letztes Lied. Und wenn ein einziger Junie noch vom Feuer Der Gotta und Almeida in Euch glüht, Wenn Ihr noch abnet, was Ihr einmala wart, Dann lernt aus deutschem Sterben deutsche Art.

6. II. 1915

Der gewesene Ministerpräsident Carp über Rumänien, Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

(Brief aus Bukarest.)

Unser Bukarester Vertreter schreibt uns:

In einer längeren Unterhaltung, die ich dieser Tage mit dem gewesenen Ministerpräsidenten Peter Carp, einer der bedeutendsten Persönlichkeiten Rumäniens hatte, entwickelte dieser mir seine Ansichten über Rumäniens Stellung zu den Zentralmächten. Er bekannte sich, um das Wesentliche kurz vorweg zu nehmen, als einen überzeugten Anhänger der Bündnispolitik Rumäniens mit den zwei Kaisermächten.

Ich hatte bemerkt, daß ich einen wenig günstigen Eindruck von der Stimmung der öffentlichen Meinung in Rumänien erhalten habe und darin die Gefahr einer Möglichkeit erblicke, daß Rumänien gegen die beiden Kaisermächte Partei ergreifen könne.

Exzellenz Carp erwiderte, daß diese Bewegung in der öffentlichen Meinung nur ein Blättern auf der Oberfläche sei, aber nicht in die Tiefe gehe. Das rumänische Volkstemperament habe etwas von der Natur des Strohfeuers, das rasch auffladert, aber ebenso rasch wieder verflimme. Dieses sei auch der Fall mit der momentanen, gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gerichteten Stimmung eines Teiles der öffentlichen Meinung, die übrigens künstlich hervorgerufen sei und geschürt werde. Das sei aber kein Grund, die Lage pessimistisch zu beurteilen. In der großen Mehrheit des rumänischen Volkes herrsche durchaus keine Feindschaft gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Im Gegenteil, der Handelsstand und die wirtschaftlichen Kreise in Rumänien seien zum größten Teile deutschfreundlich und von der Notwendigkeit überzeugt, mit den beiden Kaisermächten die besten Beziehungen zu unterhalten. Auch die Armee sei, abgesehen vielleicht von einigen älteren Offizieren, welche noch aus der französischen Schule stammen, durchaus nicht antideutsch gestimmt und von Hochachtung für die deutsche Armee erfüllt, in der viele rumänische Offiziere ihre Ausbildung erhalten haben. Gegen die beiden Kaisermächte agitieren nur gewisse Politikaster, welche dadurch in erster Reihe ihre eigenen Interessen zu fördern trachten, Leute, die sich besser auf die Reklame für ihre Person, als auf das wirkliche Interesse des Landes verstehen.

Ich warf hier den Namen Take Jonescu ein.

Carp erwiderte, Take Jonescu sei eine Persönlichkeit, welche in amerikanischem Reklamestil nach Barnumart sich aufzuspielen liebe. Es sei ausgeschlossen, daß man in Take Jonescu den „kommenden Mann“ Rumäniens zu erblicken habe. Seine Partei, die konservativ-demokratische, sei total zerfallen und, abgesehen von einigen Politikern, die noch zu ihm halten, und von einer Handvoll junger Leute, die für ihn die Reklametrommel rühren, verfüge Take Jonescu über keinerlei Anhang im Lande. Ueberhaupt sei Take Jonescu nichts weniger als ein konsequenter Staatsmann. Er sei vielmehr der Typus der politischen Wandelbarkeit. Für den Augenblick habe Take Jonescu seinen ganzen Einsatz auf die Karte des Dreiverbands gesetzt. In dem Moment aber, in welchem er erkennen würde, daß die Aussichten des Dreiverbands nicht die sichersten seien, würde er keinen Augenblick zögern, wieder umzuschwenken, und dann würden seine Anhänger mit derselben Lungentrast, mit der sie jetzt das Geschrei „Nach Siebenbürgen“ erheben, das Feldgeschrei „Nach Kiew!“ ausstoßen.

Auf die Frage, was Exzellenz Carp von den sogenannten rumänischen „Missionen“ denke, die jetzt bald unter der Führung eines Herrn Istrati, bald unter der eines Herrn Diamandi im Ausland für den Eintritt Rumäniens in den Krieg agitieren, erwiderte Carp mit geringschätzigem Gebärde: Das sind Leute, die hierzulande niemand ernst nimmt, und die tatsächlich nichts zu bedeuten haben. Daß man in Paris sich von diesen Herren das vorreden läßt, was man gern hören möchte, ist begreiflich. Die italienische Regierung aber besitzt zweifellos ein viel zu wichtiges Urteil, um auf das Geschwätz von Leuten zu hören, die hier von allen maßgebenden Stellen längst abgeputzt sind.

Ich machte die Bemerkung, es scheine, daß Rumänien eine abwartende Haltung einnehme, um je nach dem Ausfalle der Entscheidung auf dem Kriegsschauplatz seine Aktion einzurichten.

Exzellenz Carp erwiderte mit Lebhaftigkeit: Für mich ist diese Entscheidung schon gefallen. Es zeigt sich, daß die Russen schon nicht mehr recht können und im Westen Franzosen und Engländer trotz aller Anstrengungen nicht imstande sind, die Mauer der deutschen Armeen zu durchbrechen und sie von dem Boden Frankreichs und Belgiens zu vertreiben. Eine Zeitlang wird der Kampf vielleicht noch den Eindruck zweier Ringer machen, von denen

keiner den anderen werfen kann. Aber plötzlich stürzt der eine zu Boden, da er am Ende seiner Kräfte angelangt ist. Für mich steht es außer Frage, daß die beiden Kaisermächte aus diesem Kampfe siegreich hervorgehen werden.“

„Und welches ist die Ansicht Eurer Exzellenz über die Haltung, welche Rumänien einzunehmen hätte?“

„Ich,“ erwiderte der rumänische Staatsmann, „der ich auf ein politisches Leben von fast einem halben Jahrhundert zurückblicke, das ich im Dienste meines Landes verbracht habe, bin zu der unerschütterlichen Ueberzeugung gelangt, daß meinem Vaterlande eine wirkliche Gefahr nur von einer Seite droht, die ich nicht näher zu bezeichnen brauche, die aber dieselbe ist, mit der im Bunde heute gewisse Leute hier die Zukunftsfrage Rumäniens lösen wollen. Seit zwanzig Jahren habe ich für das engste Zusammengehen Rumäniens mit den beiden zentralen Kaisermächten gewirkt und gekämpft, nicht wegen der schönen Augen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, sondern weil ich der festen Ueberzeugung war und noch bin, daß die Gefahr, die meinem Vaterlande von jener anderen Seite droht, nur im engsten Bunde mit den beiden Kaisermächten abgewehrt werden kann. Diese Ueberzeugung, welche ich mein ganzes Leben hindurch versochen habe, werde ich auch in meinen alten Tagen nicht verleugnen. Leider hat man an unseren leitenden Stellen bei Beginn des Weltkrieges Fehler begangen und nicht die Entschlußkraft gefunden, sich sofort auf die Seite der Kaisermächte zu stellen. Diese Ansicht habe ich vertreten, auch als ich noch ganz allein damit stand. Heute aber teilen schon viele meine Ansicht, und von Tag zu Tag mehrt sich ihre Zahl.“

Ich warf hier die Bemerkung ein, daß Exzellenz Carp kürzlich vom Könige in langer Audienz empfangen worden sei, und daß man in politischen Kreisen diesem Empfang große Bedeutung beimesse. Exzellenz Carp erwiderte: „Mein Empfang beim König hat nicht die Bedeutung, die man ihm zuschreibt. Seine Majestät kennt meine Ansichten, und neue Gesichtspunkte lassen sich nicht improvisieren, wenn man politisch ernst sein will. Von Wichtigkeit wäre nur, zu wissen, ob die Tat dem Gedanken folgt, und in dieser Beziehung hoffe ich, daß die Zeit kommen werde, wo Rumänien seinen Platz an der Seite der beiden Kaisermächte einnehmen werde. An dem, was ich dazu beitragen kann, wird es gewiß nicht fehlen.“

G.

6./II. 1915

Die Lebensmittelversorgung Europas durch die Vereinigten Staaten.

London, 5. Februar.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington vom 4. Februar:

Präsident Wilson behandelte in einer Rede vor den Handelskammern der Vereinigten Staaten ausführlich die Frage einer Aenderung des Antitrustgesetzes, wodurch es den Exporteuren erlaubt wäre, sich für Zwecke des Exports zur Errichtung gemeinsamer Vertretungen im Auslande zu vereinigen. Diese Idee war von den führenden Geschäftsleuten als notwendiger Schritt befürwortet worden, um den Handel zu fördern. Die Ausführungen des Präsidenten wurden mit Begeisterung aufgenommen.

Präsident Wilson führte weiter aus, es werde bald ein Mangel an Nahrungsmitteln in der Welt herrschen. Es sei die Pflicht Amerikas, die Welt mit Nahrungsmitteln zu versehen. Daher sei es notwendig, daß Amerika seine Anbaufläche vermehre und den Ernteertrag per Acre steigere. Kein Pflug, kein Spaten dürfe ruhen.

Ein Protest der Amerikaner an den Präsidenten.

Gegen die Lieferungen von Kriegsmaterial.

Zürich, 5. Februar. (Privattelegramm.) Die schweizerische Presse bringt einen Protest zum Abdruck, den ein in Europa aus Amerikanern zusammengesetztes Zentralkomitee (American Protest Committee) dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unterbreitet und der an 7000 Personen, Gesellschaften und Zeitungen versendet worden ist.

Das historische Dokument lautet: „Protest der in Europa ansässigen amerikanischen Bürger gegen Lieferungen von Kriegsmaterial aus Amerika nach Europa während des gegenwärtigen Krieges. Wir Bürger der Vereinigten Staaten von Nordamerika richten diesen Aufruf im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, im Namen der Neutralität und des zukünftigen Friedens an unser Volk, an die gesetzgebenden Körperschaften und an die Regierung unsres Landes, auf daß die Ausfuhr jedweder Waffe und jedes Lozes Pulver aus unsrer Heimat verhindert werde, die bestimmt sind, dem Menschenmorde in Europa zu dienen. Wir erkennen zwar die Tatsache an, daß ein solcher Export seitens privater Firmen nach dem Buchstaben des Gesetzes zulässig ist, wissen aber dessenungeachtet, daß unsre Exekutive und Gesetzgebung einer solchen Ausfuhr Einhalt gebieten können, wenn sie entschlossen die Bahn strenger Neutralität betreten, einer Neutralität, die durchdrungen ist vom Geiste der Rechtschaffenheit und sich stützt auf die öffentliche Meinung. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat die Gewährung eines Kriegsdarlehens an Frankreich verhindert, und hiedurch hat unser Land sich

selbst vorgeschrieben, was recht und billig ist. Diese selbstgeschaffene Norm verpflichtet uns vor dem Gesetze und vor dem Urteil der ganzen Welt, die Neutralität einzuhalten, die rechtlich wie moralisch unanfechtbar ist. Wie in der Geschichte der Völker sind Aufträge von so riesenhaftem Umfange von irgend einem Lande übernommen worden, wie die, welche Amerika zurzeit anfertigt, um die Fortführung des europäischen Krieges zu ermöglichen.

Ist Ihnen diese Tatsache bekannt? Wo bleiben unsre Friedensgesellschaften? Wo bleiben unsre Frauenorganisationen? Wo bleiben unsre Kirchengemeinden? Gleichviel, wenn wir Amerikaner als Individuen oder als Nation unsre politische Zuneigung entgegenbringen! Bisher ist es Tatsache gewesen, daß wir als Nation an erster und führender Stelle die Friedensbewegungen der Welt gefördert haben. Sind wir gewillt, auf unsern Vorrang als Friedensstifter zu verzichten? Die internationalen Geschäftsverbindungen zwischen unserm Vaterland und Europa sind ausgedehnte und freundschaftliche gewesen. Wir protestieren gegen ihre Vernichtung zugunsten einiger weniger. Sollen wir um vorübergehenden Geschäftsprofits willen den unauslöschlichen Haß künftiger Geschlechter auf uns laden? Menschenalter werden den Makel, mit dem wir uns beslecken, nicht zu tilgen vermögen. Auf den grauenvollen Schlachtfeldern sterben Menschen für ihre Ideale, und wir sollten nicht wirken und Opfer bringen können für unser Ideal, für den guten Namen Amerikas? Gewehre, Kanonen, Patronen, Dynamit und Bomben gehen aus unsern

Fabriken, nicht nur nach England, Frankreich und Rußland, sondern auch nach Japan! Wir unterstützen dadurch nicht nur die Rüstungen der Europäer gegeneinander, wir geben damit auch fremden Völkern Kampfmittel gegen uns selbst in die Hand. Geschieht das im Einverständnis mit der gesamten amerikanischen Nation? Man mache sich ein Bild von katastrophalen Folgen, die es in einem zukünftigen, unserm Land aufgezwungenen Krieg haben könnte, wenn irgendein neutrales Land Europas sich auf einen Neutralitätsstandpunkt stellte, wie wir ihn heute einnehmen. Will die amerikanische Nation die Sicherheit ihrer Bürger für alle Zukunft preisgeben? Wir protestieren gegen diese Vernichtung von Amerikas Integrität, Amerikas Geschäftsinteressen, Amerikas Sicherheit, die sich aus dieser einseitigen Neutralität ergeben muß. Wir protestieren nicht nur im Interesse Amerikas, sondern vor allem im Namen der Menschlichkeit dagegen, daß durch unser Land die Dauer dieses abhässlichen Krieges verlängert wird. Amerikas unbegrenzter Vorrat an todbringenden Werkzeugen wird eine unabsehbare Hinausdehnung dieses Menschenmordens bewirken. Wenn sich die Wetterwolken des Krieges verzogen haben, wird unser eigenes Land mit dem Blute unsrer europäischen Brüder besudelt sein. Unire auf militärischem Gebiete de facto bestehende Teilnahme an diesem Krieg wird Europa zwingen, den letzten Mann einzusetzen. Wir protestieren im Namen der Verwandtschaft und Ehre aller Völker, wir protestieren im Namen der Leidenden Frauen, wir protestieren im Namen der Hilflosen Kinder, wir protestieren im Namen aller Lebenden Wesen gegen die Mitschuld unsres Landes an dieser Menschenmorderei.

Es ist unser Glaube, daß unser Volk nicht gewillt ist, dem Vermächtnis der Rechtschaffenheit zu entsagen, das ihm von seinen Vätern überkommen ist. Es ist unser Glaube, daß unser Volk den Willen hegt, sein politisches Ansehen als Verklämpfer des Friedens zu wahren, es ist unser Glaube, daß jetzt oder nie die Zeit zum Handeln gekommen ist. In diesem Glauben richten wir unsern Protest und den Appell an jeden Amerikaner, der sein Vaterland liebt und dem das Wohl der Welt am Herzen liegt.

Unterzeichnet von den in Europa ansässigen Amerikanern, deren Unterschriften an

die Bundesbehörde in Washington
gesendet werden.

Z./II. 1915.

Eine Zusicherung an die amerikanische Regierung.

R. Berlin, 6. Februar. Das Wolffsche Bureau meldet: Die Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 23. Jänner bezweckt nicht die Beschlagnahme der Getreidevorräte zugunsten des Staates, insbesondere der deutschen Streitkräfte, sondern lediglich eine richtige Verteilung für den Privatverbrauch, ist also eine Maßnahme zum Schutze des kleinen Mannes gegen gewinnstüchtige Spekulationen.

§ 45 der Verordnung lautet: „Die Vorschriften der Verordnung beziehen sich nicht auf Getreide und Mehl, die nach dem 31. Jänner aus dem Auslande eingeführt werden.“ Darnach ist die staatliche Ueberwachung des Getreidehandels auf das inländische Getreide beschränkt, während das ausländische Getreide nach wie vor dem freien Verkehre überlassen bleibt. Ein Zusatz, wonach ausländisches Getreide nur an Kommunalverbände oder bestimmte Gesellschaften verkauft werden durfte, ist vom Bundesrat wieder aufgehoben worden, denn wenn auch diese Stellen lediglich dazu bestimmt waren, das ausländische Getreide dem deutschen Privatverbrauch zuzuführen, so soll doch für die neutralen Mächte kein Zweifel darüber bestehen, daß aus ihren Ländern nach Deutschland ausgeführtes Getreide unter keinen Umständen für den Gebrauch der deutschen Streitmacht oder deutscher Verwaltungsstellen bestimmt ist, daß es also nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht als sogenannte relative Konterbande angesehen werden kann.

Demgemäß ist von deutscher Seite der amerikanischen Regierung gegenüber die formelle Zusicherung abgegeben worden, daß die aus den Vereinigten Staaten unmittelbar oder mittelbar nach Deutschland eingeführten Lebensmittel in keiner Weise für den Gebrauch der deutschen Streitmacht oder deutscher Verwaltungsstellen verwendet, sondern der deutschen Volkswirtschaft im freien Verkehre unter Ausschluß von Regierungslieferanten überlassen werden sollen. Die deutsche Regierung erklärt sich auch bereit, den Vertrieb dieser Lebensmittel während der Dauer des Krieges amerikanischen Organisationen zu überlassen.

7. II. 1915.

Kriegskalender.

27. Jänner: Die Russen werden aus ihren Stellungen beiderseits des Uzoker Passes geworfen, der nach dreitägigen schweren Kämpfen wieder in unsern Besitz kommt. — In Oesterreich-Ungarn werden die in den Jahren 1895 und 1896 Geborenen zur Musterung einberufen. — Die Franzosen erleiden auf den Höhen von Craonne eine Niederlage und verlieren 865 Gefangene und 8 Maschinengewehre. — Ein Zeppelin wirft auf Libau Bomben ab. — Das gesamte portugiesische Kabinett dankt ab; Militärdiktatur in Portugal. — Die „Karlsruhe“ erbeutet die englischen Schiffe „Hemisphäre“ und „Engelhorn“, ferner den englischen Kohlendampfer „Harn“. — Fremde Fischerfahrzeuge dürfen die englischen Häfen nicht anlaufen.

28. Jänner: Im Nagh-Ag-Tale müssen die bis nördlich von Delörmezö eingedrungenen Russen ihre letzten Stellungen aufgeben und verlieren hierbei 700 Gefangene und fünf Maschinengewehre. — Auf den Craonne-Höhen werden den Franzosen weitere 500 Meter Schützengräben entzogen. In den Kämpfen vom 25.—27. Jänner verloren hier die Franzosen 1500 Tote und 1100 Gefangene. — Nördlich von Nieuport erleiden die Franzosen schwere Verluste. Mehr als 300 Marokkaner und Algerier fallen. — Generaloberst v. Bülow, der Kommandant der zweiten deutschen Armee, wird zum Generalfeldmarschall, General Freiherr v. Freytag zum Generalquartiermeister ernannt. — General Pau reist in das russische Hauptquartier. — Der Generalzahlmeister der französischen Armee, Desclaud, wird wegen großer Unterschlagungen verhaftet. — Japan weist Chinas Forderung nach Abberufung der japanischen Truppen aus Schantung zurück. — Die türkischen Truppen im Kaukasus rücken gegen Oltu vor, verjagen die Russen und erbeuten namhaftes Kriegsmaterial.

29. Jänner: Zurückweisung russischer Angriffe westlich des Uzokerpasses. — Im westlichen Teil der Argonnen nehmen die Deutschen 700 Franzosen gefangen und erbeuten 12 Maschinengewehre und 10 Geschütze; die Franzosen haben über 1500 Tote. — Versuche der Engländer, die Stellungen südlich des La Bassée-Kanals wieder zu gewinnen, werden abgewiesen. — Von den 7 englischen Flugzeugen, die Ostende und Zeebrügge beschossen sind 3 nicht zurückgekehrt. — Westlich von Lowitz erringen die Deutschen Erfolge. — Vorpostengefächte bei Kantara am Suezkanal. — Ein deutsches Parzeval-Luftschiff stürzt bei Libau ins Meer. — Die Bürgermeister von Wien und Budapest reisen zur Befestigung der hauptstädtischen Hausregimenter nach dem nördlichen Kriegsschauplatz. — Die englischen Dampfer „Potara“, „Glenmorven“ und „Therese Heymann“ sinken. — Der Suezkanal wird gesperrt.

30. Jänner: Alle Karpathenpässe sind wieder in unserm Besitz; in den Karpathenkämpfen der letzten Woche wurden 10.000 Russen gefangen und 6 Maschinengewehre erbeutet. — Den Deutschen gelingt ein Durchbruch in den westlichen Argonnen, schwere Verluste der Franzosen. — Russische Angriffe bei Borzhomow und Lowitz werden von den Deutschen äußerst blutig zurückgeschlagen. — Die deutschen Schützengräben sind nahe am Fortsgürtel von Warschau. — Protestnote unserer Regierung in Angelegenheit der rumänischen Legionen. — Die Griechen setzen den Leuchtturm von Dulato außer Betrieb. — Das deutsche Unterseeboot „U 21“ versenkt an der englischen Westküste die englischen Dampfer „Linda Blanche“, „Ben Cruchan“ und „Talumara“.

— Das französische Torpedoboot „219“ sinkt bei Nieuport. — Mehrere „Tauben“ werfen über Dailleul Bomben ab.

31. Jänner: Unsere Artillerie erringt am Dumajec und der Nida Erfolge. — Die Deutschen weisen russische Angriffe bei Lowitz und Borzhomoco zurück. — Französische Flieger werfen über der offenen Stadt Reichsweiler i. G. Bomben ab. — Ein französischer und englischer Flieger werden am Suezkanal von ihren Landsteuten erschossen. — Sämtliche Landsturmpflichtige sind aus Riga geflohen. — Gefechte im Suezkanal, Verluste der Indes

7. II. 1915

Kriegskalender.

28. Januar: Die Deutschen Fide und Grundler werden in Casablanca wegen angeblicher Unruhestiftung und Spionage hingerichtet.

30. Januar: Nach Kämpfen von einwöchiger Dauer, in denen 10.000 Russen gefangenengenommen wurden, wurden in den Karpaten von unseren Truppen die Passhöhen wiedererobert. — Deutsche Unterseeboote bohren in der Frischen See und im Kanal sechs englische Handelschiffe in den Grund. — Bei Newport wurde das französische Torpedoboot „210“ in den Grund gebohrt. — Die türkische Kammer bewilligt außerordentliche Militärfedite in der Höhe von 230 Millionen Kronen.

1. Februar: In Paris treffen der russische Finanzminister und der englische Schatzkanzler zu einer Konferenz mit dem französischen Finanzminister ein. — In Rußland werden Offizierschulen zur Beschleunigung der Auszubildung von Offizieren eröffnet. — In England nimmt die Teuerung der Lebensmittel zu. — Der Dampfer „Dacia“ geht von Galveston nach Rotterdam in See.

2. Februar: Die deutsche Admiralität kündigt an, daß Deutschland gegen die Verschiffung von englischen Truppen und Kriegsbedarf nach Frankreich mit allen zu Gebote stehenden Kriegsmitteln vorgehen werde und warnt die friedliche Schifffahrt vor der Annäherung an die französische Nord- und Westküste.

3. Februar: Erscheinen des österreichisch-ungarischen Notbuches. — Heftige Angriffe der Russen in den Ostbeskiden werden zurückgewiesen. — Die englische Admiralität weist in einem Geheimbefehl die englischen Handelschiffe an, im englischen und irischen Kanal neutrale Flaggen zu hissen. — Deutsche Flugzeuge werfen über Nancy und Lunéville Bomben ab. — Nordwestlich von Saint-Menehould setzen sich die Deutschen in der französischen Hauptstellung in einer Breite von zwei Kilometer fest und nehmen mehr als 600 Mann gefangen. — Die französische Kammer beschließt die Einführung eines Kriegskreuzes für sich auszeichnende Soldaten. — Im englischen Unterhaus interpelliert ein Abgeordneter der Arbeiterpartei über die Steigerung der Lebensmittelpreise, die bereits an Hungersnotpreise grenzen. — Zusammenstoß der englischen

Truppen am Suezkanal mit den Türken bei Ismailia. — In den Vereinigten Staaten wird von Deutschamerikanern die Gründung einer amerikanischen Neutralitätsliga beschlossen, die die Aufgabe hat, die wirkliche Neutralität Amerikas wiederherzustellen.

4. Februar: Der deutsche Admiralstab erklärt die Gewässer um Großbritannien und Irland einschließlich des Kanals als Kriegsgebiet, in dem ab 18. d. jedes feindliche Handelschiff zerstört werden wird, und macht darauf aufmerksam, daß infolge des englischen Geheimbefehls neutrale Schiffe derselben Gefahr laufen. — Der Zar begibt sich an die Front. — Kapitänleutnant Mücke mit dem Landungskorps der „Emden“ trifft in der Nähe von Socobida ein und wird von den türkischen Truppen begeistert empfangen. — Der Burenkommandant Kemp und ein Teil der Streitkräfte des Burenführers Maris ergeben sich. — Im spanischen Senat erklärt Ministerpräsident Dato, daß die Regierung strenge Neutralität bewahre und zu allen Kriegführenden herzliche Beziehungen unterhalte. — Kanada baut vierzig Unterseeboote für England, von denen zehn vor dem Herbst abgeliefert werden sollen. — In China herrscht große Erregung wegen der Forderungen Japans, das Konzessionen in der Mandschurei, Mongolei und in Schantung verlangt.

5. Februar: Kaiser Franz Josef erläßt ein Handschreiben, in dem er der Bevölkerung für ihre opferfreudige Haltung seit Kriegsausbruch Dank und Anerkennung ausspricht. — Unsere Truppen in der Bukowina dringen in das Moldawatal ein und werfen den Feind zurück. — Die Zahl der östlich von Bolimow von den Deutschen seit 1. d. gemachten russischen Gefangenen beträgt ungefähr 6000. — Ein Armeebefehl des russischen Höchstkommmandierenden macht auf den unverhältnismäßig großen Verlust von Geschützen und Maschinengewehren aufmerksam. — Der Vorschlag für den englischen Seeresetat steht eine Kriegsmacht von drei Millionen Mann vor. — Starke Senusstruppen besetzen die Dase Sinwah. Die englisch-ägyptischen Polizeitruppen machen mit ihnen gemeinsame Sache.

6. Februar: Kaiser Wilhelm begibt sich auf den östlichen Kriegsschauplatz. — Seit 1. d. befinden sich in Marokko 4000 deutsche Kriegsgefangene.

7./II. 1915

Vergebliche Giftmischerei.

G Wien, 2. Februar.

Die Siegeszuversicht der Tripelentente muß doch auf sehr schwachen Füßen stehen, sonst wären die krampfhaftesten Versuche unverstänlich, einen Keil zwischen die verbündeten Zentralmächte zu treiben und Italien zum Anschluß an die Entente zu bewegen. Es wird da an — allerdings vergeblicher — Brunnenvergiftung ganz hübsches geübt; aber da man das Rezept kennt und zudem aus verdächtigen Brunnen nicht trinkt, kann man sich ganz unbesorgen über rein artistischen Würdigung der gegnerischen Chemie hingeben. Es ist ein ganz interessantes Verfahren. In die auch sonst etwas getrübe Flut der italienischen Volksempfindungen wurde zunächst eine Substanz gemischt, die viel Hitze erzeugt: das Verlangen nach den „unerkönnen“ Gebieten in Tirol, Istrien und Dalmatien wird mit billigen Versprechungen gestachelt. Da aber die Gefahr besteht, daß bei längerem Stehen dieser Zusatz sich, wie schon öfters, niederzuschlagen und die Flut ausfählen könnte, wurde versucht, von außen ein neues Ferment einzurühren. Die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns soll durch die ganz offen besprochenen Zumutungen einer Gebietsabtretung gereizt und zu beseidigenden Gegenäußerungen verleitet werden. Die Oesterreicher im Bewußtsein ihrer Kraft und im kindlichen Vertrauen auf den Bundesgenossen tun aber nichts dergleichen und so muß denn ein neues stärkeres Mittel versucht werden. Es ist aus langer Erfahrung bekannt, daß Deutschland in der etwas kühlen Vernunftstunde zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien stets der uneigennützigste Freund war, der zwischen beiden Teilen vermittelte und Bestimmungen nicht aufkommen ließ. Konnte man diesen Freund nicht ein wenig verdächtigen und so seinen Rat unwirksam machen? Konnte man nicht das Vertrauen zu ihm vergiften und damit die Zuversicht zerstören, in der die kaltsblütige Ruhe Oesterreichs gegenüber allen Heberversuchen wurzelt? Für die sattsam bekannten Verleumdungsvirtuosen im gegnerischen Lager ist das kein Kunststück, das sie sich nicht zutruuen dürften, und eine Gelegenheit bot sich bald. Italien besetzte zum Schutze seiner albanischen Interessen die Stadt Valona, die es früher auf Grund der Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn nicht betreten durfte, und in Rom wurde der erkrankte Volkshäfter v. Plotow durch den Fürsten Bülow abgelöst. Was einfacher, als einen Zusammenhang zwischen beiden Fakten herzustellen? Das geschah denn auch sogleich. Am 18. Januar schrieb die „Kowoje Wremja“ an leitender Stelle:

Das Interessanteste an der Besetzung Valonas durch Italien besteht darin, daß sie sehr bald nach dem Erscheinen des neuen deutschen Votschafters Fürsten Bülow in Rom erfolgte, der an die Stelle des früheren, nach des deutschen Kaisers Meinung unbequemen Votschafters von Plotow getreten ist. Herr von Plotow erschien seinem Souverän besonders deshalb unbequem, weil er mit einer Russin verheiratet ist und sich darum nicht als die Verkörperung des jetzt geforderten „Russenhasses“ erweisen konnte. Fürst Bülow hat eine Italienerin zur Frau und konnte, an die Stelle des Herrn von Plotow getreten, seinen Einfluß sogleich nicht nur auf diplomatischem, sondern auch auf gesellschaftlichem Gebiete ausüben. Als er in Rom ankam, begann die deutsche Presse mit der ihr eigenen zynischen Geschwätzigkeit die hauptsächlichlichen Grundzüge seiner Politik auszuloudern. Er muß Italien vom Anschluß an die Dreierentente durch verschiedene Zugeständnisse auf Rechnung seines österreicherisch-ungarischen Verbündeten abhalten. Die deutsche Presse scheute sich nicht, direkt zu sagen, daß es möglich sei, auch das Trentino in Südtirol und auch das albanische Valona hinzugeben, um Italien zurückzubolen.

Gar nicht übel, wird man zugeben müssen. Deutschland deckt sich den Rücken auf Kosten seines Bundesgenossen. Der könnte also gar nichts Klügeres tun, als sich mit seinen bisherigen Gegnern vergleichen und mit ihnen über das Deutsche Reich herfallen. Aber merkwürdigerweise ist Oesterreich-Ungarn nicht so klug. Es zieht vor, sich mit dem Bundesgenossen direkt auseinanderzusetzen und, soweit es überhaupt nötig war, die vollste Eintracht im Handeln wie im Denken mit ihm festzustellen. Deutschland hat nichts versprochen, was nicht ihm gehört, und mutet dem österreicherischen Waffenbruder nicht zu, gegen den Dritten im Bunde auch nur um eine Nuance freundlicher zu sein, als es sich dieser durch sein eigenes korrektes Verhalten verdient. Das hat sich bei dem Besuche des österreicherisch-ungarischen Thronfolgers und des Barons Burian in Berlin aufs Klarste ergeben. Und siehe da, weil die Bundesgenossen sich nicht einandermandrieren lassen, sind auf einmal auch die Trauben zu sauer. Die bekannten italienischen Ententeblätter schreiben,

wie auf Verabredung, daß sie die gewünschten Gebiete gar nicht aus der Hand Deutschlands annehmen, dieses Deutschland — die Fiktion wird natürlich aufrechterhalten —, das bereit wäre, den Bundesgenossen zu verraten. So der „Popolo d'Italia“ vom 27. Januar:

Wir verlangen den Krieg gegen Deutschland; nicht etwa bloß gegen Oesterreich-Ungarn. Triest aus deutschen Händen wäre eine Schmach, es wäre der Beginn einer Knechtschaft.

Die „Idea Nazionale“ schreibt: „Man spricht viel davon, daß uns Oesterreich-Ungarn auf Wunsch Deutschlands Trient und Triest geben wolle. So hätten wir eben nur Trient und Triest, nicht aber auch Pola und Cattaro. Im übrigen wäre das Ganze nur ein unwürdiges Geschenk und ein Geschenk Deutschlands. Eine Schmach wäre das; und eine Schmach ist auch schon das Gerübe darüber.“

„Secolo“ sagt, das Schema des Planes Bülows sei das folgende: Italien und Deutschland bleiben im Einvernehmen. Italien bekommt das Trentino und die Konzeption einer Neuordnung in Triest. Später einmal könne Italien über das geschwächte Oesterreich-Ungarn herfallen und nehmen, was ihm beliebt. Nun sei es ja vielleicht gar nicht so ungläublich, daß Deutschland Oesterreich-Ungarn verraten und verlassen könnte. Aber Italien werde doch nicht über ein ganz geschwächtes Oesterreich-Ungarn herfallen wollen; die wahre Gefahr sei ja nicht Oesterreich-Ungarn, sondern Deutschland.

Nun wissen wir wenigstens, woran wir sind. Die hochherzigen EntenteFreunde in Italien akzeptieren kein Geschenk Deutschlands, nach dem Blute der Deutschen und nach der Ehre, mit den Waffen in der Hand die verlangten Gebiete zu erobern, gestüllet ihnen. Wir bleiben aber ganz kalt und fürchten uns nicht im geringsten vor diesen Triartern des Ehrentafels. Das ernste Italien aber wird sich seine Entschlüsse nicht von solchen Leuten, sondern von seinen wirklichen Interessen und seinem ungetrübten Urteil über die militärische Lage vorzeichnen lassen. So bleibt uns denn das Vergnügen, vom ruhigen Port aus die verzweifeltsten Anstrengungen und Künste der Herren Gegner bewundern zu können, über die uns zu entrüsten wir uns längst abgewöhnt haben.

7. II. 1918

Kriegschronik.

31. Januar:

„U 21“ versenkt in der Frischen See drei Dampfer. Ein deutsches U-Boot versenkt den Dampfer „Talomaru“ am Kap d'Antifer.

1. Februar:

Die Russen bei Malwa zurückgeworfen.
Fortschritte der türkischen Angriffe in Nordpersien.

2. Februar:

Die deutsche Admiralität veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach gegen die englischen Truppentransporte und gegen die ganze englische Handelschiffahrt mit allen Mitteln vorgegangen werden soll.

In den Karpathen 800 Russen gefangen, zwei Geschütze, zwei Maschinengewehre erobert.

Fortschritte südlich der Weichsel.

Die Türken am Ostufer des Suezkanals angekommen.

3. Februar:

Türkische Erfolge gegen die Russen bei Artwin im Kaukasus und gegen die Engländer bei Korna am Zusammenfluß des Euphrat und Tigris.

Vom 1. bis 4. Februar wurden bei Bolimow 4000 Russen gefangen und sechs Maschinengewehre erbeutet.

Der englische Dampfer „Botaro“ vom „Kronprinz Wilhelm“ versenkt.

Urteilsvollstreckung gegen die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand.

Geheimbefehl der englischen Admiralität, auf englischen Handelsschiffen neutrale Flaggen zu hissen.

4. Februar:

Russischer Angriff in den Ost-Besiden gescheitert. Erfolge der Verbündeten im karpathischen Waldgebiet, 1000 russische Gefangene.

Ein Zeppelin über Paris gesichtet.

Neuer französischer Vorstoß bei Berthes abgewiesen.

Erfolgreicher deutscher Sturmangriff bei Massiges (nordwestlich Renehoult). 600 Franzosen gefangen, neun Geschütze, neun Maschinengewehre erobert.

Fortschritte bei Bolimow.

Erfolge der verbündeten Armeen in den Karpathen.

Die Mannschaft der „Emden II“ („Ahesha“) in Hodeida (Arabien) gelandet.

Die deutsche Regierung erklärt sämtliche Gewässer um England für Kriegsgebiet.

5. Februar:

Ein Treffen am Suezkanal.

Meuterei ägyptischer Truppen.

Bei Bolimow weitere 2000 Russen gefangen.

6. Februar:

In den Karpathen weitere 4000 Russen gefangen.

Der Voranschlag des englischen Heeresetats steht drei Millionen Mann vor.

Südlich der Weichsel 1000 Russen gefangen.

Der Kaiser reist nach dem östlichen Kriegsschauplatz.

In den Kämpfen auf den Toronher Linien 1500 Russen gefangen.

7./II. 1915.

Ein englischer Anschlag gegen Holland?

Verdächtigungen Hollands im englischen Parlament.

Im englischen Unterhause ist an die Regierung eine Anfrage gerichtet worden (von wem wird nicht gemeldet, das handelt sich auerscheinlich um eine mit der Regierung abgetretete Sache), die eine schwere Verdächtigung der Neutralität Hollands beinhaltet. Im Zusammenhang mit dieser britischen Meldung erhält eine von Berlin aus veröffentlichte Nachricht ungeheure Bedeutung, daß England den Plan hatte, unter Mißachtung der Neutralität Hollands englische Truppen in Holland zu landen und den Deutschen in die Flanke zu schicken.

Daß England, der „Beschützer der Freiheit und Neutralität der kleinen Nationen“, schon längst die Absicht hatte, Holland ebenso wie Belgien sich zum Vasallen zu machen, ist aus der Zeit der Befestigung von Blijssingen bekannt. Holland befestigte diesen wichtigen Punkt an der Einfahrt der Scheldemündung, eben um seine und Belgiens Neutralität besser vor einem Angriffe vom Meere her schützen zu können. Da sich also Holland nicht so wie Belgien von England einlösen ließ, trachtete England, die Holländer durch die verschiedenlichsten Gewaltakte zur Aufgabe der Neutralität zu reizen. Es erschwerte die holländische Schifffahrt, unterband seinen Handel und füllte die Küstengewässer Hollands mit Minen, denen zahlreiche niederländische Fahrzeuge zum Opfer fielen. So wollte man Holland aus der Neutralität herauslocken, um es als feindliches Land behandeln zu können, einerseits um durch Holland hindurch den Deutschen in die Flanke fallen zu können, andererseits aber, um sich des großen und reichen holländischen Kolonialbesitzes bemächtigen zu können. Auf ähnliche

Weise hat England in den verschiedenen Kriegen sein gewaltiges Kolonialreich auf Kosten anderer begründet. Holland aber blieb mit zielbewusster Geduld neutral.

Nun scheint aber England trotzdem den Plan zu einem Ueberfall auf Holland gefaßt zu haben. Eine ganze Reihe von Anzeichen sprechen dafür, besonders die englischen Fliegerbesuche über Antwerpen und der Angriff im englischen Parlament. Die Latkraft und Umsicht des Deutschen Reiches dürfte aber auch durch diese englische Rechnung einen Strich machen. Die neutralen Staaten aber können auch aus diesem Beispiele ersehen, was sie von England zu erwarten haben.

AB London, 5. Februar.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde an die Regierung die Frage gestellt, ob die holländische Regierung vor Ausbruch des Krieges der deutschen Regierung die holländischen Rechte in den Gewässern des Rheins abgetreten hätte, ferner, ob und was für eine Wirkung dies nach Ansicht der britischen Regierung auf die Stellung Hollands als neutralen Staates hätte.

Staatssekretär Grey erwiderte, die freie Schifffahrt auf dem Rhein wurde durch drei Verträge gesichert, erstens: durch den Annex zu der Wiener Kongressakte vom Jahre 1815, zweitens: durch den Vertrag vom 31. März 1831 zwischen Baden, Bayern, Frankreich, Hessen, den Niederlanden und Preußen, endlich durch den Vertrag vom 17. Oktober 1868 zwischen Frankreich, Bayern, den Niederlanden und Preußen. Die britische Regierung kennt kein anderes Abkommen über die Rechte der Uferstaaten.

9./II. 1915.

Das Führen falscher Flaggen durch Handelsschiffe.

Ein Rechtfertigungsversuch Englands.

London, 8. Februar.

Das Reutersche Bureau meldet:

Das Auswärtige Amt veröffentlicht folgende Erklärung:

Die Benützung einer neutralen Flagge als Kriegsliste ist mit gewissen Beschränkungen in der Praxis wohl begründet (well established). Wenn Kauffahrer eine andere als ihre nationale Flagge führen, so ist ihr einziger Zweck der, den Feind zu zwingen, daß er der allgemeinen Verpflichtung des Seekrieges nachkomme und sich von der Nationalität des Fahrzeuges sowie dem Charakter der Ladung durch Untersuchung überzeuge, ehe er es beschlagnahmt und vor ein Preisengericht bringt. Die englische Regierung hat die Benützung der britischen Flagge beim Feinde stets als ein berechtigtes Mittel um der Erbeutung zu entzinnen angesehen. Eine solche Praxis enthält nicht nur keinen Bruch des Völkerrechtes, sondern ist durch das britische Recht speziell anerkannt.

Der britische Merchant Shipping Act vom Jahre 1894, Abschnitt 69, lautet: Wenn jemand die britische Flagge benützt und sich den Charakter eines Angehörigen der britischen Nation heimlich an Bord eines Schiffes, das als Ganzes oder zu Teilen Personen gehört, welchen die Eignung fehlt, ein britisches Schiff zu besitzen, und dadurch den Anschein erwecken will, daß das Schiff britisch sei, dann soll das Schiff auf Grund dieser Akte beschlagnahmt werden, außer wenn eine Vortäuschung bewirkt wird, um der Erbeutung durch den Feind oder ein ausländisches Kriegsschiff zu entgehen.

In den Instruktionen an die britischen Konsuln vom Jahre 1914 wird gesagt: Ein Schiff kann beschlagnahmt werden, wenn es sich unrechtmäßig als britisch ausgibt, außer wenn dies geschieht, um der Erbeutung zu entzinnen.

Da wir in der Praxis fremden Handelsschiffen nicht verwehrt haben, die britische Handelsflagge als Kriegsliste zu benützen, um der Beschlagnahme auf der See durch einen Kriegsführenden zu entgehen, so vertreten wir umgekehrt den Standpunkt, daß britische Handelsschiffe keinen Bruch des Völkerrechtes begehen, wenn sie zu einem ähnlichen Zweck eine neutrale Flagge annehmen, wenn sie es für angebracht halten. Nach den Regeln des Völkerrechtes, den Kriegsgebräuchen und den Vorschriften der Menschlichkeit ist es Pflicht der Kriegsführenden, den Charakter eines Handelsschiffes und seiner Ladung festzustellen, bevor sie es beschlagnahmen. Deutschland hat kein Recht, diese Verpflichtung zu ignorieren. Schiff und Mannschaft von Nichtkombattanten sowie die Ladung zu vernichten, wie Deutschland es als seine Absicht ankündigt, ist nichts anderes als Seeräuberei auf hoher See.

9./II. 1915.

B. Berlin, 8. Februar. Bezüglich der Bekanntmachung der deutschen Admiralität betreffend die Erklärung der englischen Gewässer als Kriegsgebiet muß hervorgehoben werden, daß nicht die Absicht vorliege, den neutralen Handel mit England unmöglich zu machen. Die deutsche Regierung will die Neutralen nur warnen, sich Gefahren auszuweichen, die in der Umgebung Englands ihrer harren. Es muß nochmals betont werden, daß die deutsche Regierung die Maßnahme nicht als Blockade, sondern als Kriegsgebietserklärung charakterisierte, ebenso wie die englische Regierung im November die Nordsee als Kriegsgebiet erklärte, was sich die Neutralen gefallen ließen. Deutschland will sich nicht mit Gewaltmaßnahmen an neutralen Schiffen vergreifen. Aus der Bekanntmachung der Admiralität folgt bloß, daß in den englischen Gewässern kriegerische Maßnahmen vorgenommen werden, die unter Umständen auch Nichtbeteiligte treffen können.

10. II. 1915.

[Schutz der Londoner Kunstschätze vor deutschen Luftangriffen.] Wie englische Blätter nach einer offiziellen Mitteilung berichten, wurden in London in letzter Zeit zum Schutze der öffentlichen Kunstschätze gegen Bombenwürfe aus deutschen Luftschiffen und Flugzeugen umfassende Vorkehrungen getroffen. In den Galerien wurden die wertvollsten Bilden in bombensicherer betonierter Kellerräume geschafft. Gegen ein bei einem Raid etwa entstehendes Feuer hat man aber, wie ein Londoner Blatt bemerkt, kein besonderes Schutzmittel, so daß Wasser die Bilder in gleicher Weise vernichtet wie Rauch und Flammen. Im britischen Museum

wurde eine große Anzahl der unschätzbaren einzigen Handschriften in Safes untergebracht, der kolossale Bücherchatz mußte freilich in seinen Regalen belassen werden. Für die im Freien befindlichen Kunstwerke wie Statuen, Bildhauerarbeiten an Gebäuden und architektonische Kunstschöpfungen kann man keine schützenden Vorjorgen treffen. Es wurde zwar bereits in der Deffentlichkeit angeregt, hervorragende Denkmäler durch einen Schutzbau vor Granatsplittern und Füllkugeln zu sichern, allein dieser Gedanke wurde nicht zur Ausführung gebracht.

Petersburg, 9. Februar. Die Eröffnung der Session der Duma fand in Gegenwart des gesamten Kabinetts, der Mitglieder des Reichsrates, des diplomatischen Korps, der Senatoren, der Vertreter der

Presse und eines zahlreichen Publikums statt. Nach Verlesung des kaiserlichen Ukas betreffend die Wiedereröffnung der Duma brachte der Präsident ein Hoch auf den Zaren aus, das die ganze Versammlung mehrmals wiederholte. Nach Absingung der Nationalhymne hielt der Präsident eine Ansprache. Die Stellen, die sich auf die an der Seite Rußlands kämpfenden Staaten bezogen, wurden von lang anhaltenden Beifallsrufen übertönt, die gegen die Loge gerichtet waren, in der sich die Vertreter dieser Staaten befanden.

Die Ansprache des Dumapäsidenten.

Präsident Rodzianko erklärte zu Beginn seiner Rede, daß Rußland, welches sich beim Aufruf des Zaren mit Millionen von Bajonetten bewaffnete, nach sechs Kriegsmonaten immer noch aufrecht, stark und unerschüttert dastehe, beseelt von einem einzigen und ungeteilten Willen. Rußland mache die Absichten und Anstrengungen des mächtigen, zähen und verschlagenen Feindes zusehnden. Gleich einem Felsen im brüllenden Meer halte die russische Armee stand, während die tapfere Flotte, ohne Aufhebens zu machen, an dem großen Werk der Verteidigung des Vaterlandes tätig sei.

Der Präsident fuhr dann fort: Gott wolle unser Geschlecht zum Zeugen des größten Weltkampfes machen zwischen zwei entgegengesetzten Grundsätzen, dem des Friedens der Völker und des Rechtes auf der einen Seite und dem des gierigen Militarismus und der groben Gewalt auf der andern Seite. Rußland wollte und suchte diesen Krieg nicht, aber nachdem dieser Kampf nun einmal eingesetzt hat, sollen die Feinde wissen, daß wir vor keinen Opfern zurückschrecken. Wir stehen nicht allein in dem großen Kampf. Serbien und Montenegro kämpfen mit uns. (Beifall.) Das tapfere belgische Volk ist als erstes in den Kampf eingetreten, indem es sich nicht um den Ruin kümmerte und unerhörte Leiden aushielt. Belgien setzt den Kampf auch heute noch fort. Die Duma grüßt begeistert den Gesandten Belgiens und unsern treuen erprobten Freund, das große Frankreich, das von neuem gegen den Erbfeind kämpft und bewunderungswürdige Tapferkeit zeigt. Ruhm den Helden, Ruhm unsern treuen Freunden! (Beifall.) In diesem Ringen brauchten wir starke, kräftige Verbündete, und in der Tat kämpft das edle, mächtige England für die gerechte Sache. (Lebhafte Huldigungen für den Botschafter Englands.)

Der Präsident hob sodann hervor, daß alle Bemühungen der Feinde, Zwietracht zwischen den Verbündeten zu säen, erfolglos geblieben seien. Der Horizont des Dreiverbandes sei rein und wolkenlos. Die Duma enthielt den Botschaftern Frankreichs und Englands ihren Gruß. Auch das japanische Volk, ein Freund von Recht und Gerechtigkeit, kämpfe mit Rußland zusammen. (Beifall zu Ehren des japanischen Botschafters.)

Der Präsident betonte sodann, daß das russische Volk in dem gegenwärtigen Krieg einen Prozeß durchmache, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht kenne. Der weise Erlaß des Kaisers habe sein Volk von dem Nebel geheilt, das seine Kraft untergrub, und es auf den Weg erleuchteter Mäßigung geführt.

Der Präsident schloß seine Rede mit den Worten: Dieser Krieg muß ein siegreicher sein. (Lebhafte Beifall.) Wir werden kämpfen, bis die Feinde die Friedensbedingungen annehmen, die wir ihnen diktieren werden.

Die gesamte Duma bereitete dem Präsidenten eine begeisterte Huldigung.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Goremykin ergriff das Wort und erklärte, der tiefe Glaube des russischen Volkes an den schließlichen Triumph setze sich nunmehr in Sicherheit um. (Rufe: Es lebe unser Heer!) Der heroische Stolz Rußlands ist allen Verlusten zum Trotz so stark wie niemals bisher. Die Taten unsrer Truppen und die wertvollen Dienste unsrer Verbündeten, die große Anstrengungen machen, um den Feind niederzuschlagen, bringen uns dem ersehnten Ziele näher. Erbaulich ist die brüderliche Annäherung zwischen dem russischen und dem polnischen Volke, das ohne Murren die

Prüfungen erträgt, die ihm auferlegt werden. Seit dem Tag, an dem ich zum letztenmal zu Ihnen sprach, vollzog sich vor allem das große Ereignis, daß die Türkei an die Seite unsrer Feinde trat. Die glänzende Zukunft Rußlands am Schwarzen Meer vor den Mauern von Konstantinopel tritt mit immer mehr zunehmender Klarheit zutage.

Der Ministerpräsident schloß mit den Worten: Eine große Zeit stellt große Probleme auf die Tagesordnung, die unlöslich schienen und zeigen, daß die Hilfsquellen und Kräfte Rußlands unerschöpflich sind. Sie, die Sie von Ihren heimatlichen Gegenden hieher gekommen sind, wissen, wie wenig der Krieg das innere Wirtschaftsleben Rußlands beeinflusst. Unser russischer Bauer entwickelte noch nicht die ganze Kraft. Gewisse Zweige des nationalen Lebens sind dank dem Alkoholverbot gekräftigt. Dieser Krieg hat auch die Frage der Unabhängigkeit unsrer Industrie vom Joche der Deutschen aufgeworfen. (Beifall.)

Minister des Außern Sazonow.

Hierauf bestieg Minister des Außern Sazonow die Tribüne.

Minister des Außern Sazonow erinnerte zu Beginn seiner Rede, wie er noch vor sechs Monaten von derselben Tribüne aus dargelegt habe, warum Rußland angesichts des groben Anschlages Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf die Unabhängigkeit Serbiens und Belgiens keinen andern Entschluß fassen konnte, als den zur Verteidigung des mißhandelten Rechtes zu schreiten. Rußland einigte sich in bewunderungswürdiger einmütiger Weise im Ansturm gegen den Feind, der es herausforderte. Rußland sei nicht allein geblieben, sondern unverzüglich von Frankreich und England unterstützt worden, wozu bald Japan trat. Die standhaften russischen Truppen reichten den Verbündeten die Hand und fügten ihrer Ruhmestrone neue Lorbeeren hinzu. Die russischen Heere marschieren fest auf ihr Ziel und erwarten den glücklichen Augenblick des schließlichen Triumphes über den Feind, der sich einen leichten Sieg vorkäufte und verzweifelte Anstrengungen macht, der auf alle Mittel zurückgreift, selbst auf das der Verfälschung der Wahrheit. Da die deutschen und österreichisch-ungarischen Urheber dieses in so leichtsinniger Weise entfachten Brandes sich rechtfertigen wollen, so bemühen sie sich, ihre Länder und das Ausland zu belügen, indem sie beteuern, daß sie zum Kriege gezwungen wurden. Es ist unnütz, das alte Lied zu wiederholen, daß König Eduard VII. versuchte, Deutschland durch Feinde einzukreisen; denn die Welt kennt die Friedensliebe dieses weisen Herrschers, der den tollen Ehrgeiz der Berliner Politiker kannte und verstand, daß einzig die Annäherung der Mächte mit gemeinsamen Interessen Europa das sichere politische Gleichgewicht verschaffen könnte. Auch hatten die Ententen, welche von König Eduard abgeschlossen oder vorbereitet wurden, einen rein defensiven Charakter.

Die Öffnung der Ostfront durch Rumänien

Ganz anders war die Haltung der Deutschen in den letzten Jahren, ganz besonders gegen Rußland. Während Rußland den Jahrhunderte alten Ueberlieferungen guter Nachbarschaft, die es mit Deutschland ehrlich unterhielt, treu blieb, stellte sich Deutschland Rußland überall entgegen und suchte gegen unser Land die Nachbarn aufzubringen, besonders diejenigen, mit denen Rußland durch wichtige Interessen verbunden ist, so die skandinavischen Länder, wo Deutschland Mißtrauen gegen Rußland säte, so Galizien, wo deutsches Geld die ukrainische Bewegung schuf, so Rumänien, wo die Deutschen das Bewußtsein der Gemeinsamkeit der rumänischen und der russischen Interessen zu verdunkeln suchten, so schließlich die Türkei, wo die deutschen Intrigen ebenso stark zunahmen wie ihr Besitz. Die Deutschen brachen das Uebereinkommen von Potsdam und die Versprechen, die sie Rußland gegeben hatten, und versuchten die englisch-russischen Interessen zu kompromittieren; die gleichen Intrigen zettelten sie in China und Japan an, glücklicherweise erfolglos.

Dies alles genügt, um den Wert der deutschen Behauptungen zu beurteilen, daß es

von den Mächten des Dreiverbandes eingekreist wurde. Gleichwertig sind die Behauptungen, daß nicht Deutschland den Krieg angefangen hat, denn unwiderlegbare Dokumente beweisen das Gegenteil. Zu den mißgünstigen Erfindungen der Deutschen gehören die Gerüchte über Judenpogrome, welche die russischen Truppen angestiftet haben sollen. Ich ergreife die Gelegenheit, hier von der Tribüne des Parlaments aus kategorisch die Verleumdung zu dementieren. Denn wenn die jüdische Bevölkerung auf dem Kriegsschauplatz gelitten hat, so ist dieser Uebelstand nicht zu verhindern. Denn die Bewohner von feindlichen Gegenden haben immer zu leiden. Uebrigens erklären Augenzeugen einstimmig, daß die größten Verwüstungen in Polen das Werk der Oesterreicher und Deutschen seien.

Der deutsche Botschafter in Washington war eifrig bemüht, solche Gerüchte auszuspreuen, um in den Vereinigten Staaten eine uns feindlich gesinnte Stimmung zu schaffen. Aber der gesunde Menschenverstand der Amerikaner bewahrte sie davor, in die grobgestellte Falle zu gehen. Ich hoffe, daß die guten russisch-amerikanischen Beziehungen nicht durch die Umtriebe der Deutschen leiden werden.

Der Minister wies sodann auf die Versuche der Deutschen hin, Zwietracht unter die Verbündeten zu säen und Gerüchte zu verbreiten, wonach einer der Verbündeten bereit sei, einen Sonderfrieden abzuschließen. Glücklicherweise scheiterten diese Versuche kläglich. Die Welt weiß, daß die Einigkeit der Verbündeten unerschütterlich ist und täglich fester wird. Sie zielt allein auf die Zerstörung der militärischen Macht des Feindes ab, um eine Lage in Europa zu schaffen, die gestattet, sich eines festen Friedens zu erfreuen. Zu diesem Werk trägt jeder der Verbündeten seinen Teil bei, indem sie sich gegenseitig energisch unterstützen. Die Verbündeten haben die Anstrengungen Rußlands bewundert, das unzählige Bataillone in den Kampf gegen die drei feindlichen Reiche auf eine ungeheure Front entsandte. Unsererseits schätzen wir die ungeheure beispiellose Tapferkeit der Verbündeten und geben uns vollkommen Rechenschaft von ihrer Unterstützung zu Wasser und zu Lande. Ich

erwähne noch Belgien, das heldenhafte, dessen Taten und Leiden ihm unsterblichen Ruhm eintrugen. Ich benütze auch die Gelegenheit inmitten der Vertreter des Landes, unsere Verbündeten den herzlichsten Dank für ihre tätige Hilfe auszusprechen. Unser enges Bündnis hat noch eine andre wichtige Bedeutung und erweiterte sich neuerlich durch die Nachricht einer finanziellen und wirtschaftlichen Entente, deren Bedeutung in der Erfüllung unsres komplizierten Problems ihnen nicht entgehen wird. Es geht aus dieser Entente Rußlands mit den Verbündeten hervor, daß sie fest entschlossen sind, den Kampf mit Deutschland weiterzuführen und ihn zu einem guten Ende zu bringen.

Die Sehnsucht nach den Dardanellen.

Das kürzlich veröffentlichte Orangebuch zeigte, daß die Ereignisse am Bosporus, die dem Eingreifen der Türkei in den Krieg unmittelbar vorangingen, das Ergebnis deutscher Hinterlist gegen das Osmanische Reich waren. Dieses lud deutsche Instrukteure unter General Sanders in der Hoffnung ein, die Ausbildung der Armee zu vervollkommen und so seine Unabhängigkeit gegen die russische Gefahr, die ihm von Berlin aus vorgetäuscht wurde, zu sichern. Deutschland benützte indessen dieses Eindringen seiner Beauftragten in die türkische Armee, um aus dieser ein Werkzeug zur Verwirklichung seiner politischen Pläne zu machen. Alle Handlungen der Türkei seit dem Erscheinen der „Goeben“ in den Dardanellen geschahen unter dem Drucke Deutschlands. Aber die Ereignisse an der russisch-türkischen Grenze, wodurch die russischen Waffen neuen Ruhm erwarben, werden Rußland der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme näherbringen, die sich an sein Streben nach dem Ausgang zum freien Meere knüpfen.

Der Minister ging sodann zur Besprechung der der Duma vorliegenden Sammlung von Schriftstücken über, die sich auf

Reformen in Armenien beziehen, und führte aus: Die russische Regierung war uneigennützig bemüht, das Los der Armenier zu erleichtern, und das russisch-türkische Einvernehmen vom 26. Jänner 1914 ist ein geschichtlicher Akt, worin die Türkei die ganz besondere Rolle Rußlands in der armenischen Frage anerkennt. Nach Beendigung des Krieges wird diese Sonderstellung Rußlands von der Regierung in einem für das armenische Volk günstigen Sinne ausgedrückt werden.

Rußlands Ehre.

Unser Eintreten für Serbien, das Rußland Ehre brachte, geschah unter der machtvollen Wirkung unsrer Gefühle für die verschwiterte Nation, deren Seelengröße im gegenwärtigen Kriege die enge Verbindung der beiden Länder herbeiführte. Der Minister erwähnte mit Befriedigung, daß auch Montenegro für die gemeinsame Sache kämpfe. Was Griechenland betrifft, sind die Beziehungen Rußlands zu diesem erprobten Freunde Serbiens von vollendeter Herzlichkeit. Die Bestrebungen des griechischen Volkes, die Qualen derjenigen seiner Religionsgenossen, die unter türkischer Herrschaft stehen, zu beenden, finden bei der russischen Regierung volle Zustimmung.

Bezüglich Rumäniens erklärte Casonow, daß die russisch-rumänischen Beziehungen von dauerhafter Stetigkeit sind. Der Minister wies auf die russenfreundlichen Kundgebungen hin, die unangeseht während des ganzen Herbstes in Bukarest und im ganzen Lande anhielten und die Gesinnung der Rumänen zum Ausdruck brachten.

Die Umschmeiherung der Neutralen.

Der Minister fuhr sodann fort: Sie erwarten gewiß, daß ich nun ganz besonders über die Haltung derjenigen am Kriege nicht beteiligten Länder spreche, denen ihr eigener Vorteil gebietet, sich der Sache Rußlands und seiner Verbündeten anzuschließen. In der Tat hat sich die öffentliche Meinung dieser Staaten, die für die Verwirklichung nationaler Ideale lebhaft empfänden, längst in diesem Sinne ausgesprochen. Sie werden jedoch begreifen, daß ich auf diese Frage nicht näher eingehe, da ja die Regierungen dieser Länder, mit denen wir in freundschaftlichen Beziehungen stehen, noch keine endgültigen Entschlüsse gefaßt haben. Nur ist es ihre Sache, diese Beschlüsse zu fassen, denn sie allein werden ihren Völkern dafür verantwortlich sein, wenn sie sich die günstige Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer nationalen Bestrebungen entgehen lassen.

Ich will mit besonderer Dankbarkeit der Dienste gedenken, die Italien und Spanien uns erwiesen haben, indem sie den Schutz unserer Volksgenossen in den feindlichen Ländern übernahmen. Ich hebe auch die gute Behandlung hervor, die Schweden den heimreisenden russischen Opfern deutscher Gewalttätigkeit angedeihen ließ. Hieron erhoffe ich mir gute freundschaftliche Beziehungen zwischen Rußland und Schweden, die wir noch herzlicher ausgestalten möchten.

Rußland und Persien.

Hierauf ging der Minister auf die Besprechung des Verhältnisses zwischen Rußland und Persien über und erklärte: Vor dem Kriege mit der Türkei gelang es uns, den Jahrhunderte alten türkisch-persischen Streit durch die Abgrenzung des Gebietes vom Persischen Golf bis zum Araratgebirge zu beenden. Dadurch haben wir Persien einen umstrittenen Landstrich von beinahe tausend Quadratwerst, der zum Teil von den Türken besetzt war, erhalten. Bei Ausbruch des Krieges erklärte sich Persien neutral, was aber Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei nicht gehindert habe, dort eine Werbetätigkeit zu entfalten, um Persien für sich zu gewinnen.

Diese Untriebe waren besonders stark in Aserbeidschan, wo es den Türken gelang, einen Teil der das Land bewohnenden Kurden mit sich zu reißen. Unter Verletzung der persischen Neutralität überschritten sodann die osmanischen Truppen die Grenze Persiens, drangen von kurdischen Banden unterstützt, in Gegenden ein, wo unsere Besatzungen standen, und machten Aserbeidschan so zu einem Teil des

russisch-türkischen Kriegsschauplatzes. Dabei will ich sagen, daß die Anwesenheit unserer Truppen in Persien keineswegs eine Verletzung der Neutralität war, denn sie wurden schon vor mehreren Jahren dorthin gesandt, um die Ordnung in den uns benachbarten Gebieten aufrechtzuerhalten und das Eindringen der Türken zu verhindern, die sich dort eine vorteilhafte Basis für ein Vordringen in den Kaukasus schaffen wollten. Die persische Regierung war nicht imstande, wirksam einzuschreiten, und erhob erfolglos Einspruch.

Ich muß feststellen, daß das englisch-russische Verhältnis in Sachen Persiens mehr als je auf dem rückhaltlosen Vertrauen beider Teile und auf der gegenseitigen Unterstützung beruht, was selbst bei einer Meinungsverschiedenheit eine friedliche Lösung verbürgt.

Die Abmachungen mit Japan.

Auf den äußersten Osten übergehend, sagte Sazonow: Die Abmachungen mit Japan aus den Jahren 1907 und 1910 trugen im jetzigen Kriege Früchte, denn Japan ist mit uns. Es vertrieb die Deutschen vom Stillen Ozean und bemächtigte sich ihres Stützpunktes Kiantschau. Japan unterzeichnete das Übereinkommen vom 23. September nicht, weil das englisch-japanische Bündnis die Verpflichtung einschließt, keinen Sonderfrieden zu machen. Die deutsche Regierung darf also nicht auf einen Frieden mit Japan hoffen vor dem Frieden mit England und folglich auch mit Rußland und Frankreich. Unsere Beziehungen zu Japan geben die Sicherheit, daß die Forderungen Japans an China nichts enthalten, was unsern Interessen widerspräche. Im Verhältnis Rußlands zu China kann ich eine ständige Besserung feststellen. Die Unterhandlungen über die Mongolei werden langsam aber in freundschaftlichem Tone fortgeführt und ich hoffe, Ihnen nächstens von der glücklichen Beendigung derselben und von der Unterzeichnung eines Vertrages Mitteilung machen zu können, der die russischen Interessen wahr ohne China nahezutreten.

Zum Schluß drückte der Minister den Wunsch aus, daß der enge Zusammenschluß aller Russen um den Zarenthron, wie er sich zu Kriegsbeginn offenbarte, bis zur Vollendung des großen nationalen Werkes unveränderlich andauern möge.

Eine Schlusresolution.

Nach dem Minister des Außern Sazonow sprachen der Kadettenführer Miljukow sowie Redner der Progressisten, der Oktobristen, des Zentrums und der Nationalisten. Sie betonten, „daß Rußland den deutschen Militarismus bekämpfe und die Gedanken der Menschenliebe, der Humanität und des Rechtes verteidige“. Ein vorzeitiger Friedensschluß wäre ein Verbrechen gegen das Vaterland und die Humanität. Folglich sei Rußland zu jedem Opfer bereit, bis Deutschland gänzlich niedergeschlagen ist.

Am Schluß der Sitzung nahm die Duma einstimmig folgende Tagesordnung an:

Die Duma verneigt sich vor den ruhmreichen Taten unserer Krieger, sendet der russischen Armee und Flotte warme Grüße und den Verbündeten eine aufrichtig gemeinte Ehrenbezeugung voll Achtung und Sympathie, drückt das feste Vertrauen aus, daß die großen Ziele des gegenwärtigen Krieges erreicht werden, und spricht den unbergelamen Entschluß des russischen Volkes aus, Krieg zu führen, bis die Bedingungen, welche den Frieden Europas und die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit sichern, dem Feinde aufgezwungen sind.

12. / II. 1915.

Kriegskalender.

2. Februar: Unsere Truppen schlagen die Russen bei Bislow neuerlich in die Flucht. — Ein russischer Vorstoß an der mittleren Pillica wird abgewiesen. — Die Russen beginnen den Rückzug aus der Bukowina. — In Lipno und nordwestlich Sierpe in Russisch-Polen machen die Deutschen Fortschritte. — Im Argonnenwalde räumen die Franzosen in 200 Metern Ausdehnung ihre Schützengräben. — Explosion einer Mine im Kattegat — Ueberrumpelung des englischen Lagers bei Kurna durch die Türken. — Deutschland kündigt Maßnahmen gegen die englischen Truppentransporte an. — Portugal erklärt seine Neutralität. — Aufstand im Rhassaland. — Deutsche Bombenwürfe auf Nancy, Luneville und Pont-a-Mousson. — Das frühere deutsche Schiff „Pionier“ fährt, von der Standard Oil Company angekauft, von New-York aus. — England erklärt Korn und Mehl als unbedingte Kriegskonterbande.

3. Februar: Unsere Truppen schlagen die Russen in den Ostbeskiden unter schweren Verlusten zurück. Im Karpathischen Waldgebirge machen die verbündeten Truppen 1000 Gefangene und erbeuten mehrere Maschinengewehre. — Die Deutschen erobern die russische Hauptstellung bei Humin; sie machten seit dem 1. Februar südlich der Weichsel 4000 Gefangene und erbeuteten 6 Maschinengewehre. — Französische Angriffe bei Berthes werden von den Deutschen abgewiesen. — Unsere Regierung gibt ein Rotbuch über die Ereignisse vom 29. Juni bis zum 24. August heraus. — Der englische Dampfer „Maria“ sinkt bei Havre. — Der englische Fischerdampfer „Earl Howard“ geht unter. — Seit den Kämpfen bei La Bassée werden viereinhalb Kompagnien der englischen Garde vernichtet. — Aktion der Deutschamerikaner zur Gründung einer amerikanischen Neutralitätsliga. — Einholung des argentinischen Goldes. — Deutsche „Tauben“ über Warschau. — Ein deutsches Luftschiff wirft Bomben auf Passy ab. — In Frankreich wird das päpstliche Friedensgebet konfisziert.

12. II. 1915.

Kriegssitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses trat heute in die Beratung des Etats des Staatsministeriums ein. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch den Hinweis des Vorsitzenden, daß beschlossen sei, alle auf den Krieg bezüglichen allgemeinen Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur dabei zu erörtern.

Anwesend waren von der Regierung der Vizepräsident des Staatsministeriums, die Minister der öffentlichen Arbeiten, des Handels, der Landwirtschaft, der Finanzen und des Innern. — Der

Vizepräsident des Staatsministeriums

leitete seine umfassenden Ausführungen ein mit einer Darstellung der wirtschaftlichen Lage in früheren Kriegen, der Entwicklung in der vergangenen Friedenszeit und des gegenwärtigen wirtschaftlichen Kriegszustandes. Im Zusammenhange hiermit sprach er von den mannigfachen wirtschaftspolitischen Kriegsvorbereitungen und betonte insbesondere, daß die glänzende Entwicklung der Landwirtschaft der bewährten deutschen Wirtschaftspolitik zu danken gewesen ist. Bei ausreichender Fleischproduktion sei jedoch die Landwirtschaft in steigendem Maße abhängig geworden von der Einfuhr ausländischer Futtermittel, während die Getreideproduktion hinter dem Konsum zurückgeblieben sei. Er stellte darauf im einzelnen dar, wie die Regierungsmaßnahmen fortlaufend darauf gerichtet gewesen seien, einerseits eine allzu große Teuerung der Lebensmittel im Interesse der Konsumenten zu verhindern, andererseits die Nahrungsmittelversorgung der Nation zu sichern. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich in der kurzen Zeit der Umschaltung von Handel und Industrie aus dem Friedens- in den Kriegszustand entgegengestellt hätten. Ausfuhrverbote hätten zunächst die vorhandenen Vorräte festgehalten, die Einfuhr sei nach Möglichkeit gefördert worden. Der Arbeitsmarkt habe sich unter Mithilfe der Zentralstelle im Reichsamt des Innern schnell gebessert, es herrsche heute

ehrer Arbeitermangel als Arbeitslosigkeit.

Die Volksernährungsfragen erörterte der Vizepräsident des Staatsministeriums im einzelnen und betonte zum Schluß, daß die Maßnahmen der Regierungen, auf Bundesratsbeschlüssen beruhend, zwar Reichsangelegenheit seien, daß aber den einzelnen Beschlüssen preussische Anträge zugrunde lägen.

Nach Beendigung der Darlegungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums erstattete der Abg. Giesch den Bericht über den wirtschaftlichen Teil der Fragen. Er hob hervor, die Bemühungen zur Sicherstellung der Viehhaltung und der bevorstehenden Feldbestellung dürften nicht erlahmen. Zu einem Abschluß seien sie naturgemäß noch nicht gekommen. Hierfür wären bei der Unmöglichkeit einer voll genügenden wirtschaftlichen Vorbereitung vor dem Kriegsausbruch die Ansprüche allzu groß, welche plötzlich die Volkswirtschaft an die leitenden Organe stellte.

Vor allem sei eine sorgsame durchgreifende Organisation des Konsums gleichzeitig mit der Festsetzung von Höchstpreisen für Brotgetreide vorzunehmen gewesen. Dieser Mangel sei ja nun erfreulicherweise durch die Verordnungen des Bundesrats vom 25. Januar wenigstens zum Teil behoben. Immerhin aber stehe

der heutige Brotpreis

in keinem rechten Verhältnis zu den Preisen der Körnerfrüchte. Auf die erfreuliche Uebereinstimmung in der Einschätzung einer blühenden und leistungsfähigen Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Wehrkraft sei hinzuweisen. Eine Mäßigung im Verbrauch des Brotes müsse mit größter Gewissenhaftigkeit weiter geübt werden. Auch solle man nicht unsere Kartoffelvorräte als unbegrenzt ansehen, schon aus dem Grunde, weil sie, ebenso wie in jurüdliegender Zeit das Brotgetreide, zur Verfütterung an unsere auf knappe Kost angewiesenen Viehbestände herangezogen würden. Die Futternot sei wohl heute

die ernsteste Sorge.

Ein stärkeres Abschachten von Schweinen sei unvermeidbar, wenn auch ein Verkommenlassen der so geschaffenen Fleischvorräte ausgeschlossen sein müsse.

Erfreulich sei die vom Herrn Kriegsminister nun in Aussicht gestellte Ersparnis an Futter und Brot bei der Armee, welcher wir natürlich nichts entziehen dürften, was ihre Schlagkraft heben könne. Es entbehe der Pflicht, auf einzelne Fälle überreicher Zuwendungen einzugehen. Neben der Futterfrage erfordere die Düngeung anderer Acker einen Ersatz für die sonst vom Ausland bezogenen Stickstoffdüngemittel und Phosphate; denn eine reiche Ernte sei nur, wenn unsere erklärlicherweise stark geräumten Vorräte wieder voll anzulegen zu können. Die glänzende Finanzwirtschaft und die erstaunlichen Leistungen der Eisenbahnverwaltung auch in der Förderung unseres Wirtschaftslebens seien von größtem Segen gewesen.

Der Landwirtschaftsminister

erstattete in längeren Ausführungen die von der Regierung getroffenen Maßregeln. Er wies darauf hin, daß das statistische Material, auf das die Regierung angewiesen war, als sie mit ihren Maßnahmen vorging, in mancher Beziehung ein anderes Bild gegeben habe als das, das sich nach Erdrusch herausgestellt habe. Aus diesem Grunde habe sich in einigen Punkten die Notwendigkeit einer Aenderung dieser Maßnahmen ergeben. Insbesondere treffe das zu auf die vorhandenen Hafervorräte. Das gegenwärtige geringe Quantum, das für das einzelne Pferd zur Verfügung stehe, könne jedoch möglicherweise späterhin erhöht werden, wenn, wie er hoffe, sich der Bestand an Hafer günstiger herausstelle, als es im Augenblick der Ansicht habe. In den okkupierten Gebieten seien greifbare Vorräte aufgekauft, und es seien Sammelstellen in Frankfurt a. M., Mannheim und Hagen i. W. eingerichtet worden.

Die Kartoffel sei in erster Linie das leidtragende Vorratsmittel, da sie einmal erhalten müsse zur Streckung der Brotgetreidevorräte, zweitens zur Ergänzung der fehlenden Futtermittel. Eine Verminderung des Viehbestandes, insbesondere an Schweinen, sei nötig; es dürfe jedoch im Abschachten der Schweine

nicht zu radikal vorgegangen werden.

Alles schlachtreife und auch das annähernd schlachtreife Vieh könne fallen, es dürfe aber nicht an Stamm und Grund der Viehhaltung gerührt werden. Es sei zu bedenken, daß das Frühjahr vor der Tür stehe und bald Grünfütter verfügbar werde. Er habe im Interesse der Viehhaltung die Staatswaldungen geöffnet. In bezug auf die Futtermittelfrage sei ein Bundesratsbeschuß ergangen, nach dem Melasse, Rohzucker und Zuckerrückstände beschlagnahmt werden sollen und unter Zugrundelegung des Viehbestandes durch die Bezugsvereine deutscher Landwirte zur Verteilung gelangen würden. Die Frage der Düngemittel sei besonders schwer durch den Ausfall an Chilisalpeter. Es seien aber zur Ergänzung des Stickstoffdüngers Maßnahmen getroffen. Ueber diese berichtete der Landwirtschaftsminister im einzelnen.

Aus der Kommission regte ein Redner zunächst an, daß man künftig daran denken müsse, neben der finanziellen Vorbereitung durch den Juliusturm auch

einen ähnlichen Juliusturm

in einer Reserve an Getreide zu schaffen. Er sprach den Wunsch aus, daß von der Regierung bei Ausführung ihrer Verordnungen jedes Entgegenkommen gezeigt werden möge, das die Landwirtschaft bei Durchführung der Frühjahrsausfaat unterstütze. Die Frühjahrsbestellung sei für die gesamte Bevölkerung und für die Heeresverwaltung von größter Wichtigkeit.

Ein anderes Kommissionsmitglied wies darauf hin, daß die Höchstpreise so geregelt seien, daß alles, was die Landwirtschaft zu kaufen habe, Höchstpreisen nicht unterliege, während umgekehrt alles, was die Landwirtschaft produziere, mit Höchstpreisen belegt sei. Er hob besonders hervor, daß es ein Mangel sei, daß ein Höchstpreis für Mehl und Futtermittel nicht festgesetzt ist. Weiter hob der Redner hervor, daß bei der starken Inanspruchnahme der Kartoffel für Verfütterung und menschliche Ernährung es nötig sei, mit der Kartoffel sparsam umzugehen, namentlich müsse die Verfütterung von Kartoffeln eingeschränkt werden zugunsten der menschlichen Ernährung. Redner verlangte ferner, daß der Höchstpreis für Hafer auf 35 M. erhöht werden müsse, damit der Landwirt in der Lage sei, aus dem Erlös sich Futtermittel zu beschaffen.

Der Handelsminister erwiderte, daß eine Erhöhung des Höchstpreises für Hafer in Aussicht genommen sei und daß Verhandlungen darüber schwebten, die bald zum Abschluß kommen würden.

13. II. 1915.

Eine antirussische Veröffentlichung in Paris

Amsterdam, 12. Febr. (Priv.-Tel., Str. Frkf.) Dieser Tage ist in Paris eine ausgezeichnet geschriebene umfangreiche Broschüre erschienen unter dem Titel „Pour une paix durable“, die sich mit der polnischen Frage eingehend befaßt und sich dabei energisch gegen Rußland wendet. Der Umstand, daß diese Broschüre im gegenwärtigen Augenblick in Paris erscheinen kann, ist von großer Bedeutung. Die Schrift bespricht die Lage der Polen in den einzelnen Gebietsteilen mit sehr charakteristischen Äußerungen. So heißt es z. B.: „Vergleicht man die Lage der Polen in Rußland mit derjenigen in Oesterreich, so kann man feststellen, daß Galizien für die Polen das gelobte Land ist, da sie sich hier aller konstitutionellen und nationalen Freiheiten erfreuen.“ Bei der Besprechung Russisch-Polens kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß die Ereignisse gezeigt hätten, daß Rußland als ein autokratischer und reaktionärer Staat in seinem Innern einen mehr fortgeschrittenen polnischen Organismus nicht dulden könne. Oesterreich dagegen habe den Polen bereits vor fünfzig Jahren wahrhaft freiheitlich die Autonomie gegeben. Indem der Verfasser auf das Manifest des Zaren zu sprechen kommt, erklärt er, daß eine Autonomie Polens unter russischer Herrschaft nicht zu verwirklichen sei. Da die panrussische Bewegung zur Zeit in Rußland herrschend sei und sich in der Duma einer derartigen Autonomie mit aller Kraft widersetzen würde, wäre für die Polen nicht viel zu hoffen, und selbst wenn man annehme, daß es Nikolaus II. mit Hilfe von Ausnahmegesetzen fertig brächte, die Autonomie zu erzwingen, so könne man doch durchaus sicher sein, daß sie in aller Kürze wieder vernichtet werden würde durch die unüberstehtliche Gewalt, welche die jetzt und wohl auch für die weitere Zukunft in Rußland regierende Reaktion darstelle. Der Verfasser fordert am Schluß seiner Untersuchung ein neutrales selbständiges Polen als Pufferstaat zwischen den Großmächten und fast hat man den Eindruck, als sei ihm ein an Oesterreich-Ungarn angeschlossenes Polen auch kein unerträglicher Gedanke.

13./II. 1915.

Ein Manifest des Sultans an Aegypten.

Konstantinopel, 12. Februar.

Die Agence Télégraphique Milli meldet: Der Sultan hat an die Aegypter folgendes Manifest erlassen:

An meine Söhne in Aegypten! Ihr wißt, wie England in Aegypten eingedrungen ist und durch welche Hinterlistigkeiten es die Verwaltung des Landes an sich gerissen hat. Es bereitete mir beständig Kummer, euch unter der englischen Tyrannei leiden zu sehen, und ich erwartete den günstigen Augenblick, um ihr ein Ende zu setzen.

Ich danke dem Allmächtigen, daß er mir die glückliche Gelegenheit gewährt hat, eine von meinen kaiserlichen Armeen zu entsenden, um euer schönes Land zu befreien, das muslimanisches Erbgut ist. Ich bin sicher, daß es mit göttlicher Hilfe meiner kaiserlichen Armee gelingen wird, euch von dem fremden Einfluß und der fremden Einmischung zu befreien und euch eure Autonomie und eure Freiheiten wiederzugeben. Ich bin überzeugt, daß der Patriotismus meine Söhne in Aegypten veranlassen wird, mit allem Feuer, dessen sie fähig sind, an diesem Befreiungskriege teilzunehmen.

M e h m e d R e s s a d.

13. / II. 1915.

Kriegskalender.

5. Februar: Die Angriffe der Russen in den Karpathen brechen unter schweren Verlusten zusammen. — In der Bukowina sind unsere Truppen bis ins Moldawatal vorgeedrungen und nahmen die Orte Javor, Moldawa und Breaza in Besitz. — Armeebefehl des Großfürsten Nikolai wegen der großen Geschützverluste. — Die Deutschen machten bei Bolimow seit 1. Februar 6000 Gefangene, 26 Offiziere. — Japanische Instrukteure für England und Frankreich. — Deutsche Flieger über Hazebrouck. — Französische Flieger werfen über Mühlheim in Baden Bomben ab. — Ankündigung griechischer Manöver in Mazedonien. — Japan fordert von China Erneuerung des Pachtvertrages von Port Arthur, industrielle und Bergwerkskonzessionen und das Protektorat über Schantung. — Aegyptische Polizeitruppen schließen sich den Senussis an. — Drohende Haltung Persiens gegen Rußland und England. — Englische Kohlensendungen für Serbien. — In Wien wird ein einheitliches Weißgebäck eingeführt und die Kuchenerzeugung beschränkt.

6. Februar: Unsere Truppen weisen einen russischen Nachtangriff bei Lopuszno ab. — Bei Humin machen die Deutschen 1000 Gefangene und erbeuten sechs Maschinengewehre. — Französische Vorstöße bei Massiges und in den Argonnen scheitern. — Kaiser Wilhelm begibt sich über Czernstochau auf den östlichen Kriegsschauplatz. — Frankreich hat bis Ende Jänner 450.000 Mann Verluste. — Der englische Dampfer „Thracia“ (18 Millionen Kronen Ladung) und der Eisbrecher „Mjoelner“ gehen im Weißen Meere zugrunde. — Der englische Truppentransportdampfer „Vitnor“ sinkt, 274 Tote.

13./II. 1915.

Kriegskalender.

4. Februar: In den Karpathen gewinnen unsere Angriffe Raum unsere Truppen machen mehrere hundert Gefangene. — Westlich Bolimow machen die Deutschen Fortschritte. — Deutschland erklärt die Gewässer um Irland und Großbritannien als Kriegsgebiet und kündigt ab 18. Februar die Zerstörung jedes feindlichen Handelsschiffes an, da England in einem Geheimbefehl den Mißbrauch der neutralen Flaggen anordnete. — Die Londoner Northwestern-Bahngesellschaft stellt alle Schiffsahrtsverbindungen zwischen England und Irland ein. — Große Erfolge der Deutschen nördlich Massiges, über 600 Gefangene, 9 Maschinengewehre, 9 Geschütze fallen in die Hände der Deutschen. — Erfolgreiche Gefechte in den Vogesen. — Munitionsexplosion in Brest-Litowsk; 1000 Personen werden getötet. — Das Landungskorps der „Emden“ ist bei Hobeida gelandet. — Kanada soll zwanzig Unterseeboote für England bauen. — Die Türken haben mit den Engländern einen Zusammenstoß bei Ismaila. — Englische Truppentransporte für Aegypten passieren das Rote Meer. — Der Zar begibt sich an die Front. — Verschleppung von galizischen Notabeln nach Sibirien.

Kein Feind auf dem Boden des Schutzgebietes

Berlin, 13. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Aus Deutsch-Ostafrika wird amtlich gemeldet: Bei der Beschließung des Rufidje-Deltas durch drei englische Kreuzer wurde am 7. November die versuchte Einföhrung von vier armierten feindlichen Barkassen und einem Dampfer durch Maschinenengewehrfeuer vereitelt. Am 11. November wurde ein großer englischer Dampfer in der Mündung bei Simba-Uranga versenkt, der unter dem Geschüßfeuer von Kreuzern und eskortiert von vier armierten Barkassen und einem Dampfer einfuhr. Bei dem Gefecht wurden vier Europäer der Küstenwache leicht verwundet. Der Feind hatte Verluste. Näheres ist unbekannt.

Ebenfalls im November griff eine belgische Kompagnie mit zwei Maschinengewehren die deutsche Stellung unter Leutnant Hasselbacher bei Pambete und Kasakalawe auf britischem Gebiet am Süden des Tanganjikasees an, während „Kigani“ und „Hedwig Wismann“ auf dem Abtransport des erbeuteten Telegraphenmaterials abwesend waren. „Hedwig Wismann“ kehrte zurück und nahm am Kampf teil. Nach fünfständigem Gefecht ging der Gegner unter Zurücklassung von fünf toten Askaris und unter Mitnahme von mehreren toten oder verwundeten Europäern und Askaris zurück. Bei uns wurden ein Maat und zwei Askaris leicht verwundet. Der auf Land liegende englische Dampfer „Cecil Rhodes“ wurde gesprengt.

Ein englischer Dampfer von der Größe unseres „Kigani“ wurde bei Kituta am Tanganjikasee von „Hedwig Wismann“ und „Kigani“ unter Kapitänleutnant Hendrick zerstört. Ferner wurde ein englisches Stahlboot genommen.

In Ergänzung der früheren Nachrichten über die Schlacht bei Tanga wird noch folgendes gemeldet: Bei Tanga liefen am 2. November 2 Kriegsschiffe und 14 Transportdampfer an. Nach Ablehnung der Forderung, die Stadt bedingungslos zu übergeben, fuhren die Schiffe wieder ab, landeten aber dann nachts bei Tanga Truppen. In einer dreitägigen Schlacht vom 3. bis 5. November wurden die feindlichen Truppen, bestehend aus acht Kompagnien des Lancashireregiments und acht indischen Regimentern, von unseren Truppen unter Oberleutnant v. Lettow vernichtend geschlagen. Der Feind ließ 150 Engländer und 600 Indier tot zurück. Viele Engländer und Indier wurden gefangen genommen, acht Maschinengewehre erobert und viel Waffen- und Munitionsvorräte erbeutet. Die Schiffe fuhren unter Mitnahme vieler Verwundeter, darunter 60 Schwerverwundeter, einschließlich zwei Oberleutnants und einer Anzahl anderer Offiziere, die sich ehrenwörtlich verpflichtet hatten, nicht mehr gegen Deutschland zu kämpfen, ab. Unsere Verluste sind gering; 15 Deutsche, darunter v. Prince, wurden getötet. Beim Bombardement von Tanga wurden eine Anzahl Häuser beschädigt.

Die bei Kijunburo, westlich des Viktoriasees, in den deutschen Bezirk Rufoba eingedrungenen englischen Truppen wurden im November von unseren Truppen unter dem Major v. Stümer aus dem deutschen Gebiet hinausgeworfen. Englisch-Kisiba wurde besetzt. Gegenwärtig ist Deutsch-Südostafrika völlig frei vom Feinde. Teile deutscher Truppen stehen auf feindlichem Gebiet in Britisch-Ostafrika und Uganda. Vor der ostafrikanischen

Küste kreuzen die englischen Kreuzer „Chatham“, „Dartmouth“, „Weymouth“ und „Fox“ sowie einige Hilfskreuzer.

Berlin, 13. Februar.

Der zum Kommandeur der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika ernannte Oberstleutnant Viktor Franke ist von Geburt Desterreicher.

14./II. 1915.

Wir und Italien.

Wien, 13. Februar.

Ein Teil der italienischen Presse beschäftigt sich seit dem Ausbruche des Krieges sehr viel mit Oesterreich-Ungarn und erörtert das Thema, ob wir schon im Sterben sind oder ob wir uns vielleicht noch einmal aufrichten können. Uns, die wir täglich neue Scharen wohl- ausgerüsteter Soldaten entschlossen ins Feld rücken sehen, mutet diese Diskussion an, als wenn die Leute, die sie führen, im Monde lebten. Wir fühlen unsere Kraft und sind voll Zuversicht. Im italienischen Publikum werden jedoch solche Untersuchungen offenbar ernst genommen. Wir möchten ihm raten, von den Verfassern jener Artikel zu verlangen, daß sie sich auf den Kriegsschauplatz begeben, dort sowohl im österreichisch-ungarischen wie im russischen Lager Eindrücke sammeln und dann die Frage, die sie aufwerfen, auf Grund ihrer Erfahrungen zu beantworten. Da die Herren, die sich mit ihr beschäftigen, zumeist auch Liebhaber einer kriegerischen Aktion Italiens zu sein scheinen, so kann es ihnen nur nützen, wenn sie vom Kriege und seinen Leiden und Freuden eine unmittelbare Anschauung gewinnen.

Es sind im allgemeinen dieselben Publizisten, die uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir in der Wahrung unserer Lebensinteressen getan haben, was wir für unbedingt unerlässlich hielten, und die immer wieder darauf zurückkommen, daß Oesterreich-Ungarn gegen Serbien vorgegangen ist, ohne Italien vorher ins Vertrauen zu ziehen. Hätten wir aber, so muß man fragen, die mit uns verbündeten Regierungen vor die Notwendigkeit stellen sollen, uns zuzustimmen oder abzumachen, und dadurch eine vielleicht für beide Teile peinliche Situation schaffen sollen? Durch die serbische Propaganda, deren letzte Tat der Fürstenmord war, waren wir in eine Situation gebracht, die uns vor die Wahl stellte, ob wir geduldig den Todesstreich unserer Feinde abwarten oder uns rechtzeitig zur Wehre setzen sollten. Es handelte sich nicht um Eroberungen, nicht um Vormachtstellung, nicht um den Marsch nach Saloniki, um nichts von alledem, was uns nachgesagt wird, sondern um die Verteidigung unseres Lebens. Das Bündnis zwischen den drei Mächten ist geschlossen worden, weil jede der drei erkannte, daß sie an den Lebensbedingungen der beiden anderen Interesse habe. Ob dieses Interesse ein mehr oder minder großes ist, hat jeder der Verbündeten für sich zu entscheiden. Der Bedrohte unter ihnen kann aber nur selbst entscheiden, ob er die Bedrohung für lebensgefährlich hält, und kann die Entscheidung nicht anderen überlassen, auch nicht Freunden, die nicht mit seinen Augen sehen können. Wir mußten gegen Serbien energisch vorgehen, auf die Gefahr hin, in Krieg mit Rußland zu geraten.

Da wir es als unsere Aufgabe betrachten, österreichisch-ungarische Politik zu machen, so nehmen wir auch die in der Polemik häufig wiederkehrende Feststellung, daß Italien eine rein italienische Politik machen müsse, als etwas durchaus Selbstverständliches hin. Es wäre naiv, wenn wir den übrigens sehr aussichtslosen Versuch machen wollten, Italien zu einer nichtitalienischen oder nur halbitalienischen Politik überreden zu wollen. Dies ist wohl auch schwerlich jemals in unserer Presse geschehen. Allerdings erscheinen in österreichisch-ungarischen und reichsdeutschen Blättern zuweilen Betrachtungen, wie sie indes auch in italienischen Zeitungen zu finden sind, die daran erinnern, daß die Schöpfer und Erneuerer des Dreibundes offenbar von der Ansicht aus-

gegangen sind, daß Italien und die beiden Kaisermächte wichtige gemeinsame politische Bedürfnisse haben und daß Italien sehr große anderweitige Interessen hat, die sich mit den unserigen zum mindesten nicht kreuzen und die es in eine Richtung weisen, in der es mit der unserigen nicht zusammenstoßen kann. Solche Betrachtungen sind die natürliche Antwort auf die mehr oder minder leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die sich von einem gegen unsere Monarchie gerichteten Gefühle leiten lassen. Wenn wir immer wieder lesen müssen, wie das italienische Publikum durch grundfalsche Darstellungen von der Lage der Bevölkerung in unseren Grenzbezirken irreführt wird und wie mit Berufung auf diese entstellenden Schilderungen eine uns feindliche Gefühlspolitik gepredigt wird, so ist es begreiflich, daß Oesterreicher und Ungarn zur Feder greifen, um diese Legende, an der unablässig gesponnen wird, zu zerstören und dem verbündeten Volke vielleicht doch klar zu machen, daß man es auf einen verkehrten Weg drängen will.

Phantasten wollen der italienischen Nation den Glauben beibringen, daß sie zu einem Befreiungskriege gegen Oesterreich-Ungarn ausziehen müsse, zu einem Befreiungskriege, der überdies, wenn er gelänge, das heißt, wenn insolge dieser Vermehrung der Feinde die Monarchie besiegt würde, zur Folge hätte, daß Italien entweder mehr als eine Million slavischer Untertanen bekäme oder daß es die Nordostküste der Adria an einen Vasallen Rußlands überlassen müßte. Man will die italienische Nation zu einem Kampfe verleiten, der, wie immer er auch ausfiele, ob glücklich für uns oder glücklich für Italien, eine tiefe, blutige Furche zwischen die beiden Länder graben würde, aus der immer nur Gift hervorsprossen könnte. Kein denkender Politiker wird es für möglich halten, daß ein großes Reich sich von der Meeresküste abdrängen lassen wird, nur um einer Handvoll von Uebernationalisten, die auf seinem Gebiete leben, einen Gefallen zu tun. Würden wir die Küste verlieren, so würden wir immer wieder suchen, sie zurückzugewinnen — mit der Macht eines Naturgesetzes würde dieses Streben sich geltend machen. Und überhaupt, wie kann man annehmen, daß unsere Monarchie nach einem Kampfe ohnegleichen auf eine Verminderung ihres Gebietes werde eingehen wollen, solange sie Atem in sich fühlt?

Im großen und ganzen hat man den Eindruck, daß der gegenwärtige Krieg im Sinne des Grundsatzes der Achtung der Lebensbedürfnisse entscheidet. Die eingebildeten imperialistischen Bedürfnisse, die ohne Rücksicht auf das Existenzminimum der Nachbarn nach Glanz und Machterweiterung streben, erweisen sich als verhängnisvoll. Die ausschweifenden Herrschstgellüste Rußlands und Englands sind sichtlich im Scheitern, und dies scheint bezeichnend für die Richtung, die die geschichtliche Entwicklung künftig nehmen will. Leben und leben lassen, scheint das Prinzip, das sich durchringen will. Immerhin bietet sich in diesem Kriege vielleicht für Italien manche Gelegenheit. Die Welt ist groß und Italien steht möglicherweise noch nicht am Ende seiner Expansion. Wenn sich irgendein Vorteil erzielen läßt, werden sich die italienischen Staatsmänner ihn sicher nicht entgehen lassen. Denjenigen italienischen Rednern und Publizisten aber, die den Krieg um seiner selbst willen wollen oder um der französischen Republik Hilfe zu bringen, können wir nur nochmals empfehlen, den Kriegsschauplätzen einen Besuch abzustatten.

14. II. 1915

Die „Mißverständnisse“ Greys.

(Tel. des l. i. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)
 London, 12. Februar. Im Unterhause beantwortete Staatssekretär Sir Edward Grey eine Anfrage, wann er dem französischen Botschafter und dem britischen Kabinett die im Anhang II zum französischen Gelbbuch enthaltenen Telegramme über den deutschen Versuch, von Großbritannien eine Garantie für die französische Neutralität zu erhalten, vorgelegt habe. Grey verwies auf die von Lord Cecil am 28. August 1914 erteilte Antwort, aus der klar hervorgehe, daß über die Natur des Vorschlages, den der deutsche Botschafter machte, vollständiges Mißverständnis herrschte und daß deshalb über diese Angelegenheit der französischen Regierung und dem britischen Kabinett vor dem 3. August nichts mitzuteilen war. Wenn Deutschland, wie zuerst angenommen wurde, vorschlug, daß es neutral bleiben würde, wenn Frankreich neutral bliebe, würde ich, fuhr der Staatssekretär fort, dies der französischen Regierung mitgeteilt haben. Es stellte sich jedoch heraus, daß der deutsche Vorschlag dahin ging, daß Frankreich neutral bleiben sollte, wenn Deutschland mit Rußland Krieg beginnen würde, mit andern Worten, daß Frankreich seinem Bündnis mit Rußland untreu werden sollte. Ich konnte das Frankreich nicht vorschlagen, und die Franzosen würden jeden solchen Vorschlag mit Recht zurückgewiesen haben. (Es bedarf wohl nicht erst des Hinweises, welcher neuerlichen Sinterhältigkeit sich Sir Edward Grey bei dieser Angelegenheit schuldig machte und wie sehr gerade dieser Vorgang sein Konto als Miturheber des

Krieges belastet. Das deutsche Weißbuch und das österreichisch-ungarische Rotbuch haben auch bezüglich dieser Affäre klare Beweise für die Schuld Greys geliefert, der in einer so hoch-ernsten Frage nichts andres als ein Mißverständnis zur Ausrede gebrauchen kann. (Ann. der Red.)

14./II. 1915.

Der Wortlaut der amerikanischen Note an Deutschland.

Berlin, 13. Februar.

Die amerikanische Note an Deutschland hat folgenden Wortlaut:

„Euer Excellenz! Ich bin von meiner Regierung beauftragt, Euer Excellenz folgendes zu übermitteln:

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist durch die Bekanntmachung des Deutschen Admiralstabes vom 4. Februar 1915 darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals als Kriegsgebiet anzusehen seien, daß alle in diesen Gewässern nach dem 18. Februar angetroffenen feindlichen Rauffahrtschiffe zerstört werden sollen, ohne daß es immer möglich sein werde, die Besatzungen und die Passagiere zu retten, und daß auch neutrale Schiffe in diesem Kriegsgebiete Gefahr laufen, da angeichts des Mißbrauchs neutraler Flaggen, der am 31. Januar von der britischen Regierung angeordnet worden sein soll, und angeichts der Zufälligkeiten des Seekrieges nicht immer vermieden werden könne, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen.

Die amerikanische Regierung erachtet es daher als ihre Pflicht, die kaiserlich deutsche Regierung in aufrichtiger Hochschätzung und mit freundschaftlichsten Gefühlen, aber doch ganz offen und ernstlich auf die sehr ernsten Folgen aufmerksam zu machen, die das mit der Bekanntmachung offenbar beabsichtigte Vorgehen möglicherweise herbeiführen kann. Die amerikanische Regierung schätzt diese möglichen Folgen mit solcher Besorgnis ein, daß sie es unter den obwaltenden Umständen als ihr Recht, ja auch als ihre Pflicht erachtet, die kaiserlich deutsche Regierung zu ersuchen, vor einem tatsächlichen Vorgehen die kritische Lage zu erwägen, die in den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland entstehen könnte, falls die deutschen Seestreitkräfte in Befolgung der durch die Bekanntmachung des Admiralstabes angekündigten Maßnahmen irgendein Rauffahrtschiff der Vereinigten Staaten zerstören oder den Tod eines amerikanischen Staatsangehörigen verursachen sollten.

Es ist selbstverständlich nicht nötig, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß einer kriegsführenden Nation in bezug auf neutrale Schiffe auf hoher See lediglich das Recht der Durchsuchung zusteht, es sei denn, daß eine Blockadeerklärung ergangen ist und die Blockade effektiv aufrechterhalten wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt an, daß eine Blockade im vorliegenden Falle nicht beabsichtigt ist. Eine Erklärung oder die Ausübung des Rechtes, jedes Schiff anzugreifen und zu zerstören, das ein näher umschriebenes Gebiet auf offener See befährt, ohne erst festgestellt zu haben, ob es einer kriegsführenden Nation gehört, oder ob seine Ladung Konterbande ist, wäre eine Handlungsweise, die so sehr im Widerspruch mit allen Präzedenzen der Seekriegsführung steht, daß die amerikanische Regierung kaum annehmen kann, daß die kaiserlich deutsche Regierung im vorliegenden Falle sie als möglich ins Auge faßt. Der Verdacht, daß feindliche Schiffe zu Unrecht eine neutrale Flagge führen, kann nicht eine berechnete Vermutung schaffen, daß alle Schiffe, die ein näher umschriebenes Gebiet befahren, demselben Verdacht unterliegen. Gerade um solche Fragen aufzuklären, ist nach Ansicht der amerikanischen Regierung das Recht der Durchsuchung anerkannt worden. Die amerikanische Regierung hat von der Denkschrift der kaiserlich deutschen Regierung, die zugleich mit der Bekanntmachung des Admiralstabes erging, eingehend Kenntnis

genommen. Sie benützt diese Gelegenheit, die deutsche Regierung mit größter Hochschätzung darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer Kritik wegen nicht neutraler Haltung, der sich nach Ansicht der deutschen Regierung die Regierungen gewisser anderer neutraler Staaten aussetzen, keine Veranlassung gab. Die Regierung der Vereinigten Staaten stimmte keiner Maßnahme zu oder ließ es bei einer solchen bewenden, die von den anderen kriegsführenden Nationen im gegenwärtigen Kriege getroffen wurden, und die auf die Beschränkung des Handels hinzielen. Vielmehr nahm sie in allen solchen Fällen eine Haltung ein, die ihr das Recht gibt, diese Regierungen in der richtigen Weise für alle eventuellen Wirkungen auf die amerikanische Schifffahrt verantwortlich zu machen, welche durch bestehende Grundsätze des Völkerrechtes nicht gerechtfertigt sind.

Daher erachtet sich die amerikanische Regierung im vorliegenden Falle mit gutem Gewissen auf Grund anerkannter Prinzipien für berechtigt, die in der Note angedeutete Haltung einzunehmen. Falls die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe auf Grund der Annahme, daß die Flagge der Vereinigten Staaten nicht in gutem Glauben geführt wird, handeln sollten und auf hoher See ein amerikanisches Schiff oder das Leben amerikanischer Staatsangehöriger vernichten sollten, so würde die Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Handlung schwerlich etwas anderes als eine unentschuld bare Verletzung neutraler Rechte erblicken können, die kaum in Einklang zu bringen sein würde mit den freundschaftlichen Beziehungen, die jetzt glücklicherweise zwischen den beiden Regierungen bestehen. Sollte eine solche beklagenswerte Situation entstehen, so würde die Regierung der Vereinigten Staaten, wie die kaiserlich deutsche Regierung wohl verstehen wird, genötigt sein, die kaiserlich deutsche Regierung für solche Handlungen ihrer Marinebehörden streng verantwortlich zu machen und alle Schritte zutun, die zum Schutze des amerikanischen Lebens und Eigentums auf hoher See für die Amerikaner erforderlich sind.

In Anbetracht dieser Erwägungen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit der größten Hochschätzung und in dem ernstlichen Bestreben vorbringt, irgendwelche Mißverständnisse zu vermeiden und zu verhindern, daß Umstände entstehen, die sogar einen Schatten auf den Verkehr der beiden Regierungen werfen könnten, spricht die amerikanische Regierung die zuversichtliche Hoffnung und Erwartung aus, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Versicherung geben kann und will, daß amerikanische Staatsbürger und ihre Schiffe anders als im Wege der Durchsuchung durch deutsche Seestreitkräfte, selbst in dem in der Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes näher bezeichneten Gebiet nicht belästigt werden sollen. Zur Information der kaiserlichen Regierung wird hinzugefügt, daß der Regierung der britannischen Majestät bezüglich des ungerechtfertigten Gebrauches der amerikanischen Flagge zum Schutze britischer Schiffe Vorstellungen gemacht worden sind.

Ich benütze diesen Anlaß, Eure Excellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

(Geg. :) James W. Gerard.

Er. Excellenz Herrn v. Sadow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Anmerkung des Wolffschen Bureaus: Die von der amerikanischen Regierung erbetene Aufklärung wird, wie wir annehmen, in demselben freundlichen Tone erfolgen, in dem die amerikanische Note gehalten ist.

14. / II. 1915.

Kriegskalender.

6. Februar: Oesterreichisch-ungarische Truppen ziehen in Kimpolung ein. — Ein russischer Nachtangriff bei Lopuzano, westlich von Kielec, wird abgewiesen. — Ein Luftangriff unserer Flieger in der Adria auf französische Transporte ist von Erfolg begleitet. — Nach einem in höheren französischen Militärkreisen zirkulierenden Geheimbericht betragen die Verluste Frankreichs an Gefallenen bis Ende Januar mehr als 450.000 Mann. — Die französischen Behörden heben die nach Frankreich geflüchteten waffenfähigen Belgier aus, um sie der Armee einzuverleiben. — Die Russen räumen im Kaukasus das gesamte Tschoroch-Gebiet. — Ein türkisches Kriegsschiff beschießt Vatum. — Englische Kavallerie wird bei Korna von den Türken neuerdings geschlagen und zieht sich in der Richtung nach dem Süden zurück. — Die türkischen Vorhuttruppen haben die Gegenenden östlich vom Suezkanal erreicht und die Vorposten der Engländer zurückgetrieben. — Das Preisengericht in Alexandrien erklärt die Beschlagnahme des österreichischen Lloyd dampfers „Marquis Bacquehem“ für nicht gerechtfertigt.

7. Februar: Der englische Dampfer „Ausitania“ hißt auf der Fahrt nach Liverpool in der Nähe der irischen Küste die amerikanische Flagge. — Der Schweizer Bundesrat beantragt die Aufnahme einer einmaligen direkten Kriegsteuer auf Vermögen und Erwerb zur Deckung der Kosten des Kriegsaufgebotes. — Die Deutschen greifen Rafomas in Südafrika an. — Zusammenstoß englischer Truppen mit den Deutschen bei Swakopmund. — In den katholischen Kirchen wird der vom Papst angeordnete Weltbußtag feierlich begangen und das Friedensgebet des Papstes verlesen.

8. Februar: In der südlichen Bukowina erreichen unsere Truppen das obere Suczawatal und machen 400 Gefangene. — Kaiser Wilhelm besichtigt die im Wura- und Rowka-Abchnitt kämpfenden Truppen. — Die Pariser Konferenz der Finanzminister der Ententemächte beschließt die Vereinigung der gemeinsamen finanziellen Hilfsmittel zur Fortsetzung des Krieges und die Aufnahme einer gemeinsamen Anleihe für die an Seite der Entente gegenwärtig und künftig kämpfenden Staaten. — Neue indische Truppen passieren in der Richtung nach Nordfrankreich Rhon. — Nach Mitteilung Asquiths im Unterhause betragen die englischen Verluste auf dem westlichen Kriegsschauplatz bis 4. Februar ungefähr 104.000 Mann. — In England wird die Anzahl der Marinemannschaften um 32.000 Mann vermehrt. — Russische Kriegsschiffe versenken im Hafen von Trabezunt den amerikanischen Dampfer „Washington“. — Einige türkische Infanteriekompagnien übersehen zwischen Toffum und Serpium den Suezkanal.

9. Februar: In der Reichsduma, die ihre Session eröffnet, hält Sazonow sein Expofe.

Die Duma sprach den unbedingten Entschluß aus, Krieg zu führen, bis dem Feinde die Friedensbedingungen aufgezwungen werden können. — 150 englische Schiffe suchen die gesamte englische Küste nach Schlupfwinkeln der deutschen Unterseeboote ab. — Türkische Kriegsschiffe beschießen Malta.

10. Februar: Die Bukowina ist bis zur Suczawa vom Feinde geäubert, Surahumora und Suczawa werden von unseren Truppen besetzt. — Die russische Offensive an den Dukaübergängen ist unter schweren Verlusten zusammengebrochen. — Der englische Dampfer „Laertes“ wird von einem deutschen Unterseeboot verfolgt und hißt die holländische Flagge. — Seit Kriegsbeginn wurde mehr als ein Prozent der gesamten englischen Handelsflotte vernichtet. — Die drei nordischen Reiche beschließen, die in Malmo begonnenen gemeinschaftlichen Verhandlungen in Kopenhagen fortzusetzen. — Der portugiesische Ministerpräsident Castro verfügt die vorläufige Einstellung der Mobilisierungsmaßnahmen. — Der amerikanische Senator La Follette bringt eine Resolution ein, die die neutralen Nationen einlädt, sich für die Beendigung des Krieges einzusetzen, und die Union auffordert, eine Konferenz der Neutralen einzuberufen.

11. Februar: Unsere Truppen in der Bukowina erobern die Stadt Sereth. — Bei einem Angriff in den Argonnen gewinnen die Deutschen Boden und nehmen mehr als 300 Mann gefangen. — Ein französisches Flugzeug wirft auf den Hafen von Bissingen zwei Bomben ab. — Die Kriegskosten Rußlands belaufen sich bis 1. Januar auf 3020 Millionen Rubel und betragen täglich 14 Millionen. — Das englische Unterhaus bewilligte den Voranschlag für die Unterhaltung eines Heeres von drei Millionen Mann. Der Abgeordnete Jowett fragt, auf welcher Grundlage England und die Verbündeten willens wären, Friedensbedingungen zu erörtern. — Die für Deutschland bestimmte Ladung des amerikanischen Dampfers „Wilhelmina“ wird von den englischen Behörden in Falmouth beschlagnahmt. — Auf den Militärgouverneur von Ägypten, General Martwell, verübt in Kairo ein indischer Soldat ein Attentat. Der General wird verwundet, sein Adjutant getötet.

12. Februar: Unsere Truppen in der Bukowina haben die Serethlinie erreicht. — Die Russen müssen ihre Stellungen östlich von den Masurischen Seen schnelligst aufgeben. In den Kämpfen in dieser Gegend machen die Deutschen 26.000 Gefangene und erobern mehr als 20 Geschütze und 30 Maschinengewehre. — Das englische Torpedoboot „93“, das mit der Ueberwachung der Meerenge von Gibraltar beauftragt war, wird vermisst. — Die Duma vertagt sich bis spätestens Mitte Dezember.

Kriegschronik.

- 7. Februar:**
 Bulgarien macht bei den Zentralstaaten eine Anleihe von 150 Mill. Fr.
 Sämtliche englischen Häfen werden für besetzte Plätze erklärt.
 Der Kaiser besucht die Schützengräben bei Gruszczyu.
 Vordringen der Oesterreicher in der Bukowina. 1200 Gefangene.
- 8. Februar:**
 Die „Lusitania“ fährt unter amerikanischer Flagge nach Liverpool.
 Der Kaiser am Bzura-Rawka-Abschnitt.
- 9. Februar:**
 Kriegstagung des preussischen Abgeordnetenhauses.
 Das englische Auswärtige Amt verteidigt die falsche Flagge als berechtigte Kriegsliste.
 Das türkische Hauptquartier meldet die Ueberschreitung des Suezkanals.
- 10. Februar:**
 Weitere Fortschritte in den Karpathen.
 Größere Kampfentwicklung an der ostpreussischen Grenze.
 Kriegssitzung der russischen Duma; Rede Sfasonows.
 Fortschreitende Räumung der Bukowina.
 Japan erstrebt ein Protektorat über China und die Herrschaft im fernen Osten.
- 11. Februar:**
 In den Argonnen dreihundert Gefangene gemacht, sechs kleinere Geschütze, zwei Maschinengewehre erobert.
 Der Kaiser fährt erneut zur Ostfront.
 Die Russen im Kaukasus zurückgeworfen.
 Ein amerikanischer Dampfer durch russische Kriegsschiffe vor Trapezunt versenkt.

15./II. 1915.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Sofia, 14. Februar, 2 Uhr morgens.

Im Stadtkasino fand Samstag ein Maskenball statt, welchem die beste Gesellschaft Sofias, darunter viele Mitglieder des diplomatischen Korps, und ungefähr 1500 Personen als Gäste bewohnten.

Gegen 1 Uhr morgens ertönte plötzlich mitten im Saale eine furchtbare Detonation, der Entsetzensschreie der von Panik ergriffenen Gesellschaft folgten. Viele Frauen fielen in Ohnmacht und Weinkrämpfe.

Der Attentäter hatte an einer verschlossenen Ausgangstür das Holzfutter ausgeschnitten und durch diese Oeffnung war eine Handbombe in den Saal geflogen.

An der Stelle, an der die Bombe explodierte, saßen unter anderen die Gemahlin Radoslawows, die Familien Ratscho Terqws und des kürzlich abgetretenen Kriegsministers Bobjadjew, ferner die Tochter und der Schwiegerohn des Kriegsministers Fittschew.

Gardeoberleutnant Bobjadjew, ein Sohn des früheren Kriegsministers, wurde blutüberströmt hinausgetragen. Er verschied einige Minuten später.

Mehr oder weniger schwer wurden ungefähr zehn Personen verwundet, darunter Frau Prowadaliem, eine nahe Verwandte von Radoslawow, ferner die Tochter und der Schwiegerohn Fittschews, der Deputierte Brakalow.

Vom Attentäter fehlt jede Spur. Die Empörung über dieses Attentat ist ungeheuer.

Der Kriegsprokurator und der Chef der Geheimpolizei nahmen noch nachts den Tatbestand bis 5 Uhr morgens auf. Ministerpräsident Radoslawow wurde telegraphisch über die gepflogenen Erhebungen auf dem laufenden gehalten.

Zahllose Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter von allen Personen, von denen die Geheimpolizei weiß, daß sie in der serbischen Gesandtschaft verkehren.

Ein politisches Attentat scheint nicht vorzuliegen, eher ein anarchistisches.

Jedenfalls wird der Kriegszustand, der bisher sehr milde gehandhabt wurde, verschärft.

15./II. 1915

„Kampf gegen die englischen Kriegshäfen und die englische Kriegs- und Handelsflotte mit allen Mitteln.“

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 14. Februar.

Aus dem Haag wird dem „Lokalanzeiger“ berichtet: Die deutsche Gesandtschaft im Haag erläßt von neuem eine dringende Warnung an die neutrale Schifffahrt, worin sie nach einer Begründung der deutschen Maßnahmen folgendes erklärt:

Deutschland ist jetzt von neuem genötigt, sämtliche neutralen Schiffe vom 18. Februar ab vor dem Befahren der englischen Küstengewässer dringend zu warnen, weil von jenem Tage ab seitens der deutschen Admiralität dort der Kampf gegen die englischen Kriegshäfen, die englische Kriegs- und Handelsflotte mit allen Mitteln unternommen wird. Neutrale Schiffe, die sich dann noch in das Kriegsgelände begeben, laufen somit die nämlichen Gefahren, wie wenn sie ihren Kurs in der Mitte von Seegefechten zwischen Deutschland und England nähmen. Die genaue Stelle und das Datum der Gefechte können nicht angegeben werden und die angewandten Kampfmittel werden für jedes Schiff, das sich in diesen Gewässern befindet, Gefahren mitbringen, für die Deutschland die Verantwortung nicht auf sich nehmen kann. Der Weg nördlich um Schottland herum kann infolge der Tiefe des Fahrwassers durch Seeminen nicht gefährdet werden. Dort ebenso wie in sämtlichen Gewässern der Nordsee, mit Ausnahme der englischen Gewässer und der deutschen Bucht wird die neutrale Schifffahrt durch die Maßnahmen der deutschen Admiralität nicht gefährdet.

Kriegskalender

7. Februar: Unsere Truppen besetzen Kimpolung in der Bulowina und machen daselbst 1200 Gefangene — Heftige Kämpfe in den Karpathen. — Erfolgreiche Bombenwürfe unserer Flieger auf französische Truppentransporte in der Adria. — Südlich Opatowitz nehmen die Deutschen 2 englische Maschinengewehre und französische Schützengräben. — Die Türken bombardieren Batum; die türkischen Vorhuttruppen sind östlich vom Suezkanal angelangt, den einige Kompagnien überschreiten.

8. Februar: Unsere schwere Artillerie beschießt den Raum um Tarnow mit Erfolg. — Im oberen Suczawatal machen unsere Truppen 400 Gefangene. — Fortschritte der Deutschen in den Argonnen. — Türkische Erfolge am Suezkanal. — Beilegung des Zwischenfalles von Hodeidah. — Probeverschiebungen in Warschau. — Die englischen Verluste im ersten Kriegshalbjahr betragen 104.000 Mann. — Die Türken beschließen Jalta und versenken ein russisches Schiff.

9. Februar: Unsere Truppen besetzen Wama in der Bulowina. — In den Baldkarpathen nehmen unsere Truppen nach hartnäckigen Kämpfen einen Ort nördlich des Sattels von Bolovec, im westlichen Abschnitt machen unsere Truppen 340 Gefangene und erbeuten 3 Maschinengewehre. — Deutsche Luftschiffe über Finnland und den Ostseeprovinzen. — Serbisches Attentat auf das Pulvermagazin in Sofia. — Russenfeindliche Proklamationen in Livland. — Der japanische Dampfer „Asuma“ fährt auf ein Riff. — 150 englische Zerstörer suchen die englische Küste nach Schlupfwinkeln der deutschen Unterseeboote ab. — Offiziersunruhen in Portugal.

10. Februar: Die Bulowina ist bis zur Suczawa vom Feinde gesäubert. — Erfolge der Deutschen in den Argonnen, am Westabhange der Vogesen und im Hirzbacher Wald. — Eröffnung der russischen Reichsduma. — Der englische Dampfer „Oriola“ wird von einem deutschen Unterseeboot versenkt. — Der von England ernannte Sultan von Aegypten zieht sich nach Alexandrien zurück. — Seit Kriegsbeginn wurde einem englischen Berichte zufolge über 1 Prozent der gesamten britischen Handelsflotte versenkt.

16./11. 1915

Die Beratung des preußischen Etats.

Die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen.

Berlin, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) In der heutigen Sitzung der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde die Besprechung der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen fortgesetzt.

Ein Kommissionsmitglied wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Mobilmachung nicht rechtzeitig eingeleitet worden sei. Man habe darauf los gelebt, auch nicht überall die notwendige Beweglichkeit zur Förderung der Einfuhr gezeigt. Wegen der Kartoffeln sei eine mäßige Preiserhöhung gerechtfertigt, weil diese durch die Lagerung an Gewicht verloren. Der Bau von Gemüse und Frühkartoffeln sei zu fördern, vielleicht unter Garantie eines Mindestpreises. Für den Ausgleich zwischen Ost und West müßten die Verkehrsbedingungen verbessert werden. Den Floedenfabriken für Hafer und Gerste müsse die Möglichkeit der Betriebsfortsetzung gewährt werden. Bei der Verteilung von Brot möge nicht zu schematisch vorgegangen werden. Man müsse für die Aufrechterhaltung schwächerer Existenzen nach dem Kriege Sorge tragen.

Ein anderes Mitglied bemerkte, bedauerlich sei die lange Aufrechterhaltung des Schlachtverbotes. Für die Festlegung der inländischen Futtermittel müsse gesorgt werden; auch müßten für die Verteilung angemessene Preise bestimmt werden. Besondere Sorgfalt müßten die örtlichen Behörden darauf verwenden, daß keine Getreidevorräte verdirben. Die Unterverteilung werde keine erhebliche Schwierigkeiten verursachen; in einzelnen Gegenden sei sie schon seit langer Zeit organisiert. Die Anordnung der Beschaffung von Dauerware von Schweinen sei zweckmäßig. Man müsse dafür sorgen, daß möglichst alle schlachtbaren Schweine unter wirtschaftlicher Ausnutzung geschlachtet würden, natürlich unter Erhaltung der Zuchttiere. Ein weiteres Mitglied der Kommission hob die Bedeutung des Hafermehls für die Kleinbäuerlichen Besitzungen hervor — es werde dort viel für die Ernährung gebraucht; ferner die Notwendigkeit, an Rindviehgespanne und Zuchtkälber Hafer zu füttern. Für den Winterstand müsse Kupfervitriol beschafft, auch der Absatz der großen lagernden Weinvorräte gefördert werden. Der Arbeitermangel sei tunlichst durch Beurlaubungen zu mildern. Die hohen Betriebskosten der Landwirtschaft seien ausreichend zu berücksichtigen.

Ein Kommissionsmitglied bemerkte, ein übereiltes Abschachten ohne genügende Konservierungsmaßregeln sei zu vermeiden. Bei den Konservenfabriken müßten die notwendigen Hilfskräfte und das Material für die Büchsen beschafft werden. Ausreichende Kartoffelpreise würden zu Gunsten der Abschachtung. Besondere Berücksichtigung erfordere die Erhaltung der Landesferdezeitung.

Ein anderes Kommissionsmitglied faßte die Punkte zusammen, in denen nach seiner Meinung Einverständnis vorhanden ist. In der Frage der Wirtschaftspolitik betonte der Redner, daß er und seine Freunde Freihändler im Sinne einer internationalen Arbeitsteilung lediglich nach Maßgabe der Produktionskosten nicht seien; sie hätten für die Handelsverträge und für Erziehungszölle gestimmt. Die Meinungsverschiedenheiten bezögen sich auf einzelne Zollsätze und sonstige Bestimmungen. Man möge eine Frage des Maßes oder Grades nicht zu einer Frage des Prinzips machen.

Hierauf antwortete der Unterstaatssekretär im Finanzministerium auf eine Reihe von Anfragen und Anregungen einzelner Vorredner. Er wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die den Kommunalverbänden aus der Aufgabe erwachsen, die Verteilung der Vorräte unter die Konsumenten durchzuführen, vor allem, sie gerecht durchzuführen. Jeder Durchschnittsbetrag bringe die Gefahr der Verschwendung in sich und mache Ungerechtigkeiten unvermeidlich. Es werde die schwere Aufgabe der Kommunen sein, nach Möglichkeit auszugleichen. Die Kommunalverbände seien mit der Verteilung der ihnen zugewiesenen Vorräte ja nicht gebunden. Für die Anregung mehrerer Vorredner, die Stellung des Leiters der Kriegsgetreide-Gesellschaft unabhängig zu machen, sei er dankbar. Auch er halte es für erforderlich, die Zentrale stark und unabhängig zu machen, und andererseits würde er gern dazu beitragen, durch Bestellung von Bezirksfachverständigen, tunlichst auch aus landwirtschaftlichen Kreisen, dafür zu sorgen, daß das Verständnis für die schwere Aufgabe der Kriegsgetreide-Gesellschaft in alle Kreise dringe.

Ein Kommissionsmitglied besprach des Näheren die Frage der Kartoffelversorgung.

Auf einige Anfragen von Vorrednern erwiderte der Landwirtschaftsminister: Darüber, ob Futtermittel zu beschlagnahmen seien, schwebten Verhandlungen. Die Bezugs-Vereinigung der Landwirte setze die Preise der aus dem okkupierten Feindesland stammenden Zuderrübenschnitzel nicht willkürlich fest, sondern sei an vereinbarte feste Preise gebunden. Bezüglich der Kartoffeln sei eine Beständeaufnahme ziemlich schwer und ein Ergebnis unsicher; richtiger erscheine die Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln. Wegen verstärkten Anbaues von Frühgemüsen seien die Landwirtschaftskammern mit Anweisungen versehen. Schlachtungen von Schweinen seien in Preußen in der Zeit vom 1. Dezember 1914 bis 1. Februar 1915 schätzungsweise 4,5 Millionen vorgenommen worden. Der demnach verbleibende Bestand von zirka 13 Millionen sei für Preußen noch reichlich hoch und vertrage eine mäßige Verringerung, ohne daß man für die Schweinezucht als solche Besürchtungen zu haben brauche. Die Maul- und Klauenfeuche habe sich infolge des Krieges leider stark vermehrt. Die Bekämpfung sei wegen der Einberufung zahlreicher Veterinär- und Polizeibeamter leider nicht in dem Maße möglich gewesen wie in Friedenszeiten.

Ein Kommissionsmitglied machte darauf aufmerksam, daß die Bergarbeiter kein warmes Essen in der Grube erhalten könnten; das möge bei der Brotverteilung berücksichtigt werden. Dazu machte der Handelsminister darauf aufmerksam, daß die Kommunalverbände die Möglichkeit hätten, schwer arbeitenden Männern, somit auch den im Bergbau tätigen, nach Bedarf auszuhelfen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Soziale Kriegsfürsorge in Verbindung mit dem Geschenkturnier über Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände).

Kriegssitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

In der gestrigen Sitzung der verstärkten Budgetkommission wurde die Besprechung der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen fortgesetzt.

Ein Kommissionsmitglied wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Mobilmachung nicht rechtzeitig eingeleitet sei,

man habe darauflos gelebt,

auch nicht überall die nötige Beweglichkeit zur Förderung der Einfuhr gezeigt. Wegen der Kartoffeln sei eine mäßige Preiserhöhung gerechtfertigt, weil dieselben durch die Lagerung an Gewicht verlore. Von Gemüse und Frühkartoffeln sei zu fördern, vielleicht unter Garantie eines Mindestpreises. Für den Ausgleich zwischen Osten und Westen müßten die Verkehrsmöglichkeiten verbessert werden. Den Glodenfabriken für Hafer und Gerste müsse die Möglichkeit der Betriebsfortsetzung gewährt werden. Bei der Verteilung von Brot möge nicht zu schematisch vorgegangen werden. Man müsse für die Aufrechterhaltung schwächerer Erzeugnisse nach dem Krieg Sorge tragen.

Ein anderes Mitglied bemerkte, bedauerlich sei die lange Aufrechterhaltung des Schlachtverbots gewesen. Für die Festlegung der inländischen Futtermittel müsse gesorgt werden, auch müßten für die Verteilung angemessene Preise bestimmt werden. Besondere Sorgfalt sei durch die örtlichen Behörden darauf zu verwenden, daß keine Getreidevorräte verdirben. Die Unterverteilung werde nicht erhebliche Schwierigkeiten verursachen, in einzelnen Gegenden sei sie schon seit längerer Zeit organisiert. Die Anordnung der Beschaffung von Dauerware, von Schweinen sei zweckmäßig, man müsse dafür sorgen, daß möglichst alle schlachtbaren Schweine unter wirtschaftlicher Ausnutzung geschlachtet würden, natürlich unter Erhaltung der Zuchttiere.

Ein weiteres Mitglied der Kommission hob die Bedeutung des Hafermehls für die kleinbäuerlichen Besitzungen hervor, es werde dort viel für die Ernährung der Bevölkerung gebraucht, ferner die Notwendigkeit an Rindviehgespann und Zuchtlälber Hafer zu füttern. Für den Winterstand müsse Kupfervitriol beschafft, auch der Absatz der großen lagernden Weinvorräte gefördert werden. Der Arbeitermangel sei tunlichst durch Beurlaubungen zu mildern. Die höheren Betriebskosten der Landwirtschaft seien ausreichend zu berücksichtigen.

Ein Kommissionsmitglied bemerkte, ein übereiltes Abschichten ohne genügende Konservierungsmassregeln sei zu vermeiden. Bei den Konservenfabriken müßten die notwendigen Hilfskräfte und das Material für die Büchsen belassen werden. Ausreichende Kartoffelpreise wirkten zugunsten der Abschichtung. Besondere Berücksichtigung erfordere die Erhaltung der Landespferdezucht.

Ein anderes Kommissionsmitglied sagte die Punkte zusammen, in denen nach seiner Auffassung Einverständnis vorhanden sei. In der Frage der Wirtschaftspolitik betonte der Redner, daß er und seine Freunde freihändlerisch im Sinne einer internationalen Arbeitsteilung lediglich nach Maßgabe der Produktionskosten nicht seien. Sie hätten für die Handelsverträge und für Erziehungszölle gestimmt. Die Meinungsverschiedenheiten bezögen sich auf einzelne Zollsätze und sonstige Bestimmungen. Man möge eine Frage des Maßes und Grades nicht zu einer Frage des Prinzips machen.

Darauf antwortete der

Unterstaatssekretär im Finanzministerium

auf eine Reihe von Anfragen und Anregungen einzelner Vorredner. Er wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die den Kommunalverbänden aus der Aufgabe erwüchsen, die Verteilung der Vorräte unter die Konsumenten durchzuführen, vor allem, sie gerecht durchzuführen. Jeder Durchschnittsbetrag berge die Gefahr der Verschwendung in sich und mache Ungerechtigkeiten unvermeidlich. Es werde die schwere Aufgabe der Kommunen sein, nach Möglichkeit auszugleichen. Die Kommunalverbände seien mit der Verteilung der ihnen zugewiesenen Vorräte ja nicht gebunden. Für die Anregung mehrerer Vorredner, die Stellung des Leiters der Kriegsgetreidegesellschaft unabhängiger zu machen, sei er dankbar. Auch er halte es für erforderlich, die Zentrale stark und unabhängig zu machen, und andererseits würde er gern dazu beitragen, durch Bestellung von Bezirksfachverständigen, tunlichst auch aus landwirtschaftlichen Kreisen, dafür zu sorgen, daß das Verständnis der schweren Aufgabe der Kriegsgetreidegesellschaft in alle Kreise dringe.

Ein Kommissionsmitglied besprach des näheren die Kartoffelversorgungsfrage.

Auf einige Anfragen von Vorrednern erwiderte

der Landwirtschaftsminister

Darüber, ob Futtermittel zu beschlagnahmen seien, schwebten Verhandlungen. Die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte setze die Preise der aus dem okkupierten Feindesland stammenden Zuckerrübenschnitzel nicht willkürlich fest, sondern sei an vereinbarte feste Preise gebunden. Bezüglich der Kartoffeln sei eine Bestandesaufnahme außerordentlich schwer und ein Ergebnis unsicher. Richtiger erscheine die Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln. Wegen verstärkten Anbaues von Frühgemüse seien die Landwirtschaftskammern mit Anweisung versehen. Schlachtungen von Schweinen seien in Preußen in der Zeit vom 1. Dezember 1914 bis 1. Februar 1915 schätzungsweise etwa 4,5 Millionen vorgenommen worden.

Der demnach verbleibende Bestand von etwa 13 Millionen sei für Preußen noch reichlich hoch und vertrage eine mäßige Verringerung, ohne daß man für die Schweinezucht als solche Befürchtungen zu haben brauche. Die Maul- und Klauenseuche habe sich leider infolge des Krieges stark vermehrt. Die Bekämpfung sei wegen der Einberufung zahlreicher Veterinär- und Polizeibeamter leider nicht so möglich wie in Friedenszeiten.

Ein Kommissionsmitglied machte darauf aufmerksam, daß die Bergarbeiter kein warmes Essen in der Grube erhalten könnten; das möge bei der Brotverteilung berücksichtigt werden.

Dazu machte der Handelsminister darauf aufmerksam, daß die Kommunalverbände die Möglichkeit hätten, schwer arbeitenden Männern, so auch den im Bergbau tätigen, nach Bedarf auszuweichen.

Einfall von Albanern nach Serbien.

Nisch, 14. Februar. Das serbische Pressbureau meldet: Gestern überschritten Albaner in großer Masse unsere Grenze im Departement Prisrend. Angesichts der numerischen Ueberlegenheit des Feindes mußten sich unsere Truppen sowie die Behörden zurückziehen. Die Albaner rückten in der Richtung Zapod—Topoljana—Glawotschnika vor. Es gelang dem Feinde, an mehreren Orten die Telegraphen- und Telephonlinien zu zerstören.

Nisch, 14. Februar. Das serbische Pressbureau meldet: Der Angriff der Albaner gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Bis jetzt sind folgende Ortschaften in die Hände der Albaner gefallen: Zapod, Topoljana, Glawotschnika, Brbnika, Djuri und Branische. Die Telegraphenverbindungen zwischen Prisrend und Djuri sowie zwischen Prisrend und Branische sind zerstört. Die Albaner rücken östlich von Djuri auf Kuru Derwent vor. Der Feind hat in dieser Richtung Krstak und Haitisch besetzt.

Bei unserem Rückzuge wurden auf unserer Seite hundert Mann außer Gefecht gesetzt. Unter ihnen befinden sich zwei Offiziere. Man ist noch ohne Nachrichten von der Garnison von Djuri, die sich nicht rechtzeitig zurückziehen konnte.

Maßregeln gegen den Handel Oesterreich-Ungarns.

Russische Ankündigung der Durchsuchung von Donauschiffen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Konstantinopel, 16. Februar.

Im Augenblick, wo England die Welt mit Anklagen gegen Deutschlands angebliche Verletzung des Völkerrechtes erfüllt, verdient ein Bericht der „Sabah“ aus Dedeagatsch besondere Beachtung. Der Bericht schildert, wie dieser Hafen der strengsten russischen Aufsicht und Bewachung unterliegt, wodurch nicht nur jede Zufuhr für die Gegner des Dreiverbandes unmöglich gemacht, sondern auch der ganze Handelsverkehr der Neutralen lahmgelegt wird. Unter anderem hat die englisch-französische Flotte in den letzten Tagen die Zufuhr von Bohnen und anderen Gemüsen nach Italien über Dedeagatsch verhindert.

Auf den Einspruch der bulgarischen Regierung erklärten der englische und der französische Gesandte in Sofia, die Flotte sei dazu gezwungen gewesen, da die Vermutung bestehe, daß die Waren von Italien nach Deutschland weitergehen.

Gleichzeitig, so fährt der Bericht der „Sabah“ fort, hat Rußland in Bukarest angekündigt, daß es durch Kanonenboote alle Transportschiffe auch auf der Donau einer Durchsuchung unterziehen lassen werde, um die Wareneinfuhr nach Oesterreich möglichst abzuschneiden.

Auch in Bulgarien herrscht über diese der Donauschiffahrt drohende neue Störung lebhafteste Erregung. Die öffentliche Meinung verlangt, daß Bulgarien mit anderen Neutralen gegen die Beeinträchtigung der gemeinsamen Interessen protestiere.

17./II. 1915

Die Beratung des preussischen Etats.

Staatliche und kommunale Kriegsfürsorge.

N. Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel. Str. Bln.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gab der Berichterstatter Bösch einen Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen über die allgemeinen wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung, Viehhaltung und Feldbestellung sowie des Geldverkehrs und stellte in diesem Schlussworte die Uebereinstimmung der Kommission in allen wesentlichen Punkten fest. Er hatte im Einverständnis mit den Führern aller Parteien eine Reihe von Zeitsätzen aufgestellt, in denen das Ergebnis der viertägigen Besprechung zusammengefasst wird. Sämtliche Zeitsätze wurden einstimmig angenommen, wie der Vorsitzende zur lebhaften Befriedigung der zahlreich anwesenden Abgeordneten feststellte.

Die Kommission ging darauf zu dem neuen Gegenstand des Beratungsplanes über: Soziale Kriegsfürsorge in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Berichterstatter, Abg. Frhr. v. Zedlitz, führte aus: Die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer sei zufriedenstellend. Allerdings sei eine schematische Gewährung von Zuschlägen zur Reichsunterstützung nicht frei von Bedenken. Bei der Arbeitslosenunterstützung, die augenblicklich keine sonderliche Bedeutung mehr habe, müsse geprüft werden, ob die Arbeitslosen wirklich keine Arbeit fänden. Die Mietunterstützung müsse auch den Interessen der Hausbesitzer gerecht werden; das Mietseignungsamt sei weiter auszubauen. Der Gesetzentwurf lasse es zwar an Richtlinien für die Unterverteilung fehlen; er, der Redner, halte aber doch den Gesetzentwurf für geeignet, wirksame Hilfe zu bringen, und empfehle seine Annahme.

Der Minister des Innern antwortete auf die Ausführungen des Berichterstatters: Die Organe der Selbstverwaltung haben sich in diesen Kriegsmontaten ganz hervorragend bewährt; insbesondere seien alle Massnahmen der Stadt Berlin auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege vorbildlich und großzügig. Er habe in seinen Erlassen wiederholt darauf hingewiesen, daß die Kriegsunterstützungen nicht den Charakter der Armenpflege tragen dürften, und weiterhin, daß die vorgeschriebenen Mindestsätze für die Familienunterstützungen nur die untere Grenze derselben darstellten und daß daneben von den Gemeinden erwartet werden müsse, daß sie im Bedarfsfalle darüber hinausgingen. Die Familien der Kriegsteilnehmer müßten vor jeder Not bewahrt bleiben. Zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit geschehe das Mögliche. Bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Mieter und Vermieter habe sich die Unterscheidung zwischen böswilligen und gutwilligen Schuldnern als schwierig erwiesen. Im Anfang des Krieges sei die Meinung aufgekommen, der Krieg entbinde von allen Verpflichtungen. Nur Erleichterungen seien für die Kriegszeit geschaffen, die Verpflichtungen aber blieben bestehen. Er gestehe zu, daß der Hausbesitzerstand gegenwärtig sich in schwieriger Lage befinde, es sei aber nicht möglich gewesen, den Grundbesitzern durch unmittelbare Staatsunterstützungen zu helfen; das wäre einer einseitigen Berücksichtigung eines einzelnen Erwerbszweiges gleichgekommen. Das eingerichtete System der Mietseignungsämter habe sich bewährt. Die Vollstreckbarkeit der Entscheidungen der Mietseignungsämter sei für den weiteren Ausbau der Einrichtung wohl erwägenswert. — Der Gesetzentwurf, der dem Abgeordnetenhaus vorliege, solle aus Mitteln des Staates zu den Beihilfen des Reiches noch 110 Millionen für Unterstützung von Gemeinden zur Verfügung stellen. Es bestehe die Absicht, den Begriff der Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege möglichst weit zu fassen. Es seien alle Leistungen darunter zu verstehen, die freiwillig, ohne Aussicht auf Erstattung und ohne Schaffung von wirtschaftlichen Gegenwerten für minderbemittelte Ortsbewohner über das Maß der Friedensfürsorge hinaus anlässlich des Krieges an den Gemeinden gemacht würden. Nicht unter den Begriff der Kriegswohlfahrtspflege seien zu rechnen von den Kommunen vergebene Darlehen, Notstandsarbeiten, rein armenrechtliche Unterstützungen.

Auf Anfrage des Berichterstatters erwiderte der Landwirtschaftsminister, daß für die vom Staat gewährte Unterstützung maßgebend seien sowohl die Leistungsfähigkeit der Gemeinden wie die absolute Höhe der Leistungen.

Ein Kommissionsmitglied erklärte es nicht für richtig, daß der Gesetzentwurf die ganz großen gut situierten Gemeinden in gleicher Weise wie die leistungsschwachen begünstige. Er äußerte auch Bedenken gegen die Absicht, die Mietseignungsämter durch die Verleihung der Vollstreckbarkeit für die von ihnen herbeigeführten Vergleiche zu Gerichten umzuwandeln. Er regte weiterhin Beihilfen für Wöchnerinnen von Kriegsteilnehmern aus dem kleinen Handwerker- und Landwirtestande an und bezeichnete eine staatliche Nachprüfung der Bedürftigkeitsfrage für Familienunterstützungen für nötig. Er beschwerte sich ferner über die manchmal für bestimmte Gegenden besonders harten Einquartierungslasten und regte eine Prüfung der Entschädigungen hierfür an. In den Lazaretten möge tunlichst für eine paritätische Krankenpflege und die Zulassung von Sanitätskolonnen geistlichen Standes zur Seelsorge gesorgt werden; auch der Seuchenbekämpfung in den Gefangenenlagern möge die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Ein zweites Kommissionsmitglied bat den Minister des Innern, auf Beseitigung der schematischen Unterstützungszuschläge und auf größere Individualisierung bei der Verteilung der 110 Millionen Mark hinzuwirken. Dem Minister sei darin beizupflichten, daß es für Reich und Staat nicht unbedenklich sei, an Hausbesitzer selbständige Mietunterstützungen zu zahlen. Tatkräftige Hilfe sei aber dem durch den Krieg schwer bedrängten Grundbesitz zu gewähren. Die Mietseignungsämter seien gesetzlich anders zu gestalten; ihre Vergleiche müßten vollstreckbar sein. Auf Neubehaltung von Amortisationshypotheken durch private Hypothekenbanken sei jetzt nicht zu rechnen. Die auf landwirtschaftlicher Grundlage beruhenden Kreditinstitute seien staatlicherseits zu unterstützen und konkurrenzfähig zu machen. Kommunale Kriegskreditkassen für den Grundbesitz seien mit staatlicher Hilfe zu schaffen. Es sei ähnlich der Geschäftsaufsicht zur Vermeidung des Konkurses für den Hausbesitz eine Verwaltungsaufsicht zwecks Vermeidung der Zwangsvollstreckung anzustreben.

Ein drittes Kommissionsmitglied sprach seine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf aus, warnte aber davor, Berlin und andere Großstädte von den Segnungen des Gesetzes auszuschließen. In der Kriegsfürsorge dürfe nicht reglementiert und nicht in die Selbstverwaltung eingegriffen werden. Allerdings sei es manchmal nötig, die Gemeinden an ihre Pflicht zu erinnern, denn viele Gemeinden hätten es an der nötigen Fürsorge fehlen lassen. Das Reichsgesetz vom 28. Februar 1888 sei heute nicht mehr zeitgemäß. Das habe ja auch der Minister indirekt durch eine Reihe von Erlassen, die an sich nur zu begrüssen seien, anerkannt. Bei der Bemessung der Höhe für Unterstützungen müsse streng individualisierend vorgegangen werden; der Begriff der Bedürftigkeit lasse sich nicht allgemein festlegen. Empfehlenswert sei ein System der Gewährung von Kriegszuschüssen, die aber nicht nur Familien von Kriegsteilnehmern, sondern auch unverheirateten Kriegern mit eigener Wohnung gegeben werden sollten. Der Redner forderte schließlich den Ausbau der kommunalen Arbeitslosenunterstützung in Verbindung mit der Regelung des Arbeitsnachweises.

Ein vierter Redner rügte, daß die Unterstützung der Familien der in den Krieg gezogenen Staats- und Reichsarbeiter stellenweise von ihren Behörden den örtlichen Verhältnissen nicht angepaßt würde. Er empfahl, die Mietseignungsämter von der Abgabe mündlicher Gutachten bei den Gerichten zu befreien. Er fragte weiter an, ob die Aufwendungen, die die Kommunen zur Ergänzung der Wöchnerinnenfürsorge des Reiches im Interesse unterstützungsberechtigter Familien ins Feld gezogener Handwerker oder

17. 11. 1915

Die Sitzung des preussischen Landt.

kleinerer Kaufleute machten, aus den preussischen 110 Millionen-Fonds erstattet werden könnten. Er empfahl ferner Bestimmungen, die einen größeren Schutz der Witwen gefallener Kriegsteilnehmer gegen Exmissionsklagen herbeiführten, ebenso den Schutz der Familien der zu immobilien Truppenteilen eingezogenen Wehrmänner gegen Exmissionsklagen.

Hierauf gab der Finanzminister nähere Auskunft über die Verteilung der staatlichen Unterstützung an die Gemeinden. Er hob hervor, daß die leistungsunfähigen Gemeinden an erster Stelle unterstützt würden, darnach aber auch auf Zahlung an solche Gemeinden gesehen würde, die sich in besonders weitem Maße und in vorbildlicher Weise der Kriegsbeihilfe angenommen hätten. Der Minister erkannte ferner an, daß die Wochenbeihilfen, die von den Gemeinden über den Rahmen der reichsgesetzlich angeordneten Wochenfürsorge hinaus geleistet würden, aus dem 110 Millionen-Fonds erstattet werden könnten, wenn sie unter den Begriff der Kriegswohlfahrtspflege fielen.

Der Minister des Innern erwiderte auf eine Reihe von Anfragen und Anregungen der Vorredner. Es sei schwer, einen Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu gewinnen. Die individuelle Bedürftigkeit könne von Fall zu Fall einer Revision unterzogen werden. Die Fürsorge für die aus den Lazaretten entlassenen Verwundeten sei Gegenstand ernstester Sorge; sie sei Sache des Reiches im weitesten Kreise. Es werde auch nach der Entlassung aus den Lazaretten weiterhin für die Verwundeten gesorgt werden müssen bis zur völligen Wiederherstellung und Erwerbsfähigkeit. Zur Lage des Hausbesitzes stellte der Minister fest, daß in Bezug auf das Kreditwesen mehr geschehen müsse. Das System der Pfandbriefämter sei weiter auszubauen und es sei daran zu denken, ihnen kommunale Institutionen anzugliedern, die sich mit der Vergebung zweiter Hypotheken zu befassen hätten. Die Befreiung der Mietzeinigungsämter von der Pflicht, auf Wunsch des Gerichts mündlich Bericht zu erstatten, sei erwägenswert.

Zu der von einem Abgeordneten erörterten Frage, ob in den Bestimmungen des Bundesrates über die Wochenhilfe während des Krieges der Kreis der Unterstützungsberechtigten richtig abgegrenzt sei, bemerkte ein Vertreter des Handelsministeriums: Selbstverständlich sei es erwünscht, die Wochenhilfe allen in die Wochen kommenden Ehefrauen von Kriegsteilnehmern, soweit eine Bedürftigkeit vorliege, zukommen zu lassen. Jetzt noch eine gesetzliche Aenderung des Kreises der Berechtigten herbeizuführen, komme praktisch nicht mehr in Frage.

Am Schluß der Sitzung gab der Direktor der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern einen Bericht über die Bekämpfung ansteckender Krankheiten auf dem Kriegsschauplatz und hinter der Front. Er wies hin auf die hervorragend günstigen Ergebnisse der Cholera- und Typhusimpfungen, die uns im Gegensatz zum feindlichen Auslande vor Epidemien vollständig bewahrt hätten. Der Gesundheitszustand in Deutschland sei, gerade was die erwähnten ansteckenden Krankheiten anbetreffe, außerordentlich befriedigend. Die Uebertragung des in letzter Zeit unter den russischen Gefangenen aufgetretenen Fleckfiebers werde durch vollständige Absperrung der Gefangenen von der Bevölkerung erfolgreich bekämpft, sodaß die Gefahr einer weiteren Uebertragung nicht bestehe. Eine Einschleppung der in Rußland herrschenden Cholera- und Pestepidemie auf deutschen Boden sei bei den ausgezeichnet wirkenden sanitären Absperrungsmaßnahmen in keiner Weise zu befürchten.

Nächste Sitzung Mittwoch Vormittag.

17. II. 1915

Japan mobilisiert gegen China.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Osaka, 17. Februar. Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ aus Tokio treffe Japan große militärische Vorbereitungen. Auf allen Kriegswerten werde fieberhaft gearbeitet. Die japanischen Kriegsschiffe, die noch vor einigen Wochen im Südpazifik operierten, wären fast alle in die japanischen Häfen zurückgekehrt und nach den chinesischen Gewässern abgegangen. 20 000 Mann Marineinfanterie seien in der letzten Woche auf 16 Kriegsschiffen eingeschifft worden. Etwa 35 japanische Kriegsfahrzeuge kreuzten an der chinesischen Küste. Die Mobilisierung dreier Jahressklassen des Heeres und die Verhängung des Kriegszustandes über Korea sei bereits erfolgt.

1871. 1915.

Englisches Unterhaus.

Flottenfragen.

London, 17. Februar.

In der vorgestrigen Unterhausitzung erklärte Parlamentsuntersekretär Neil Primrose auf eine Anfrage, es sei beschlossen worden, wegen der Ladung des Dampfers „Wilhelmina“ die Entscheidung des Preisengerichtes anzurufen. Gegen das Schiff selbst werde nicht vorgegangen. Wenn die Ladung an das internationale Hilfskomitee für Belgien verkauft würde, so würde die Entscheidung des Preisengerichtes einer Revision unterzogen werden.

Ueber den Austausch der schwerverwundeten Kriegsgefangenen erklärte Redner, die englische Regierung bedauere, daß die Zustimmung Deutschlands so spät gekommen sei, daß es nicht mehr möglich war, in wünschenswertem Maße für die Bequemlichkeit der Gefangenen auf der Reise zu sorgen.

Bei der Einbringung des Flottenetats sagte Churchill betreffs der Klagen, daß die Admiralität fast ein Fünftel der englischen Handelsflotte gechartert habe: Wir stehen im Kriege mit der zweitgrößten Seemacht der Welt. Wir brauchen Schiffe zur Versorgung der Flotte mit Proviant, Heizmaterial und Munition sowie zum Transport der Verstärkungen für die Feldarmee und zu deren Versorgung mit allem Nötigen. Wir haben keine Werften und keine Kriegshäfen zu ihrer Dockung. Die während des Krieges benützten Kohlenstationen können nicht auf dem Landwege mit Kohlenvorräten versehen werden, sondern alles, was die Flotte braucht, muß von Schiffen herbeigebracht und in schwimmenden Depots bereitgehalten werden. Infolgedessen müßten die Kohlenschiffe oft lange in den Kohlenstationen bleiben. Redner könne keine Hoffnung geben, daß die Admiralität in der nächsten Zeit mit weniger Schiffen auskommen werde; vielmehr haben die Bedürfnisse seit dem 1. Januar zugenommen. Die Zunahme sei begreiflich, da die Flotte und der Maßstab der militärischen Operationen beständig wüchsen. Viele Schiffe, die von der Regierung für besondere Zwecke ausgerüstet worden seien, könnten nicht sofort durch andere ersetzt werden.

Lord Bessford (Unionist) schlug vor, die Verbündeten möchten eine gemeinsame Note an die Neutralen richten des Inhalts, daß die Kriegsführenden die Zufuhr aller Waren, die Deutschland nützen könnten, verhindern würden.

Ueber die Versenkung des Linienschiffes „Formidable“ durch ein deutsches Unterseeboot sagte Redner, er glaube nicht, daß ein von Torpedobootzerstörern begleitetes Kriegsschiff in voller Fahrt

von einem Unterseeboot mittels Torpedos getroffen werden könne. Der „Formidable“ habe aber die begleitenden Torpedobootzerstörer zurückgeschickt und die Geschwindigkeit in einem Teile des Kanals vermindert, wo sich, wie man wußte, deutsche Unterseeboote aufhielten. Das bedürfe einer Aufklärung, da entweder eine sträfliche Nachlässigkeit oder eine große Dummheit begangen, oder von Amateurstategen befohlen worden sei. Redner verlangte die Beibehaltung der alten Gepflogenheit, jeden Untergang eines Schiffes vor ein Kriegsgericht zu bringen.

1871. 1915.

**Freilassung der österreichisch-ungarischen
diplomatischen Vertreter in Rußland.**

Wien, 17. Februar.

Amtlich wird heute verlautbart:

Die seit Kriegsbeginn im Interesse der in Rußland zurückgehaltenen k. u. k. Funktionäre vom k. u. k. Ministerium des Aeußern fortgesetzt angewendeten Bemühungen, die sowohl seitens der spanischen als auch der amerikanischen Regierung in dankenswertester Weise gefördert wurden, haben endlich zu dem Erfolge geführt, daß die betreffenden Funktionäre am 15. d. in Freiheit gesetzt worden sind und in den nächsten Tagen die Heimreise werden antreten können.

* * *

1871-1915.

Ein französischer Dampfer versenkt.

AB Paris 17. Februar.

Nach einer amtlichen Meldung entdeckte Dienstag um 1 Uhr 30 Minuten nachmittags der französische Dampfer „Ville de Lille“ auf der Fahrt von Cherbourg nach Dünkirchen nördlich des Leuchtturmes von Barfleur ein deutsches Unterseeboot.

Der Dampfer versuchte zu fliehen, das Unterseeboot holte ihn jedoch ein und versenkte ihn mittelst Bomben, die in das Innere des Dampfers gelegt wurden. Das Unterseeboot gab der Besatzung des Dampfers zehn Minuten Zeit, um sich zu retten. Nach Versenkung des Dampfers tauchte das Unterseeboot unter und verschwand.

1871 1915

Die Note Deutschlands an Amerika.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 17. Februar. Das Wolffsche Bureau meldet: Die gestern abend dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika auf seine Mitteilung vom 12. Februar übergebene deutsche Erwiderung hat folgenden Wortlaut:

Die kaiserlich deutsche Regierung prüfte die Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten in dem Geiste des gleichen Wohlwollens und der gleichen Freundschaft, von welchem ihr die Mitteilung diktiert erscheint. Die kaiserlich deutsche Regierung weiß sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten darin ein, daß es für beide Teile in hohem Maße erwünscht ist, Mißverständnisse zu verhüten, die sich aus den von der deutschen Admiralität angekündigten

Maßnahmen ergeben könnten, und dem Eintritt von Ereignissen vorzubeugen, die die zwischen beiden Regierungen bisher in so glücklicher Weise bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu trüben vermöchten. Die deutsche Regierung glaubt für diese Versicherung bei der Regierung der Vereinigten Staaten um so mehr auf volles Verständnis rechnen zu dürfen, als das von der deutschen Admiralität angekündigte Vorgehen, wie in der Note vom 4. Februar eingehend dargelegt wurde, in keiner Weise gegen den legitimen Handel und die legitime Schifffahrt der Neutralen gerichtet ist, sondern lediglich eine durch Deutschlands Lebensinteressen erzwungene Gegenwehr gegen die völkerrechtswidrige Seekriegsführung darstellt, die sich bisher durch keinerlei Einspruch der Neutralen auf eine vor Ausbruch des Krieges allgemein anerkannte Rechtsgrundlage hat zurückführen lassen.

Die Wahrung des Seekriegsrechtes durch Deutschland.

Um in diesem kardinalen Punkt jeden Zweifel auszuschließen, erlaubt sich die deutsche Regierung nochmals die Sachlage festzustellen: Deutschland hat bisher die geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Seekrieges gewissenhaft beobachtet. Insbesondere hat es dem gleich zu Beginn des Krieges gemachten Vorschlag der amerikanischen Regierung, nunmehr die Londoner Seekriegsrechtsklärung zu ratifizieren, unverzüglich zugestimmt und deren Inhalt auch ohne solche formelle Bindung unverändert in sein Krisenrecht übernommen. Die deutsche Regierung hat sich an diese Bestimmungen gehalten, auch wo sie ihren militärischen Interessen zuwiderliefen. So hat sie beispielsweise bis auf den heutigen Tag die Lebensmittelzufuhr von Dänemark nach England zugelassen, obwohl sie diese Zufuhr durch ihre Seestreitkräfte sehr wohl hätte unterbinden können. Im Gegensatz hiezu hat England selbst schwere Verletzungen des Völkerrechtes nicht gescheut, wenn es dadurch den friedlichen Handel Deutschlands mit dem neutralen Ausland lähmen konnte. Auf Einzelheiten wird die deutsche Regierung hier um so weniger einzugehen brauchen, als solche in der ihr zur Kenntnis mitgeteilten amerikanischen Note an die britische Regierung vom 28. Dezember vorigen Jahres auf Grund fünfmonatiger Erfahrungen zutreffend, wenn auch nicht erschöpfend dargelegt sind.

Die Uebergriffe Englands.

Alle diese Uebergriffe sind zugestandenermaßen darauf gerichtet, Deutschland von aller Zufuhr abzuschneiden und dadurch die friedliche Zivilbevölkerung dem Hungertod preiszugeben, ein jedem Kriegsrecht, jeder Menschlichkeit widersprechendes Verfahren. Die Neutralen haben die völkerrechtswidrige Unterbindung ihres Handels mit Deutschland nicht zu verhindern vermocht. Die amerikanische Regierung hat zwar, wie Deutschland gern anerkennt, gegen das englische Verfahren Protest erhoben. Trotz dieses Protestes und der Proteste der übrigen neutralen Regierungen hat England sich von dem eingeschlagenen Verfahren nicht abbringen lassen. So ist noch vor kurzem das amerikanische Schiff „Wilhelmine“ von englischer Seite aufgebracht worden, obwohl seine Ladung lediglich für die deutsche Zivilbevölkerung bestimmt war und nach der ausdrücklichen Erklärung der deutschen Regierung nur für diesen Zweck verwendet werden sollte.

Die Benachteiligung Deutschlands.

Dadurch ist folgender Zustand geschaffen worden: Deutschland ist unter stillschweigender oder protestierender Duldung der Neutralen von der überseeischen Zufuhr so gut wie abgeschnitten, und zwar nicht nur hinsichtlich solcher Waren, die absolute Konterbande sind, sondern auch hinsichtlich solcher, die nach dem vor Kriegsausbruch allgemein anerkannten Recht nur relative Konterbande oder überhaupt keine Konterbande sind. England dagegen wird unter Duldung der

neutralen Regierungen nicht nur mit solchen Waren versorgt, die keine oder nur relative Konterbande sind, von England aber gegenüber Deutschland als absolute Konterbande behandelt werden (Lebensmittel, industrielle Rohstoffe etc.), sondern sogar mit Waren, die stets unzweifelhaft als absolute Konterbande gelten. Die deutsche Regierung glaubt insbesondere und mit größtem Nachdruck darauf hinweisen zu müssen, daß ein auf viele Hunderte von Millionen Mark geschätzter Waffenhandel amerikanischer Lieferanten mit Deutschlands Feinden besteht. Die deutsche Regierung gibt sich wohl Rechenschaft darüber, daß die Ausübung von Rechten und die Duldung von Unrecht seitens der Neutralen formell in deren Belieben steht und keinen formellen Neutralitätsbruch involviert; sie hat infolgedessen den Vorwurf des formellen Neutralitätsbruches nicht erhoben. Die deutsche Regierung kann aber — gerade im Interesse voller Klarheit in den Beziehungen beider Länder — nicht umhin hervorzuheben, daß sie mit der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands sich dadurch schwer benachteiligt fühlt, daß die Neutralen in der Wahrung ihrer Rechte auf den völkerrechtlich legitimen Handel mit Deutschland bisher keine oder nur unbedeutende Erfolge erzielen, während sie von ihrem Rechte, den Konterbandehandel mit England und unsern andern Feinden zu dulden, uneingeschränkten Gebrauch machen. Wenn es das formale Recht der Neutralen ist, ihren legitimen Handel mit Deutschland nicht zu schützen, ja sogar sich von England zu einer bewußten und gewollten Einschränkung des Handels bewegen zu lassen, so ist es auf der andern Seite nicht minder ihr gutes, aber leider nicht angewendetes Recht, den Konterbandehandel, insbesondere den Waffenhandel mit Deutsch-

18. II. 1915

Im Netz des Seekrieges

lands Feinden abzustellen. Bei dieser Sachlage sieht sich die deutsche Regierung nach sechs Monaten der Geduld und des Abwartens genötigt, die mörderische Art der Seekriegführung Englands mit scharfen Gegenmaßnahmen zu erwidern.

Der Hunger als Bundesgenosse.

Wenn England in seinem Kampf gegen Deutschland den Hunger als Bundesgenossen anruft in der Absicht, ein Kulturvolk von 70 Millionen vor die Wahl zwischen einem elenden Verkommen oder Unterwerfung unter seinen politischen und kommerziellen Willen zu stellen, so ist heute die deutsche Regierung entschlossen, den Handschuh aufzunehmen und an die gleichen Bundesgenossen zu appellieren: Sie vertraut darauf, daß die Neutralen, die sich bisher den für sie nachteiligen Folgen des englischen Hungerkrieges stillschweigend oder protestierend unterworfen haben, Deutschland gegenüber kein geringeres Maß von Duldsamkeit zeigen werden, und zwar auch dann, wenn die deutschen Maßnahmen in gleicher Weise wie bisher die englischen neuen Formen des Seekrieges darstellen.

Darüber hinaus ist die deutsche Regierung entschlossen, die Zufuhr von Kriegsmaterial an England und seine Verbündeten mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken, wobei sie als selbstverständlich annimmt, daß die neutralen Regierungen, die bisher gegen den Waffenhandel mit Deutschlands Feinden nichts unternommen haben, sich einer gewaltsamen Unterdrückung dieses Handels durch Deutschland nicht zu widersetzen beabsichtigen.

Das Seekriegsgebiet.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, erklärte die deutsche Admiralität die von ihr näher bezeichnete Zone als Seekriegsgebiet. Sie wird dieses Seekriegsgebiet, so weit wie irgend zugänglich, durch Minen zu sperren und auch die feindlichen Handelsschiffe auf jede andre Weise zu vernichten suchen.

So sehr nun auch der deutschen Regierung bei jedem Handeln nach diesen zwingenden Gesichtspunkten jede absichtliche Vernichtung neutraler Menschenleben und neutralen Eigentums fernliegt, so will sie doch auf der andern Seite nicht verkennen, daß durch die gegen England durchzuführenden Aktionen Gefahren entstehen, die unterschiedslos jeden Handel innerhalb des Seekriegsgebietes bedrohen. Dies gilt ohne weiteres vom Minenkrieg, der auch bei strengster Innehaltung der völkerrechtlichen Grenzen jedes dem Minengebiet sich nähernde Schiff gefährdet. Zu der Hoffnung, daß die Neutralen sich hiemit ebenso wie mit den ihnen durch die englischen Maßnahmen bisher zugefügten schweren Schädigungen abfinden werden, glaubt die deutsche Regierung um so mehr berechtigt zu sein, als

Die deutsche Regierung ihrerseits lehnt jede Verantwortung für solche Zufälle und deren Folgen ausdrücklich ab. Ferner kündigt die deutsche Regierung lediglich die Vernichtung der feindlichen, innerhalb des Seekriegsgebietes angetroffenen Handelsschiffe, nicht aber die Vernichtung aller Handelsschiffe, wie die amerikanische Regierung irrtümlich verstanden zu haben scheint, an. Auch diese Beschränkung, die die deutsche Regierung sich auferlegt, ist eine Vereinträchtigung des Kriegszweckes, zumal da bei der Auslegung des Begriffes Konterbande, die die englische Regierung gegenüber Deutschland beliebt hat und die demgemäß die deutsche Regierung auch gegen England anwenden wird, auch neutralen Schiffen gegenüber die Präsumption dafür sprechen wird, daß sie Konterbande an Bord haben. Auf das Recht, das Vorhandensein von Konterbande in der Fracht neutraler Schiffe festzustellen und gegebenenfalls aus dieser Feststellung die Konsequenzen zu ziehen, ist die kaiserliche Regierung natürlich nicht gewillt zu verzichten.

Mißbrauch der Flagge und Konterbandehandel.

Die deutsche Regierung ist schließlich bereit, mit der amerikanischen Regierung jede Maßnahme in ernsthaftester Erwägung zu ziehen, die geeignet sein könnte, die legitime Schifffahrt der Neutralen im Kriegsgebiet sicherzustellen. Sie kann jedoch nicht übersehen, daß alle Bemühungen in dieser Richtung durch zwei Umstände erheblich erschwert werden: Erstens durch den inzwischen wohl auch für die amerikanische Regierung außer Zweifel gestellten Mißbrauch der neutralen Flagge durch die englischen Handelsschiffe, zweitens durch den bereits erwähnten Konterbandehandel, insbesondere mit Kriegsmaterial der neutralen Handelsschiffe. Hinsichtlich des letzteren Punktes gibt sich die deutsche Regierung der Hoffnung hin, daß die amerikanische Regierung bei nochmaliger Erwägung zu einem dem Geiste wahrhafter Neutralität entsprechenden Eingreifen veranlaßt werden wird. Was den ersten Punkt anlangt, so ist der von deutscher Seite der amerikanischen Regierung bereits mitgeteilte Geheimbefehl der britischen Admiralität, der englischen Handelsschiffen die Benützung neutraler Flaggen anempfiehlt, inzwischen durch die Mitteilung des britischen Auswärtigen Amtes, das jenes sie gewillt ist, zum Schutze der neutralen Schifffahrt sogar im Seekriegsgebiet alles zu tun, was mit der Durchführung ihres Zweckes irgendwie vereinbar ist. Sie lieferte den ersten Beweis für ihren guten Willen, indem sie die von ihr beabsichtigten Maßnahmen mit einer Frist von nicht weniger als vierzehn Tagen ankündigte, um der neutralen Schifffahrt Gelegenheit zu geben, sich auf die Vermeidung der drohenden Gefahr einzurichten. Letzteres geschieht am sichersten durch Fernbleiben von dem Seekriegsgebiet. Die neutralen Schiffe, die trotz dieser die Erreichung des Kriegszweckes gegenüber England schwer beeinträchtigenden langfristigen Ankündigung sich in die gesperrten Gewässer begeben, tragen selbst die Verantwortung für etwaige unglückliche Zufälle.

1871. 19/5.

Die Note vom 19. Mai 1871.

Verfahren unter Berufung auf inneres englisches Recht als völlig einwandfrei bezeichnet, bestätigt. Die englische Handelsflotte befolgte den ihr erteilten Rat auch sogleich, wie der amerikanischen Regierung aus den Fällen der Dampfer „Susitania“ und „Laertes“ bekannt sein dürfte.

Festhalten an dem deutschen Standpunkte.

Weiters verfaß die britische Regierung die englischen Handelsschiffe mit Waffen und wies sie an, den deutschen Unterseebooten gewaltsam Widerstand zu leisten. Unter diesen Umständen ist es für die deutschen Unterseeboote sehr schwierig, die neutralen Handelsschiffe als solche zu erkennen, denn auch eine Untersuchung wird in den meisten Fällen nicht erfolgen können, da bei einem von einem maskierten englischen Schiff zu erwartenden Angriffe das Untersuchungskommando das Boot selbst der Gefahr der Vernichtung aussetzt. Die britische Regierung wäre hienach in der Lage, die deutschen Maßnahmen illusorisch zu machen, wenn ihre Handelsflotte bei dem Mißbrauch neutraler Flaggen verharrt und die neutralen Schiffe nicht anderweitig in zweifelloser Weise gekennzeichnet werden. Deutschland muß aber in dem Nothstand, in den es rechtswidrig versetzt wurde, seine Maßnahmen unter allen Umständen wirksam machen, um dadurch den Gegner zu einer dem Völkerrecht entsprechenden Führung des Seekrieges zu zwingen und so die Freiheit der Meere, für die es von jeher eintrat und für die es auch herte kämpft, wieder herzustellen.

Ein Vorschlag an Amerika.

Die deutsche Regierung begrüßte es daher, daß die amerikanische Regierung gegen den rechtswidrigen Gebrauch ihrer Flagge bei der britischen Regierung Vorstellungen erhob, und drückt die Erwartung aus, daß dieses Vorgehen England künftig zur Achtung der amerikanischen Flagge veranlassen wird. In dieser Erwartung sind die Befehlshaber der deutschen Unterseeboote, wie bereits in der Note vom 4. d. zum Ausdruck gebracht worden ist, angewiesen, Gewaltthatigkeiten gegen amerikanische Handelsschiffe zu unterlassen, soweit sie als solche erkennbar sind. Um in der sichersten Weise allen Folgen einer Verwechslung — allerdings nicht auch der Minengefahr — zu begegnen, empfiehlt die deutsche Regierung den Vereinigten Staaten, ihre mit friedlicher Ladung befrachteten, den englischen Seekriegsschiffen berührenden Schiffe durch Konvoyierung kenntlich zu machen. Die deutsche Regierung glaubt dabei voraussetzen zu dürfen, daß nur solche Schiffe konvoyiert werden, die keine Waren an Bord haben, welche nach der von England Deutschland gegenüber angewendeten Auslegung als Konterbande zu betrachten sind. Ueber die Art der Durchführung einer solchen Konvoyierung ist die deutsche Regierung bereit, mit der amerikanischen Regierung alsbald in Verhandlungen einzutreten.

Sie würde aber mit besonderem Dank anerkennen, wenn die amerikanische Regierung ihren Handelsschiffen dringend empfehlen wollte, jedenfalls bis zur Regelung der Flaggenfrage den englischen Seekriegsschiffen auszuweichen. Die deutsche Regierung gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die amerikanische Regierung den schweren Kampf, den Deutschland um sein Dasein führt, in seiner ganzen Bedeutung würdigen und aus den vorstehenden Aufklärungen und Zusagen ein volles Verständnis für die Beweggründe und Ziele der von ihr angekündigten Maßnahmen gewinnen wird. Die deutsche Regierung wiederholt, daß sie in bisher peinlich von ihr geübter Rücksicht auf die Neutralen sich nur unter dem stärksten Zwang der nationalen Selbsterhaltung zu den geplanten Maßnahmen entschlossen hat. Sollte es der amerikanischen Regierung vermöge des

Gemüthes, das sie in die Waagschale des Geschickes der Völker zu legen berechtigt und in dem Stande ist, in letzter Stunde noch gelingen, die Gründe zu beseitigen, welche der deutschen Regierung jenes Vorgehen zur gebieterischen Pflicht machen, sollte die amerikanische Regierung insbesondere einen Weg dahin finden, die Beachtung der Londoner Seekriegsrechtserklärung auch vonseiten der mit Deutschland Krieg führenden Mächte zu erreichen und Deutschland dadurch die legitime Zufuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu ermöglichen, so würde die deutsche Regierung hierin ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst um eine humanere Gestaltung der Kriegführung anerkennen und aus der also geschaffenen neuen Sachlage gern die Folgerungen ziehen.

19./II. 1915.

Der Londoner Sozialistenkongress.**Hestige Angriffe der französischen Presse gegen die Minister Sembat und Guesde.**

P. Paris, 18. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Die sozialistischen Parlamentsmitglieder traten Mittwoch zu einer Beratung zusammen. Der Londoner Beschlusstrag, worin die Sozialisten der verbündeten Mächte den Willen aussprechen, den Kampf bis ans Ende fortzusetzen, fand einstimmige Annahme.

P. Paris, 18. Februar. Die Beschlüsse des Londoner Sozialistenkongresses erregen in der ganzen Presse, mit Ausnahme der sozialistischen, einen wahren Entrüstungsturm. Schon die Äußerungen Sembats und Guesdes, daß die Völker frei über sich verfügen müßten und daß die französischen Sozialisten nach dem Kriege den deutschen Sozialisten die Hand reichen wollen, werden scharf angegriffen, mit dem Hinweis darauf, daß Elsaß-Lothringen ein integrierender Bestandteil Frankreichs sei und nicht zu wählen habe. Besonders werden Sembat und Guesde angegriffen, weil sie als Vertreter der französischen Regierung gegen das russische Regime zu protestieren wagten.

Am schärfsten äußert sich „Liberte“, die bereits gestern angedeutet hat, daß Sembat und Guesde im Ministerium nicht am rechten Platze seien. Sie schreibt: Daß zwei französische Minister an dem Kongress teilnahmen und dadurch die französische Regierung und das Land verpflichteten, werde die öffentliche Meinung nicht zulassen und deswegen eine sofortige Remedur fordern. Sollten zwei französische Minister ungestraft eine derartige unerhörte Haltung einnehmen können? Wenn die Regierung und das Staatsoberhaupt sich von ihnen nicht trennen würden, bedeute dies, daß sie ihre Haltung gutheißen.

„Figaro“ schreibt: Man müsse annehmen, daß die Regierung das Abenteuer der beiden sozialistischen Minister bedauere. Frankreich lebe in einer Zeit, in der man die öffentliche Meinung nicht verwirren dürfe. Eine Erklärung von hoher Stelle gegen diese gefährliche Verfahren scheine nicht überflüssig.

„Republique Française“ schreibt, es sei unerträglich, daß zwei Minister sich den Protesten gegen die Unterdrückung der Jinnländer und der russischen Juden in Polen anschlossen. Die französische Regierung dürfe jetzt die russische Regierung nicht zensurieren. Sembat und Guesde betrogen sich vielleicht als gute Sozialisten, auf jeden Fall zeigten sie aber, daß sie mittelmäßige Patrioten und unerträgliche Minister seien. Ihre Demission sei kaum eine hinreichende Genugtuung.

„Libre Parole“ richtet die Anfrage an die Regierung, ob sie nicht das Bedürfnis fühle, kundzugeben, daß das Ministerium der heiligen Einigkeit mit Guesde und Sembat nicht solidarisch sei.

Die sozialistische Presse nimmt Sembat und Guesde in Schutz.

Die „Humanité“ schreibt: Die sozialistischen Minister erfüllten nur ihre Pflicht, wenn sie auf die Gefahr aufmerksam machten, welche das verbündete Land laufe, indem es eine Politik durchführe, welche moralische Waffen in die Hände des Feindes gebe. Man müsse sich beglückwünschen, daß die Londoner Konferenz einstimmig erklärte, daß der Krieg bis zum endlichen Siege durchgeführt werden müsse. Das sei die Tatsache, worauf das Hauptgewicht zu legen sei.

„Lanterne“ erklärt, nur den Gegnern der Sozialisten sei es eingefallen, daß Sembat und Guesde auf dem Kongress etwas anderes vertraten als eine politische Partei in einer Parteiversammlung. Daß der Sozialismus durch den Krieg nicht vernichtet wurde, sei für Reaktionäre und Rationalisten ein Grund zur höchsten Verblüffung.

Frankfurt, 19. Februar.

Unter den europäischen Fragen, die mit diesem Kriege an die Oberfläche der Dinge getreten sind und deren Lösung auf die weitere Entwicklung des Krieges selbst hemmend oder vorwärtstreibend einzuwirken vermag, nimmt die nach dem künftigen Verhältnis zwischen den beiden Kriegführenden Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der einen, Italien auf der anderen Seite nicht den letzten Platz ein. Nicht, daß man etwa glauben mußte, für den siegreichen Ausgang dieses Krieges, dessen wir ganz sicher sind und den wir mit jedem Kampftage im Osten und Westen fester in die Hand bekommen, sei die Haltung Italiens ernstlich entscheidend. Aber es begreift sich, daß es für die von den Kriegführenden zu ergreifenden Maßnahmen schon von einiger Erheblichkeit wäre, zu wissen, ob Italien bis an das Ende des Krieges seine bisher beobachtete Neutralität beibehält oder ob es sich entschließt, selbst in den Krieg in der einen oder anderen Form einzugreifen. Noch wichtiger aber ist die Entscheidung über die oben erwähnte Frage für die weitere Gestaltung der europäischen Politik nach diesem Kriege, und es muß den beiden Zentralmächten, aber mindestens ebenso sehr Italien daran liegen, ihre gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen, wie sie bis zum Kriege und im Grunde noch heute bestehen, fortzusetzen. Die Vorbedingungen dafür sind im wesentlichen gegeben, soweit aber die gegenseitigen Interessen sich nicht völlig decken, müßte es, so meinen wir, gar nicht so schwer sein, einen Ausgleich zu finden, der mit Zugeständnissen auf beiden Seiten einen Zustand dauernder friedlicher Zusammenarbeit schaffe.

Der Schlüssel für die Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Zentralmächten — denn daß diese als eine feste Einheit zu betrachten sind, weiß man wie in ganz Europa so auch in Italien — und Italien liegt an der österreichischen Süd- und Südostgrenze. Es sind lediglich gewisse Ziele der national erregten Schichten des italienischen Volkes, die in österreichisches Gebiet hineinreichen. Dabei ist zu beachten, daß wie überall, so auch in Italien der hitzige Nationalismus, der nach der Vereinigung aller Gleichsprachigen zu einer nationalen Einheit strebt, erheblich weiter geht, als besonnene Staatsmänner, denen die Grenzen des Möglichen und Vernünftigen deutlicher vor Augen stehen, zu verantworten geneigt sind. Was die italienische Irredenta anstrebt, wird von den verantwortlichen Politikern bestimmt nur zu einem geringen Teil als erfüllbare Forderung angesehen, aber es mag wohl sein, daß manche Bewegungen mit einem gewissen Maß von stillem Wohlwollen duldet, um selbst eine Stütze für den Griff nach dem Erreichbaren zu haben. Die Grötterung über die besonders in Norditalien lebhaft vertretenen nationalen Forderungen an Oesterreich geht in Italien schon eine geraume Zeit fort. Wir haben kürzlich in einem Artikel unseres Wiener Korrespondenten diese Dinge einer Betrachtung unterzogen, die zu dem Ergebnis kam, daß eine Einigung über eine nationale Grenzvereinigung im südlichen Tirol und am Nonzo durchaus in dem Gebiet des Möglichen liege, daß aber freilich dazu nicht nur die Bereitwilligkeit Oesterreichs, sondern auch die bestimmte Erklärung Italiens gehöre, daß es mit diesen Opfern seines Bundesgenossen sich ohne Vorbehalt zufrieden gebe und demgemäß in diesem Kriege bis ans Ende ehrlich neutral bleiben werde. In Italien hat man die Unterjochung dieser Fragen vielfach als ein bestimmtes Angebot aufgefaßt, das auf verantwortliche Personen der österreichischen Politik zurückgehe. Das war, wie wir bereits hervorgehoben haben, ein Irrtum; der Artikel war ganz unabhängig, und wenn der Pariser „Matin“ sich sogar aus Rom melden läßt, er sei vom Fürsten Bülow inspiriert, so entspricht das lediglich den lächerlichen Gewohnheiten dieses Sensationsblattes. Wohl aber glauben wir, daß die Erwägungen, von denen der Artikel unseres Korrespondenten ausging, so einleuchtend sind, daß sie auch in Oesterreich wie in Italien als richtig anerkannt werden müßten.

Nun hat vor einigen Tagen ein vielgelesenes österreichisches Blatt sich in einer freilich rein negativen Weise mit der Frage beschäftigt, und wenn man diesen Artikel als den Maßstab für die in Oesterreich-Ungarn auch an den maßgebenden Stellen herrschenden Ansichten nehmen müßte, so könnte man — und in Italien scheint das auch geschehen zu sein — glauben, es bestehe an der Donau überhaupt keine Geneigtheit, mit dem Nachbar

über das zu verhandeln, was als ein Gegenstand eines Ausgleiches in Betracht käme. In dem Artikel wird lediglich gegen die Publizisten der Irredenta polemisiert, die in einer etwas mißverständlichen Art eingeladen werden, auf den Kriegsschauplatz zu kommen, und gegen deren überspannte Forderungen eingewendet wird, daß eine Großmacht, wie Oesterreich-Ungarn sich nicht vom Meere abschneiden lassen könne. Dieser Einwand ist durchaus richtig, und soweit etwas Derartiges von Oesterreich verlangt wird, kann es dafür nur ein unbedingtes Nein geben. Aber das ist ja doch nicht das, was vernünftige Leute in Italien und anderswo als ein mögliches Objekt eines Ausgleiches der Interessen ansehen. Unsere Freunde in Wien wissen das ja auch durchaus, und so sehr wir ihnen beipflichten, wenn sie darauf hinweisen, daß der Dreibund geschlossen worden ist, weil seine Gründer die Entwicklung der drei Mächte in Linien suchten, die einander nirgends kreuzten und so sehr gerade Italiens Zukunft nach einer ganz anderen Richtung weist, so darf man doch nationale Bestrebungen, auch wenn sie eigentlich in eine falsche Richtung streben, nicht aus der Rechnung lassen. Man wird abwägen müssen, was man, unbeschadet der eigenen Machtstellung, geben kann und was man dafür erhält und danach mit kühlem Kopf die Entscheidung treffen. Sentimentale Erwägungen sollten in der Politik möglichst ausscheiden, sie sind oftmals vom Uebel gewesen, auch in Oesterreich, und es ist nicht denkbar, daß eine Grenzkorrektur die Machtstellung Oesterreich-Ungarns, das gerade in diesen Tagen so glänzend seine Kraft gegen das übermächtige Rußland zeigt, irgendwie beeinträchtigen könnte.

Wir haben oben bereits darauf hingewiesen, daß wir, wenn Oesterreich Opfer bringt, die vielleicht mit Bezug auf historische Traditionen ihm nicht leicht fallen, voraussetzen, Italien werde dagegen eine klare und unzweideutig freundschaftliche Haltung zeigen. Es scheint, daß man von der Seite Oesterreichs daran wie auch an der Größe der Ansprüche Italiens zweifelt. Das muß eigentlich in Erstaunen setzen. Man sollte meinen, daß es zwischen drei nicht nur befreundeten, sondern verbündeten Staaten leicht sein müßte, klarzustellen, was denn eigentlich die gegenseitigen Wünsche sind. Es ist nicht recht zu verstehen, welches der Zweck der Diplomaten ist, die den einen Staat bei dem anderen vertreten, wenn man sich nicht einmal über diese einfachen Dinge zu vergewissern weiß. Der bisherige Weg scheint nun noch nicht weit geführt zu haben. Da wäre doch aber das einfachste und wohl auch zweckmäßigste, daß einmal die Regierungen der drei verbündeten Staaten Vertreter beauftragen, ganz freundschaftlich und mit dem ehrlichen Willen zur Einigung zusammenzutreten und zu besprechen, was sie gegenseitig bedrückt. Da Deutschland nicht unmittelbar berührt ist, so kann es hierbei unparteiisch und redlich der Vermittler sein und wir zweifeln nicht, daß man zu einem befriedigenden Ende kommt. Aber man muß einmal anfangen und darf nicht um einander herumgehen. Die Hauptsache ist, daß wirklich verhandelt wird. In den Verhandlungen werden sich ganz von selbst Möglichkeiten einer Einigung ergeben, die nicht bloß auf territorialem Gebiet zu liegen brauchen. Aber man darf diese Dinge nicht als Nebensache bei Seite schieben. Es ist möglich, daß es für den Augenblick nicht so bedeutungsvoll ist, ob man sich einigt oder nicht, obwohl wir auch diesen Umstand nicht unterschätzen. Die Hauptsache aber ist, daß eine Barrikade weggeräumt wird, die einer gesunden und für beide Teile vorteilhaften Gestaltung der zukünftigen Politik Mitteleuropas den Weg sperrt.

Mitwirkung der öffentlichen Meinung beim Friedensschluß.

In der gestrigen Sitzung der verstärkten Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde die Besprechung des dritten Punktes des Beratungsplanes, Belagerungszustand und Beschränkung der Pressefreiheit, beendet. In der Besprechung hatten sowohl Vertreter der Staatsregierung als auch Vertreter aller Parteien das Wort ergriffen.

Der Berichterstatter faßte in seinem Schlußwort die Ergebnisse der Verhandlung dahin zusammen:

- 1) Nach den Erfahrungen während des Kriegszustandes erscheint nach Friedensschluß der Erlaß des im Art. 68 der Reichsverfassung vorgesehenen Reichsgesetzes über die Erklärung des Kriegszustandes angezeigt. Während des Krieges erscheint eine gesetzgeberische Aktion in diesem Sinne ausgeschlossen.
- 2) Die Generalkommandos sind an die bestehenden Gesetze und Verordnungen gebunden, soweit dieselben nicht durch das Gesetz betreffend den Belagerungszustand selbst aufgehoben sind.
- 3) Die königliche Staatsregierung soll für Vergangenheit und Zukunft da, wo von diesem Grundsatz abgewichen sein sollte, zugunsten der Betroffenen bei den Militärbehörden vermittelnd eintreten.
- 4) Die Zensur soll über die Bedürfnisse der Landesverteidigung und die Wahrung des inneren Friedens nicht hinausgehen; vor allem muß sie gleichmäßig ausgeübt werden.
- 5) Für die öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen ist festzuhalten, daß sie so rechtzeitig freigegeben wird, daß die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen voll zur Geltung gebracht werden kann, und ferner, daß alle Richtungen gleichzeitig das Recht der Meinungsäußerung haben sollen.

Der Berichterstatter stellte dann ohne Widerspruch fest, daß in der Kommission volle Übereinstimmung darüber herrscht, der königlichen Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß sie bei dem Reiche nach Friedensschluß die Vorbereitung des im Artikel 68 der Reichsverfassung vorgesehenen Gesetzes über die Erklärung des Kriegszustandes anregen, zurzeit aber dafür sorgen werde, daß

- 1) die Kommandobehörden nicht Anordnungen erlassen, welche den gültigen Gesetzesbestimmungen widersprechen,
- 2) die Zensur nicht über die volle Wahrung der Interessen der Landesverteidigung und des inneren Friedens hinausgeht,
- 3) die gleichmäßige Handhabung der Zensur in allen Kommandobezirken sichergestellt wird.

Die weiteren Verhandlungen der Haushaltskommission veröffentlichen wir an anderer Stelle.

20. II. 1915.

Des deutschen Reichskanzlers Besuch im k. u. k. Haupt- quartier.

Eine herzliche offiziöse Begrüßung wird heute dem Besuche Bethmann-Hollwegs im Hauptquartier und seiner dortigen Zusammenkunft mit Minister des Aeußern Baron Burian gewidmet. Es heißt da:

„Das musterhafte Zusammenwirken der Armeen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, sowie deren Führer, dieses unschätzbar wertvolle Einander-Ergänzen und in die Hände arbeiten sind nicht zuletzt eine Quelle der erzielten bedeutenden Erfolge. Jeder Tag dieses Krieges hat die Waffenbrüderschaft der alliierten Armeen gefestigt, in Blut und Eisen, im Donner der Geschütze und im Schlachtengelümmel ist da besiegelt, ausgebaut, zur packendsten Wirklichkeit gestaltet worden, was seit Dezennien in Wort und Gefühl, in Denken und Empfinden bestand, was sorgsam gehegt und gepflegt wurde, gleich einem kostbaren Kleinode, das jetzt im Feuerscheine der Kriegsfackel in blendenden Lichtern erstrahlt. Die beiden leitenden Staatsmänner der verbündeten Mächte, die im österreichisch-ungarischen Hauptquartiere zusammentreffen, werden diesen Anlaß der Natur der Sache nach gleichzeitig dazu verwenden, alle aktuellen Fragen in erschöpfender Weise zu erörtern. Nicht anders als beim Aufenthalte des Grafen Tisza und beim Besuche des Baron Burian im deutschen Hauptquartier, Gelegenheiten, bei denen ebenfalls Begegnungen und Beratungen mit dem deutschen Reichskanzler stattfanden, wird auch diesmal die uneingeschränkte Uebereinstimmung in den Anschauungen, Plänen und Zielen der Leiter unserer und des Deutschen Reiches Politik zum Ausdruck gelangen. Es gibt keine Meinungsverschiedenheit, keinen Mißton im Verhältnisse zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, die nur gemeinsame Bestrebungen und gemeinsame Mittel kennen, die unverrückbar ein und dieselbe Bahn wandeln, um die Aufgabe zu erfüllen, die sie sich gesetzt haben. Eine Zusammenkunft zwischen unserem Minister des Aeußern und dem deutschen Reichskanzler ist stets eine deutliche Solidaritätskundgebung.

Ueber sechs Monate stehen Oesterreich-Ungarn und Deutschland mitten in einem gigantischem Kampfe wider eine Vielheit von starken Gegnern, die auch vor den Auswüchsen völkerrrechtswidriger Kriegsführung nicht zurückschrecken. Und in diesen sechs Monaten erklingt das hohe Lied der Waffenbrüderschaft zwischen diesen beiden Staaten in rauschenden Akkorden. Was eine Aera sepiensreichen Friedens geschaffen und gesügt, das hat eine kurze Spanne verheerenden Krieges so fest zusammengeschweißt, so innig verschmolzen, daß heute wohl auch der Verblendeste unserer Feinde nicht mehr daran glauben wird, es könnte möglich sein, diese Allianz zu stören, ja auch nur eine Unstimmigkeit in ihren Bestand zu tragen. Dieselben sonderbaren Schwärmer in den Reichen der Tripelentente, die beim Ausbruche des Weltbrandes vermeinten, die Mobilisierung allein werde schon den Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns und Deutschlands herbeiführen, dachten auch, es werde gelingen, Mißtrauen zwischen den Verbündeten zu säen. Die eherne Wucht der Tatsachen hat da in kürzester Zeit eine Aufklärung gebracht, die auf unsere Feinde niederschmetternd wirken mußte. Denn die ruhmvollen Waffentaten, die glänzenden Erfolge der österreichisch-unga-

rifhen und der deutschen Truppen, das ideale Zusammenarbeiten der Alliierten auf dem Schlachtfeld waren die beste Widerlegung jeder törichten und unsinnigen Phantasten, eine Widerlegung, an deren Stichhaltigkeit es nichts zu zweifeln, an der es kein Drehen und Deuteln gab. Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind eins im festen Entschluß

unverzagt auszuharren, eins in den Taten und Erfolgen ihrer heroischen Heere. Und sie wissen es: im Zeichen dieser Einheit, im Zeichen dieser Armee werden sie siegen!“

Kriegskalender.

11. Februar: Beslich des Uzozerpasses weisen unsere Truppen russische Angriffe ab. — In der Bukowina und im Waldgebirge werden mehrere Hundert Gefangene sowie Maschinengewehre eingebracht. — Die Deutschen machen nordwestlich Sierpe einige Hundert Gefangene. — Fortschritte der Deutschen in Nordpolen und Ostpreußen. — Fliegerkampf bei Brüssel, Absturz eines englischen Flugzeuges. — Die Russen versenken im Hafen von Trapezunt das amerikanische Schiff „Washington“. — Die amerikanische Schiffsankaufsbill wird zurückgezogen. — Japan stellt zwei neue Großkampfschiffe ein. — Französische Bombenwürfe auf den Blifinger Hofen. — Die Engländer belegen die Ladung des holländischen Dampfers „Wilhelmina“ mit Beschlagnahme. — Das englische Schiff „Saertes“ hibt bei Annäherung eines deutschen Unterseebootes die holländische Flagge.

12. Februar: Unsere Truppen in der Bukowina haben die Serethlinie erreicht. In den Karpathen gewinnen die Verbündeten Raum. — In den Masurischen Seen nehmen die Deutschen 26.000 Russen gefangen und erbeuten 20 Geschütze und reiches Kriegsmaterial. In Polen nehmen die Deutschen die Stadt Sierpe und machen mehrere Hundert Gefangene. — Deutsche Flieger belegen Verdun mit 100 Bomben. — Frankreich bestellt in Amerika 50 Schiffsgeschütze. — Die amerikanische Regierung zieht die Schiffsankaufsbill zurück.

13. Februar: Die russischen Gegenangriffe am Dullapaf werden seltener. — Unsere Truppen überschreiten den Jablonicapaf. — Unsere Truppen erreichen in der Bukowina Bizniß, Kruth, Kojow, Delathn und Pasieczna. — In den letzten Kämpfen haben wir 29.000 Gefangene gemacht. — In Polen gehen die Deutschen gegen Racionz vor. — Der Wortlaut der amerikanischen Note an Deutschland liegt vor. — Dreißig englische Flugzeuge unternehmen einen Raid nach Seebrügge und Ostende, ein Flieger stürzt ins Meer, zwei Flugzeuge werden beschädigt. — Deutsch-Ostafrika ist vom Feinde frei. — Konferenz unseres Ministeriums über die Getreidefrage.

14. Februar: Siegreiche Gegenoffensive unserer Truppen am Dullapaf. — In den Waldkarpathen machen die Verbündeten 1000 Gefangene. — Erzherzog Karl Franz Josef besucht unsere Truppen in Russisch-Polen. — Ein ganzes russisches Bataillon kämpft in österreichischen Uniformen. — Große Erregung in China wegen der japanischen Forderungen. — Korea im Kriegszustand. — Japan mobilisiert drei Jahrgänge. — Protestkundgebungen gegen die Teuerung in England.

15. Februar: In Südoostalgalizien besetzen unsere Truppen Radworna. — Grenzgefechte am südlichen Kriegsschauplatz. — Nördlich Piktupönen und Tüsit sowie Lauroggen Erfolge der Deutschen; Verfolgungskämpfe an den Masurischen Seen; Racionz wird von den Deutschen besetzt, die sechs russische Geschütze erobern. — Die Deutschen nehmen Sengern und Kemspach, machen bei La Bassée eine Anzahl Gefangene und haben Erfolge bei St. Eloi. — Die Deutschen besiegten an den Masurischen Seen elf russische Divisionen. — Kaiser Wilhelm besucht Czestochau. — Französisch-englisches Geschwader vor Dedeagatsch. — Treibende Minen in der Donau.

16. Februar. In der Bukowina werden die Russen gegen den Pruth gedrängt. — Südlich Kolomea größere Kämpfe, 500 russische Gefangene. — Zurückgewiesene russische Tag- und Nachtangriffe in den Karpathen, 400 Russen gefangen. — Die erste russische Armee ist unter den Augen Kaiser Wilhelms und unter dem Kommando Hindenburgs in Ostpreußen vernichtet, 50.000 Gefangene, 40 Geschütze und 60 Maschinengewehre werden erbeutet. — Bilszt und Błock in Polen werden von den Deutschen genommen, 1000 Gefangene.

20. II. 1915.

Die Politik Italiens.**Festhalten an der Erklärung Salandras vom Dezember.**

Ein Antrag auf Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußern abgelehnt.

Vertagung der Debatte über die auswärtige Politik.

R. Rom, 19. Februar. Gegen Schluß der Kammer-sitzung stellte Deputierter Marangoni den Antrag, nach Erledigung des Budgets der Posten das Budget des Ministeriums des Aeußern zu erörtern.

Ministerpräsident Salandra erklärte, den Antrag des Deputierten Marangoni nicht annehmen zu können.

Die Kammer lehnte hierauf in namentlicher Abstimmung den Antrag Marangoni mit 254 gegen 27 Stimmen ab.

Deputierter Eugenio Chiesa forderte sodann die Regierung auf, den Zeitpunkt für die Debatte über den von ihm und anderen Deputierten eingebrachten Resolutionsantrag, worin die Regierung eingeladen wird, sich über die auswärtige Politik zu äußern, festzusetzen.

Ministerpräsident Salandra erklärte daraufhin auch im Namen des Ministers des Aeußern Sonnino, die Regierung habe bis zum jetzigen Augenblick an ihren im Monate Dezember des vergangenen Jahres in der Kammer abgegebenen Erklärungen nichts zu ändern, und bat daher den Deputierten Chiesa, bei seinem Beschlusantrag nicht zu beharren. Für den Fall, als Deputierter Chiesa doch darauf bestehen sollte, ersuchte der Ministerpräsident die Kammer, die Erörterung auf ein halbes Jahr zu vertagen.

Deputierter Chiesa nahm diese Erklärung des Ministerpräsidenten zur Kenntnis und bestand nicht weiter darauf, daß der Zeitpunkt festgesetzt werde, wann der Beschlusantrag zur Debatte zu stellen sei.

Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

20. II. 1915.

NB Konstantinopel, 19. Februar.

Das Hauptquartier teilt mit: Heute morgens bombardierten englische und französische Kriegsschiffe die Außenforts der Dardanellen. Sie gaben etwa 400 Schüsse ab, ohne jedoch einen Erfolg erzielen zu können. Nur ein Soldat wurde durch Steinsplitter leicht verwundet.

Drei feindliche Panzer beschädigt.

Das Hauptquartier teilt zu dem Communiqué vom 19. d. ergänzend mit:

Acht englische und französische Panzerkreuzer beschossen heute die Außenforts der Dardanellen durch sieben Stunden, doch konnten sie unsere Forts nicht zum Schweigen bringen. Der Feind gab 600 Schüsse aus großkalibrigen und 15 Zentimeter-Geschützen ab. Drei feindliche Panzer wurden beschädigt, darunter das Admiralschiff schwer. Auf unserer Seite wurden ein Offizier und ein Soldat getötet, ein Soldat leicht verwundet.

20. 7. 1915.

Entrevue Burian-Bethmann Hollweg.

Im österreichischen Hauptquartier.

* Wien, 19. Februar.

Amtlich wird verlautbart:

„Minister des Aeußern Baron Burian begab sich heute abends in Begleitung des Legationsrates Grafen Hohos an den Sitz des Armeoberkommandos. Dort trifft morgen früh auch Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in Begleitung des Gesandten v. Sturm ein, um den Besuch zu erwidern, den Baron

Burian vor kurzem im deutschen Hauptquartier abgestattet hat.“

Hierzu erfahren wir von informierter Seite: Die Zusammenkunft der beiden Staatsmänner am Sitz des österreichisch-ungarischen Armeoberkommandos ist in erster Linie als ein Akt der diplomatischen Courtoisie aufzufassen. Der deutsche Reichskanzler stattet dem Minister des Aeußern Baron Burian seinen Gegenbesuch ab. Wie der Antrittsbesuch Baron Burians im deutschen Hauptquartier stattfand, wurde für den Gegenbesuch nun der Sitz unseres Armeoberkommandos ausersehen. Bei der Entrevue werden die beiden Staatsmänner selbstverständlich Gelegenheit finden, einen Meinungsaustausch über die schwebenden, die Interessen der beiden Mächte berührenden Fragen zu pflegen.

21. / II. 1915.

Die Veröffentlichung diplomatischer Aktenstücke durch die holländische Regierung.
Gegen den Mißbrauch der neutralen Flagge.

Amsterdam, 20. Februar.

In der Sammlung diplomatischer Aktenstücke, deren Veröffentlichung gemeldet wurde, befindet sich ein Schreiben des niederländischen Ministers des Aeußern an den englischen Gesandten Sir Allan Johnstone vom 15. Februar, welches folgendenmaßen lautet:

„Ich habe die Ehre, den Empfang des Schreibens Ihrer Excellenz vom 7. Februar zu bestätigen, worin Sie in Beantwortung meiner Frage die Güte hatten, mitzuteilen, daß Ihre Regierung noch keine Proklamation über den Gebrauch einer neutralen Flagge durch britische Handelschiffe erlassen hat, daß aber der Gebrauch in der Praxis als Kriegslift anerkannt ist. Der niederländischen Regierung ist es nicht unbekannt, daß Handelschiffe einer kriegsführenden Macht öfter die neutrale Flagge gehißt haben, um die Wachsamkeit feindlicher Kriegsschiffe zu täuschen. Sie teilt die Ansicht der britischen Regierung, daß Kriegsschiffe über rechtlich anerkannte Mittel verfügen müssen, um die Nationalität eines verdächtigen Schiffes zu untersuchen. Indessen ist die Tatsache der Benützung der Flagge eines anderen Staates ohne dessen Zustimmung stets als Mißbrauch zu betrachten. In Kriegszeiten nimmt der Mißbrauch einen Charakter an, dessen Ernst keine Macht ignorieren kann, die die Pariser Erklärung unterzeichnet hat. Er kompromittiert die neutrale Flagge, verursacht Zweifel betreffs neutraler Schiffe, die die eigene Flagge führen, und setzt sie der Möglichkeit aus, selbst als feindliche Schiffe angesehen zu werden und gefährliche Folgen davonzutragen.“

Ihre Excellenz hatten die Güte, mich an die Bestimmung des Merchant Shipping Act zu erinnern, die den Mißbrauch der britischen Flagge bestraft, außer wenn ein Handelschiff einer kriegsführenden Macht sich dieser Flagge bedient, um die Erbeutung durch den Feind zu verhindern. Die niederländische Regierung kann nicht zugeben, daß auf diese Bestimmung die Anerkennung des Rechtes basiert werden könne, daß britische Handelschiffe ihrerseits zu demselben Zweck die niederländische Flagge benützen. Auch das niederländische Gesetz verbietet einen Mißbrauch der niederländischen Flagge, behandelt aber nicht die Ausnahme analog dem Merchant Shipping Act, nämlich den Fall, daß die Flagge mißbraucht würde als Mittel, um dem Feinde zu entgehen. Mangels internationaler Vorschriften, die die Dinge regeln würden, ist jeder Staat für sich befugt, die Bedingungen aufzustellen, unter denen seine Flagge benützt werden darf. Es steht fest, daß die britische Regierung nicht stets

imstande sein wird, die Benützung einer neutralen Flagge durch britische Handelschiffe zu verhindern, aber die niederländische Regierung glaubt erwarten zu dürfen, daß die britische Regierung keinen Mißbrauch sanktioniert, der die niederländische Schifffahrt den Gefahren des Krieges aussetzen würde.“

21./II. 1915.

Kriegskalender.

16. Februar: Einfall von Albanern in Serbien, Verluste der Serben. — Die englischen Schiffe „Andromeda“ und „Hull Trader“ sinken. — Die chinesisch-japanischen Verhandlungen werden abgebrochen. — Noten der nordischen Staaten an Deutschland und England.

17. Februar. Nach zweitägigen siegreichen Kämpfen besetzen unsere Truppen Kolomea, 2000 Gefangene; in den Karpathen bringen unsere Truppen 4040 Gefangene ein. — Die Deutschen verfolgen die Russen über die Grenze in der Richtung Lauroggen; 700 gefangene Russen und 6 Maschinengewehre zwischen Lomza und Kolna. In Polen nördlich der Weichsel harte Kämpfe. — Die Deutschen nehmen 170 Engländer und 4 Offiziere, 179 Franzosen und 2 Offiziere bei Reims gefangen, weisen französische Angriffe in der Champagne zurück und machen 300 Gefangene und erobern in den Argonnen weitere Teile der feindlichen Hauptstellung, zwei Gebirgsgeschütze und 7 Maschinengewehre, wobei sie 350 Gefangene machen. — Entschiedene deutsche Antwortnote an Amerika. — Der englische Kohlendampfer „Dulwich“ wird bei Havre von einem deutschen Unterseeboot versenkt. — Geheime Sitzung des dänischen Parlamentes. — Erklärung des deutschen Gesandten in Christiania. — Ein österreichisch-ungarischer Torpedojäger und zwei Torpedoboote beschießen den Hafen von Antivari. — Der griechisch-türkische Zwischenfall ist beigelegt. — Große militärische Vorbereitungen Japans. — Ein deutsches Unterseeboot versenkt den französischen Dampfer „Bille de Lille“. — Kriegsrat in London. — In der Nähe der Schelbemündung wird ein englisches Wasserflugzeug herabgeschossen. — In Tsingtau und auf der Halbinsel Schantung sind japanische Truppen gelandet.

18. Februar: Czernowiz ist wieder in unserem Besitz. — Abgewiesene russische Angriffe in den Karpathen, 320 Gefangene. — Nördlich Kolomea und Radworna und in der Richtung Stanislaw harte Kämpfe. — Die Kriegsbeute Hindenburgs in Masuren hat sich auf 64.000 Gefangene, 71 Geschütze, 100 Maschinengewehre, 3 Lazarettzüge, 150 gefüllte Munitionswagen und unzähligen Train erhöht. — 3000 gefangene Russen bei Plock-Racionz. — Französische schwere Verluste bei Reims; in der Champagne 785 Franzosen und 11 Offiziere gefangen. Abgewiesene französische Angriffe östlich Verdun und bei Bourenilles-Banquois. — Unterbrechung der Kabelverbindung Brest-New-York. — Deutscher Durchbruch bei Ypern. — Die deutschen Luftschiffe „L 3“ und „L 4“ gehen bei Dänemark verloren. — Fünfmillionencredit für die Manöver in Bulgarien.

Die Begegnung zwischen Baron Burian und dem deutschen Reichskanzler.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

— 20. Februar.

In dem kleinen sauberen Bergstädtchen, welches gegenwärtig das Armeoberkommando mit seinen Generalen, Offizieren, Telegraphisten und Autofahrerkolonnen beherbergt, fand heute die zweite *Entrevue* zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Minister des Aeußern Oesterreich-Ungarns, Freiherrn v. Burian, statt. In frühlingshaft milder Morgenluft traf auf dem vielgeleitigen Bahnhof der industriereichen Stadt um 8 Uhr 18 Minuten in seinem Salonwagen Minister des Aeußern Baron Stephan Burian ein, begleitet vom Legationsrate Grafen Hohos, vom Grafen Thurn-Balassina und Sektionsrat v. Wiesner empfangen. Der Minister und sein kleines Gefolge warteten auf dem offenen Bahnsteig wenige Minuten, bis aus der Gegenrichtung ein preußischer Sonderzug den Reichskanzler und sein Gefolge brachte. Der Sonderzug bestand aus Salonwagen, Speisewagen, Wagen erster Klasse für das Gefolge und einem Gepäckwagen und blieb den ganzen Tag auf einem Nebengeleise unter Dampf. Minister Baron Burian und Legationsrat Graf Hohos, die sich in Zivilkleidung befanden, begrüßten den frisch und stramm dem Salonwagen entsteigenden Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, dem Gesandter v. Stumm und Legationssekretär Graf Zech mit mehreren Offizieren und Beamten folgten. Die deutschen Herren trugen ihre selbgrauen Uniformen.

Erzherzog Friedrich hatte zur Begrüßung Flügeladjutant Oberst Baron Mohr-Merkel gesendet. Der behelmte Kopf des Kanzlers überragte die eleganten Figuren der ihn Begrüßenden, und niemand konnte im Zweifel sein, daß der preußische Infanteriegeneral der deutsche Kanzler sei. Nach herzlicher Begrüßung begleitete Baron Burian seinen Gast im Automobil durch die auf und ab ziehenden Bergstraßen der Stadt zur Villa eines Buchdruckerbesizers, in der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg Wohnung nahm. Hierauf suchte Baron Burian sein eigenes Quartier im Hause eines Zeitungsherausgebers auf, in dem er schon bei seinem Antrittsbesuch in unserem Hauptquartier wohnte.

Am Vormittag verweilten beide Minister in mehrstündigem Zwiegespräch, nachdem sie den Morgeneinlauf der ihnen nachgesendeten Depeschen erledigt hatten. Mittags erschien der deutsche Kanzler beim Armeoberkommandanten Erzherzog Friedrich in Audienz, der sich in Gesellschaft des Thronfolgers Erzherzog Karl Franz Josef befand. Um 1 Uhr wohnten Herr von Bethmann Hollweg und Baron Burian dem Dejeuner bei Erzherzog Karl Franz Josef bei, an dem der Chef des Generalstabes Baron Conrad v. Höhendorf sowie Herren der Gefolge teilnahmen.

Um halb 5 Uhr nachmittags erfolgte eine dritte Begegnung beider Staatsmänner beim Tee im Quartier Baron Burians.

Der deutsche Kanzler und Minister des Aeußern Baron Burian trafen zur Erledigung von Höflichkeitsbesuchen zusammen. Herr v. Bethmann Hollweg wollte Baron Burian seinen Antrittsbesuch erwidern, und man wählte als Ort des Zusammentreffens unser Hauptquartier, damit der deutsche Kanzler Gelegenheit habe, sich dem Oberkommandanten Erzherzog Friedrich vorzustellen. Den Generalstabschef Baron Conrad hatte er bei dessen Berliner Besuchen kennen gelernt. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Minister des Auswärtigen zweier verbündeter kriegführender Staaten zusammentreffen, sie über mehr als Höflichkeiten zu sprechen haben.

Die dritte Begegnung dauerte bis gegen 7 Uhr abends, worauf Baron Burian seinen Gast zum Bahnhof geleitete und die Abreise des deutschen Sonderzuges erfolgte. Abends war Baron Burian wieder Gast des Erzherzogs Friedrich, worauf er gleichfalls die Heimreise antrat.

Ein englisches Weißbuch.**Poincarés und König Georgs Verhandlungen vor Kriegsausbruch.**

(Tel. des t. t. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 20. Februar. Einer Meldung des Reuterschen Bureaus zufolge wurde in London ein Weißbuch veröffentlicht, demzufolge Präsident Poincaré am 31. Juli 1914 einen persönlichen Appell an König Georg richtete. Poincaré erklärte, wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf das Fernbleiben Englands vom Kriege rechnen könnten, würde Oesterreich-Ungarn unbegreiflich und ein Ausgleich mit Rußland unmöglich sein. Wenn aber anderseits Deutschland überzeugt wäre, daß England sich im Notfalle auf die Seite Frankreichs stellen würde, bleibe die beste Aussicht auf die Erhaltung des Friedens. Die letzte Aussicht auf eine friedliche Regelung hänge von der Sprache und dem Vorgehen Englands ab.

König Georg antwortete mit einem Brief, worin er seine Sympathien mit dem Bestreben Frankreichs, den Frieden zu erhalten, aussprach und schließlich sagte, er gäbe sich noch immer „die größte Mühe“ mit dem russischen und dem deutschen Kaiser. Was Englands Haltung betreffe, wechselten die Ereignisse so schnell, daß es schwer sei, die Entwicklung vorauszusehen. Aber seine Regierung werde weiterhin mit dem Botschafter Cambon offen jeden Punkt besprechen, der für beide Nationen von Interesse sei.

Das Wolffsche Bureau bemerkt hierzu: Der Schritt Poincarés bei dem englischen König liefert die beste Illustration dafür, daß Frankreich damit den letzten Hebel in Bewegung setzte, um Deutschland durch die Kriegsdrohung Englands diplomatisch auf die Knie zu zwingen. Es ist vor allem bezeichnend, daß Frankreich nicht etwa Schritte in Petersburg tat, um den Zaren von der allgemeinen Mobilmachung abzuhalten, die in der Nacht zum selben Tage erfolgte, sondern daß man England unter allen Umständen zum Kriege gegen Deutschland festzumachen versuchte. Bis zum 31. Juli gab Grey dem französischen Botschafter gegenüber noch keine die Regierung bindende endgültige Zusicherung über Englands Eingreifen, soweit der Minister auch dem deutschen Botschafter gegenüber in seinen versteckten Drohungen schon gegangen war. Poincarés Brief war der letzte Trumpf im französischen Kartenspiel.

21. / II. 1915.

(Drahtbericht der „Reichspost“.)
f. Kopenhagen, 20. Februar.

Die Petersburger „Nowoje Wremja“ meldet aus
Tokio:

Der japanische Ministerrat hat unter
dem Voritze des Mikado beschlossen, China ein
Ultimatum zu überreichen.

Kriegschronik.

14. Februar:

Das Dorf **Norroy** erobert; 150 Gefangene.
 Fortschritte rechts der **Weichsel**.
 Gemeinsame deutsch-österreichische Erfolge am
Dullapaz. 970 Gefangene.
Czernowitz von den Russen geräumt.

15. Februar:

Deutsche Erfolge bei **St. Cloi**.
 Französische Angriffe bei **La Bassée** gescheitert.
Sengern und **Kempach** im Elsaß besetzt.
 Die Russen nach **Tauroggen** gedrängt.
Racionz besetzt, sechs Geschütze erobert.
 Neue wirtschaftliche Maßnahmen des Bun-
 desrats. Einschränkung der Biererzeugung. — Er-
 höhung der Kartoffelhöchstpreise. — Beschlagnahme der
 Hafervorräte.
 Aufspürung der Beziehungen zwischen **China** und **Japan**.
 Japan ruft drei weitere Jahrgänge ein.

16. Februar:

Die Engländer übermalen ihre Schiffe mit neutralen
 Zeichen.
Bielitz und **Block** nördlich der Weichsel besetzt.
 Die Verfolgungsgesichte an und jenseits der ost-
 preussischen Grenze nehmen weiter einen sehr
 günstigen Verlauf.
 Die Russen in **Südbgalizien** zurückgedrängt.

17. Februar:

Die Vernichtung der 10. russischen Armee in der
 „**Winterschlacht in Masuren**“ wird gemeldet.
 Beute erhöht sich auf über 50 000 Gefangene, 40 Geschütze
 und 60 Maschinengewehre. Verfolgung der Russen bis
Suwalki. Anwesenheit des Kaisers auf dem Schlach-
 tefeld.
 Die Dreiverbandsanleihe ist gescheitert.
 Die Russen über den **Pruth** gedrängt, die **Bukowina**
 befreit.
 Veranlaßt durch die großen Kämpfe im Osten, unternahmen
 die Franzosen und Engländer hartnäckige An-
 griffe, die alle scheiterten. Fast 1000 Gefangene
 gemacht.
 Die russischen zur Hilfe anrückenden Truppen bei **Kolno**
 besiegt. 700 Gefangene.
 Deutschlands Antwort an Amerika wird ver-
 öffentlicht.
 Die deutschen Militärärzte in Frankreich frei-
 gesprochen.

18. Februar:

Kolomea erstürmt. 2000 Gefangene.
 In den **Karpathen** 4000 Gefangene gemacht.
 Der Kaiser in **Berlin**.
 Englischer Dampfer „**Durwich**“ von einem Unterseeboot
 versenkt, zwei andere Dampfer vermisst.
 Französischer Dampfer „**Bille de Bille**“ von einem
 Unterseeboot vernichtet.
 Große Fliegerkämpfe an der belgischen Küste.
 Blutige Verluste der Franzosen bei **Reims**.
 Neue Kämpfe bei **Berthes** (Champagne).
 Französischer Mißerfolg bei **Boureuilles-Bau-**
quois (östlich der Argonnen).
 Deutsche Siege bei **Block** und **Racionz** (3000
 Gefangene).
 Die Beute in **Ostprenzen** erhöht sich auf 64 000 Ge-
 fangene, 71 Geschütze, 100 Maschinengewehre und viel
 Kriegsmaterial.
 Luftschiff „**L 3**“ im Sturm vernichtet.

19. Februar:

Czernowitz besetzt.
 Angriffe der Russen auf **Kolomea** abgewiesen.
 In der Kommission des preussischen Abgeord-
 netenhauses wird von allen Parteien gefordert, daß
 die Preßzensur in angemessener Art ausgeübt werde.
 Weitere Angriffe der Franzosen blutig zurückgeworfen.
Tauroggen besetzt.
 Luftschiff „**L 4**“ gleichfalls im Sturm vernichtet.

20. Februar:

Englisch-französischer Angriff auf die **Dar-**
danelen abgewiesen.
 Die englische Admiralität fordert die Handels-
 schiffe zum Freischärlerkrieg gegen die U-Boote
 auf und setzt Belohnungen aus.
 Weitere Angriffe der Franzosen abgewiesen.
 Eine Hauptstellung in den **Vogesen** bei **Sulzern** er-
 obert.
 Die Russen bei **Kolno** zurückgeworfen.

21. II. 1915.

Der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte Sonnabend die Beratung des Etats des Staatsministeriums bei der Frage der

Bergebung der Kriegslieferungen

fort. Hierzu brachte ein Abgeordneter Mängel zur Sprache, die sich bei der Organisation und Vergebung von Heereslieferungen ergeben hätten. Daran knüpfte sich eine längere Erörterung. Mehrere Abgeordnete betonten mit dem ersten Redner, daß man möglichst an die Quelle der Produzenten und deren Organisationen, die Handels- und Handwerkskammern, gehen und den nicht legitimen, nicht fachverständigen Zwischenhandel außer Betracht lassen solle. Auch wurde ersucht, die Auskunft über die Zuständigkeit der auftraggebenden Stellen zu erleichtern und für beschleunigte Auskunft zu sorgen. Auch die Frage der Löhne der Heimarbeiterinnen und der Einkaufspreise der Liebesgaben wurde besprochen. Von einer Seite wurde auf die ganz außergewöhnliche Anspannung aller Kräfte bei Ausbruch des Krieges und auf die Dringlichkeit in Beschaffung der Heeresmaterialien aufmerksam gemacht, was manches erklärte.

Der Handelsminister erklärte, daß inzwischen das Heereslieferungswesen einer völligen Neuordnung unterworfen sei. Der Kriegsminister habe zwecks Ausschaltung des gerügten Agentenwesens verfügt, daß Angebote auf Heereslieferungen nur noch durch die Hand der Handels- und Handwerkskammern einzureichen seien, die sich dabei über Branchezugehörigkeit, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Anbietenden gutachtlich zu äußern hätten. Bei den von der Heeresverwaltung in ständigem Einvernehmen mit dem Handelsministerium getroffenen Maßnahmen sei zu hoffen, daß in Zukunft den in der Anfangszeit hervorgetretenen, auch von der Staatsregierung beklagten Unzuträglichkeiten werde vorgebeugt werden.

Der Etat des Staatsministeriums wurde bewilligt.

Zum Schluß warf der Vorsitzende einen Rückblick auf die neuntägigen Verhandlungen, die sich ausgezeichnet hätten durch die strenge Sachlichkeit, mit der man in die schwierigen Fragen der Kriegslage einzubringen bemüht gewesen sei, durch volle Offenheit der Aussprache mit der Staatsregierung und ganz besonders durch die Einigkeit der ganzen Kommission. Diese Einigkeit habe sich gezeigt in dem Geiste, der die ganzen Verhandlungen getragen habe — man könne wohl sagen: es hat keine Parteien gegeben — und in dem Ergebnisse der Verhandlungen. In einem alle Erwartungen übertreffenden Maße sei volle Einmütigkeit hervorgetreten über das, was die Stunde erforderte. Dank der Arbeit der beiden Berichterstatter sei es auch gelungen, diese Ansichten und Wünsche in gedrängte und übersichtliche Form zu bringen und so der Staatsregierung zu übermitteln. Es dürfe der Zuversicht Ausdruck gegeben werden, daß sie bei der Staatsregierung volle Beachtung und Würdigung finden möchten, damit auch zwischen Staatsregierung und Volksvertretung Einigkeit herrsche in dieser ernsten Lage des Vaterlandes.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums dankte für die reiche Kritik und die zahlreichen Anregungen der Kommission. Dieselben würden ernste Beachtung und Berücksichtigung finden. Regierung und Volk seien einig in dem Willen und der Entschlossenheit, den Krieg bis zum letzten Hauch zu Ende zu führen zum Wohle des Deutschen Reiches und des preussischen Vaterlandes.

Es folgte die Beratung des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, in Verbindung damit die Besprechung der Behandlung deutscher Kriegsgefangener im Auslande. Seitens der Kommission und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes wurden die Verhältnisse der Zivil- und Kriegsgefangenen im feindlichen Auslande besprochen, eine ausführliche Berichterstattung darüber aber der Plenarberatung vorbehalten.

Der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wurde bewilligt, ebenso eine Reihe kleinerer Etats.

Beim Etat der

Landwirtschaftlichen Verwaltung

wurde eine Reihe von Fragen besprochen, wie Beschaffung von Torf, Förderung der Schafzucht, Kultivierung der Weidflächen, bei der zurzeit etwa 70 000 Gefangene beschäftigt werden, Zuführung von Kaltblutpferden aus Belgien, Heranziehung von Gefangenen, auch in kleineren Trupps, zu landwirtschaftlichen Arbeiten, Deffnung der Wälder zum Eintreiben von Vieh und Gewinnung von Streu, bessere Einrichtung von Düngstätten und endlich der Rübenbau. Zu letzterem teilte der Landwirtschaftsminister mit, daß die Einschränkung des Rübenbaus um 25 v. H. in Aussicht stehe.

Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde bewilligt.

Im Laufe der Verhandlungen war ein Telegramm des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, von Batocki, eingetroffen, in dem derselbe im Namen der Provinz Ostpreußen der Kommission herzlich dankt für das den Sorgen und Wünschen der Provinz bekundete warmherzige Verständnis.

Nächste Sitzung Dienstag, 23. Februar.

21./II. 1915.

Deutschlands Kriegsziel.

Gegen eine vorzeitige Erörterung der Friedensbedingungen.

AB Berlin, 20. Februar.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter dem Titel „Das Kriegsziel“: Von manchen Seiten wird der Reichsregierung verargt, daß sie Erörterungen über das Kriegsziel in der Presse noch nicht zulassen will. Die Zeit ist noch nicht gekommen, sie wird aber kommen, und dann wird die Reichsregierung dankbar sein, dann wird sie es bedürfen, wie sie es immer bedarf, von einem starken Volkswillen gestützt zu sein. Ohne den vermag sie nichts, genau so wie zu den Zeiten Bismarcks im Jahre 1870. Aber jetzt und zunächst gibt es nur ein einziges Kriegsziel: die Niederlage der Feinde, eine Niederlage, die — wie der Reichskanzler in der Reichstagsrede am 2. Dezember 1914 jagte — uns die Sicherheit bringen muß, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören, einen Frieden, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraft entfalten wollen als freies Volk.

Diesen klaren, festen Willen dürfen wir uns nicht fälschen lassen durch Entfesselung einer Diskussion über die künftigen konkreten Friedensbedingungen. Wie wäre sie möglich, ohne daß sofort Parteirichtungen und die äußersten Gegenjäger von romantischen, zum Teil auf die mittelalterlichen Westgrenzen des Reiches eingestellten Eroberungsplänen bis zur größten Genügsamkeit mit dem, was wir besitzen, hervortreten und ein verworrenes Bild des Volkswillens entstände, mit dem wir weder dem Kriegsziel näherkommen, noch das künftige in einem Koalitionskrieg doppelte verwickelte Friedensgeschäft erleichtern, ja vielleicht neue Hemmungen und neue Gegnerjachten hervorrufen würden. Wir überwinden diesen Weltkrieg siegreich durch die einigige, innere Kraft aller Gedanken und Handlungen. Sie heißt es ungebrochen nach in- und nach außen zu bewahren, bis nach möglichst schnellem, wüchtigem Niederringen der Feinde es wieder Parteien, nicht bloß Deutsche, geben darf. Will es das deutsche Volk wirklich anders? Sein wichtigster Teil steht draußen im Felde, um in schwerer Kampfesnot mit wüchtigem Hammer Schlag die ehernen Grundlagen zu schaffen, auf denen der deutsche Friede ruhen soll. Aus zahlreichen brieflichen und mündlichen Mitteilungen wissen wir, daß draußen im Felde mit tiefem Unmut Stimmen vernommen wer-

den, die schon jetzt den Streit um das Fell des Bären beginnen möchten. Die Kämpfer empfinden es bitter, daß man heute schon Fahnen auf den Wällen von Festungen oder Küstentürmen aufpflanzt, die noch zu erobern sind.

Und das Volk daheim? Das wirkliche Volk arbeitet, duldet und hofft, aber es drängt nicht. Denn es weiß und fühlt, daß die nächste Frage nicht lautet: Was soll uns der Friede bringen?, sondern: Wie wollen wir ihn erringen? Ihm ist jeder Musketier, der in den Schützengräben Flanderns, in den Wäldern der Argonnen, an den polnischen Sümpfen, auf den Schneefeldern der Karpathen seine Knochen darankt, zunächst mehr wert als die geistvollste Erörterung über die künftigen Grenzen des deutschen Machtbereiches.

Die obersten Gewalten im Felde und daheim, das Schwert und die Feder, stimmen auch darin völlig überein, daß zwingende Gründe der Landesverteidigung wie der Politik dem Wunsch entgegenstehen, schon jetzt mit bestimmten Erklärungen über unsere Friedensbedingungen hervorzutreten und eine öffentliche Diskussion zuzulassen. Der Zeitpunkt hierzu kann nur durch die militärischen Ereignisse bestimmt werden. Ueber das Hernach zu streiten, hat erst Sinn und Wert, wenn wir in diesem notgedrungenen Kampf mit der Abwehr unserer Feinde am glücklichen Ende sind. Dann wird die Reichsleitung ohne Zögern ihre Friedensziele aufdecken, dann sei dem freien Volk die Rede frei.

22. / II. 1915.

Italien und Oesterreich.

M Rom, 20. Febr., 9 V. (Priv.-Tel. Str. Frlst.) Die italienische Presse fährt fort, die deutsche Vermittlung zwischen Wien und Rom zu besprechen. Der allgemeine Eindruck ist der, daß Wien intransigent bleibe und Deutschlands guter Wille bisher fruchtlos geblieben sei. Die Blätter warnen vor dem Glauben, daß Versprechungen von Seiten Deutschlands Italien auf die Dauer befriedigen könnten. Die Verhandlungen müßten bald einen konkreten Charakter annehmen. Wenn es der deutschen Vermittlung nicht gelinge, die Haltung Oesterreichs zu ändern, werde Biskovics Bemühen sich in ein wertloses diplomatisches Spiel auflösen, denn Italien könne nicht ewig zwischen dem Wiener Nein und dem Berliner Ja schweben. Mit derselben Sinnmütigkeit wendet sich die Presse gegen die Anschauung eines Berliner Blattes, das von zunehmender neutraler Stimmung in Italien sprach und den ruhigen Verlauf der Parlamentsverhandlungen in diesem Sinne deutete. Diese Anschauung beruhe auf gründlicher Unkenntnis der italienischen Verhältnisse. In der Stunde der Entscheidung werde das ganze Volk hinter der Regierung stehen und seine patriotische Pflicht erfüllen.

Zwischen Belgrad und Semlin.

In Budapest, 21. Febr. (Priv.-Tel., Str. Post.) Nach zweimonatiger Pause gab es, wie bereits auch amtlich gemeldet wurde, vor einigen Tagen einen erbitterten Artilleriekampf zwischen Belgrad und Semlin. Gegenwärtig hat die Save die Ufer überschwemmt und sowohl in Syrmien wie in Serbien, besonders in der Matschwa, stehen weite Landstrecken unter Wasser. Bei Mitrowitza, wo die Save am schnellsten ist und wo im vergangenen Jahre die serbische Timol-Division vernichtet wurde, versuchten nun vor einigen Tagen die Serben, unsere Grenztruppen zu beunruhigen. Sie richteten auch ein heftiges Artilleriefeuer auf die offene Stadt Mitrowitza. Das Feuer wurde von unserer Seite energisch erwidert. Vor drei Tagen eröffneten Serben, die vordem nur auf unsere Truppenaufstellungen zielten, ein heftiges Granatfeuer auf die gleichfalls offene Stadt Semlin. In mehreren Straßen wurden öffentliche und private Gebäude beschädigt und die Bevölkerung suchte Schutz in den Kellern. Nur ganz vereinzelt sah man noch Leute auf den Straßen. Vorgestern wurden ein Student namens Lancos und ein Gewerbegehilfe getötet und einige andere Personen verletzt. Zur Antwort auf den menschlichen Angriff auf die offene Stadt begannen unsere schweren Geschütze ein Bombardement auf Belgrad, durch das zahlreiche Häuser zerstört oder in Brand gesetzt wurden. Durch einen Parlamentär wurde dem Belgrader Kommandant verständigt, daß man Belgrad dem Erdboden gleich machen werde, falls die Beschießung von Semlin nicht eingestellt werde. Seither hüten sich die Serben, Semlin zu beschleßen.

Grey über Japan und den Dreiverband.

London, 20. Februar. Ueber die Forderungen Japans an China sagte Grey im Unterhause, er könne gegenwärtig dem Hause keine Aufklärung über die vertraulichen Informationen geben, die er von Japan erhalten habe. Am 5. September 1914 sei zwischen der britischen, der französischen und der russischen Regierung in London ein Vertrag unterzeichnet worden, der damals in der Presse veröffentlicht wurde und worin die drei Mächte übereinkamen, während des Krieges keinen Separatfrieden zu schließen. Sie kamen auch überein, auch wenn es zu Friedensverhandlungen komme, nur im Einvernehmen mit allen Verbündeten Friedensvorbedingungen zu stellen. Artikel 2 des englisch-japanischen Bündnisses enthalte dieselben Verpflichtungen und binde bei Regelung von Fragen, die aus Kriegereignissen im fernem Osten entstehen, die vier Mächte aneinander.

23./II. 1915.

Kriegstagung des Preussischen Landtags. Wirtschaftsfragen.

N Berlin, 22. Febr. (Str. Bln.) Das Abgeordnetenhaus hat heute die zweite Lesung des Stats in Verbindung mit der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs, der den Gemeinden 110 Millionen für die Kriegswohlfahrtsausgaben als Beihilfe gewährt, begonnen. Es verfährt dabei nach der von der Kommission aufgestellten, streng gegliederten Ordnung. Und das hat, zumal die Vorlagen in der Kommission recht eingehend beraten worden sind, und ein ausführliches Resümee im Namen der Kommission veröffentlicht worden ist, zur Folge, daß die Beratungen im Plenum sich schnell vollziehen und keine Ueberraschungen bringen werden. Die Debatten bestehen in der Hauptsache aus einem eingehenden Referat des Berichterstatters, den man die sorgfältig vorbereitete schriftliche Ausarbeitung anmerkt, und an welches sich kürzere oder längere Erklärungen der als Einheit auftretenden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie anschließen. Die Sache würde gewiß nicht immer eine derartige Scheidung der Geister erfordern. Aber es gibt einmal innerhalb der Sozialdemokratie Geister, denen der Gedanke an ein vorbehaltloses Zusammengehen mit den übrigen Parteien nicht ganz geheuer ist, und so kommt es, daß die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu Gesetzen und Anordnungen der Regierung mit einer näheren Kritik einzelner Maßnahmen verbindet, auf die die übrigen Parteien angesichts der ausführlichen Verhandlung der Kommission verzichten zu können glauben.

Die allgemeine Debatte knüpft an die Beratung des Stats des Staatsministeriums an und konzentrierte sich zunächst auf die Frage der Volksernährung und der Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens als Folge des Krieges. Der konservative Abgeordnete Hösch konnte in seinem Bericht feststellen, daß sich bei der Besprechung dieser Frage eine vollkommene Übereinstimmung sämtlicher Parteien ergeben hat, und daß alle von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß in dem uns aufgezwungenen Kampfe auch die Kräfte unseres Wirtschaftslebens ein wichtiger Siegesfaktor sind. Was der Bundesrat mit Zustimmung des Reichstags an rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Maßnahmen in dieser Richtung getan und mit Hilfe einer zuverlässigen Beamenschaft durchgeführt hat, das ist gewiß nicht so vollkommen, wie es sein könnte, wenn wir uns in Friedenszeiten auch auf diese Seite der Kriegsführung rechtzeitig eingerichtet hätten. Aber es kann sich sehen lassen. Es sind Höchstpreise für Brotgetreide ergangen, die offenbar nur allzu günstige Einschätzung unserer Ernte und übergroße Vorsicht verhindert hat, zu einer vollständigen Regelung des Konsums auszugestalten. Es ist eine der wertvollsten Errungenschaften dieses Krieges, daß die Stellung der Landwirtschaft nicht als die Frage einer einzelnen Erwerbsgruppe, sondern als eine Angelegenheit der ganzen Nation zu behandeln ist. In dieser Ueberzeugung ist ja auch die Kriegsgetreidegesellschaft ins Leben gerufen worden. Manches stünde auch besser, wenn man rechtzeitig durch geeignete Maßnahmen der Verschwendung der Kartoffel für Futtermittel vorgebeugt hätte. Bewundernswert ist die Schnelligkeit und Gewandtheit mit der sich Industrie und Handel den Bedürfnissen der Kriegszeit angepaßt haben.

So ist alles bei uns von der Notwendigkeit durchdrungen, nicht nur Blutopfer, sondern auch wirtschaftliche Opfer zu bringen und damit eine Vorbedingung des Sieges über unsere Feinde zu schaffen. Diesen Gedanken hat dann der Vizepräsident des Staatsministeriums, Herr Delbrück, weiter ausgeführt: Der Ausbruch des Krieges legte unser gesamtes Wirtschaftsleben still. Aber die schwere Aufgabe, es neu zu beleben und auf Kriegsfuß zu bringen, ist glänzend gelungen. Unsere Geld- und Kreditverhältnisse haben die Stürme der ersten Kriegsmoche leicht überwunden und sich immer stärker konsolidiert und bieten jetzt eine Grundlage für die finanzielle Seite der Kriegsführung, wie sie nicht besser sein könnte. Der Arbeitsmarkt hat sich immer freundlicher entwickelt dank der Intelligenz und dem organisatorischen Geschick unseres Volkes. Englands brutale Kriegsführung zwingt dazu, daß ein jeder sein ganzes Dasein in die Kriegszwecke stellt. Aber dieses Bewußtsein ist auch die Garantie des Erfolges.

Ueber den Gesetzesentwurf betreffend die Kriegsfürsorge referierte der freikonservative Abgeordnete Febr. von Zedlitz, der mit Recht die Verdienste der Selbstverwaltung bei dieser Gelegenheit unterstrich und in gleicher Weise, wie nach ihm der nationalliberale Abgeordnete Friedberg, im Namen der bürgerlichen Parteien der Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß diese Vorlage wesentlich dazu beitragen wird, unseren im Kampfe stehenden Vätern, Söhnen und Brüdern, weil sie von der Sorge um das Wohl ihrer Angehörigen befreit sein dürfen, den Kampf zu erleichtern. Auch der Vertreter der Sozialdemokratie, Herr Hirsch, erkannte an, was bisher geschehen ist, ließ auch der preussischen Regierung Gerechtigkeit widerfahren und suchte die Hauptmängel der jetzigen Kriegsfürsorge in der Gestaltung der Reichsgesetze.

Damit schloß diese Beratung. Morgen wird die Statsberatung fortgesetzt.

23./II. 1915.

König Albert von Belgien als Thronkandidat.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 22. Februar.

In einem Pariser Brief der römischen „Tribuna“ wird berichtet:

In weiten Kreisen Frankreichs wird die Wahl König Alberts von Belgien zum König von Frankreich gefordert. Bereits fanden mehrere geheime Versammlungen statt. Der König der Belgier genießt heute in Frankreich eine Volkstümlichkeit wie keiner der Thronprätendenten.

Weiter wird in der „Tribuna“ gesagt, es bestehe kein Zweifel, daß zwischen dem Präsidenten Poincaré und den Staatsmännern, die zur Gruppe Clemenceau-Caillaux gehören, eine Spannung eingetreten sei. Poincaré habe den Krieg um jeden Preis gewollt, während Caillaux mit Deutschland verhandeln wollte.

23./X. 1917.

Salbamtlich wird gemeldet:
Wangels ausreichender Lebensmittelvorräte in den vom Feinde befreiten Gebieten der Bukowina erscheint die von vielen Flüchtlingen beabsichtigte Rückkehr in dieses Land derzeit noch nicht tunlich.
Die Ausgabe von Freifahrkarten und Freifahrtsempfehlungen an Flüchtlinge für die Rückkehr in die Bukowina ist daher bis auf weiteres untersagt.
Auch jene Bukowinaer Flüchtlinge, welche über die für ihren Lebensunterhalt erforderlichen Mittel verfügen, werden vorläufig vor den für sie nachteiligen Folgen einer übereilten Rückkehr in die Heimat dringend gewarnt.

24. 1915.

Kriegstagung des Preussischen Landtags. Wirtschaftsragen.

N Berlin, 22. Febr. (Priv.-Tel.)

Haus und Tribünen sind dicht besetzt. Der Präsident verliest die neueste Mitteilung über die Siegesbeute in der Winter Schlacht in Masuren, die vom ganzen Hause mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen wird. Der Präsident wird ermächtigt, dem Kaiser ein Glückwunschtelegramm zu senden. (Beifall.) Das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Dietrich (3.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Darauf tritt das Haus in die

zweite Lesung des Etats

ein und zwar erfolgt zunächst die Besprechung über die Volksernährung, Feldbestellung usw. Zunächst erhält das Wort der Berichterstatter

Dr. Goch (Konf.): Das ganze Volk hat ein Anrecht, über die Verhandlungen der Kommission etwas zu erfahren und deshalb werde ich Ihnen einen ausführlichen Bericht geben. In der Kommission hat sich eine vollständige Uebereinstimmung unter allen Parteien ergeben. Jeder ist überzeugt, daß es nur ein Ziel geben würde, durchzuhalten und unser Wirtschaftsleben zu erhalten und darin hat es in der Kommission keine Meinungsverschiedenheit gegeben. Die ersten Aufgaben in dieser Beziehung lasteten auf dem Reichskanzler und den Reichsbehörden. Die Umstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse ließ sich nicht in kurzer Zeit erzielen. Dazu hätte es einer weitgehenden Vorbereitung während der Friedenszeit bedurft. Wir haben ja immer den Frieden gewollt und haben daher die letzten Arbeiten der Kriegsrückführung erst während des Krieges leisten müssen. Die Kommission konnte nicht allen Maßnahmen der Regierung zustimmen. Nicht, als ob sie die Tendenz der Maßnahmen beurteilt hätte, sie war nur über ihre Zweckmäßigkeit anderer Meinung. Es handelte sich zunächst um die Sicherstellung der Volksernährung, Höchstpreise waren notwendig. Aber die Kommission war auch der Meinung, daß auch für Mehl von Anfang an Höchstpreise hätten erlassen werden müssen, um auch den Konsum zu überwachen, nicht weil es uns an Brotgetreide fehle, sondern weil wir auch auf die Deckung des Ausfalles von 8 Millionen Tonnen Futtermittel bedacht sein mußten. Nach den Erfahrungen des Krieges steht die Landwirtschaft da nicht als eine Erwerbsgesellschaft, sondern als eine Angelegenheit der ganzen Nation. (Beifall.) Darum mußte sie die Beschlagnahme der Haferbestände als eine schwere Benachteiligung empfinden, zumal der Preis nicht hoch genug bemessen wurde, um die Beschaffung gleichwertiger Ersatzmittel zu ermöglichen. In der

Leitung der Kriegsgetreidegesellschaft

sind nicht genügend landwirtschaftliche Vertreter beteiligt. Das hat auch zur Folge gehabt, daß die Kleine eine verkehrte Behandlung erfahren hat; darunter hat namentlich das kleine und mittlere Mühlengewerbe zu leiden. Gesagt wird auch darüber, daß die Höchstpreise häufig nicht innegehalten worden sind, dank der bedauerlichen Bereicherungssucht von Produzenten und Händlern. Wichtig ist die Erhaltung der Kartoffeln für die Ergänzung der Brotbereitung. Diesen Zweck hat die Kartoffelwohung, und man hätte wünschen müssen, daß von Anfang an einer Verschwendung der Kartoffeln für Futterzwecke vorgebeugt worden wäre. Erst spät hat man die Höchstpreise heraufgesetzt; auch eine Reduzierung der Schweinebestände mußte befürwortet werden. Wenn schon in Friedenszeiten ungünstige Kartoffelernten zu großen Rückschlägen an Schweinebeständen führten, so wird man anerkennen müssen, daß in diesem Jahre die Abschachtung der Schweine gewaltig groß gewesen sein wird. Bei den Schweineschlachtungen kann man nicht ruhig zusehen, sondern es muß eine wohl geordnete Abschachtung garantiert werden, es muß eine sorgfältige Konservierung durchgeführt werden. Unwirtschaftlich und schädlich war das Gebot der Abschachtung der Kälber. Dadurch ist uns eine große Menge wichtiger Nahrungsmittel verloren gegangen. Eine große Sorge ist es, daß die Saat richtig bestellt wird, denn wir dürfen nicht vergessen, daß viele Männer zur Ernte fehlen werden, aber wir können wohl hoffen, daß noch genügend Männer vorhanden sind und die Aushunft der Regie-

rung hat uns darüber beruhigt. Die Arbeitsfreudigkeit und die Energie ist ja bei den Zurückgebliebenen viel größer als sonst. Wir können wohl auch hoffen, daß die größeren Schüler während dieser Zeit genügend Freiheit bekommen werden. Eine noch weitere Sorge war, ob genügend Stickstoffdünger vorhanden sein wird. Diese Sorge ist durch das Eingreifen der Regierung beseitigt worden. Wir können mit genügender Stickstoffversorgung durch unsere Industrie rechnen. Das ist außerordentlich wertvoll. Außerdem ist unser Land so durch Dünger angereichert worden, daß vorübergehend eine schwächere Düngung einmal genügen wird. Neben der Landwirtschaft dürfen wir auch unsere Industrie nicht vergessen, und wir können mit Stolz sagen, daß

unsere Industrie viel leistungsfähiger

gewesen ist, als die unserer Gegner, die sich schon an Amerika wenden müssen. Wenn einzelne Industriezweige große Gewinne aus den Kriegslieferungen gehabt haben, so haben andererseits wieder zahlreiche Industrien schwer gelitten. Schwer gelitten hat unsere Industrie einmal an Rohmaterialien.

Ein große Rolle hat in der Kommission die Regelung des Verbrauchs gespielt und es wurde als allgemeine Meinung betont, daß jetzt jeder zu sparen hat, jeder an seinem Teil. Die sorgsamste Sparsamkeit muß in den Haushaltungen herrschen, daß kein Brot vergeudet wird, und die Hausfrau kann hier viel zum Nutzen des Vaterlandes tun. Allgemein ist der Wunsch nach einer gerechteren Verteilung der Nahrungsmittel. Wir haben volles Verständnis dafür, daß bei der Armee nicht gespart werden darf, auch nicht in der Ernährung. Aber vielleicht läßt sich durch bessere Organisation doch noch manches sparen. Der Kriegsminister hat uns aber zugesagt, daß an jeder Stelle die erforderliche Sparsamkeit herrschen werde. In der Kommission hat rückhaltlose Anerkennung bestanden für unsere finanzielle Kriegsrückführung und ebensolches Lob wurde der Eisenbahnverwaltung gesendet. Unsere Finanzinstitute haben nicht nur die militärischen Anforderungen erfüllt, sondern daneben ist auch das Wirtschaftsleben weiter finanziert worden. Wie stolz können wir sein, daß wir kein Moratorium gebraucht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist nur möglich gewesen, weil sich unser Volk einen großen Reichtum an Pflichterfüllung erworben hat. Mit derselben Einmütigkeit hat die Kommission der Eisenbahnverwaltung das größte Lob und vollständige Anerkennung gesendet. (Lebhafte Beifall.) Es ist musterträchtig, was von ihr geleistet worden ist. (Sehr richtig.) Der unbeugsame Wille unseres Volkes ist es, bis zu einem vollen Siege durchzuhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Mag die Arbeit auch noch so schwer sein, die bevorsteht, aber sie wird erfüllt werden bei dem einmütigen Willen unseres ganzen Volkes; so lange immer Vaterlandsliebe in den Herzen wohnt, war es ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben. Wer aber nicht für das Vaterland kämpfen und sterben kann, der bleibe sich bewußt, daß er auch in der Heimat seine Pflicht tun muß. Jeder muß seine Pflicht erfüllen und sein Streben nach Genuß zurückdrängen, dann wird das zu Recht bestehen: Mein Vaterland kannst ruhig sein. (Lebhafte Beifall.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Desbrück. Aus den Ausführungen des Berichterstatters haben Sie entnommen, vor welcher Fülle wirtschaftlicher Probleme der Ausbruch des Krieges das deutsche Reich und die einzelnen Bundesstaaten gestellt hat. Sie haben entnommen können, welche großen Pflichten der große führende Bundesstaat Preußen hatte. Die Regierung war bestrebt, alle diese Aufgaben zu erfüllen. Beim Ausbruch des Krieges war unser ganzes Wirtschaftsleben stillgestellt, der Verkehr stockte für die Dauer der Mobilmachung im Innern; der Verkehr mit dem Ausland war — wie auch teilweise noch bis heute — aufgehoben. Wir standen vor der schwierigen Aufgabe, unser wirtschaftliches Leben neu zu beleben, der Entwicklung von Handel und Industrie neue Bahnen zu schaffen und unsere Volkswirtschaft auf Kriegsfuß zu bringen. Auf einzelne Maßnahmen kann ich nicht eingehen, die dazu getroffen wurden; es würde verkehrt sein, nach den Ausführungen des Berichterstatters. Ich darf aber doch daran erinnern, daß

24. 11. 1915.
Sitzungsprotokoll der Frankfurter Landtage

unsere Geld- und Kreditverhältnisse

die Stürme der ersten Kriegswochen überstanden haben, daß sie sich von Monat zu Monat konsolidierten und uns eine Grundlage für die finanzielle Seite der Kriegführung bieten, wie wir sie besser nicht erhoffen konnten. Der Arbeitsmarkt, der sich nach Ausbruch des Krieges in einer völligen Verwirrung befand, bietet heute ein erfreulicherer Bild als zur Zeit des Friedens in derselben Jahreszeit. Die Lage der großen Masse des Volkes ist verschont geblieben von den Notständen, die sonst mit einem solchen gewaltigen Kriege verbunden zu sein pflegen. Dazu hat beigetragen eine umfassende Kriegsfürsorge der Bundesstaaten und der Kommunen. Wissenschaft und Technik, Handel und Industrie sind unablässig tätig gewesen, neue Formen unserer kriegswirtschaftlichen Betätigung zu erfinden, neue Methoden der Arbeit, wie sie der Krieg erfordert, auszuprobieren, neue Betriebsmittel anstelle fehlender zu erproben, und unserer Industrie, ebenso wie unserer unmittelbaren kriegerischen Rüstung nutzbar zu machen. Es ist erwähnt worden, welche Schritte die Regierung getan habe, dem in mancher Beziehung drohenden Rohstoffmangel zu begegnen, teils durch Organisation der Verwendung der vorhandenen Stoffe, teils durch Erleichterung der Einfuhr aus dem Auslande. Hier ist es nicht immer geglückt, das erstrebte Ziel zu erreichen, und wir werden alle Anregungen beachten. Ich glaube aber, daß man auf diesem Gebiete im großen und ganzen zufrieden sein kann mit dem, was wir erreicht haben. Wir können dieses Kapitel nicht schließen, ohne unseren Dank auszusprechen für das, was Handel und Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unablässigem, nie rastendem Streben auf diesem Gebiete geleistet haben. Die schwierigste Aufgabe vor allem war es, mit den vorhandenen Nahrungs- und Futtermitteln so hauszuhalten, daß der gesamten Bevölkerung für die Dauer des Krieges eine

ausreichende Ernährung

zu erträglichen Preisen sichergestellt werde, eine Aufgabe, die zu lösen war, wenn nicht gleichzeitig die Notwendigkeit bestanden hätte, für die knappen Futtermittel Regelung und Ergänzung zu schaffen. Wir mußten nicht nur darauf bedacht sein, das Volk mit Brot zu versehen, wir mußten auch für die Fleischernährung für eine lange Dauer des Krieges sorgen und die Landwirtschaft in der Lage erhalten, im nächsten Frühjahr eine Bestellung zustande zu bringen, die nicht nur dem Heere und dem Volke die Ernährung sichert, sondern auch die Aufrechterhaltung normaler Verhältnisse für ein zweites Kriegsjahr sicherstellt.

Es ist eine ausgiebige Kritik an den Maßnahmen der Regierung geübt worden. Ich kann nur versichern, daß es die

Regierung mit Dank empfindet, daß sie sich mit der Volksvertretung hat aussprechen können, daß ihr ein Teil der schweren Verantwortung abgenommen worden ist. durch diese Aussprache. Wir werden bestrebt sein, die Anregungen, die uns zuteil geworden sind, in die Praxis umzusetzen. Ich bin überzeugt, daß es uns gelingen wird, auch diese vielleicht schwerste wirtschaftliche Aufgabe zu lösen, die der Krieg uns gestellt hat, dank der Intelligenz und der Erfahrung und der Opferfreudigkeit unserer Landwirtschaft, dank der Organisation und des Organisationsgeschickes unseres ganzen Volkes und dank der starken Solidarität der Interessen aller Parteien und aller Arbeitsstände. Gelingt uns diese Aufgabe, so wird das der größte Erfolg sein, der Ihren Beschlüssen werden kann.

Ich kann hier nicht unausgesprochen lassen, daß die Maßnahmen, die die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete getroffen hat, nicht immer und überall das Verständnis und die Förderung im Lande gefunden haben, die der Ernst der Lage erfordert. Der Krieg, den wir jetzt führen, ist absolut verschieden von den Kriegen, die wir in früheren Jahrhunderten geführt haben. Die Art, wie England diesen Krieg zu einem Aus Hungerskrieg gesteigert hat, hat ihn gestaltet zu einem Krieg Mann gegen Mann und Volk gegen Volk, zu einem Krieg, wo jeder ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts verpflichtet ist, ob drinnen oder draußen, ob Krieger oder ohne Waffe, alle seine Kräfte in den Dienst des Krieges zu stellen. (Lebhafter Beifall.) Unsere Richtschnur muß für jeden sein: Was schadet unseren Feinden und was nützt unserem Vaterlande? (Lebhaftes Bravo.) Dann wird uns der Sieg nicht entzissen werden in diesem Krieg, und wenn eine Welt gegen uns in Waffen steht. (Lebhafter Beifall.)

(Die Sitzung dauert fort.)

24. II. 1915.

Konstantinopel, 23. Februar.

Nach gestern aus Teheran eingelangten Nachrichten ist die erwartete Aenderung in der Zusammensetzung des Kabinetts durch den Eintritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Min ed Dauleh als Minister des Innern und Muhibir es Saltaneh als Justizminister in das Kabinett vollzogen worden.

Das neue Ministerium ist homogener, nationaler und besser geeignet, jene Entschlüsse zu fassen, die die gegenwärtige Lage erheischt, und den englisch-russischen Intrigen ein Ende zu bereiten.

Min ed Dauleh ist ein Gegner der russenfreundlichen Partei und war seinerzeit auf Betreiben Russlands von seinem Posten entfernt worden.

Muhibir es Saltaneh hat in Deutschland studiert und sich als Generalgouverneur von Farsistan ausgezeichnet.

Konstantinopel, 23. Februar.

Die hiesige persische Botschaft hat aus Teheran ein amtliches Telegramm erhalten, in welchem die Aenderung in der Zusammensetzung des Kabinetts bestätigt wird, die um so bedeutungsvoller sei, als auch in der Besetzung des Ministeriums des Aeußern eine Aenderung eingetreten ist. Dieses Portefeuille wurde dem früheren Minister des Aeußern Muavin Dauleh, der wegen seiner russenfeindlichen Gesinnung bekannt ist, anvertraut.

Der Kabinettswechsel ist hier mit lebhafter Genugtuung aufgenommen worden.

Nachstehend die amtliche englische Meldung :

London, 23. Februar. (Amtlich.)

Bei der Meuterei eines indischen Infanterieregiments in Singapore wurden sechs englische Offiziere sowie sechzehn Unteroffiziere und Soldaten getötet, neun Unteroffiziere und Soldaten verwundet. Außerdem wurden vierzehn englische Zivilisten, darunter eine Frau, getötet.

Die Meuterei wurde unterdrückt.

25. II. 1915.

Eine politische Balkanreise.

Rumänien.

I.

II Bukarest, im Februar.

Wer aus dem Westen kommt und seine Wissenschaft über sie gegenwärtige politische Stimmung und Lage Rumäniens nur im Spiegel der rumänischen, was zum großen Teil gleichbedeutend ist mit Ententepresse, schenkt, wird von der Wirklichkeit eines andern und bessern belehrt. Er erblickt mit einem Mal das abgegrenzte Gesicht des Landes und vermag bald politische Dichtung und Wahrheit zu trennen. Um es vorwegzunehmen: Rumänien bleibt voraussichtlich neutral, und wenn auch die Lärmmaschinen der Ententeheger ihren Betrieb mit trübem Süßwasser weiter treiben, so ändert dies kaum mehr merklich die beruhigende Tatsache. Es war allerdings vorauszu sehen, daß auch hier der große Lehrmeister, die Zeit, Ruhe schaffen würde. Mehr als die überzeugendsten Worte der Gegner Russlands, d. h. der Einseitigen, die sofort erfaßten, daß mit der Errichtung der moskowitzischen Vorherrschaft in Konstantinopel es um die Unabhängigkeit Rumäniens geschehen wäre, haben zur Beruhigung und Aufklärung die Reden gewirkt, welche Sazonow und Goremykin in der Duma führten.

Bislang wurde hier stets verkündet, Rußland kämpfe für Belgien und Frankreich gegen die Brutalität der Deutschen. Vergeblich predigten die Realpolitiker, daß kein Staat in der Welt, geschweige denn Rußland, lediglich um der schönen Augen eines Nachbarn willen, sein Schwert ziehe noch ziehen könnte. Daß also Rußland jetzt nur seine altgewohnte Jahrhundertpolitik verfolgte und in — Polen um den Besitz der Mooren kämpfe. Heute wurde der Grundriß dieser Wahrheit in Petersburg selbst aufgedeckt und die Dardanellenfrage steht in durchsichtiger Klarheit vor der öffentlichen Meinung auch Rumäniens. Niemand kann mehr leugnen und man muß Rede und Antwort geben und den Ausspruch Peter Carps widerlegen, daß auch das größte Rumänien nur ein bemitleidetes, stets bedrohtes Dasein führen könnte, wenn Rußland die Meerengen beherrschte und jederzeit das wirtschaftliche Leben bedrohen könnte, indem es ihm den Ausweg zum offenen Meere sperrte.

Über die Russenfreunde fanden doch noch ein Verlegenheitsargument. Sie verbreiten die falsche Lehre, Frankreich und England würden es nie wagen, daß Rußland sich in Konstantinopel eintrasse. Nun nahm ihnen jedoch der Führer der Rechten im Reichsrat, Gurko, den Wind aus den Segeln, der erklärte, daß die Verbündeten Russlands nichts mehr gegen eine Eroberung Byzanz einzuwenden hätten, wobei er noch beifügte, daß damit auch die Vereinigung der Südslawen zur Tatsache würde. Man weiß es heute in Rumänien, was es bedeutete, nicht nur die wirtschaftliche Freiheit einzubüßen, sondern auch eingeseilt zu werden zwischen die Klauen im Norden und den von Rußland beherrschten Engen im Süden. Diese Neußerungen der russischen Staatsmänner und Politiker öffneten manchem bisher Blinden die Augen und wenn es auch noch jetzt Rumänen gibt, die auf dem alten, schiefen Standpunkt stehen, so darf man ebenso beifügen, daß sie kaum mitzählen in den Entscheidungen des Landes. Zu den Reden in der Reichsduma und im russischen Reichsrat stehen die Siege der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen in Ostpreußen und Polen und taten das ihre.

Allerdings haben die verantwortlichen Staatsmänner Rumäniens nicht erst der Dumareden bedurft, um sich über die großen Interessen im Klaren zu sein, die jetzt für ihr Vaterland auf dem Spiele stehen. Sie vergessen darob freilich ebenso wenig das rumänische Ideal der Vereinigung aller Volksgenossen. Allein gerade für die Erfüllung dieses nationalen Wunsches ist ein starkes, unabhängiges Rumänien eine grundlegende Bedingung. Mit den Russen am Bosphorus ist dies schlechthin unmöglich. Die Frage der Freiheit der Meerengen beschäftigt in diesen Zeiten alle politisch unbeeinträchtigen Patrioten, wie ich zu beobachten in Gesprächen mit rumänischen Staatsmännern und Parteiführern Gelegenheit hatte, und wie dies auch aus verschiedenen Aufsätzen und Vorträgen sich ergibt, die, um nur einige zu nennen, Demeter Menizesku, der ehemalige Handels-

minister, und **Minister Bratianu**, der Bruder des Ministerpräsidenten und früheren Bürgermeisters von Bukarest veröffentlichten.

Wenn heute mit ziemlicher Bestimmtheit gesagt werden darf, Rumänien bleibe neutral, so wirkten außer dem schon

Erwähnten in eindringlicher Weise noch weitere Erscheinungen und Ereignisse zusammen. Die Niederlagen der Russen und die Unfähigkeit der Franzosen, ihr Land vom Feinde zu säubern, redeten eine eindringliche Sprache. Und der Zufall, daß der Waffenlärm mächtiger Truppenmassen der Zentralmächte bis über die nahen rumänischen Grenzen drang, fuhr manchem, der noch eben als Prahlhans und Schreier die Galea Victoriei terrorisierte, als nicht gekünder Schreck in seine feigen Knochen. Dazu kommt die unentwegte Politik der Neutralität, die Bratianu in seinem Ministerium führt, als geistiges Vermächtnis des verstorbenen Königs Karol, in welchem Bestreben ihn König Ferdinand, Peter Carp und Marqhiloman in tatkräftiger Weise unterstützen und worüber noch des Näheren zu berichten sein wird.

Einem Ereignis aber, das in die Mitte Februar fällt, kommt eine ganz außerordentliche und weittragende Bedeutung bei: Italien hat, nach der einen Lesart auf Befragen Rumäniens, nach der anderen spontan durch seinen Gesandten in Bukarest erklären lassen, daß es nicht daran denke, aus der bisher beobachteten Neutralität hinauszutreten und in keiner Weise seine Haltung mit der Rumäniens zusammenzusetzen. Weder sollte sich Rumänien mit Rücksicht auf Italien in seinen nationalen Entschlüssen beeinflussen lassen, noch würde sich Italien irgendwie veranlaßt sehen, seine Politik nach rumänischen Gesichtspunkten einzurichten. Und mehr: Italien werde sich auch jedem Vorgehen gegenüber Serbien gleichgültig verhalten. Ich neige zu der Meinung, daß Italien aus freiem Antriebe diese Erklärungen abgab, die ihren äußeren Grund möglicherweise allerdings in dem Auftreten der sich als offizielle Gesandte gebenden Agenten Istrati und Diamandi hatten. Diese beiden politischen Hochkapler ließen sich in Rom und Paris als Vertreter ihres Landes feiern und hielten an den ihnen zu Ehren veranstalteten lateinischen Verbrüderungsmahlen eine törichte Rede nach der anderen, in denen sie als besonderen Unsinn die Kriegserklärung Rumäniens an Oesterreich-Ungarn auf Tag und Stunde voraussagten. Vergeblich erklärten Rumäniens diplomatische Vertreter in Rom und Paris, daß den beiden eine ihnen durchaus nicht zukommende offizielle Bedeutung beigemessen werde. Jeder Tag brachte unabweisbar eine kriegerische Neußerung entweder des Herrn Ex-Abgeordneten Diamandi oder des früheren Bukarester Theaterdirektors Istrati. So wenig ernst man diese Leute hier nahm, so schienen sie dagegen außerhalb ihres Landes als politische Propheten Anhang und Glauben zu finden. Die Erklärung Italiens in Bukarest zog nun den Sendlingen des seltsamen Herrn Lake Jonesku den Boden unter den Füßen weg. Denn sie verkündeten ihre Freilehre doch in der Absicht, Italien als Hanemann mit den großen Stiefeln voranzuschleichen.

Die Ablehnung aus Rom, sich in irgend einer Form durch das politische Programm Rumäniens binden zu lassen, hat ohne Zweifel die Stellung Bratianus und der Neutralitätspartei in dem Maße verstärkt, als sie den Kriegsschreier ihr schon windschiefes Haus in den Grundfesten erschütterte. Die Wirkung ließ denn auch nicht auf sich warten, obwohl es einige Tage brauchte, bis der Schritt Italiens auch von sonst Eingeweihten bemerkt wurde. Ein Teil der russophilen Presse spie Feuer und Galle über den „Verrat“ der Regierung, ohne freilich auszubräuen, worin dieser bestände; andere Blätter warfen die Flinte ins Korn und jammerten darüber, daß nach allen Anzeichen Rumänien nun wohl nicht mehr die Jünglingskraft in sich fühle, sein Blut für die große heilige Nationalidee zu opfern, und den teutonischen Bürgern rettungslos verfallen sei. Landauf und Landab jedoch beim Volke drückte sich in diesen Tagen wie noch nie zuvor die stille Befriedigung darüber aus, daß für einmal wieder die schweren Wolken eines drohenden Krieges hinter den Karpathen verschwanden.

Wie die Serben kämpfen.

Kriegesfahrten, und auf seinem Geheimboden ringenden Gegner. Damit nützen wir unsler guten und gerechten Sache mehr, als durch die tägliche Herabsetzung des Feindes.

Ich bin seit dem 17. September, dem Tage, an dem ich mit meiner Kompanie die Save überquerte, auf serbischen Boden, und habe hier die ganzen Kämpfe, teils aktiv, teils in Reserve, knapp hinter der Schützenreihe mitgemacht und unzählige Feuertausen erhalten. Auf Grund dieser meiner gründlichen Erfahrung kann ich diesen Artikel in allen Punkten bestätigen und eventuell noch einiges hinzufügen.

Vor allem sei hier gleich des Terrains gedacht, das sich unmöglich schwieriger vorgestellt werden kann: Kugelformation mit Gerdesfeldern, viel über mannshohen Mais (wegen der großen Schweinezucht alles mit Eisenbreterzäunen umgeben), die Täler sind dümpel, dicht mit zwei Meter hohen Wehr bewachsen, alles von Natur herrliche Deckungen, in denen der grünlich-gelb geflechte Serbe wirklich unsichtbar ist. Dabei ist er flink und leicht, beengt ihn doch keine Rüstung; Gewehr, gerollter Mantel und Brotsack mit recht viel Patronen ist alles, was er trägt, dazu ein Naturwolf, abgepöckelt und unempfindlich gegen Kälte und Nässe, dem einige rohe Maiskolben als Nahrung genügen. Dazu fanatisiert von dem lang gehegt und gepflegten Haß auf Oesterreich-Ungarn und kriegsmäßig ausgebildet, wie es nur lange Feldzüge lehren können, Künstler im Bau von Deckungen. Mit welcher Meisterschaft der Serbe sich verteidigt, sah ich bei unserm Angriffen: gedult durch Maisfelder (alles niedergemäht bis auf etwa 20 Reihen Maisstangen, dahinter Deckungen in Manneshöhe) stehen sie und geben Schuß auf Schuß ab, und erst wenn sie das gefährdete "Durra!" hören und die Bajonette sehen, suchen sie ihr Heil in der Flucht. — 100 Schritt weit, denn dort erwartet sie eine neue, mittlere Weile von den Frauen unter Leitung von Offizieren erbaute Deckung, womöglich besser als die erste. Ich habe Kameraden, die trotz heftigen Feuers noch keinen Serben gesehen haben. Unterstützt werden sie von der ganzen Bevölkerung, die auch mit ihnen flieht, so daß wir alle Dörfer leer finden. Besonders die Komitasschi sind tollkühn zu nennen; auf Bäumen (hier lauter gewaltige Eichen) unsichtbar sitzend, schießen sie mit 11—12 Mm. starken Westingeln so lange, bis man sie wie ein Eichhorn herunterstößt.

Die serbische Artillerie schießt gut, leidet (gottlob) nur unter dreierlei: Kleiner Bestand, wenig Munition und schlechtes Schrapnellmaterial. Sie müssen sehr sparsam umgehen und haben viel Verdruß. Auch krepieren die Schrapnells meist zu hoch, wodurch sie ihre Wirksamkeit einbüßen. Die Kasse bleibt immer ganz, und in vielen sind statt drei Weichgummis nur zwei. Ich selbst besitze solche auf mich gefallene Kugeln, die ich, wie hier üblich, trotz des serbischen drausegeprügten Wappens als Radiergummis verwende. Das gegen schießen und treffen die serbischen Gewehre und Schützen vorzüglich. Beweis: die vielen Koffschüsse und Schüsse durch die linde Hand bei unseren Verbundenen, zwei Störperteile, die allein sichtbar sind, wenn der Mann gut gedeckt ist. Würde ein Unbeteiligter sich die Stellungen ansehen, die wir mit dem

Der Schilderung eines Legeler Faschnarzes, der als Oberführer der österreichischen Armee angehört und gegen die Serben im Felde liegt, entnehmen wir nachfolgende Einzelheiten über die serbische Kriegsführung, die der eines modernen Heeres durchaus ebenbürtig ist. Aus diesem Umstande erklärt sich auch das verhältnismäßig langsame Vorrücken der österreichischen Truppen.

„... Durch ... bekomme ich oft Berliner Zeitungen, Abendausgaben usw., zum Lesen, da mich natürlich als alten Legeler die deutschen Nachrichten sehr interessieren. Beim Durchlesen finde ich da öfter Aufsätze über Serbiens Lodeskämpfe, Serbiens Verweigerung und Vöbergang. Mit mir in meiner Deckung liegt mein Kriegsgefährte und Freund aus Steiermark, dem das "Grazzer Tageblatt" nachgesandt wird. Heute lese ich zufällig in Nr. 269 einen Aufsatz, den ich mir erlaube, nachstehend wiedergeben mit der ergebenen Bitte, ihn auch den Berlinern und ihrer Presse bekanntzugeben.

Die Kriegsführung im Südosten. Die Wiener "Rundschau" schreibt: Eine hiesige Korrespondenz (gemeint ist die "Südslowakische Korrespondenz") veröffentlicht täglich Berichte über die schlechte Stimmung und die verweifelsten Verhältnisse in Serbien und bringt Daten über die Zersetzung in der serbischen Armee. Nach diesen meist über Sofia hergelangten Berichten sind die Montenrien und Sabotageakte in der serbischen Armee an der Tagesordnung, und der völlige Zusammenbruch des serbischen Heeres ist jeden Augenblick zu erwarten. Jugoslawen wissen wir aus amtlich militärischen Berichten, daß in Serbien noch fortgesetzt weiser gekämpft wird. Wir wissen, daß der Widerstand der Serben ein äußerst hartnäckiger, zäher und nachhaltiger, daß die serbische Kriegsführung eine grauame, erbitterte und fanatische ist. Wir wissen, daß unsere braven Truppen dort unten einen glorieösen Heidenkampf ausfechten, daß sie dem Gegner jeden Zoll Boden in heißen Gefechten abringen müssen, daß dieser Feind wiederholt Offensivstöße macht und militärisch ein sehr beachtenswerter, kriegsgewöhnter Gegner ist. Und diese amtlichen militärischen Berichte werden von dem vom südböhmischen Kriegsstauplatz zurückgetriebenen Mittelposten voll bestätigt. Auch ohne diese Bestätigung glauben wir den amtlichen militärischen Berichten, die offen und zuverlässig sind, mehr als den täglichen Meldungen der Korrespondenz mit ihren Sofialetter (?) Nachrichten. Und wir sind der Meinung, daß unsere brave Armee, auf die wir stolz sind und auf die alle mit Bewunderung blicken, durch die zu den Ereignissen in tristem Widerpruch stehenden Mitteilungen der erwähnten Korrespondenz über den schon angeblich seit Wochen in vollem Gange befindlichen Zusammenbruch der serbischen Armee ein schlechter Dienst erwiesen wird. Auch vor dem Auslande stehen wir nicht besser da, wenn die zusammengebrochene serbische Armee noch immer Widerstand leistet. Egen mir es doch offen, wie dies die militärischen Berichte stets getan haben, daß die serbische Armee tapfer und schneidig ist. Daß die Korpsität der serbischen Armee tapfer und die jahrelange Vergebung aus dem serbischen Volke ein vertiertes Mörderpad gemacht hat, ist eine andere Sache. Aber militärisch müssen wir den Gegner als das einflussigste, was er ist, als unseren — relativ — stärksten, weil

Bajonett eskirmieren, er würde es für völlig ausgeschlossen halten, daß es möglich war, und es war möglich. Gleichgültig, ob Unger oder Deutscher, wenn es "vordräng" heißt, muß der Erbsäck laufen. Das natürlich die deutschen Soldaten manches Extrastück leisten, ist mir natürlich, da das Material ein intelligenteres ist. Jetzt sind beide Gegner eingegraben und führen einen direkten Festungskrieg. Alles bewegt sich unter der Erde, denn wehe haben und drücken dem, der nur ein Ohr zeigt, schon hat er was sitzen. Trotzdem krochen gestern unsere 21. Jäger, denen als Oberjäger anzugehören ich mir als hohe Ehre anrechne, im Nebel bis zu den serbischen Deckungen, um dort durch die Schießscharten österrreichische Proklamationen in serbischer Sprache hineinzuwerfen, und dann auch gut wieder heinzukommen. Natürlich wird bei uns auch viel Luft getrieben, sind wir ja doch fast alle Wiener. So wurde zu Kaisers Namensfest von uns allen das "Gott erhalte" gesungen, worauf die Serben neugierig ihre Köpfe hoben, um zu sehen, was los sei. Das war das Bewußtsein, denn ein rasendes Feuer (auch Maschinengewehre) ging auf die Köpfe los, so daß manche ihn wirklich hängen ließen. Eine ideale Hilfe besitzen wir in unserer Artillerie, ohne die wir bei diesen Verhältnissen ohnmächtig wären. Kommt ist die mühsam ausgeschliffene Stütze der gewöhnlichen Stellung bei der Batterie angelangt, ein Nichtschuß, und gleich darauf kaufen sechs Granaten hin, alles in die Luft hehend. Na, da heißt es dann laufen, vorwärts, Bajonett auf, und wieder sind 200 Meter serbischen Bodens gewonnen. Gestern gelang es uns unter hinsten Stängel, 2000, vorzustoßen dem rechten 600 Gefangene zu machen, eine bei der sieben Widerstandskraft dieses Naturvolkes gewiß gute Leistung. Vorgestern, am 25. nachts, trotz ein Meitret — erst vier Tage bei uns — auf allen Werten die ganze serbische Linie vor uns ab, um beim Morgengrauen mit gemauerten Angedenk wiederzukommen. Leider verließ ihn im letzten Augenblick die Vorsicht. Er stand auf, um in die eigene Deckung hindanzutreten, und schon hatte er zwei Beckenschüsse weg. Er wurde sofort zum Gefreiten befördert und zur Reformierung vorgeschlagen.

Wir geht's jetzt glanzvoll, denn ich bin als Zugkommandant zur Bewachung eines Brigadefeldkommandos befohlen. Ich liege etwa 1 Km. hinter der Feuerlinie in einem Maisfeld in meiner selbstverfertigten Billa. Wir gruben ein 1,50 Meter tiefes, etwa 7 Geviertmeter großes Loch, deckten es mit Zäunbreitern, darauf Stroh und Erde, ziemlich 1 Meter dick, um es luftdicht zu machen. Gut in die Erdmauer eingelassenes dieses Eichenbrett ist der Tisch, dazu eine Bank, das Himmelbett aus Stroh, als Lüster eine mit von einem serbischen Kriegsgefährter unter Zuhilfenahme des Bajonetts vererbte serbische Zigarette, und die Billa ist da. Zugleich mein Operationsraum, in dem ich Zähne ziehe; ein ausgehöhlter Kürbis ist das Mauerwerk. Auch einen Giebel mit Fenster habe ich gemauert, um Licht zu haben. Es war ein köstlicher Anblick, aber es gelang. Die Hauptsache ist, daß kein Regen durch kam, denn wir durch unser sechswochentliches Stroßengrabensystem reichlich fernmentieren.

Dr. Streit über die Neutralität Griechenlands.

Keine Kriegszufuhren für Serbien durch
Griechenland.

Budapest, 25. Februar.

Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht eine Unterredung seines Athener Korrespondenten mit dem gewesenen Minister des Aeußern Dr. Streit, der jetzt mit der Aufgabe betraut ist, Griechenland bei der Pforte zu vertreten.

Dr. Streit sagte: Zwischen Griechenland und Oesterreich-Ungarn gab es nie Meinungsverschiedenheiten. Es ist ein Interesse Griechenlands, die Neutralität zu wahren und in gleich guten Beziehungen zur Entente und zu den Centralmächten zu stehen. Betreffs des Verhältnisses zur Türkei hege Dr. Streit keinerlei Besorgnisse. Es handle sich um ein geringfügiges Mißverständnis. Er sei überzeugt, daß sich keine Verwicklungen ergeben werden. Das entschiedene Entgegenkommen der Pforte habe die Lage wesentlich erleichtert. In der Inselfrage gebe es noch kein volles Uebereinkommen, aber die Verhandlungen dauern fort. Er nehme als sicher an, daß sie in vielleicht gar nicht langer Zeit zu einer vollkommenen Wiederherstellung der tadellosesten Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei führen werden. „Wir wollen, fuhr Dr. Streit fort, mit niemand einen Krieg; die Volkstimmung würde eine kriegerische Politik auch gar nicht beunruhigen. Es ist nicht wahr, daß England unsere Hilfe verlangt hat, und so konnte es uns auch nicht Cypern als Entgelt versprechen. Noch weniger kann davon die Rede sein, daß wir Truppen nach Egypten geschickt hätten. Auch Serbien gegenüber wahren wir unsere unbedingte Neutralität und lassen demgemäß Kriegskonterbanden nicht durch griechisches Gebiet befördern. Zwar haben wir einen Bündnisvertrag mit Serbien, doch würde dieser nur im Falle eines Balkankrieges Geltung haben.“

Einstellung der amerikanischen Fahrten ins Kriegsgebiet.

Eine der ernstesten Wirkungen des deutschen Unterseebootkrieges.

Eine wichtige Nachricht ist heute aus Newyork eingetroffen. Das amtliche Bureau für Seeversicherungen in den Vereinigten Staaten hat die Versicherung für Schiffe und Ladung nach den kriegsführenden Ländern eingestellt.

Obgleich diese Meldung durch den Zusatz eingeschränkt wird, daß die Versicherung zu einem höheren Tarife angenommen werde, hat der Beschluß des Cabinets von Washington eine sehr hohe Bedeutung.

England kann die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus den Vereinigten Staaten unmöglich auf längere Zeit entbehren. Die Versorgung aus Amerika ist durch die Absperrung von Rußland, das gegenwärtig bei der Unzugänglichkeit des Schwarzen Meeres und der Dardanellen die offene See nur auf dem großen Um-

wege über die Sibirische Bahn erreichen kann und das sonst nur einen dürftigen Landweg über Schweden nach der Nordsee hat, noch wichtiger als früher. Ein sehr großer Teil des Getreides und des Mehls und der sonstigen Brotsfrüchte, die England braucht, kommen aus Amerika, und nicht abzugehen ist, woher England den Ersatz nehmen kann. Allerdings wird der größte Teil des amerikanischen Handels durch die fremde Handelschiffahrt besorgt, die von dieser Versicherungsmaßregel nicht getroffen ist. Allein schon der wesentliche Ausfall, der durch die Einstellung der amerikanischen Handelschiffahrt nach England entsteht, ist unter den jetzigen Verhältnissen, da die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen eine Lebensfrage und täglich ohnehin schwieriger wird, eine sehr empfindliche Wirkung des von Winston Churchill und der Kriegsmarine in England so hochmütig von oben herab behandelten deutschen Unterseebootkrieges.

Das Beispiel für die anderen Neutralen.

Es handelt sich jedoch nicht bloß um die unmittelbare Wirkung der in Amerika beschlossenen Maßregel. Die neutralen Mächte in Europa, die naturgemäß stets mit großer Aufmerksamkeit die Vorgänge in Amerika begleiten, werden darin ein Beispiel sehen, das sie schon deshalb nachahmen dürften, weil die englische Regierung alle Vermahnungen gegen das Verfälschen der neutralen Flaggen schroff abgewiesen hat. Die englischen Handelschiffe benutzen neutrale Flaggen und neutrale Farben, und das geschieht, obgleich viele unter ihnen, da sie mit Geschützen ausgerüstet worden sind, im völkerrechtlichen Sinne aufgehört haben, Handelschiffe zu sein.

Die Spitze gegen England in der amerikanischen Maßregel.

England hatte gehofft, durch die Fälschung der Flaggen zwei Zwecke zu erreichen: Es wollte seinen eigenen Handelschiffen die Vorteile der Neutralität durch Betrug sichern. Noch wichtiger war der Hintergedanke, daß ein deutsches Unterseeboot in der Meinung, daß die neutrale Flagge bloße Fälschung sei, ein amerikanisches Schiff zum Sinken bringen und einen Verlust an Menschen und Gütern herbeiführen werde. Durch solche Zufälle wäre, wie die englische Regierung erwartete, der Präsident der Vereinigten Staaten gezwungen worden, die in seiner Note angebrohte Frage der strengen Verantwortung gegenüber Deutschland aufzuwerfen. England wollte das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten in einen bösen Streit verwickeln. Präsident

Wilson hat jedoch gleichzeitig sich gegen die Fälschung der amerikanischen Flagge verwahrt. Die deutsche Regierung hat in der Antwort auf die Note, betreffend den Unterseebootkrieg, mit großem Entgegenkommen geantwortet und sogar Vermittlungsvorschläge gemacht. Die britische Regierung hat sich gegen die Proteste der Neutralen, die auf die Gefahr einer Verfälschung der Flagge hinwiesen, mit dem ihr eigenen Dünkel vollständig ablehnend verhalten. Jetzt antwortet Amerika durch die Einstellung seiner Handelschiffahrt. Daraus ergeben sich zwei Folgerungen: Ein Streit mit Deutschland ist, da amerikanische Schiffe sich nicht mehr in das Kriegsgebiet begeben werden, unwahrscheinlich geworden; England verliert einen wesentlichen Teil seiner Zufuhr aus den Vereinigten Staaten und aus den neutralen Ländern.

Lärmende Kundgebungen in Italien. Blutige Zusammenstöße mit Karabinieri.

R. Rom, 26. Februar. Die Agenzia Stefani meldet aus Reggio d'Emilia: Gestern abends fand im TeatroRiosto über Anregung einer nationalistischen Gruppe eine private Versammlung statt, in welcher der Abgeordnete Battisti aus dem Trentino sprechen sollte. Während die zur Versammlung geladenen Personen zu dem Vortrage herbeikamen, füllte sich der Theaterplatz mit einer feindselig gesinnten Menge, deren Haltung alsbald bedrohlich wurde.

Während Militär an die Absperrung des Platzes ging, wurde es mit zahlreichen Steinen beworfen, wodurch viele Karabinieri, der Polizeidelegierte, ein Karabinieri-Hauptmann sowie ein Karabinieri-Major verletzt wurden, darunter letzterer schwer. Eine Gruppe Karabinieri, die während des Transportes eines verwundeten Kameraden von Steinwürfen getroffen wurde, gab Feuer. Durch die Gewehrschüsse wurden ein Mann aus der Menge getötet und fünf Personen verwundet, von den letzteren erlag einer seinen Verletzungen. In der Nacht wurden weitere drei Karabinieri verletzt, während elf Kontusionen erlitten; zwei Polizeileute wurden verletzt, zwei andere erlitten Kontusionen.

Truppen und Karabinieri sind nach Reggio d'Emilia abgegangen, ebenso ein Generalinspektor des Ministeriums des Innern, der mit der Untersuchung betraut ist. Die Gerichtsbehörde hat ein Untersuchungsverfahren eingeleitet.

Köln, 26. Februar. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Einem römischen Telegramm der „Köln. Volkszeitung“ zufolge wählten der gestrigen Kundgebung für den Krieg im Syrischen Theater in Mailand 20.000 Personen bei. Ein Teil erhob Einspruch gegen die Kriegshetze. Die Truppen mußten einschreiten, wobei dreißig Personen verwundet und viele Verhaftungen vorgenommen wurden. Ähnliche Tumulte werden aus Padua gemeldet.

Eine Verfügung des Ministerrates gegen Versammlungen und Kundgebungen.

R. Rom, 26. Februar. Die Agenzia Stefani meldet: Im Hinblick auf die internationale Lage hat der Ministerrat beschlossen, den Präfekten Weisungen zu geben, Versammlungen sowie jede andere Kundgebung, die für die öffentliche Ordnung gefährlich ist, zu verbieten, ob diese nun an öffentlichen oder an dem Publikum in der Regel zugänglichen Orten stattfinden sollen.

27. / 2. 1915

Wien, 27. Februar.

Der italienische Ministerpräsident Salandra hat gestern in der Kammer anlässlich der Anfragen über die Vorfälle in Reggio d'Emilia zwei höchst wichtige Reden gehalten.

Diese Ausführungen verdienen besondere Aufmerksamkeit, und zum Verständnis erinnern wir an die Berichte, die im heutigen Morgenblatte über die Unruhen in Reggio veröffentlicht worden sind. Im Teatro Ariosto wurde auf Anregung einer nationalistischen Gruppe eine Privatversammlung einberufen, wo der aus Oesterreich geflüchtete Abgeordnete Battisti sprechen sollte. Vor dem Theater hatte sich eine den Nationalisten feindselige Menge angesammelt. Das zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausgerückte Militär wurde mit Steinen beworfen. Die Karabinieri gaben Feuer und ein Mann wurde getötet und fünf Personen, von denen eine seither gestorben ist, verletzt. Auch viele Karabinieri sind durch den Steinhagel verwundet worden und die Regierung hat das Untersuchungsverfahren eingeleitet.

Zwei Reden des Ministerpräsidenten Salandra.

Diese Vorfälle waren der Anlaß zu einer Interpellationsdebatte, in welcher der Ministerpräsident zweimal das Wort ergriff. Er teilte mit, daß die Präfecten ermächtigt werden sollen, nachdem öffentliche Versammlungen bereits im August verboten worden sind, auch private Versammlungen, wenn sie die öffentliche Ordnung stören könnten, zu verbieten. Der unedle Gärungstoff des Bürgerkrieges dürfe die italienische Seele nicht vergiften. In diesem Augenblicke sei es das oberste Interesse, daß das Land in keiner Weise durch Störungen des öffentlichen Friedens in seinem Ansehen geschwächt werde.

In seiner zweiten Rede sagte der Ministerpräsident, die moralische Vorbereitung könne nicht durch Versammlungen erfolgen. Wenn man an die unreinen Quellen gewisser Bewegungen denke,

so zeige sich, daß die Regierung das Land gegen jeden ungesunden auswärtigen Einfluß schützen wolle. Dann fügte der Ministerpräsident hinzu: Er wisse nicht, ob die Nation werde ins Feld ziehen müssen oder nicht, aber an dem Tage, an dem der Ruf an die Nation ergehe, werde sie einmütig den Befehlen des Vaterlandes und des Königs folgen.

Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen unter den Rufen: Hoch Italien! Hoch der König!

Kriegskalender.

19. Februar: Die Tiroler Kaiserjäger stürmen eine stark besetzte Ortschaft in Westgalizien und machen 300 Gefangene; nördlich Radomna und Kolomea weisen unsere Truppen russische Vorstöße zurück. — Die Serben beschließen Semlin; daher bombardieren unsere Truppen Belgrad. — Die Deutschen nehmen Taurroggen. Die Verfolgungskämpfe bei Grodno und Suchawola sind dem Abschlusse nahe. Südlich Myschnice werden die Russen aus einigen Ortschaften geworfen. — Französische Angriffe in der Champagne brechen zusammen, 100 Gefangene. — Beim Angriff auf Boureuilles-Baignois machen die Deutschen 5 Offiziere und 479 Mann zu Gefangenen. — Bei Combrès und Verdun erleiden die Franzosen schwere Verluste. — In den Vogesen erklimmen die Deutschen die Höhe 600 bei Lusse und erbeuten 2 Maschinengewehre. — Baron Burian und Herz von Bethmann Hollweg begeben sich ins österreichisch-ungarische Hauptquartier. — Salandra erklärt in der italienischen Kammer, die Regierung halte an der Erklärung vom Dezember fest. — Der englische Dampfer „Nelson“ sinkt. — Die amerikanische Schiffsankaufsbill wird vom Repräsentantenhaus angenommen. — Die Steuerweigerungen dänischer Schiffsmannschaften wegen der Mäxingefahr. — Ein deutscher Flieger wird wegen der Ueberfliegung von Schweizer Gebiet gestraft. — Beschießung der Forts von Smirna. — England schreibt Belohnungen für die Vernichtung deutscher Unterseeboote aus. — Franzosen und Engländer bombardieren 7 Stunden lang die Dardanellenforts, ohne sie zum Schweigen zu bringen; die Türken beschädigen drei Panzerkreuzer.

20. Februar: Die Russen ziehen aus Radomna gegen Stanislaw ab. — Südlich von Larnow heftige Angriffe der Russen, die von unseren Truppen äußerst blutig zurück gewiesen werden. — Die Deutschen werfen die Russen in die Vorstellungen von Lomza zurück. — Die Franzosen erleiden in der Champagne schwere Verluste. — Die Deutschen nehmen in den Vogesen den Reichsackerkopf im Sturm und besetzen Meferal und Sondernach. — Im Englischen Kanal wird ein englischer Militärtransport von 2000 Mann samt dem Transportdampfer versenkt. — Protest der Niederlande gegen den Mißbrauch ihrer Flagge.

21. Februar: Von Dukka bis Bystow weisen unsere Truppen die Russen unter schweren Verlusten der Gegner zurück und machen 750 Gefangene. — Bei Neuport gerät ein feindliches Schiff auf eine Mine und sinkt. — Bei Combrès schwere Verluste der Franzosen, 125 Mann und 2 Offiziere gefangen. — Die Deutschen nehmen Hohrodberg und die Höhe bei Hohrod. — Der englische Dampfer „Cambant“ wird von den Deutschen torpediert und sinkt.

22. Februar: Unsere Kriegsbeute im Monat Februar: 64 Offiziere, 40.806 Mann, 34 Maschinengewehre, 9 Geschütze. — Südlich des Dnjestr große Kämpfe, 2000 Gefangene. — Die Gesamtbeute aus der Schlacht in Masuren: 7 Generale, über 100.000 Mann, über 150 Geschütze, über 300 Maschinengewehre, viel Kriegsgerät. — Die 10. russische Armee des Generals Baron Siebers ist vollständig vernichtet. — In der Champagne machen die Deutschen 15 Offiziere und 1000 Mann zu Gefangenen. — In den Vogesen nehmen die Deutschen die Orte Hohrod und Stokweier. — Der amerikanische Dampfer „Harlin“ gerät auf eine Mine und sinkt. — Ein deutsches Unterseeboot versenkt in der Irischen See ein englisches Kohlen Schiff. — Russische Minen an der bulgarischen Küste. — Der „Kronprinz Wilhelm“ versenkt wieder fünf englische Schiffe. — Bombenwürfe eines Fliegers auf Oßer.

23. Februar: Unsere Truppen machen südlich des Dnjestr Fortschritte. — Die Geschützbeute in den Masuren hat sich auf 300 erhöht. — Russische Verluste bei Grodno. — Die Festung Calais wird ausgiebig mit Luftbomben belegt. — In den Vogesen wird der Sattelkopf nördlich Mühlbach im Sturm genommen. — Bei Beachy Head bringt ein deutsches Unterseeboot einen englischen Truppentransportdampfer zum Sinken. — England erklärt alle Nahrungsmittel als Konterbande. — Amerika baut 75 neue Unterseeboote. — Aufnahme der Mehl- und Getreidevorräte in Oesterreich. — Mißerfolg der russischen Schakanleihe. — Zwanzig japanische Truppentransporte gehen nach Korea und Port Arthur.

Ablehnung sämtlicher japanischer Forderungen durch China.

Wien, 27. Februar.

Die Welt ist in Aufruhr und Gärung und ein Streifen von Blut wird sich bald vom Großen Ozean bis zum Atlantischen Ozean hinziehen.

Der Präsident der chinesischen Republik hat sämtliche Forderungen der japanischen Regierung als im Widerspruche mit den Hoheitsrechten unabhängiger Staaten abgelehnt.

Da eine wirksame Vermittlung unter den gegenwärtigen europäischen Verhältnissen fehlt und ein tieferer Eingriff der Vereinigten Staaten nach den bisherigen Nachrichten nicht besonders wahrscheinlich ist, muß der Streit, wenn China nicht im letzten Augenblicke nachgibt, ernstere Formen annehmen.

Japan ist entschlossen, die Politik des früheren Ministers des Aeußern, Grafen Komura, durchzuführen und die europäischen Verhältnisse zur Ausdehnung seiner Macht in Ostasien zu benützen.

Es hat bereits starke Truppenmassen in Korea, Port Arthur und auf anderen Gebieten des Festlandes versammelt und wir können über Nacht von dem Ausbruche der Feindseligkeiten hören, wie auch seinerzeit der russische Bizekönig Alexejew von dem Angriff in Port Arthur überrascht worden ist.

Wir stehen vor einem neuen Ereignisse mit unabsehbaren Folgen und mit der ernstesten Verantwortlichkeit für die britische Politik, die Haß gesät hat und jetzt giftiges Unkraut erntet.

Die Kriegsgefahr in Ostasien müßte, wenn sich die Nachricht bestätigten sollte, daß China die japanischen Forderungen abgelehnt hat, was noch abzuwarten ist, als groß bezeichnet werden.

Kriegskalender.

18. Februar: Angriff eines deutschen Unterseebootes auf den französischen Dampfer „Dinorah“.

19. Februar: Der norwegische Dampfer „Bellridge“ wird im Kanal gerammt.

20. Februar: In Südostgalizien ziehen sich die Russen in der Richtung nach Stanislaw zurück. — Der Führer der deutschen achten Armee General v. Below erhielt nach der Schlacht in Masuren den Orden Pour le mérite. — Nach der Meldung eines Stockholmer Blattes wurde im Kanal ein englischer Truppentransport von 2000 Mann versenkt. — In der Irischen See werden von deutschen Unterseebooten der Dampfer „Cambant“ und ein englisches Kohlen Schiff versenkt. — Holland protestiert in einer Note an England gegen den Gebrauch der holländischen Flagge durch englische Dampfer. — General Pau trifft in Nisch ein. — Japan trifft große militärische Vorbereitungen gegen China.

21. Februar: Heftige Kämpfe vor Stanislaw. Südlich des Dniestr wird eine stärkere Gruppe der Russen geworfen und ihnen hierbei 2000 Gefangene abgenommen. — Ein deutsches Flugzeug wirft über Eszter Bomben ab. — Der italienische Kriegsminister empfiehlt den Handelschiffen, falls sie Laufboote bemerken, zu stoppen und ihnen ein Boot mit den Schiffspapieren entgegenzuschicken.

22. Februar: In den Kämpfen südlich des Dniestr werden 4000 Russen gefangen genommen. — Die Gesamtbeute aus der Winter Schlacht von Masuren steigt auf 100.000 Gefangene, darunter 7 Generale, und mehr als 300 Geschütze. Die achte russische Armee des Generals Baron Sievers kann hiermit als völlig vernichtet angesehen werden. — Die Festung Calais wird von den Deutschen mit Luftbomben belegt. — Der englische Truppentransportdampfer „192“ wird bei Beach Head durch ein deutsches Unterseeboot zum Sinken gebracht. — Der deutsche Hilfskreuzer „Prinz Wilhelm“ hat im Atlantischen Ozean neuerlich fünf Schiffe versenkt. — In Peking werden die chinesisch-japanischen Verhandlungen wieder aufgenommen, wegen Erfolglosigkeit jedoch verlagert.

23. Februar: Ein Vorstoß der Russen von Grodno aus scheitert unter vernichtenden Verlusten. — Zwei französische Infanteriedivisionen, die in der Champagne zum Angriff vorgingen, werden unter schweren Verlusten in ihre Stellungen zurückgeworfen. —

Neuerlicher Angriff deutscher Luftschiffe auf Calais. — Von deutscher Seite werden die Orkney- und Shetlandinseln als im Kriegsgebiet befindlich erklärt. — Der englische Dampfer „Dakley“ wird im Kanal von einem deutschen Unterseeboot versenkt, zwei andere englische Dampfer werden bei Beach Head durch Minen oder Torpedos stark beschädigt. — Die amerikanische Regierung beantwortet die deutsche Note mit neuen Vorschlägen. — General Pau in Bukarest. — Angriffe der Russen bei Artwin werden von den Türken zurückgewiesen. — In Persien wird ein russenfeindliches Kabinett ernannt. — Bei der Meuterei eines indischen Regiments in Singapore werden 22 Mann getötet.

24. Februar: Bombardement der montenegrinischen Stellungen längs der Ostküste durch österreichisch-ungarische Schiffe. — Die festungsartig ausgebauten Stadt Braşnyssz in Rußisch-Polen wird von den Deutschen im Sturm genommen. Mehr als 10.000 Gefangene werden gemacht, mehr als zwanzig Geschütze erbeutet. — Bei Eastbourne wird ein englischer Truppentransport von 1800 Mann versenkt.

25. Februar: Der französische Torpedobootzerstörer „Dague“ läuft im Hafen von Antibari auf eine Mine und sinkt. — Die Dampfer „Rio de Parana“, „Garbation“ und „Western Coast“ werden bei Beach Head, der Dampfer „Deptsford“ bei Scarborough versenkt. Bei Liverpool werden Schiffstrümmer des Dampfers „Raithmoor“ gefunden. — In Amerika wird die Seeverversicherung von Schiffen und Ladungen nach den kriegsführenden Ländern einstweilen eingestellt. — Frankreich und England kündigen die Blockade der Küste von Deutsch-Ostafrika an. — Neuerlicher Angriff zehn feindlicher Panzerschiffe auf die Dardanellenforts. Drei Schiffe werden beschädigt. — In Mailand und Reggio d'Emilia kommt es bei Kundgebungen für die Beilegung Italiens am Kriege zu blutigen Zusammenstößen mit den Sozialisten. Die Regierung erläßt ein Versammlungsverbot.

26. Februar: Der schwedische Dampfer „Svarton“ läuft in der Nordsee auf eine Mine und wird schwer beschädigt. — Die französisch-englische Flotte legt die Blockade der Dardanellen fort. — Ministerpräsident Salandra erklärt in der Kammer in Besprechung der Vorgänge in Reggio d'Emilia, daß das Versammlungsverbot darauf abziele, das Land gegen jeden ungesunden auswärtigen Einfluß zu schützen.

28.7. 1915

Die Blockade der Küsten Deutsch-Ostafrikas.

D a g, 27. Februar.

"Staatscourant" schreibt:

Der Minister des Aeußern bringt zur Kenntnis, daß die britische Regierung ab Mitternacht vom 28. Februar auf den 1. März die Blockade der Küste Deutsch-Ostafrikas und der anliegenden Inseln ankündigt. Die Blockade soll sich auf das Gebiet zwischen 4 Grad 41 Minuten und 10 Grad 40 Minuten südlicher Breite erstrecken. Binnen vier Tagen, von dem Inkrafttreten der Blockade gerechnet, dürfen neutrale Schiffe das blockierte Gebiet ungehindert verlassen.

Amerika für den Transport von Nahrungsmitteln nach Deutschland.

Unzufriedenheit und Mißtrauen in England.

(Telegramme der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 27. Februar.

„Daily News“ melden aus Washington, daß gestern noch keine Antwort Englands oder Deutschlands auf die Vorschläge eingetroffen war, welche die amerikanische Regierung, wie man glaube, beiden Ländern betreffs der Nahrungszufuhr für die Zivilbevölkerung Deutschlands gemacht habe. Im Ministerium des Aeußern in Washington glaube man aber, daß Deutschland bereit sein dürfte, sich mit den Prinzipien der amerikanischen Vorschläge einverstanden zu erklären. Die Entscheidung in dieser Frage werde tatsächlich von der Haltung Englands abhängen. Das erstemal seit Kriegsausbruch habe die Washingtoner Regierung die öffentliche Meinung nicht ungeteilt hinter sich. Man befürchte, daß die amerikanische Regierung Deutschland begünstigen werde, indem sie, um der Blockierung ein Ende zu bereiten, Vorschläge mache, welche den Druck von der deutschen Zivilbevölkerung wegnehmen, aber die Dauer des Krieges verlängern würde.

Berlin, 27. Februar.

Wie Londoner Blätter wissen wollen, schlägt die amerikanische Antwortnote vor, England solle gewisse Garantien geben, daß Lebensmittel nach Deutschland unter der Bedingung eingeführt werden können, daß diese ausschließlich für die Zivilbevölkerung bestimmt würden.

„Globe“ schreibt dazu: Dieser Vorschlag ist in so hohem Maße im Interesse des Feindes, daß wir annehmen müssen, Amerika habe sich von Deutschland überlistet lassen.

„Evening News“ schreibt: Wir wünschen, nicht grausam sein zu können, andererseits aber nicht zu vergessen, daß wir um unsere Existenz kämpfen. Dieses berechtigt uns, die Sache mit anderen Augen zu betrachten, als dies die neutralen Staaten tun.

28. 1915

Kriegschronik.

21. Februar:

Englischer Transportdampfer mit 2000 Mann vermutlich von deutschem Unterseeboot vernichtet.

Die englischen Dampfer „Camban“ und „Downshire“ in der Irischen See durch ein deutsches U-Boot versenkt.

Schwere Angriffe der Franzosen bei Combrés zurückgeworfen.

Englischer Minensucher bei Neuport gesunken.

Hohrodberg in den Vogesen gestürmt.

Deutsch-russische Kämpfe bei Kolno, Ossowiez und Prasznyj.

Oesterreichisch-ungarische Erfolge südlich des Dnjestr. 700 Gefangene.

22. Februar:

Französische Mißerfolge in der Champagne. 1000 Gefangene.

Hohrod und Stoßweier (Vogesen) genommen.

Vernichtung der 10. russischen Armee. 100 000 Gefangene, 300 Geschütze und unübersehbarer Train erbeutet.

Neue Kämpfe bei Grodno und Suchawola.

Englischer Kohlendampfer in der Irischen See vernichtet.

Stanislaw von den Oesterreichern und Ungarn besetzt.

Fünf englische Dampfer vom „Kronprinz Wilhelm“ versenkt.

23. Februar:

Seit Ende Januar brachten die Oesterreicher fast 41 000 Gefangene in den Karpathen ein und eroberten 9 Geschütze und 34 Maschinengewehre.

Die Russen bei Grodno unter vernichtenden Verlusten zurückgeworfen.

Amerikanischer Dampfer „Evelyn“ in der Nordsee gesunken.

Luftbombardement von Calais.

Der Sattelkopf nördlich Mühlbach (Vogesen) erstickt.

24. Februar:

Eine neue amerikanische Note in Berlin überreicht.

Englischer Truppentransportdampfer „192“ bei Beachy Head durch U-Boot versenkt.

Die Lüderichsbahn von Deutschen zerstört.

Französische Niederlage bei Berthes.

Deutsche Erfolge bei Sulzern und Ampfersbach (Vogesen). 500 Gefangene.

In den Kämpfen vor Prasznyj 1200 Gefangene.

25. Februar.

Die zweite deutsche Kriegsanleihe wird aufgelegt.

Der Hilfskreuzer „Clanmonaughten“ versenkt.

Die Dampfer „Dakley“ und „Dranksome“ versenkt. Ein weiterer untergegangen.

Der amerikanische Dampfer „Carib“ durch Mine untergegangen.

Englische Schlappe bei Garub (Südwestafrika).

Die russische Festung Prasznyj gestürmt. 15 000 Gefangene.

Russischer Vorstoß auf Mojely (südöstlich Wolimow).

Englische Dampfer „Rio Parana“ und „Sarpalio“ durch U-Boot versenkt.

Die Irische See von der englischen Admiralität gesperrt.

England lehnt sämtliche Proteste wegen der neutralen Flagge ab.

26. Februar:

Englische Dampfer „Devtford“ und „Western Coast“ durch U-Boot versenkt.

Oesterreichischer Vorstoß in Westgalizien. 560 Gefangene.

Russische Niederlage südlich des Dnjestr. 3300 Gefangene.

Die Bukowina völlig geräumt.

Japan macht mobil.

Neue erfolglose Beschießung der Dardanellen.

27. Februar:

Ein französisches Torpedoboot vor Antivari durch Mine untergegangen.

In Südostgalizien 1240 Russen gefangen.

26 russische Generale als Sündenböcke entlassen.

Die Franzosen in der Champagne abgewiesen.

Bei Kolno 1100 Gefangene gemacht.

Die französischen Kanalhäfen werden gesperrt.

Berlin, 2. März.

Aus Kopenhagen wird der „Täglichen Rundschau“ gemeldet:

Das amtliche Organ der japanischen Regierung in Tokio veröffentlicht eine Erklärung der Regierung, wonach Japan nicht zulassen werde, daß eine dritte Macht als Vermittler in den japanisch-chinesischen Streitfragen auftrete.

**Ein Gesetzentwurf des Ministerpräsidenten
Salandra.**

Rom, 1. März.

Am Schlusse der heutigen Kammeritzung unterbreitete Ministerpräsident Salandra einen Gesetzentwurf, betreffend Maßregeln für die wirtschaftliche und militärische Verteidigung des Staates.

Der „Tribuna“ zufolge enthält der Entwurf Maßnahmen gegen die Spionage und Strafbestimmungen gegen Konterbandenvergehen, weiter Beschränkungen der Pressefreiheit in dem Sinne, daß das Verbot der Veröffentlichung von Nachrichten über militärische Bewegungen ausgesprochen werden kann.

3./m. 1915.

Italien und Oesterreich-Ungarn.

N. Berlin, 2. März. (Priv.-Tel., Str. Bln.) Ein Artikel der Turiner „Stampa“ wird in diplomatischen Kreisen und von einem Teil der Presse als bemerkenswert angesehen und auch besprochen, sowohl weil dieses Turiner Blatt für das Organ Giolittis gilt, als auch, weil das, was es unter dieser Ueberschrift „Existieren Verhandlungen?“ sagt, an sich sehr verständlich und der gegenwärtigen Lage, wie wir sie beurteilen, angemessen ist. Der Artikel geht davon aus, daß bis jetzt Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien nicht angeknüpft seien und wohl auch nicht begonnen werden würden, bis das Schicksal des Krieges entschieden sei, daß aber solche Verhandlungen nicht unmöglich seien, namentlich auch jetzt nicht, und daß sie auch deshalb nicht unmöglich seien, weil die Oesterreicher nicht den ersten Schritt getan hätten. Solche Verhandlungen müßten nach dem Grundsatz *do ut des* geführt werden, und Italien würde sich nichts vergeben, wenn es diese Verhandlungen begänne, ja es müßte sie beginnen, wenn auch nur die geringste Aussicht auf ihren Erfolg vorhanden sei, bevor es zu der *ultima ratio* greife. Italien wolle nicht die Schwäche des andern ausnützen, es fordere nur die Herstellung seiner geographischen, historischen und strategischen Grenze und die Erfüllung einer hundertjährigen Hoffnung. Die italienische diplomatische Aktion könne deshalb durchaus logisch und klar sein.

Soweit der Artikel, wie er in den Privattelegrammen hier vorliegt. Die an seiner Spitze stehende Frage: „Existieren Verhandlungen?“ läßt sich unzweideutig beantworten, wenn man sich erst über den Begriff *Verhandlungen* klar ist, und dann läßt sie sich, wenn man unter Verhandlungen nur formelle, offizielle diplomatische Aktionen von Regierung zu Regierung versteht, bis zu diesem Augenblick wohl noch mit *Nein* beantworten, was aber natürlich nicht hindert, daß ohne solche offiziellen und formellen Verhandlungen beide Teile wohl über das, was der andere will oder nicht will, auf dem Wege der Presse und der sonstigen mannigfaltigen Verbindungen, die in der internationalen Politik existieren, unterrichtet sind. Es ist in der italienischen Presse ja genugsam gesagt worden, wonach die Wünsche des italienischen Volkes gehen, daß es sich um die Abtretung des Trentino und um eine Grenzregulierung am Isonzo in der Hauptsache handelt, und daß, wenn sich für Italien eine Sicherheit für die Erlangung dieser Wünsche eräube, selbstverständlich seine weitere strenge neutrale Haltung nicht mehr bezweifelt werden dürfte. Es ist sicher richtig, daß zwei Staaten, die sich gegenwärtig in einer Spezialfrage so gegenüberstehen wie Italien und Oesterreich-Ungarn, die aber gleichzeitig noch verbündet sind und gemeinsam mit Deutschland verbündet sind — denn der Dreibund besteht ja noch zu Recht — sich offen auszusprechen sollen. Daher ist das Begriffsverständnis in dem Artikel der „Stampa“, daß er Italien zur Anknüpfung solcher Verhandlungen auffordert, ehe es zu spät wäre, und daß er vor allem verlangt, daß solche Verhandlungen nach dem Grundsatz *do ut des* geführt werden müssen.

Der Krieg, der jetzt Europa durchtobt, wird so oder so starke Veränderungen mit sich bringen, Veränderungen, an denen nicht nur die bisher kriegsführenden, sondern auch bisher neutrale Staaten, wie Italien, stark interessiert sind. Interessiert ist Italien namentlich durch die Interessen, die es auf dem Balkan hat, und da ergeben sich bei solcher zu erwartenden Ordnung auch noch vor dem Friedensschlusse Objekte für eine „*do ut des*“ mehrfach. Die Verhandlungen können zu einem Resultat geführt werden, das wirklich den Charakter der Erpressung oder der einseitigen Nachgiebigkeit nicht mehr trägt. An den notwendigen Vermittlern bei solchen Verhandlungen würde es nicht fehlen. Der Zeitpunkt für sie scheint gekommen zu sein. Im übrigen aber sind Verhandlungen dieser Art zarte Pflanzen, deren Gedeihen die rauhe Luft der Öffentlichkeit und häufige Berührung nicht förderlich ist.

Die folgenden Ausführungen unseres römischen Mitarbeiters geben die Beurteilung der Lage durch die ruhig urteilenden politischen Kreise Italiens wieder, die selbstverständlich nicht allen Gesichtspunkten gerechte Rechnung tragen können. Eine wertvolle und notwendige Ergänzung dazu bietet das obenstehende Berliner N-Telegramm, das wie der Artikel aus Rom und wie übrigens auch die „Stampa“, zum Ergebnis kommt, daß der Zeitpunkt für eine Aussprache zwischen den Beteiligten gekommen ist. D. Red.

Neutralität oder Intervention?

M Rom, 24. Februar.

Italien, das noch mehr als Deutschland das Land des „*Isimus*“ ist, hat die große Gegenwartsfrage seiner auswärtigen Politik in zwei Begriffe gebracht; es gibt seit einigen Monaten Neutralisten und Interventionisten. Die ersten zerfallen wieder in solche, welche die Neutralität Italiens überhaupt und unbedingt wollen; zu dieser Richtung hat sich nach langem Zögern die radikale Sozialdemokratie bekennt, nachdem der erste Schreden über die Sprengung der Internationalen bei Ausbruch des Krieges überwunden war und das strenge Dogma wieder lebendig wurde. Es ist aber zu bemerken, daß die Partei innerlich durchaus nicht einig ist, daß viele Genossen gerade der radikalsten Richtung sich der unbedingten Neutralität verjagen, daß schon vor einigen Monaten gegen den marxistischen „*Avanti*“ das sozialistische Kriegsblatt „*Il Popolo d'Italia*“ gegründet wurde und daß eine Generalprobe, wie z. B. der Massenstreik, bei Ausbruch des Krieges das sozialdemokratische Italien so wenig geneigt finden würde wie bei Beginn des Tripolis-Krieges. Zu der Richtung der Kriegsgegner schlechthin gehören noch einige Merikale, die jedoch auch nur namhaft zu machen schwer fallen dürfte, da die unbarmherzige Hez, welche die nationalistische Presse gegen die „*Einigen*“ der Politik betreibt, diesen Friedensfreunden rät, sich das ersuchte Gut wenigstens persönlich zu erhalten. So kommt es, daß viele davon sich öffentlich in die zweite, bequemere und nur halb geächtete Kategorie einreihen, in die der bedingten Neutralisten, die Anhänger des Regierungswortes von der starken und wachsamsten Neutralität, die mehr oder weniger stark hoffen, Italien werde auch bei Bewahrung der Neutralität seine patriotischen Ziele erreichen und die freudig oder aus national-moralischem Zwang erschlossen sind, die Neutralität zu brechen, sollten sich diese Hoffnungen nicht erfüllen. Diese Richtung bietet, wie man verstehen kann, den weitesten Spielraum; in ihr finden Leute Platz, die den Krieg fürchten oder hassen, die sich aus Verantwortlichkeitsgefühl gegen die *ultima ratio* sträuben, die ihrem Lande und seinen moralischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräften mißtrauen, die um ihren Besitz bangen, die aber alle, sei es aus idealem Patriotismus oder aus Furcht vor der nationalistischen Feme, die Notwendigkeit einer Erklämpfung nationaler Ziele mit dem Schwert nicht ausschließen. Ihnen steht die Mehrheit der Kleinen und mittleren Presse, namentlich die Merikale und gubernative zur Verfügung; aber auch eine große politische Tageszeitung, die Turiner „*Stampa*“, hat wenigstens ihre von der Verantwortung der Redakteure getragenen Äußerungen dieser breiten Strömung zur Verfügung gestellt, seit der bedeutendste und mächtigste Politiker Italiens, Giovanni Giolitti, in einer vielbesprochenen und in ihrer innerpolitischen Absicht noch immer strittigen öffentlichen Erklärung die Erschöpfung aller diplomatischen Wege vor die Öffnung des Janustempels gesetzt hat; daneben fährt jedoch ein nationalistischer römischer Mitarbeiter dieses für die parlamentarische Politik vielleicht wichtigsten Blattes fort, die Brücken zu den kriegerischen, der Entente zuneigenden Parteien und Gruppen offen zu halten. Den bedingten Neutralisten stehen auch die offiziellen Erklärungen der Regierung als Basis ihrer Politik zu Gebot, obwohl es zu Zeiten schreien möchte, daß die Verbindungen der Regierung mit den Gegnern, die ich unten werde aufmarschieren lassen, enger sind, obwohl die Neutralisten, sofern sie dabei von freundlichen Gesinnungen gegen Deutschland ausgingen, gewiß nicht als Schoßkinder der Regierung angesehen werden können und obwohl jenes *Pronunziamento* Giolittis fast allgemein als eine Warnung an eine Regierung aufgefaßt wurde, die hinreichend verdächtig erschien, mit den Anhängern der Intervention heimlich zu sympathisieren. Aber es ist zuzugeben, daß die Stellung einer Regierung, sei es, daß sie günstige Stimmungen für diplomatische Verhandlungen schaffen will, sei es, daß sie gewisse Entschlüsse bis zu einem gewissen Zeitpunkt verheimlichen muß, besonders schwierig ist. So muß man ihr es zuzurechnen, daß sie bald von den Kriegsparteien als schwächlich, zaudernd und zu groben Entschlüssen unfähig, bald von den Neutralisten als verhängnisvoll, abenteuerlich und mit den Schicksalen des Landes hazardierend angesprochen wird. Sie selbst hat die Thorheit ihrer Schwermut über die letzten Ziele durch die Erfindung des Wortes von der „*moralischen Vereinfachung*“ Italiens überbrückt, womit sie nichts anderes erstrebte und erreichte, als daß sie den Unsicheren einen Halt gab und den unbehaglichen Drängern eine beruhigende und zugleich äussere

Wacht aufgelegt. Unter diesem Schatzzug steht das parlamentarische Feld Remis, bis der neue Zug der Regierung vorbereitet ist.

Betrachten wir die andere Seite des Landes. Für eine unmittelbare Intervention Italiens, und zwar an der Seite der Entente treten ein die Nationalisten, der größte Teil der Radikalen (einige Giolitti Nahestehende gehören zu den bedingten Neutralisten), die Reformsozialisten und die Dissidenten der radikalen Sozialdemokratie, einige Syndikalisten, wie der gänzlich in Deutschland verbissene Neapolitaner Labriola, und endlich die Republikaner. Während die bedingten Neutralisten eine in sich ungefähr geschlossene Masse darstellen, gebildet aus der großen liberalen Partei und den gemäßigten Merikalen, und die große Mehrheit der Bourgeoisie repräsentieren, sind die Interventionisten politisch und sozial eine buntgesprenkelte Gesellschaft. Vom literarischen Snob bis zum historisch getreuen Jakobiner, vom überlegtesten Sozialdoktrinär bis zum Schwärmer für breite kosmopolitische und republikanische Ideensflüge, vom begeisterten Analphabet bis zum verbordnensten Denker, in Hülle und Palast, im Heer und in den gesprächigen Lagern der Commis voyageurs finden sich die Apostel des schnellen und eindeutigen Krieges, gegen Oesterreich zu führen, sei es aus Gründen historischen Hasses, sei es, um nationale Erfüllungen der Gegenwart zu erkämpfen, sei es um Italien die Wege zu einer neuen auswärtigen Politik der Zukunft zu ebnen. Merkwürdig und lehrreich dieses kunterbunte Gemisch von Meinungen und Männern, die sich gestern noch bekämpften und heute durch ihre Einigkeit zeigen, wie tief und wie weit das Uebel gefressen hat, das unsere, namentlich aber Oesterreichs Beziehungen zu Italien vergiftet. Die Vielfarbigkeit dieses Haufens ist nicht Schwäche, sondern eher seine Stärke. Seine Stimme dringt in alle Kreise, und seine Organe werden überall gelesen. Große liberale Geschäftsblätter, wie das römische "Giornale d'Italia", dienen, wenn sie auch nicht seine Politik machen, doch seinen Instinkten; so ist es zu erklären, daß dieses Blatt, das einen so disant deutschfreundlichen Leiter und einige vorurteilslose Redakteure hat, die Ehre des deutschen Volksheroes in den Staub zieht. Die "Idea Nazionale" pflegt für politisierende Literaten den Stil des literarisch politischen Pamphlets und begeisterte einen Turiner Literatur-Professor, der sicherlich in seinem Privatempfinden ein ethisch gerichtetes Wesen ist, zu einer patriotischen Denunziation gegen alle in Italien lebenden Deutschen. Der "Popolo d'Italia", der eigens für diese anorganische Kriegspartei gegründet wurde, forciert alle Segnerschaft zu Haß, jeden Wunsch zur Gier, jeden Protest zum heiseren Geschrei und bewegt sich in den blütigen Stilen Dantons wie in einem paradiesischen Lustgarten. Und als legitimer, großer, sozusagen bürgerlich-gesellschaftlicher Schutzgeist steht darüber und darunter das bedeutendste Blatt Italiens, sein Sprecher für das Ausland, das Organ wohlüberlegter, verantwortlicher und etwas rückständiger Politik, der Tausende aller Literatur in Italien, der "Corriere della Sera" in Mailand, der seit Anfang des Krieges Deutschland und Oesterreich in heftigster Weise bekämpft, in den römischen Beiträgen des Abgeordneten Torre den Gefühlen der Abneigung die politisch kennzeichnenden Begründungen beifügt, in literarischen Blünderzügen des Professors Vorgef und anderer deutsche Geschichte und Literatur auf Belegstellen für politische Zwede brandschmiedet, und dem die hauptsächlichste Verantwortung zufällt, wenn heute Mailand und die Lombardie die Herde der Verachtung und des Hasses gegen die Bundesgenossen sind.

Das Bild, das ich hier entwerfe, ist nicht freundlich. Ich bin mir dessen bewußt, aber ich fürchte nicht, irgendwo Erstaunen zu erregen, wo man die politischen Ursachen dieser Stimmungen kennt und zu würdigen versteht. In dieser Erkenntnis liegen auch die Momente der Milderung und der Hilfe. Italien ist durch den Ausbruch des Weltkrieges in eine Lage versetzt worden, wie sie schlimmer kaum erdacht werden kann. Es ist für diese Betrachtung müßig, die Neutralitätserklärung der italienischen Regierung zu untersuchen. Jedenfalls mußte Italien seit den ersten Augusttagen das Gefühl eines unter das Schwert Gestellten haben. Sein Bundesvertrag wurde in dem Augenblicke, da er seine höchste Erfüllung finden konnte, gelöst oder doch suspendiert, und es sah sich inmitten zweier um den Erfolg ringender Gruppierungen ohne jeden anderen Ausspruch, als den, der durch seine eigene Stärke verbürgt wurde. Noch mehr: Italiens sicherlich in gutem Glauben angestellte Betrachtung der politischen Entwicklung gab ihm nach seiner Meinung ein Recht zur Klage. Sein Vertrag mit Oesterreich hatte mehr den Charakter einer Versicherung gegen Mißtrauen, als den einer vertrauensvollen gegenseitigen

Hingabe. Der Paragraph 7 des Vertrags, der m. B. zum ersten Mal in dem Wiener Artikel der "Frankfurter Zeitung" öffentlich namhaft gemacht wurde, bestimmte nicht nur das Recht auf Kompensationen im Falle einer Verletzung eines Vertragsstückes auf dem Balkan, sondern verbot auch Oesterreich und Italien, etwas auf dem Balkan zu unternehmen ohne Zustimmung des andern. Italien hatte während des Tripolis-Krieges, als der energische Abuzzenherzog seinen Vorstoß in der Adria gegen Preveza machte, als es die Fforte durch eine ernste Aktion an den Dardanellen zum Nachgeben zwingen wollte und als es gerne seine Okkupation der ägäischen Inseln auf die den Dardanellen vorgelagerten ausgedehnt hätte, verzichten müssen und hatte loyal verzichtet, weil Oesterreich eine Bewegung der damals noch trägen Balkanhalbinsel nicht wollte. Als dann Oesterreich den Erklärungen Giolittis in der Kammer zufolge im August 1913 den Willen befandete, die serbische Frage aufzurollen, die sich schon damals als bössartiges Geschwür für das Donaureich zu erkennen gab, war es Italien, das auf Grund desselben Vertrages Oesterreich verjagte, was ein Jahr später nach dem Gebot der Selbsterhaltung geschehen mußte. Nach italienischer Auffassung hat Oesterreich, indem es seine fällig gewordene Rechnung mit Serbien zu begleichen sich entschloß, ohne Italien zu verständigen, den Bündnisvertrag in einem wesentlichen Teil aufgehoben, ungeachtet der Versicherung, es denke nur an Bestrafung Serbiens, nicht an Landerverbungen auf dem Balkan. Die italienische Politik hielt sich seit jenem Augenblick für jeder Verpflichtung entbunden, wenn auch die darauf bezügliche Stelle in der Degebenrede Salandras nicht als eine formelle Kündigung oder Abschüttelung des Dreibundvertrages gedeutet werden mußte. Diese Auffassung von der rechtlichen und moralischen Entschließungsfreiheit Italiens, welche es gestattet, die Wege der auswärtigen Politik auch nach dem Lager der Gegner der seitherigen Verbündeten zu lenken, hat sich bis auf wenige Kreise durchgesetzt, so daß man sich nicht wundern darf, daß Einwürfe ethischer Natur, wie von Bundesstreue, dreißigjähriger Freundschaft usw. bald nicht nur kein Gehör, sondern nicht einmal mehr objektives Verständnis fanden. Der Nutzen und das Interesse des Landes, beurteilt lediglich von italienischen Gesichtspunkten, wurde nun das Motiv jeder Ermägung. Nun hatten aber schon vor diesem Entwicklungsprozeß die Sentimentalen der Gegenseite, die Frankophilen, die Schwärmer für die republikanische Freiheit und die Irredentisten durch eine unermüdliche Agitation die Blicke des Landes auf jene alten nationalen Forderungen gegen Oesterreich gelenkt, welche in den guten Zeiten des Dreibundes zeitweise entschlafen schienen, bei jeder stürmischen Bewegung der Geister aber von selbst wieder aufwachen. Und so heftig, so naturgewaltig und kunstvoll geschürt zugleich war diese Agitation, daß, als jene Anhänger einer reinen Interessenpolitik vom verlassenen Lager der Dreibundpolitik aus sich diesen ausgesprochenen Freunden der Entente näherten, auch sie dem Lande kein anderes, größeres oder dringlicheres Interesse mehr nahe bringen konnte, als eben jene Fragen der Nordostgrenze: die Mittelmeersfrage, Tunis, Corsica, Malta, Saboyen und Nizza mitsamt den neuen Interessen in Kleinasien schieden aus oder traten in den Hintergrund, und beherrschend, drohend, alternativ blieb nur das eine, was viele Leute draußen bis zuletzt immer noch wunderte: "Trento e Trieste."

Diese Forderung ist heute Gemeingut der großen Mehrheit des italienischen Volkes geworden, und weder diese Regierung, noch eine andere wird eine Politik machen können, welche Italien von diesem Wege abführt. Zugleich aber hat sie von ihrer territorialen Unbedingtheit verloren. Man hat heute guten Grund, anzunehmen: so sehr damit zu rechnen ist, daß das Land in den Krieg gehen würde, wenn man ihm nichts gewähren wollte, so wenig würde es einer Regierung Gefolgschaft leisten, welche Krieg machen will, weil sie nicht alles erhält. Eine Ueberlassung des Trentino unter ethnologischen und militärischen Gesichtspunkten und die Herstellung der Ffongogrenze würden die nationalen Forderungen Italiens befriedigen, seine Neutralität nach außen und innen sicherstellen und freundschaftliche Beziehungen zu den Centralmächten für die Zukunft ermöglichen. Weder ist aber bis jetzt von Rom offiziell eine Forderung gestellt worden, noch hat Wien sich im Prinzip bereit erklärt, über eine Entschädigung Italiens durch österreichisches Gebiet zu verhandeln. (Wenigstens ist bisher über solche Verhandlungen nichts bekannt geworden. D. Red.) Eine Doktorfrage der diplomatischen Konvention erschwert hier das Verständniss, wird aber unter dem Druck der immer dringender eine Lösung verlangenden Verhältnisse nicht lange ein Hindernis sein können. Viel ernster würde die Lage, wenn sich in Oesterreich jene Anschauung durchsetzen sollte, welche eine Abtretung vom Standpunkt der Ehre oder des Rechts, anstatt von dem der politischen Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit betrachtet. Man wird die Trentinofrage so wenig wie die irgend einer andern Irredenta je gerecht lösen können. Die Trentinofrage, die lange eine Frage der nationalen, historischen und ethnologischen Idealität war, ist heute eine reale Machtfrage geworden. Der europäische Krieg und seine Gestaltung haben Italien in die Lage versetzt, seine Macht zu gebrauchen, um sich auszudehnen; dies ist in der Geschichte nichts Ungewöhnliches wenn man nur die Macht und den Willen besitzt. Italien ist entlassen das zu befehlen

Eine Kriegsrede Asquiths.

Forderung eines neuen Kriegskredits von
250 Millionen Pfund.

London, 2. März.

Premierminister Asquith beantragte im Unterhause einen neuen Kriegskredit von 250 Millionen Pfund und führte hierbei aus:

Die Kriegskosten aller Art sind auf zwei Millionen Pfund täglich gestiegen. Aber England und das britische Reich sind so fest entschlossen wie je, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen.

Asquith führte weiter aus, die Unternehmung gegen die Dardanellen sei sorgfältig vorbereitet und verfolge ein bestimmtes Ziel in politischer, strategischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Unternehmung sei ein neues Beispiel des engen Zusammenwirkens der Verbündeten, die sich in Gefahr und Ruhm dieses Unternehmens teilten.

Der Minister spottete über die angebliche deutsche Blockade Englands und sagte: Die Wahrheit ist, daß die deutsche Flotte die englischen Küsten nicht blockiert, nicht blockieren kann und niemals wird blockieren können. Deutschlands Handlungsweise ist eine Verletzung aller bisher anerkannten internationalen Verpflichtungen und Uebereinkommen. Die Verbündeten beschloßen daher, zu Repressivmaßregeln überzugehen, um zu verhindern, daß Güter irgendwelcher Art nach Deutschland eingeführt oder von dort ausgeführt werden.

Die englische und die französische Regierung behalten sich die Freiheit vor, Schiffe, bezüglich deren die Vermutung besteht, daß sie Güter mit feindlicher Bestimmung, oder eines feindlichen Eigentümers, oder eines feindlichen Ursprunges an Bord haben, anzuhalten und nach englischen oder französischen Häfen zu bringen. Die Verbündeten halten sich für berechtigt, zu allen wirtschaftlichen Zwangsmaßregeln Zuflucht zu nehmen, aber ihre Absicht ist nicht, Ladungen der angeführten Schiffe für konfisziert zu erklären, wenn nicht besondere Umstände die Konfiskation rechtfertigen. Die neuen Maßregeln sollen nicht auf Schiffe angewendet werden, die vor dem in Betracht kommenden Datum ausgefahren sind.

Wenn die Neutralen, fuhr Premierminister Asquith fort, durch diese Maßregeln belästigt werden, bedauern wir das, aber die Neutralen mögen bedenken, daß nicht wir diese Phase der Kriegführung herbeigeführt haben. Deutschland begann mit seiner Untersee-Kampagne Seeräuberei und Plünderung. Die Verbündeten können nicht ruhig zusehen, als ob sie noch den Schutz der Regeln einer zivilisierten Kriegführung genößen.

Asquith erwähnte die Friedensgerüchte und schloß unter lautem Beifall mit den Worten: „Jetzt ist nicht die Zeit, von Frieden zu reden!“

und indem er seine Erklärung aus der am 9. November 1914 in der Guildhall gehaltenen Rede wiederholte.

Die Rede Asquiths wurde auf allen Seiten des Hauses mit großer Begeisterung aufgenommen.

Die Kriegsrede des osmanischen Kammerpräsidenten.

Konstantinopel, 1. März.

In seiner Rede am Schlusse der Kammer Sitzung wies Präsident Halil zunächst darauf hin, daß die von der Kammer an den Tag gelegte Einmütigkeit den künftigen Generationen ein schönes Beispiel gebe, denn sie zeige, daß alle Spaltungen, alle ehrgeizigen Pläne und politischen Gegnerschaften verschwinden, wenn das Vaterland in Gefahr ist. Der Präsident erinnerte dann an seine früheren Ausführungen, daß die türkische Armee im Balkankriege das Opfer unglücklicher Zufälle war, worüber man jedoch nicht verzagt zu sein brauche.

Und heute, sagte der Präsident, rechtfertigen die vier abgelaufenen Kriegsmonate vollkommen meine damaligen Erklärungen. Die von unserer Armee bewiesene heroische Tapferkeit erhöht das Vertrauen unserer Freunde und erregt das Erstaunen und die Wertschätzung unserer Feinde. Nach den Siegen der türkischen Armee bei Köprüköj und der Flucht der Russen bis nach Sarikamisch haben sich die neuen Kräfte, die von den Russen herangezogen wurden, angesichts der Macht der osmanischen Armee völlig erschöpft.

Der Präsident schilderte, mit welchem Feuereifer die türkische Armee die ausgetrockneten Wüsten durchzog und, den Feind niederwerfend, bis an das Ostufer des Suezkanals vordrang. Die türkischen Aufklärungsabteilungen übersehten unter dem Feuer der feindlichen Schiffe und Befestigungen den Kanal, erreichten das Westufer und kehrten sodann nach Erfüllung ihrer Aufgabe zurück.

Der Präsident sprach die Ueberzeugung aus, daß die Armeebefreierin, die mit so großer Voraussicht die Vorbereitungen vollendet hat, in nächster Zeit den entscheidenden Schlag führen können, um das schöne und fruchtbare Aegypten von der Gewaltherrschaft des Feindes zu befreien. Ebenso ist der Präsident überzeugt, daß die Engländer aus dem Gebiete von Bassora werden hinweggefegt werden.

Auf allen Fronten geschlagen, machte sich der Feind in einem Ausbruche der Verzweiflung daran, die Dardanellen anzugreifen. Es steht außer Zweifel, daß der Feind, der durch die seit einigen Tagen mit seinen mächtigen Panzerkreuzern ununterbrochen fortgesetzte Beschießung nicht das geringste Ergebnis, das als ein Erfolg betrachtet werden könnte, erzielt hat, hier durch die osmanische Tapferkeit den härtesten Schlag erhalten wird.

Es ist unwahrscheinlich, daß der Feind durch die Meerengen durchdringen kann. Aber selbst wenn er durchdringt, so kann er sicher sein, daß dieser sein Erfolg unsere Entschlossenheit nur vermehren wird. Der Feind soll es nur wissen, daß der größte Teil unserer Armee hier konzentriert ist und daß Maßnahmen gegen jede Eventualität getroffen sind.

Der ganzen Welt sei es gesagt, daß wir entschlossen sind zu leben, nicht indem wir im Staube kriechen, sondern indem wir kämpfen wie Löwen, nicht indem wir die Stirn zu Boden senken, wie Feiglinge und Elende, sondern indem wir wie edle unabhängige Nationen unser reines Haupt hoch tragen. Und selbst wenn wir unterliegen sollten, werden wir erst sterben, nachdem wir dem Säbel der Tapferkeit, den uns Sultan Osman vermachte hat, unseren Tribut gezollt haben werden. Von dieser Tribüne herab rufe ich: Wir werden nicht sterben, wir werden leben! Unser Weg ist der Weg des ewigen Heils!

Die Russen, die vor unjeren tapferen Waffen und jenen unserer Verbündeten Niederlage auf Niederlage erleiden, fanden sich genötigt, in ihrer Duma ihre Schwäche verratende Kundgebungen zu veranstalten. Die Staatsmänner in Petersburg, die vor der Gefahr zittern, des Schwarzen Meeres und der Ditsche beraubt zu werden, empfanden das Bedürfnis, den Fanatismus ihrer Armeen zu schüren, indem sie erklärten, daß der Augenblick gekommen sei, Konstantinopel in Besitz zu nehmen, um an das offene Meer zu gelangen. Welch offenerzige Schwäche gegenüber der Wirklichkeit der Ereignisse! Doch die Russen mögen beruhigt sein! Die osmanischen, deutschen, österreichischen und ungarischen Waffen, die sich vereinigen und die Schlachtfelder mit Blut tränken, werden heute wie morgen die Russen zermalmen.

Heute wie morgen wird der osmanische Soldat der in Konstantinopel und an der Grenze Anatoliens Wache steht, dessen eingedenk sein, daß er gleichzeitig ein heldenmütiger Beschützer Berlins, Wiens und Budapests ist, gerade so wie die Soldaten Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns gleichzeitig ruhmreiche Verteidiger Konstantinopels und Anatoliens sind. Unsere Feinde fahren fort, die Behauptung zu verbreiten, daß sie uns den Vorschlag gemacht hätten, unsere territoriale Integrität zu gewährleisten, wenn wir die Neutralität wahren. Denen, die das Muster eines Landes sehen wollen, dessen Integrität Eng-

land und Rußland gewährleisten, denen will ich Persien zeigen! Aber du armes islamitisches Land, betrübe dich nicht: auch du wirst von der Bedrückung der Tyrannen befreit werden!

Im Politik-Opinion-Ungarn.

Die Politik Oesterreich-Ungarns.

Von einer Seite, die mit den österreichisch-ungarischen Verhältnissen ausgezeichnet vertraut ist, gehen der „Züricher Post“ die folgenden beachtenswerten Erörterungen zu:

Mitten im Sturme, auf hochgehender See wechselt das österreichische Flaggschiff den Steuermann. Man kann es wohl als das wichtigste Moment bei diesem Ministerwechsel ansprechen, daß die äußere Politik in vollkommen gleicher Weise weitergeführt werden wird. Gerade in Oesterreich-Ungarn ist diese äußere Politik so scharf vorgezeichnet, daß es nicht die geringste Divergenz im Kurs geben kann. Der neue Steuermann übernimmt den alten Kurs. Friede mit den Freunden, Kampf mit den Feinden: das ist heute die kurze, bündige Formel. Aber diese Formel erschöpft natürlich noch lange nicht die Aufgabe, vor die der neue Mann gestellt ist. Und da gerade jetzt in den neutralen Ländern über die Richtung, in der sich die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns bewegt, oft ganz merkwürdige Anschauungen geäußert werden, so erscheint es mir nicht unangebracht, hier in kurzen Zügen die Grundprinzipien der Auslandspolitik der Doppelmonarchie zu kennzeichnen. Gerade weil diese Prinzipien so unverrückt und unverrückbar feststehen, hat ein Personenwechsel am Ruder nicht die große Bedeutung, mit der vielleicht der Augenblick ihn beleuchtet. Es heißt in eingeweihten Kreisen, daß faktisch Graf Berchtold seit langem zurücktreten wollte und gerade jetzt zurücktritt, wo eine Kursdifferenz nicht möglich ist. Man rühmt die Balkankenntnis des Freiherrn v. Burian. Und zweifellos muß ein Lenker des österreichisch-ungarischen Staatschiffes vor allem die Ballanngewässer kennen.

Zimmer wieder taucht verblümt und unverbümt in der öffentlichen Meinung außerhalb des Dreihundes die Ansicht auf, daß Oesterreich diesen Krieg unternommen habe, um seine Macht zu vergrößern, vor allem, um das Gleichgewicht auf dem Balkan zu seinen Gunsten zu verschieben. Die Ländergier Oesterreich-Ungarns ist aber ein

Märchen, das wohl verdient, einmal von Grund aus zerstört zu werden. Schon unter Metternich haben die serbischen Notabeln ihr Land wiederholt Oesterreich-Ungarn angeboten, und dieses Anerbieten wurde schlankeweg abgelehnt. Auch rumänische Bojaren wünschten eine Angliederung ihres Landes an Oesterreich-Ungarn und traten mit der Monarchie in Unterhandlungen, die aber zu keinem Resultat führten, da auch in diesem Fall die Monarchie allen Lockungen zu Landgewinn gegenüber sich abweisend verhielt. Als es sich um Bosnien und die Herzegowina handelte, war das Parlament gegen die Annexion und befürwortete bloß die Okkupation. In den Balkankriegen hat die österreichisch-ungarische Regierung, trotzdem sie sich dadurch manchmal unpopulär machte, immer der Versuchung widerstanden, aus den Zwistigkeiten zwischen den Balkanstaaten für sich Gewinn herauszuschlagen. Man kann wohl sagen, daß Oesterreich-Ungarn das einzige Land nicht nur in Europa, sondern auf Erden ist, dessen äußere Politik in unbeirrbarer Konsequenz jedem Ländergewinn aus dem Wege ging, da es das Heil des Reiches nur im Bewahren, nicht im Erweitern der Grenzen sah. Die Gründe dieser Politik werden dem Außenstehenden nur dann klar, wenn er sich mit dem Studium der inneren Struktur des österreichischen Reiches beschäftigt. In dieser Struktur liegt die Erklärung der österreichisch-ungarischen Politik. Wenn man sich also alle diese Momente gegenwärtig, so ist es klar, daß Oesterreich-Ungarn nur gezwungen einen Krieg unternimmt, weil seine innere Struktur eine aggressive Politik geradezu ausschließt.

Diese Konstatierung führt uns aber zu einer andern Erscheinung, die gerade heute eine ganz besondere Beachtung verdient. Warum wehrt sich Rußland, das in viel größerem Maße ein Nationalitätenreich ist als die Monarchie, denn es zählt nicht 10, sondern 120 Nationalitäten, so sehr dagegen, diesen Nationalitäten ihre nationalen Rechte zu gewähren? Weil eben Rußland eine aggressive expansive Politik führen will und ganz gut weiß, daß es mit dieser Politik aus und vorbei wäre, wenn es sich in eine Art Oesterreich-Ungarn verwandeln würde. Andererseits ist es gerade die Art, wie Oesterreich-Ungarn verwaltet wird, die Rußland zum Todfeind der Monarchie gemacht hat. Wie die napoleonischen Kriege eigentlich Kriege für und gegen die Ideen der französischen Revolution gewesen sind, so fürchtet man in Rußland die aus Oesterreich-

Ungarn über die Grenze bringenden Ideen von der sich allmählich durchsetzenden Gleichberechtigung der einzelnen Nationalitäten, von dem Rechte auf Muttersprache und Religion. Daher stammt der Haß gegen die „Feszenmonarchie“, um das Lieblingswort der „Nowoje Wremja“ zu gebrauchen. Nicht die Rivalität auf dem Balkan ist das eigentlich trennende Moment zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, wie viele glauben. Gäbe es überhaupt keinen Balkan, so würde Rußland wahrscheinlich trotzdem genau so feindselig der Monarchie gegenüberstehen. Andererseits könnte es der Monarchie ganz gleichgültig sein, ob sich Rußland auf dem Balkan ausbreitet, wenn sie nicht gezwungen wäre, in Rußland einen Feind zu sehen, von dem sie sich nicht umklammern lassen darf. Die Balkanpolitik ist also allenfalls das Schachbrett, auf dem seit langer Zeit die Machtpartie zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland gespielt wird; der eigentliche Gegensatz liegt aber in der gegensätzlichen Struktur der beiden Reiche. Damit ist auch gesagt, daß der Friede Europas sofort gesichert wäre, wenn sich Rußland zu einer dem Zeitgeist entsprechenden gerechten Politik im Innern gegenüber seinen Nationalitäten und Konfessionen entschließen könnte. Umgekehrt kann man wohl kaum von Oesterreich-Ungarn verlangen, daß es sich nach russischem Muster umwandle. Tatsächlich waren ja die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland vortrefflich, solange das Habsburgerreich autokratisch war.

Es ist in diesem Weltkriege viel die Rede vom Kampf der Gerechtigkeit gegen Tyrannei, der Kultur gegen Barbarei. Es gibt aber kein schlagenderes Beispiel für diesen Kampf als den Krieg, den gegenwärtig Oesterreich-Ungarn gegen Rußland führt. Rußland verteidigt seine Autokratie und kämpft mit seinen Millionenheeren gegen den Einbruch freier Ideen. Es weiß sehr gut, daß seine Niederlage den Triumph dieser Ideen bedeuten würde. Der Krieg im Osten ist das Ringen des Autokratismus um sein letztes und stärkstes Bollwerk. Was auch in der Entente-Prese von Kriegsmüdigkeit und Friedensvorschlügen Oesterreich-Ungarns, von Versuchen der Monarchie, sich von seinem Bundesgenossen zu trennen, gestanden haben mag, entspricht mit keiner Silbe der Wahrheit. Darum sind auch alle Kombinationen, die den Ministerwechsel mit irgendwelchen Friedensplänen des einen oder des andern in Verbindung bringen, hinfällig. Die feste und starke, durch nichts zu erschütternde Freundschaft und Waffenbrüderschaft mit Deutschland, das unverbrüchliche Festhalten am Drei-

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 35

Wien, Donnerstag

Neues Wiener Tagblatt.

4. Februar 1915.

5

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Das soeben erschienene Rotbuch, das den Titel hat „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges“, enthält 69 Aktenstücke und reicht vom 29. Juni 1914, dem Tage nach dem Attentat in Sarajevo, bis zum 24. August, an welchem Tage die Abberufung unsres Botschafters aus Tokio erfolgte. Es beginnt mit den Meldungen der Vertreter in Belgrad, Uesküb und Nisch über den Beifall und die Freude, mit welcher die Nachricht von der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers aufgenommen wurde.

Die Stimmungsberichte aus Belgrad.

Legationsrat Ritter von Stord an Graf Berchtold.

Belgrad, 29. Juni 1914.

Wir alle stehen noch immer derart unter dem erschütternden Eindruck der gestrigen Katastrophe, daß es mir schwer fällt, mit der nötigen Fassung, Sachlichkeit und Ruhe das blutige Drama in Sarajevo von hier aus entsprechend zu beurteilen. Ich bitte daher, mich vorläufig auf die Registrierung einiger Tatsachen beschränken zu dürfen.

Gestern — den 15./28. — wurde der Jahrestag der Schlacht am Amsselfelde feistlicher als sonst begangen und der serbische Patriot Milos Obilic gefeiert, der 1389 mit zwei Gefährten den siegreichen Murad meuchlings erstochen hat.

Wo Serben leben, gilt Obilic als der Nationalheld. An die Stelle der Türken sind aber — dank der unter der Heghde der königlichen Regierung gezüchteten Propaganda und der seit Jahren betriebenen Pressehege — nunmehr wir als die Erbfeinde getreten.

Den drei jugendlichen Sarajevoer Attentätern Princip, Gabrinovic und dem dritten unbekanntem Bombenwerfer scheint daher eine Wiederholung des Dramas auf dem Rossowopolje vorgeschwebt zu haben. Sie haben noch eine unschuldige Frau miterstochen und mögen glauben, damit ihr Vorbild noch übertroffen zu haben.

Jahrelang ist in Serbien Haß gegen die Monarchie gesät worden. Die Saat ist aufgegangen und Mord ward geerntet.

Die serbische Regierung hat auf die zirka 5 Uhr nachmittags bekanntgewordene Nachricht hin die Obilicfeier um 10 Uhr abends offiziell abstoppen lassen; inoffiziell und in der Dunkelheit hat sie aber noch geraume Zeit weiter gebauert.

Die Leute sollen sich vor Freude in die Arme gefallen sein (Augenzeugen) und man hörte Bemerkungen wie: „Recht ist ihnen geschehen, wir haben das schon lange erwartet,“ oder: Das ist die Rache für die Annexion.“

Legationsrat Ritter von Stord an Graf Berchtold.

Telegramm. Belgrad, 30. Juni 1914.

Ich richtete heute an den Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn Graic, die naheliegende Frage, welche Maßregeln die königliche Polizei ergriffen habe, respektive zu ergreifen gedente, um die Fäden des Attentats, welche notorisch nach Serbien hinüberspielen, zu verfolgen.

Seine Erwiderung lautete, daß sich die serbische Polizei bisher mit dem Gegenstand überhaupt nicht befaßt hätte.

Generalkonsul Zehlfischka an Graf Berchtold.

Uesküb, 1. Juli 1914.

Am 15./28. Juni wurde in Pristina der Vidov-Dan (Kronleichnamstag), an welchem sich diesmal die Schlacht auf dem Amsselfelde (1389) zum 525. Mal jährte, zum erstenmal offiziell als „Befreiungsfest“ der serbischen Nation gefeiert.

Seit vier Monaten hatte ein eigenes Festkomitee daran gearbeitet, dieses Fest zu einem möglichst feierlichen und zu einer großartigen nationalserbischen Demonstration zu gestalten.

Die bezügliche Propaganda setzte gleichzeitig in Kroatien, Dalmatien und Bosnien, hauptsächlich aber in Ungarn ein, den Teilnehmern wurde freie Fahrt auf den serbischen Staatsbahnen, billige Unterkunft und Verpflegung, Unterstützung seitens der Behörden zc. zugesagt.

Die Agitation war eine energische und zielbewußte.

Zur Festfeier in Pristina wurden die Gäste mit Extrazügen gebracht.

Die verschiedenen Festreden schwebten in den historischen Reminiszenzen, welche sich an den Schauplatz des Festes knüpften, um schließlich mehr oder minder das bekannte Thema von der Vereinigung aller Serben und der „Befreiung der unterjochten Brüder“ jenseits der Donau und der Save, ferner in Bosnien und Dalmatien zu variieren.

Als sich in den Abendstunden die Nachricht von der entsetzlichen Schandtats, deren Schauplatz Sarajevo gewesen war, verbreitete, bemächtigte sich der fanatisierten Menge eine Stimmung, welche ich nach den zahlreichen Beifallsäußerungen, welche

mir von meinen absolut verlässlichen Gewährsmännern gemeldet werden, nicht anders als unmenschlich bezeichnen kann.

Angesichts dieser Haltung der Bevölkerung, welche in gleicher Weise auch in Uesküb zutage trat, fallen alle Versuche der serbischen Presse, die moralische Verantwortung für die Tat, welche von einer repräsentativen Versammlung mit solch unerböhlener Genugtuung aufgenommen wird, von Serbien abzuschütteln, in ein erbärmliches Nichts zusammen.

Die Ueberzeugung Poincarés.

Graf Szecsen an Graf Berchtold.

Telegramm. Paris, 4. Juli 1914.

Ich habe heute Herrn Poincaré den Dank der k. u. k. Regierung für sein Beileid übermittelt.

Auf die serbenfeindlichen Demonstrationen bei uns anspielend, erwähnte er, daß nach der Ermordung des Präsidenten Carnot in ganz Frankreich alle Italiener den ärgsten Verfolgungen seitens der Bevölkerung ausgesetzt waren.

Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß die damalige Bluttat mit keinerlei anti-französischer Agitation in Italien im Zusammenhang stand, während man jetzt zugeben muß, daß in Serbien seit Jahren mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen die Monarchie gehetzt wird.

Zum Schluß sprach Herr Poincaré die Ueberzeugung aus, die serbische Regierung werde uns bei der gerichtlichen Untersuchung und der Verfolgung eventueller Mitschuldiger das größte Entgegenkommen zeigen. Einer solchen Pflicht könne sich kein Staat entziehen.

Was sich in Nisch zutrug.

Gerent Herr Hoflehner an Graf Berchtold.

Nisch, 6. Juli 1914.

Die Nachricht vom entsetzlichen, nur zu wohl-gelungenen Attentat in Sarajevo rief hier Sensation im vollsten Sinne des Wortes hervor. Von Bestürzung oder aber Entrüstung war so gut wie nichts zu bemerken, in weitaus vorherrschendem Maße kamen nur Empfindungen der Genugtuung, ja der Freude, und dies vielfach ganz unverbüllt, ohne jede Zurückhaltung, nicht selten in ganz roher Form zum Ausdruck. Dies gilt hauptsächlich für die sogenannten führenden Kreise, die Intelligenz, wie

Der Lügenkrieg — ein Krieg für die Wahrheit!

Von Dr. Wolfgang Madjera.

Kürzlich konnte man in den Tagesblättern folgendes Geschichtchen lesen:

Als eine Abteilung schwarzer Senegalschützen bei Marseille gelandet wurde, um gegen die Deutschen zu Felde zu ziehen, erkannte ein Häuptling dieser Truppe in einem der Landung zusehenden Missionär einen Bekannten früherer Jahre und wandte sich an ihn sofort mit der Frage, warum man ihn und sein Volk zum Kampf herbeigerufen habe: „Sind denn die Deutschen keine Weißen? Haben sie nicht denselben Gott wie die Franzosen? Warum sollen wir also gegen sie kämpfen? Lehrtet Ihr uns denn nicht, wir sollten unsere Feinde lieben?“ Verwirrt suchte der Missionär den Einfall der Deutschen in Belgien und die Greuelthaten, die sie angeblich hierbei begingen, zur Begründung anzuführen. Aber damit erzielte er nur ein fröhliches Grinsen des wackeren Mohrenfürsten: „Ah, das freut mich, daß die Belgier endlich einen Stärkeren gefunden haben, der alle die Grausamkeiten, die sie an unseren Brüdern am Kongo begangen haben, an ihnen rächt!“ Die Wirkung dieser unerwarteten, unerbittlichen Logik auf den frommen Mann Gottes war eine niederschmetternde: Er ging hin, legte sein Missionsamt nieder und ward Sanitätsfeldat in einem Grenzlazarett.

Was mag es wohl gewesen sein, das diesen Priester so tief erschütterte? Was bewog ihn, seiner bisherigen Sendung, die er für eine heilige, eine hochbedeutsame, segenspendende gehalten hatte, zu entsagen? Es war ein Augenblick der Verzweiflung, ein Augenblick bitterer Erkenntnis, die das schlichte Wort des arglosen Kindes der Natur blühartig in ihm ausleuchten ließ. Dieses Wort war eine vernichtende Anklage gegen die furchtbare Verlogenheit, von der die Kultur Europas teils erfüllt, teils bedroht war, als der Krieg seine Fackel zwischen die Völker des Erdteiles warf, gegen jene selbe Verlogenheit, die dieser Krieg mit elementarer Gewalt uns allen zu Bewußtsein gebracht hat, ja deren monumentale Folgeerscheinung und Verkörperung er ist.

Die Kultur der Dreiverbandmächte war überhaupt in der Zeit vor dem Kriege nur mehr imstande, mit Lügen zu arbeiten. Die Staaten und ihre Völker schworen uns und Deutschland Freundschaft und insgeheim ging ihr Sinnen und Trachten einzig danach, wie sie die beiden Zentralmächte am sichersten zu vernichten vermöchten. Sie bauten Friedenspaläste und beschworen ihre Ehrfurcht vor den löstbaren Gütern, die ein Krieg aus bedenklichste gefährden, ja zerstören müßte, wesshalb man Tag und Nacht keine ernstlichere Sorge habe, als wie der Friede um jeden Preis und selbst unter Opfern erhalten werden könne; insgeheim aber schliffen sie ihre Dolche, um sie dem verhassten und beneideten Mitbewerber auf dem Weltmarkte in die Brust zu stoßen. Auf Kongressen und internationalen Tagungen wurde der Gedanke der Weltverbrüderung und der gemeinsamen Arbeit im Dienste der Menschheit in zahllosen hochtönenden Reden gefeiert und mit köstlichen Strömen perlenden Weines begossen; man ließ die Schwärmer reden — aber in den alten Kulturstaaten des Westens und in dem kulturgetränkten Despotenreich des Ostens setzte man sich indessen kaltblütig zusammen und ratschlagte und rechnete, wie man mit gewappneter Faust zwischen diese Trümer fahren und im Namen des brutalen Rassenegoismus dem gefährlichen Völkeregoismus den Fuß auf den Nacken setzen könnte.

Dieses Truggebilde einer schönen Einbildung, die schon den goldenen Morgen eines weltumspannenden Völkerbundes „im Geiste und in der Wahrheit“ herandämmern sah, mußte früher oder später zerinnen; denn einigen Großstaaten, deren aufrichtige Mitarbeit zur Erreichung solcher Ziele unerlässlich war, gab wohl ihre alte Kultur einen erwünschten, prächtigen Mantel ab, in den sie sich prunkend hüllten, aber ihr innerster Ehrgeiz war nicht Gleichberechtigung im Rate der Völker, sondern Herrschaft, nicht Arbeit für Ideale, sondern für den Geldsack, nicht friedlicher Wettkampf, sondern Vergewaltigung. Darum konnte die ganze große Kulturbewegung der letzten Jahrzehnte immer nur ein Dasein von heute auf morgen führen; denn sie war ständig bedroht von feindlichen Mächthabern und auch die Geistesarbeit in Deutschland und Oesterreich, die, wie keine andere, den Zusammenschluß aller Völker zu fördern bemüht war, vermochte trotz allem das Bewußtsein nicht zu bannen, daß gleich einem Damoklesschwert der politische Neid der Nachbarn

über all diesen hochzielenden Bestrebungen unheilrohend schwebte. Dem Himmel sei es gedankt: dieses furchtbaren Zustandes, dieser Lüge, die uns unter heuchlerischer Maske umlauerte, sind wir ledig — unsere Feinde haben sich enthüllt und wir sehen nun klar, wie weit abseits sie innerlich von unseren reinen Zielen gestanden sind.

Aber noch mehr: die ganze Zurückgebliebenheit ihrer moralischen Kultur, wie sie sich in ihren leitenden Kreisen und in den Vorkämpfern ihrer öffentlichen Meinung offenbart, erkennen wir in der Art, wie sie diesen Krieg führen — nicht als einen ritterlichen, mit ehrlicher Waffe auszufechtenden Strauß, sondern als einen Feldzug der Lüge und niedrigsten Verleumdung. Ein moderner Denker hat als letztes Ziel aller Kultur die Herstellung einer sittlichen Weltordnung, eines harmonischen Verzeins aller bezeichnet. Frage sich nun jeder, der die Geschichte seit Ausbruch des Krieges in ihrem Laufe verfolgt hat, ob und wie unsere Feinde ein solches Ziel im Auge haben! Ihre „sittliche Weltordnung“ besteht darin, daß England berechtigt sein soll, allen Völkern, die sich nicht unter sein Joch beugen, das tägliche Brot in die Tiefen des Meeres zu versenken, daß aber Deutschland, wenn es in äußerster Notwehr etliche britische Schiffe zu versenken wagt, einen himmelschreienden Bruch des Völkerrechtes begeht. Ihr „harmonischer Verein aller“ umfaßt einen allerkonstitutionellsten König, einen Träger der Jakobinermütze und einen Knutenbewaffneten Tyrannen, dazu noch einen Schaf- und einen Schweinehirten aus den Bergen der Balkanhalbinsel: Was außerhalb dieser schönen „Harmonie“ sich zu erheben wagt, wird als „Barbar“ gekennzeichnet und vor aller Welt mit wütendem Geschrei zum „Kulturfeind“ umgelogen. Wir müßten die Zeitungsberichte des letzten Halbjahres abschreiben — oder auch verschiedene Abschnitte des jüngst erschienenen österreichischen Rotbuches und sie mit dem Inhalte der Blau-, Grün-, Gelb-, Orange-, Weiß- und Schwarzbücher der übrigen Staaten vergleichen, wollten wir die jämmerliche, niederträchtige Heuchelei und Verlogenheit in ihrer vollen Abscheulichkeit an den Pranger stellen, mit der dieser Krieg entsacht wurde und nun geführt wird.

Eines sei nur vorhergesagt: Die unermesslichen Opfer dieses Krieges werden nicht umsonst gebracht sein, wenn er eine gründliche Läuterung der europäischen Kultur im Gefolge haben wird. Der Krieg hat schon bisher der Wahrheit die Wege geebnet, denn er hat das Echte und Ehrliche vom Erheuchelten und Gleichnerischen in weithin sichtbarer Klarheit geschieden. Aufgabe der Sieger dieses Krieges wird es sein, in der kommenden Zeit des Friedens den bezwungenen Drachen mit starker Faust am Boden zu halten und für die Welt eine Kultur gebieterisch aufzurichten, die, von hoch und nieder anerkannt, nichts anderes will, als sie vorzigt, und nichts anderes verheißt, als sie auch im Ernstfall zu leisten vermag!

14. / II. 1915

die Note der Vereinigten Staaten
an Deutschland.

Kaisers und Curer Familie aufs Spiel zu setzen. Curer unglücklicher Kaiser Nikolaus II."

Da diese offensichtlich auf einer Mystifikation beruhenden, aber der Psyche des russischen Volkes geschickt angepassten Proklamationen an Gerüchte und Stimmungen anknüpfen, die in Rußland bereits starke Verbreitung gefunden zu haben scheinen, erweckten sie bei uns begreifliches Interesse. Eine Befragung der kriegsgefangenen Träger dieser Aufrufe ergab, daß die Proklamationen vor kurzem in der russischen Armee auftauchten und dort von Hand zu Hand gingen. Wenn sich auch naturgemäß der Ursprung dieser Flugschriften bei uns nicht feststellen ließ, so war es doch Kennern russischer Verhältnisse sofort klar, daß man hier einen scheinbar sehr wirksamen und geschickten Agitationsmittel gegenüberstehe, das von einem der vielen in Rußland bestehenden revolutionären Zirkel seinen Ausgang genommen und in der russischen Armee eine ebenso rasche wie weite Verbreitung gefunden hatte. Groß war daher das Erstaunen unsrer Heeresleitung, als ihr folgendes Communiqué des russischen Generalstabes vom 21. Jänner d. J. zur Kenntnis kam:

"In letzter Zeit nehmen unsere Gegner zu allerhand Proklamationen und Aufrufen an die Truppen sowie an die Bevölkerung der Kriegsschauplätze Zuflucht, worin sie diese zur Einstellung der Feindseligkeiten und zum Friedensschluß auffordern. In dieser Hinsicht überschritten nun die Oesterreicher in niedrigster, verbrecherischer Unverschämtheit und Schändlichkeit alle Grenzen. Eigens hiezu ausgewählte österreichische Soldaten verbreiten unter unsern Truppen Proklamationen, in welchen unsre schamlosen Feinde es wagen, sich unter Berufung auf den geheiligten Namen des Kaisers und dessen Unterschrift an Euch, edle Söhne des heiligen Rußland, zu wenden. Jeder treue Unterthan weiß, daß in Rußland alle, vom Generalissimus angefangen bis herab zum einfachen Soldaten, einzig und allein dem geheiligten und erhabenen Willen des von Gott gesalbten, unsres heilgeliebten Kaisers gehorchen, der allein die Macht besitzt, einen Krieg zu beginnen und zu beenden. Unser Feind, nicht mehr der Kraft seiner Waffen und dem Erfolg auf dem Schlachtfelde vertrauend, erfand die häßlichste Fälschung, damit ein nichtswürdiges Verbrechen vollbringen. Wißet, herrliche Helden, daß einzig die gänzliche Demoralisation und die Erkenntnis des Unvermögens, das Ringen in ehrlichem Kampfe mit der Waffe fortzusetzen, unsre Feinde zu diesem Verbrechen unerhörter Niedrigkeit führen könnte. Ich habe den unerschütterlichen Glauben, daß unsre siegreiche Armee mit Gottes Hilfe dem unwürdigen Gegner durch ihre Erfolge in künftigen Kämpfen die gebührende Antwort zu erteilen wissen wird. Ich befehle, jedes Individuum, das mit ähnlichen Proklamationen betreten wird, unverweilt vor ein Kriegsgericht zu stellen, damit über dasselbe als des Hochverrates schuldig nach der ganzen Strenge der Kriegsgesetze geurteilt werde.

Gezeichnet: Generaladjutant Nikolaus."

Wie verlogen die unter dem

Ruthenen und Rumänen der Monarchie, zum Abfall zu verleiten. Die unwürdigste Verunglimpfung unsres ehrwürdigen Monarchen hielt gleichen Schritt mit unwahrer Darstellung unsrer Verhältnisse und heuchlerischen Versprechungen. Wenn aber der russische Generalissimus sich nicht schent, gegen besseres Wissen und Gewissen zu behaupten, daß dieses von der russischen Armee uns gegenüber so oft gebraucht, tatsächlich niedrige und schändliche Kampfmittel nunmehr auch von uns gegen Rußland zur Anwendung gebracht werden dann liefert er mit dieser Lüge nur den Beweis, wie traurig es um die Verhältnisse in seiner Armee bestellt sein muß. Denn um die Gefahren zu bannen, welche seiner Heere durch eine revolutionäre Propaganda erwachsen, die im eigenen Lande ihren Ursprung hat, greift er zu dem wohl äußersten Mittel, den Feind zu verleumden, der ihm stets nur im ehrlichen, loyalen Kampfe mit den Waffen gegenübertrat.

Russische Schandtaten in der Bukowina.

Wien, 13. Februar. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Aus der Bukowina werden auf Grund neuerlicher amtlicher Erhebungen weitere Schandtaten der Russen bekannt. Beim seinerzeitigen Einzug in die nunmehr wieder in unserm Besitz stehende Stadt Kimpolung haben die Russen wie Barbaren gehandelt. Sie drangen in alle Häuser gewaltsam ein, mißhandelten die Insassen ohne Unterschied der Nation und des Glaubensbekenntnisses, raubten Einrichtungen und Gebrauchsgegenstände und bemächtigten sich des ganzen Viehstandes. An zwei aufeinanderfolgenden Tagen wurden Mädchen und Frauen im Gemeindeamte vorgeführt von russischen Ärzten untersucht und eine Anzahl ausgewählter Opfer unter schmachlichem Vorwand weggeschleppt. Die Namen der Entführten die ohne Rücksicht auf Stand und Familienzugehörigkeit ausgesucht wurden, sind bekannt. Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen standen zur Zeit der Russeninvasion in Kimpolung überhaupt auf der Tagesordnung.

Südtiroler Protest gegen hochverräterisches Vorgehen.

(Tel. des I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Innsbruck, 13. Februar. Wie bekannt hat der ehemalige Präsident der Lega der Contadini, Patrizio Bosetti, der früher seine Haupttätigkeit in der Valle Lagarina entfaltet hatte, in Italien eine Reihe von Reden gehalten, die das patriotische Gefühl seiner Landsleute tief verletzten. Zum Zeichen des Protestes gegen dieses hochverräterische Vorgehen haben mehr als 3000 Bauern, Mitglieder der Lega der Contadini, aus dem genannten Gebiete eine Kundgebung ihres patriotischen Gefühles veranstaltet die im Wege des Statthalters dem Kaiser unterbreitet und von Allerhöchster Stelle mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde.

Die Note der Vereinigten Staaten an Deutschland.

(Tel. des I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 13. Februar. Die amerikanische Note an Deutschland hat folgenden Wortlaut: Curer Excellenz! Ich bin von meiner Regierung beauftragt, Curer Excellenz folgendes zu übermitteln:

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist durch die Bekanntmachung des Deutschen Admiralsstabes vom 4. Februar 1915 darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals als Kriegsgebiet anzusehen seien, daß alle in diesen Gewässern nach dem 18. Februar angetroffenen feindlichen Kauffahrtschiffe zerstört werden sollen, ohne daß es immer mög-

Preussischer Landtag.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhause.

99. Sitzung, Montag, 22. Februar 1915.

Am Ministertisch: Dr. Deibrück, Dr. Penke, v. Voebell.
Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten mit der Mitteilung über den heutigen Generalstabsbericht, nach dem in Ostpreußen insgesamt über 100 000 Gefangene gezählt wurden und die 10. russische Armee als völlig vernichtet angesehen werden kann. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.) Der Präsident erhält unter lebhaftem Beifall die Ermächtigung, an den Kaiser ein Glückwunschtelegramm zu senden.

Das Andenken des verstorbenen Abg. D. Dittrich (3.) wird durch Erheben von den Plätzen geehrt.

Der Etat.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Etats,

und zwar zunächst der Etat des Staatsministeriums. Wie in der Budgetkommission, so soll zunächst über Vollsernährung, Viehhaltung, Feldbestellung und Geldverkehr gesprochen werden; an zweiter Stelle über Kriegsfürsorge und die Wohlfahrtsvorlage und schließlich noch über den Belagerungszustand und die Pressfreiheit.

Abg. Hoersch (lon.)

berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Die Kommission hat von der Niederlegung eines schriftlichen Berichtes Abstand genommen und beschlossen, einen ausführlichen mündlichen Bericht erstatten zu lassen, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil das gesamte Volk an den verhandelten Fragen den lebhaftesten Anteil nimmt und auch ein Anrecht daran hat, ausreichend unterrichtet zu werden. An der Spitze dieses Berichtes gebe ich der Benützung Ausdruck, daß bei der Besprechung aller bisher getroffenen wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen, soweit diese die Vollsernährung und die damit zusammenhängenden Fragen betreffen, eine

volle Uebereinstimmung aller Parteien

sich erzielen lassen. (Lebhafter Beifall.) Eine solche Einmütigkeit ist um so mehr hervorzuheben, als unter anderen Umständen ein solches Zusammengehen bei der Eigenart wirtschaftspolitischer Fragen unmöglich sein würde. Der Kommissionsbericht war von Anfang bis Ende der Stempel aufgedrückt, daß jetzt alles daran zu setzen ist, um in diesem beispiellosen Kampf auch den Sieg durch die Kraft unseres Wirtschaftslebens zu erzwingen. (Beifall.) Auf Grund dieses Entschlusses hat manchmal eine Aenderung alter festgewurzelter Ueberzeugungen zurückgestellt werden müssen, bis andere Seiten einen sachlichen Meinungsaustausch über verschiedene Ansichten wieder zulassen. Es gibt keine Partei dieses Hauses, die bei der Kommissionsberatung nicht nach Form und Inhalt ihrer Ausführungen sich der großen Aufgabe des Zusammenarbeitens und Zusammengehens unterzogen hätte. (Beifall.) Vor der ganzen Welt tritt daraus die Erscheinung zutage, daß das deutsche Volk wohl gewappnet ist, eine Welt von Feinden zu bezwingen, da es in ernster Stunde auch sich selbst bezwingt. (Beifall.) Die sachlichen Schwierigkeiten der Verhandlungen unserer Kommission waren groß. Im Gegensatz zu einem wohlgeordneten Wirtschaftsleben und fest eingerichteten Gebräuchen von Handel und Wandel, mußten neue Formen geschaffen werden, die nicht nur abweichend von den bisherigen waren, sondern geradezu im Kampf damit lagen.

Dem Bundesrat war in der ersten Kriegstagung des Reichstages eine große Machtvolle zuerkannt worden, die es ihm ermöglichte, alle auf sozialem, rechtlichem, finanzuellem und wirtschaftlichem Gebiete erforderlichen Massnahmen zu treffen und mit Gesetzeskraft auszuführen. Das legte dem Bundesrat und nicht am wenigsten dem Reichskanzler eine schwere Verantwortung auf, zugleich aber auch dem Volk und dem Parlament die Pflicht, das Maß der Sorge und der Arbeit der verantwortlichen Stellen zu würdigen und nicht

voreilig eine nicht gewissenhaft begründete Kritik zu üben. Mit rastlosem Fleiß haben alle Behörden in dieser ersten Zeit gearbeitet. Besonders

das preussische Beamtentum

hat seine seit Friedrich I. bekannnte getreue Pflichterfüllung vollkommen bewährt.

Die neue Einstellung auf die gänzlich veränderten Verhältnisse konnte nicht in wenigen Tagen erfolgen. Manches wäre anders geworden, wenn eine tief durchdachte, in die Einzelheiten eindringende wirtschaftliche Vorbereitung Deutschlands auf den Weltkrieg noch während der Friedenszeit stattgefunden hätte. (Sehr richtig!) Deutschland ist nicht beherrscht gewesen von haßfüchtigen Gedanken einer anderen Nation gegenüber. (Sehr richtig!) Dem deutschen Volke hat es fern gelegen, die Grenzen des Vaterlandes weiter strecken zu wollen. Nur im friedlichen Handelsverkehre suchte es fortzuschreiten. So sehr sich der Deutsche seines Soldatenvolkes freut und so gern er den Stolz derer würdigt, die des Königs Rod zu tragen berufen sind, so friedliebend, so friedensjügend ist unser Volk all die Zeit sehr 1870 hindurch gewesen. (Sehr richtig!) Der Gedanke einer

Kriegsruftung auf Tod und Leben

wurde immer zurückgewiesen, um dem Ausland unsere Friedfertigkeit durch die Tat zu beweisen. Freimütig müssen wir erklären, daß diese Auffassung nicht ohne Folgen geblieben ist. Deshalb erwachen uns jetzt während der Kriegführung doppelte Pflichten. Wir müssen auch Entbehrungen entschlossenen Mutes hinnehmen, damit der Plan der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands zerschanden werde; hilfsbereit müssen wir alle eines Sinnes sein, denjenigen die Last zu erleichtern, die durch den Gang der Dinge am schwersten getroffen wurden und in Zukunft noch schwerer getroffen werden. Nicht nur für unser tapferes Heer in den von uns besetzten feindlichen Landesteilen soll das Dichtermotd gelten: „Lieb' Vaterland, magst ruhig sein!“, sondern durch das ganze deutsche Vaterland soll dieser Ruf erklingen. (Beifall.) Wir nehmen ihn ganz entschlossen auf und sind auch in diesem Falle klar zum Gesetzt. (Erneuter Beifall.) Die Kommission konnte sich auf Grund eingehender Erwägungen nicht mit allen Massnahmen der Regierung einverstanden erklären, nicht der Tendenz dieser Massnahmen wegen, sondern wegen der Auffassung über ihre Zweckmäßigkeit.

Gerade bei solchen Erörterungen hat sich eine Geschlossenheit der ganzen Kommission gezeigt, die sicherlich auch nicht ohne Eindruck auf die Regierung geblieben ist. Die Regierung wird die hier geäußerten Wünsche bei der Abänderung der bisherigen Massnahmen gewiß berücksichtigen. Die erste Massnahme der Regierung erstreckte sich auf die Sicherstellung der Vollsernährung durch den Erlaß der Bundesratsverordnung über die Höchstpreise für das Brotgetreide. Alle Parteien waren darin einig, da eine solche Einzelmaßnahme für das Brotgetreide nicht ausreiche, sondern daß ein fest gegliedertes System von Höchstpreisen aufgestellt werden müsse. Mehl und Brot hätten ebenso mit Höchstpreisen belegt werden müssen wie das Ausgangsprodukt selbst. Gleichzeitig mit dem Erlaß der Höchstpreise für das Brotgetreide hätte auch eine Regelung des Verbrauchs eintreten müssen, weil Deutschland in diesem Weltkriege fast ganz zu einem geschlossenen Handelsstaate geworden ist. Daß solche Einschränkungen nicht sofort verfügt sind, beruht wohl einmal darauf, daß der Ertrag unserer letzten Ernte zunächst überschätzt worden ist, und sodann, daß unsere Behörden wohl erst in einer vielleicht zu weit gehenden Genauigkeit das Ergebnis des ersten Zeitabschnittes haben abwarten wollen, bevor so einschneidende Bestimmungen getroffen werden sollten. Man hat anscheinend auch nicht genügend berücksichtigt, daß wir jährlich nicht weniger als 8 Millionen Tonnen Futtermittel nach Deutschland für unser Vieh einführen und daß durch Schließung dieser Einfuhr in großem Umfange Brotgetreide versüßert worden ist. Weiter waren alle Parteien darin einig, daß nach den Erfahrungen des Krieges niemand mehr verkennen könne, daß

die Stellung der Landwirtschaft

nicht als eine Frage einer Erwerbsgruppe, sondern als die Angelegenheit der ganzen Nation zu behandeln ist. Mit der

Landwirtschaft in ihrer Eigenschaft als Stütze der Volksernährung und der Sicherung unserer Wehrkraft muß also äußerst vorsichtig umgegangen werden. Die Landwirtschaft hat es dankbar anerkannt, daß auch die der Landwirtschaft fernere stehenden Mitglieder der Kommission die Bedeutung der Landwirtschaft vollaus gewürdigt haben. Der Mangel eines Höchstpreises für Mehl und Brot ist durch die Errichtung der Kriegsgetreide-Gesellschaft beseitigt worden, die ausgleichend auf die Mehlpreise einwirken kann.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat in neuester Zeit sehr dankenswerte Massnahmen zur Beschaffung von Futtermitteln getroffen, um der Landwirtschaft, die durch die Beschlagnahme der Haferbestände sehr schwer getroffen ist, zu helfen. Mit dieser Beschlagnahme hat sich die Kommission sehr eingehend beschäftigt und namentlich mit allem Nachdruck festgestellt, daß für die Enteignung der Haferbestände ein Beschlagnahmepreis festgesetzt worden ist, der in keinem rechten Verhältnis zu dem Preise steht, für den andere Futtermittel zu haben sind. Es ist falsch, hier auf Kosten einer verhältnismäßig geringen Zahl von Personen den Reichsäckel schonen zu wollen. Der Hafer ist jetzt ein notwendiges Betriebsmittel für die Landwirtschaft. Enteignet man es, so muß man geradezu von einer Vermögenskonfiskation der Landwirtschaft sprechen. Die Kommission hat unentwegt an der Festsetzung eines Haferpreises festgehalten; der die Beschaffung gleichwertiger Futtermittel ermöglicht; hoffentlich trägt die Regierung diesem Wunsch Rechnung. Die Verteilung des Hafers darf nicht auf alle Pferde gleichmäßig vorgenommen werden, da eine Reihe von Pferden einer stärkeren Haferzufuhr bedarf, um leistungsfähig zu bleiben. Durch die Heranziehung eines großen Teiles unserer Pferde für Militärzwecke sind in erhöhtem Maße unsere Kinder zur Feldbestellung und andern landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen worden. Sie bedürfen ganz besonders jetzt der Kraftfuttermittel, um bei unfruchtbarer Frühjahrsbestellung wieder kräftig genug zu sein. Deshalb ist die Bekanntmachung des Reichskanzlers, daß das Menglorb gleichfalls der Beschlagnahme anheimfallen soll, sehr bedenklich, denn gerade für Ochsen und Kühe ist ein solches Futtermittel besonders notwendig.

Die Kriegsgetreidegesellschaft war ursprünglich dazu bestimmt, unsere Getreidevorräte aufzuspeichern, um für jeden Fall gesichert zu sein. Aber auf Grund der Bestandaufnahme vom 1. Dezember, die allerdings wohl ein zu ungünstiges Bild gegeben haben mag, wurde die anfängliche private G. m. b. H. zu einer Zentralstelle für den gesamten Getreidehandel umgewandelt. Wenn auch die Kommission allgemein der Ueberzeugung war, daß in die Leitung dieses

größten Getreideunternehmens der Welt

volles Vertrauen zu setzen sei, so wurden doch eine Anzahl von Mängeln hervorgehoben, die der Kriegsgetreidegesellschaft als Erschwerendes aus der ersten Zeit ihrer Gründung noch anhaften. Es wurde namentlich gerügt, daß nicht hinreichend landwirtschaftliche Sachverständige in der Leitung dieses Unternehmens vertreten seien.

Mit Fug und Recht wurden erregte Klagen darüber geführt, daß die Höchstpreise nicht immer innegehalten worden seien. Zum Teil lag das daran, daß in manchen Fällen die Bestimmungen der Höchstpreise wenig glücklich gewesen sind. Der Hauptgrund der Verstöße aber ist wesentlich betrüblicher, es ist die rechtswidrige Uberteueringssucht gegenüber den Verbrauchern. Dagegen wurden alleseitig sowohl aus Produzenten- wie aus Verbraucherkreisen scharfe sichernde Massnahmen gefordert.

Ganz besonders hat man jetzt erst

die Bedeutung der Kartoffel

für unser Volk erkannt. Man wird zweifellos in der Zukunft weitere Massnahmen treffen müssen, damit der Kartoffelanbau uns der Notwendigkeit überhebt, ausländische Futtermittel einzuführen. Wir werden uns auch nach dem Krieg noch große Mengen von Kartoffeln erhalten müssen, um dauernd unsere Brotvorräte mit ihrer Hilfe zu vermehren. Die preussische Regierung hat von diesem Gesichtspunkt aus in weitgehendem Maße die Kartoffelrodureien mit Staatsgeldern unterstützt. Notwendig wäre es gewesen, rechtzeitig Maßregeln gegen die Verschwendung von Kartoffeln zu treffen. Das ist in weiterem Maße erst durch die lebhafte erfolgte Erhöhung der Höchstpreise für

Eine politische Balkanreise.

Rumänien.

II.

II Bukarest, im Februar.

Wird einst die Geschichte König Carols I. geschrieben, so wird man nur mit tiefer Bewegung die Schilderung seines tragischen Endes lesen. Denn daß sein königliches Wort im Kronrat der ersten Augusttage nicht mehr vermochte, als das neutrale Verhalten Rumäniens durchzusetzen und ihm nur ein einzelner Mann, der aufrechte Peter Carp, Gefolgschaft leistete, hat seinem Herzen eine unheilbare Wunde geschlagen. Und vollends brach es, als die folgenden Wochen das Land mit Kriegsgeschrei gegen die verbündeten Zentralmächte erfüllten. War er selber nicht ganz freizusprechen von der Schuld, als Fürst deutschen Blutes das Volk, während seiner Regierungszeit nicht zu sich hinaufgezogen, sondern zu ihm hinabgestiegen zu sein, so sproß aus seinem Lode noch einmal ein großes Gut. Denn seltsam. An der Waise des Königs brach die Welle der deutschfeindlichen Kriegsstimmung, um nie wieder zu bedrohlicher Höhe anzuschwellen. Manche ertappten damals ihr Gewissen auf einer bösen Tat und gingen in sich. Und als gar das ergreifende politische Testament des Königs dem Volke bekannt wurde und man vernahm, wie hochherzig er ein Fünftel seines Vermögens dem Lande hinterließ, da erhielt die Kriegspartei einen Stoß, von dem sie sich bis heute noch nicht erholt. Der neue König, dem man niemals eine so starke und glückliche Hand zugetraut hätte, setzte seit dem Augenblick, wo er in der festlichen Kammer den Treueid ablegte, eine unerwartete Energie dafür ein, als treuer Erbe seines Oheims das Land zu regieren. Sein erstes und großes Verdienst um Rumänien liegt darin, vor dem unheilvollen Drängen der Kriegspartei keinen Zoll breit gewichen zu sein. Vom gleichen Geiste erfüllt ist auch die junge Königin, obgleich ihr die Entente Freunde das Gegenteil nachsagen. Wenn die Stunde nahe sollte, in der Rumänien zur Erfüllung seiner nationalen Mission bei der großen Umwertung aller politischen Werte Europas zum Schwerte greifen muß, wird der König nicht zaudern. Daß es aber nicht für, sondern gegen Rußland geschieht, das kann keinem Bedächtigen mehr zweifelhaft sein. Und daran ändern sämtliche Korrespondenten der Ententeblätter, die sich im Hause Late Jonescus die Türklücke in die Hand geben, nichts. Mit ihren lächerlichen Prophezeiungen haben sie sich übrigens bei redlichen Leuten schon längst um das Mindestmaß journalistischer Ehre gebracht.

Man könnte an dieser Stelle ein Kapitel über die rumänische Presse einfügen. Es würde notwendigerweise zur blutigen Nichtstätte und wir hätten das geringe Handwert des Fensters zu leisten. Wir wollen uns diese Aufgabe ersparen und uns mit weniger allgemeinen Hinweisen begnügen. Die Großzahl der rumänischen Blätter verschiebte sich mit ihrem ganzen Bestand an Lettern, Druckerschwärze und Redakteuren der Entente und vollführten ein Töhmabohu sondergleichen. Wenn es sich nur um eine, wenn auch noch so unverständliche Parteinarbeit, sachliche Parteinarbeit gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gehandelt hätte, so ließe sich dies noch ertragen. Allein wo die ganze bezahlte Korödie nur mit den Mitteln der bössartigsten Lügen und hinstellschreiendsten Veräumdungen aufgeführt wird, kann von Achtung, die man sonst auch einem Gegner zollt, nicht einmal ein Schatten bestehen. Ich weiß zur Stunde nicht, wie es möglich sein wird für einen Deutschen, diese Blätter je wieder in die Hand zu nehmen. Sobald es sich erweist, daß, angeflistet und verhöhnt durch die gemeinsten Lügen, harmlose deutsche Krankenschwestern von Tramwagen heruntergerissen werden und mit Steinhagel die Fenster deutscher Häuser zertrümmert und deutsche Bürger auf der Straße blutig mißhandelt werden, hört die Nachsicht auf und der Späß lehrt sich in strengen Ernst. Die Pressefreiheit in Rumänien bewegt sich übrigens auch in friedlicheren Zeiten in Formen, für die bei uns der maschechteste Demokrat kein Verständnis mehr hat. So erscheint z. B. ein populäres Bukarester Blatt alljährlich am 22. Mai, am Krönungstage König Carols I., mit einem schwarzen Trauerband, als ob es ein Landesunglück bedeutete, daß der Hohenzoller seinen Fuß auf den Boden Rumäniens setzte. Ein anderes Blatt leistete sich in diesen Tagen unter dem Titel „Le roi s'amuse“ eine Anrempelerei des Königs in seiner Eigenschaft als Privatmann, die sich bei uns ein vergessener Weichensteller verbitten würde. Eines schönen Morgens wird auch in der rumänischen Presse wieder ein arderer Wind wehen, ja man geht

nicht fehl in der Wahrnehmung, daß da und dort schon eine Aenderung anhub. So gibt die „Epoca“, das Blatt Filipescus, das bisher nicht genug in Beschimpfung und Herabsetzung der Deutschen tun konnte, nunmehr seiner Bewunderung für deren Vaterlandsiebe lebhaftesten Ausdruck. Ein Gegengewicht zu der Ententepresse bilden die Blätter der Regierung, einige unter deutschem Einfluß stehende Zeitungen und die der Sozialisten.

Um welche Fragen sich die öffentliche Meinung des Landes streitet, wissen wir. Und bekannt ist auch die Stellung der Parteien zum Krieg, wie sie im Dezember von hier aus in der „Frankfurter Zeitung“ schon dargestellt wurden. Das Bild hat sich nicht verändert. Die liberale Partei, als die regierende, befolgt mit einer ihr durch die Stellung auferlegten Zurückhaltung die Politik einer abwartenden Neutralität; die Konservativen sind mit Ausschluß Filipescus ebenfalls der Neutralität zugetan. Beiden zusammen ist zudem die Ansicht gemeinsam, daß bei Rußland die Zukunft des Landes in schlechten Händen liegen würde. Die Sozialisten sind prinzipielle Kriegsgegner und Russenfeinde. Die vierte, die von Late Jonescu gegründete sogenannte konservativ-demokratische Partei treibt im Fahrwasser der Entente. Sie steht und fällt mit ihrem Haupt, von dem es die Späßen von den Dächern pfeifen, daß ihn rein persönliche Gründe eines krankhaften politischen Ehrgeizes leiten. Late Jonescu kennt allerdings deutsches Wesen nur aus den Sitzungsstößen der Verwaltungsräte deutscher Gesellschaften, in die er sich merkwürdig gerne wühlen ließ. Deutschland zu studieren, hielt er nie für notwendig zur Ergänzung seiner Bildung. Für uns kann diese Erscheinung kaum eine Entschuldigung, höchstens eine Erklärung seines von fanatischem Haß gegen alles Deutsche geleiteten Auftretens sein. Sein Lebensziel soll darin bestehen, Ministerpräsident zu werden und zu dessen Erlangung gehe er über Leichen. Daß er über das angeblühliche Los der siebenbürgischen Rumänen schon Tränen vergossen hätte, wird er wohl selbst nicht zu behaupten wagen, daß er aber schon unmännlich über seine persönlichen politischen Mißerfolge weinte, weiß ich. Er wird noch mehr Veranlassung dafür finden, wenn er sich aus seiner Verblendung wieder einmal hinausfindet und sich eingesehen muß, daß man mit rumänischen Phrasen die deutsche Macht nicht zertrümmert. Ganz sicher fühlt sich Late Jonescu schon heute nicht mehr; er soll zugegeben haben, daß für dieses Mal seine russischen, englischen und französischen Freunde samt seiner eigenen sicherlich von ihm nicht klein eingeschätzten Mithilfe das „Berichmettern“ nicht restlos zuwege brächten. Jonescu träumte davon, ein rumänischer Boulanger zu werden und ritt zur Probe wenigstens das Stedenpferd des siebenbürgischen Kredentismus. Seine Beweisführung, daß die Interessen Rumäniens einzig und allein durch die Ententemächte gefördert zu werden vermöchten, steht auf schwachen Füßen. Es sind nur Gefühls-Erwägungen, die ihn und seinen Anhang leiten, die allerdings, so lange sie sich mit der Sympathie für das weisensverwandte Frankreich decken, einen Schein von Berechtigung aufzuweisen vermögen. Frankreich liegt aber fern im Westen und mit Rußland hat Rumänien allein zu rechnen, dessen merkwürdige Nachbarlichkeit es vor vierzig Jahren ein Stück vom eigenen Fleisch, Besarabien, kostete. Late Jonescu hat heute schon so gut wie ausgespielt, so es ihm sein ja so sprunghaftes Herz nicht ermöglicht, das sinkende Schiff der Kriegspartei rechtzeitig zu verlassen.

Gefährlicher und daher gefährlicher ist der zweite Führer der Kriegerischen, Filipescu, dessen Ansehen im Lande nicht zu unterschätzen ist. Sein Leitmotiv heißt: Haß der Donaumonarchie und Angliederung Siebenbürgens und der Wolowina an Rumänien. Seine Meinung gipfelt etwa in folgenden Sätzen: „Seit fünf Jahren wird Europa vom Nationalitätenprinzip auf andere neue Bahnen geleitet. Die deutsche und die italienische Einheit, die Unabhängigkeit der Balkanstaaten sind kaum erst zu ihrer ersten Etappe gelangt. Das Prinzip ist so mächtig, daß seine Quellen noch nicht eintrocknen konnten. Es wurden kaum erst die Türken aus Europa verjagt, und der europäische Krieg hat bereits neue Ergebnisse dieses Prinzips versprochen. Wenn der Dreierbund siegreich hervorgehen wird, so werden die unterjochten Völker einen großen Triumph davontreiben, aber auch in dem Falle, daß Deutschland den endgültigen Sieg haben sollte, wird das Nationalitätenprinzip einen Triumph zu verzeichnen haben.“

Einen gewissen Eindruck hat vor einiger Zeit die Meldung verursacht, daß sich die Professoren der Bukarester Universität in einer Eingabe an den König für den Krieg gegen Oesterreich-Ungarn aussprachen. Wer aber weiß, daß der derzeitige Rektor der Bruder Late Jonescus ist und daß die rumänischen Professoren oft ihre Lehrstühle mehr politi-

schon als rein wissenschaftlichen Ausweisen verdanken, konnte durch die Kundgebung nicht sehr überrascht sein. Die Abgeordneten der kriegerischen Gelehrten fanden bei König Ferdinand nicht den Empfang, den sie erwarteten. Man erzählt, daß der König, als kaum die befragten Herren in den Audiensaal eingetreten waren, auf sie zutrat mit den Worten: „Ich weiß schon, warum Sie zu mir kommen, meine Herren, geben Sie mir Ihre Adresse und seien Sie versichert, daß auch mir nichts mehr am Herzen liegt, als daß Sie die Jugend in nationalem Geiste erziehen. Was das Regierungsgeschäft anbelangt, so muß ich Sie freilich bitten, es mir und meinen Ministern zu überlassen.“ Und damit fand die große Staatsaktion, von der sich die Herren Umwälzungen versprochen hatten, ein rasches und schmerzloses Ende. Seit dem Tage sind die Professoren wieder mehr zu ihrer Lehrtätigkeit zurückgekehrt.

Eine politische Balkanreise

Frankfurter Zeitung

Frankfurter Zeitung.)

Frankfurter Zeitung.)

Preis der Anzeigen:

Colonelzettel 50 A. Abendbl. 75 A.
 Reklamen 42.-. Abendbl. 250.
 Familienanzeigen 41 - . Platz-n.
 Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit - Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expedition in Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
 Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Leipz. Platz 3. Dresden: A. Waisenhausstr. 25. München: Fernstr. 3. Offenbach: Biebererstr. 34. Stuttgart: Poststraße 7. Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrige Agentur u. d. Annonc.-Exped. Ferner 100 New York: 37 Broad Street.

Vorlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei
 (Gesellschaft m. beschr. Haftung)

Eine politische Balkanreise.

Bulgarien.

II Sofia, im Februar.

erb
ch

Auch über Bulgarien wurde das Netz der Lüge geworfen, bei welchem verächtlichen Werke dem seit Jahrzehnten hier ansässigen „Times“-Korrespondenten ein Hauptanteil zufällt. Englische und russische Agenten gesellten sich hinzu und prahlten unablässig von ihren erfolggekrönten Unternehmungen in alle Welt hinaus. Und doch liegt es hier klar zu Tage, wie wenig diese Versucher vermochten und wie sie gar unverrichteter Sache, wie beispielsweise die Gebrüder Bugton, abziehen mußten. Es gehört schon ein gutes Stück englischer oder russischer Unverfrorenheit dazu, den Bulgaren zuzumuten, ihren serbischen Todfeinden aus der selbst gegrabenen Grube, in die sie fielen, herauszuhelfen, oder gute Miene zum bösen Spiel zu machen, das zu spielen die Rumänen eine Zeitlang drohten. Der feste und unbeugsame Nacken der Bulgaren hielt stand und umsonst waren die Ränke von allen Seiten.

Hier wie in Bukarest, jedoch in einem noch viel stärkeren Maße, gebührt einer klugen Regierung das Hauptverdienst an dem unentwegten Festhalten an der Neutralität. Daß es eine für die Zentralmächte wohlwollende ist, kann hier gleich beigelegt werden. Der Bulgare ist der geborene Realpolitiker, der das Für und Wider einer Sache sorgsam prüft. Daß er vor dem zweiten Balkankrieg diese Eigenschaft in so fataler Weise vermissen ließ, bestätigt als Ausnahme nur die Regel. Rußland hat nun einmal seine Vorliebe für die reinsten aller Slawen, die Serben, und scheute selbst, da es galt, seinen Schilling vor einer verdienten Buße zu bewahren, vor dem letzten Gewaltmittel nicht zurück. Der Krieg sollte zudem, nach dem Willen Rußlands, den Serben eine reißlose Erfüllung ihrer großwahnwitzigen Nationalideale bringen. Doch für das um seinen Lohn betrogene und über dem Sturz eines unbedeutenden Mannes in tiefe Eigenschuld fallende Bulgarien schien man in Petersburg kein Verständnis zu haben. Man betraute ungeschickte Leute mit der Aufgabe, die Kluft zwischen Serben und Bulgaren zu überbrücken. Es kam der mit kümmerlichen Mitteln unternommene Versuch der Neugründung eines Balkanbundes, für den man sich der Nachgiebigkeit weder der Rumänen, noch der Griechen und Serben versichert hatte. Und glaubte in aller Eile während langer Wochen, Bulgarien würde sich mit schönen Worten, aber leeren Händen begnügen.

Dabei dürfen wir nicht der irdigen Meinung sein, daß der bulgarische Bauer der Russen Feind ist. Der bodenständige Landmann ist fromm und fühlt sich schon durch gemeinsame Bande der Religion mit jenen verbunden, ein Unstund, den die Popen, so gering im allgemeinen auch ihr Ansehen ist, mit Erfolg ausbeuten. Man wird allenthalben bei den Bauern den Hinweis auf das „russische Kreuz“ vernehmen. Und dann gilt immer noch der Zar als der verdienstvolle Befreier des Landes von der Türkenherrschaft. Auf die russische Tradition ist außerdem mancher ältere Offizier eingeschworen, wozu weiter die historische russophile Partei der Narodniken kommt, die ihr Programm trotz den Erfahrungen aus jüngster Vergangenheit noch nicht einer Ueberprüfung unterwarf. Gegen Rußland in den Krieg zu ziehen, siehe demgemäß auf manches Hindernis. Nicht so gegen die Serben, selbst wenn der frommste bulgarische Soldat wünschte, daß hinter den serbischen Schanzengraben russische Hilfstruppen stehen. Wer dem erbitterten serbischen Feind Hilfe leistet, wird auch zum Feinde der Bulgaren. Von der tiefen Erbitterung, die zwischen den ehemals verbündeten Völkern herrscht, können wir westliche Europäer uns nie ein getreues Bild machen. Der Balkan ist ein Grund, auf dem politische Selbstenschaften besonders gut gedeihen. Man erinnere sich nur des seit zwanzig Jahren ununterbrochenen Terrors in Mazedonien und der letzten zwei Kriegsjahre.

Ein Krieg gegen Serbien fände in Bulgarien allgemeine Zustimmung, und wenn sich die Stareköpfe von Nisch nicht entschließen, kein beizugeben, so wird zum mindesten eine militärische Besetzung Mazedoniens durch die Bulgaren wahrscheinlich. Die Serben unterließen es, den 700 000 Mazedoniern in Neuserbien die bürgerlichen Rechte zu geben, zwangen jedoch selbst Greise und Knaben zum Waffen dienst. Von neuem ist das schwerste Anlagematerial von Greuel- und Gewalttaten zu Altendbergen angewachsen, aber erst vor zwei Wochen bequeme sich ein serbischer Armeebefehl zu einem Versprechen, den Mazedoniern das Recht der eigenen Schulen und der Kirchen in Aussicht zu stellen. 5000

Was das templeartige Gebäude betrifft, so wünschte ich,